

EUROPA.

BESSER.

LINKS!

DIE LINKE.

Texte zur Europawahl 2014

**Von den Europaabgeordneten
der Partei DIE LINKE**

Cornelia Ernst

Thomas Händel

Jürgen Klute

Martina Michels

Helmut Scholz

Gabriele Zimmer

Lothar Bisky

Impressum

Dieses E-Book wird herausgegeben von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments
Cornelia Ernst, Thomas Händel, Jürgen Klute, Martina
Michels, Helmut Scholz, Gabriele Zimmer

Redaktion: Thilo Janssen
Gestaltung: Reiko Kammer

Kontakt:
Büro Gabriele Zimmer, MdEP
Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F155,
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel: +32-2-284 71 01
Fax: +32-2-284 91 01
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu

Brüssel, November 2013

www.guengl.eu
www.dielinke-europa.eu



Foto: LINKEimEP

Dieses Buch ist unserem Freund und Genossen Lothar Bisky gewidmet, der unerwartet und viel zu früh im August 2013 verstarb. Für den vorliegenden Band stellte er mehrere Texte und ein Interview zur Verfügung.

Autorinnen und Autoren

»Solidarität und Freiheit sind Schwestern«

Cornelia Ernst

Die sächsische Co-Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im EP hat sich als Kämpferin und Expertin für individuelle Freiheitsrechte in der EU einen Namen gemacht. Im Innenausschuss setzt sie sich für Datenschutz und den Schutz von Minderheiten ein, insbesondere die Rechte der Roma und Sinti in Europa. Im Regionalausschuss erhebt sie ihre Stimme für einen EU-Haushalt, der durch Investitionen in wirtschaftsschwache Regionen Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

»Das Europa der guten Arbeit verwirklichen«

Thomas Händel

Der fränkische Co-Sprecher der Delegation DIE LINKE. im EP streitet als langjähriger aktiver Gewerkschafter (IG Metall) im Beschäftigungsausschuss, im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz für die Rechte der Beschäftigten und Verbraucher in ganz Europa. Im Kampf um die Arbeitszeitrichtlinie, soziale Standards im Vergaberecht, gegen die Wasserprivatisierung oder für die Soziale Fortschrittsklausel zeigt er Zähne gegen Deregulierung und Ausbeutung.

»Euro geht nur solidarisch«

Jürgen Klute

Der Pfarrer aus Nordrhein-Westfalen macht sich im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie im Haushaltsausschuss als Experte für die ökonomische Integration der EU einen Namen. Er zeigt, dass der Euro nur mit einem starken und eigenständigen EU-Haushalt und einem echten europäischen Rahmen für die Wirtschaftspolitik funktionieren kann, der demokratisch vom Europäischen Parlament vorgegeben wird.

»Linke Handelspolitik im 21. Jahrhundert«

Helmut Scholz

Der linke Experte für europäische Außen- und Handelspolitik aus Brandenburg setzt sich im Handelsausschuss dafür ein, dass soziale, demokratische und ökologische Standards das Fundament einer neuen EU-Handelspolitik werden. Im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen kämpft er für die Demokratisierung der EU durch die Stärkung des EP und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Die Weiterentwicklung der Europäischen Linkspartei ist ihm dabei eine Herzensangelegenheit.

»Freiheit von Armut ist ein Menschenrecht«

Gabriele Zimmer

Die Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL aus Thüringen arbeitet bereits seit 2004 als Mitglied des EP für die Beseitigung von Armut in Europa und weltweit. Im Sozialausschuss streitet sie für die Einführung von armutsfesten Mindestlöhnen und -einkommen in allen Mitgliedsstaaten. Als Entwicklungspolitikerin und EP-Berichterstatterin für Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern kämpft sie gegen den weltweiten Hunger.

»Europäisch denken, lokal handeln«

Martina Michels

Die Berliner Expertin für links-europäische Mehrebenen-Politik war langjährige Vorsitzende des Europaausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus und Abgeordnete im Ausschuss der Regionen (AdR). Dort setzte sie sich kritisch und engagiert mit dem Wechselverhältnis von EU-Gesetzgebung und regionaler Politik auseinander. Als Nachfolgerin von Lothar Bisky nutzt sie seit September 2013 diese Erfahrung, um als Vize-Präsidentin des Kulturausschusses des EP für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit für Alle zu kämpfen.

»Internationalismus ist das Herz der Linken«

Lothar Bisky

Der langjährige Vorsitzende von DIE LINKE., der Europapartei Europäische Linke (EL) und GUE/NGL, der Linksfraktion im EP, setzte sich als unbeirrbarer Internationalist im Kulturausschuss dafür ein, die europäische Integration nicht politökonomisch zu verkürzen, sondern sie auch als Aufgabe der Kultur zu verstehen, als kulturelle und soziale Bereicherung und wechselseitigen Lernprozess.

Weitere Autorinnen und Autoren

Die Rechtsanwältin *Karola Boger* ist Mitarbeiterin von Thomas Händel und arbeitete viele Jahre als Gewerkschaftssekretärin der IG Metall.

Frank Puskarev ist Mitarbeiter von Thomas Händel und arbeitete davor unter anderem mehrere Jahre als Sekretär des Vorstandes der Partei DIE LINKE.

Nora Schüttpelz war Mitarbeiterin von Lothar Bisky und unterstützt heute Martina Michels bei der parlamentarischen Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Europa? Gibt's auch in rot!

Seite: 8

I # Blick nach vorn! Perspektiven linker Europapolitik

Bisky: »Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff« (Interview)

Seite: 15

Händel/Puskarev: Europa – Ein linkes Projekt?! Zur Geschichte Linker Debatten über die europäische Einigung

Seite: 20

Zimmer: Solidarität in der europäischen Linken
Die Europawahlen 2014 und die Zukunft
der Linksfraktion GUE/NGL

Seite: 25

Ernst: Alles, nichts – oder?

Linke Politik in einer ambivalenten EU

Seite: 31

Zimmer: »Wer, wenn nicht wir«

Linke Politik in der EU und die Vorbereitung auf
die Europawahlen 2014 (Interview)

Seite: 35

II # Solidarität macht reich! Ein europäischer Rahmen für Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales

Bisky: Eine Frage der menschlichen Würde
Über Realität und Perspektiven des Sozialen Europa

Seite: 39

Klute: Euro geht besser! Eine links-europäische Lösung der politischen Krise des Euro

Seite: 43

Michels: Aufstand der Regionen
Der Ausschuss der Regionen forderte als erstes EU-Gremium
eine Finanztransaktionssteuer

Seite: 53

Händel/Puskarev: Solidarität statt Konkurrenz
Ganzheitliche Modelle polit-ökonomischer
Steuerung für die EU

Seite: 55

Zimmer: Kein schöner Land?
Rettet das soziale Europa vor dem
falschen Vorbild Deutschlands

Seite: 63

Händel/Boger: Soziale Standards für freie Bürger!
Arbeitnehmerfreizügigkeit und soziale Standards
gehören zusammen

Seite: 65

Zimmer: Wiederaufbau Europa
Für einen Sozialpakt der EU – statt Austerität,
Armut und Arbeitslosigkeit

Seite: 70

III # Menschen und Regionen fördern! Ein EU-Haushalt für Wachstum und Wohlstand

Klute: It's the Haushalt, stupid!
Eine linke Einführung zum EU-Haushalt 2014 bis 2020

Seite: 74

Ernst: Investieren oder verlieren
Die Bedeutung des Mehrjährigen Finanzrahmens
für die Zukunft der EU

Seite: 77

Michels: Summer in the City?
Die städtische Dimension in der Kohäsionspolitik

Seite: 82

IV # Individuelle Freiheit für alle! Menschen- und Bürgerrechte in der EU verteidigen

Ernst: Das Private ist das Private!
Zur Verteidigung des Datenschutzes in der EU

Seite: 86

Scholz: Per Express, bitte!
Über die Mangelware Demokratie in der EU
und linke Angebote
Seite: 90

Ernst: Verfolgung beenden!
Die Geschichte der Roma in Europa braucht
endlich ein Happy End
Seite: 92

Ernst: Ihr Zuhause ist Deutschland
Roma aus dem Kosovo zwischen Flucht, Vertreibung
und Abschiebung
Seite: 97

Bisky/Schüttpelz: Vielfalt nicht ver-handeln
Über den Schutz von Kultur in der EU
als öffentliche Aufgabe
Seite: 101

Ernst: Im Westen nichts Neues
Asylpolitik der EU – Ein Sachstandsbericht
aus Griechenland
Seite: 105

Händel/Boger/Puskarev: Wasser ist Menschenrecht!
Rekommunalisierung statt Liberalisierungen
bei der Konzessionsvergabe
Seite: 107

Ernst: Rasterfahndung
Das Fluggastdatenabkommen zwischen der EU und den USA
Seite: 112

V # Intelligente Solidarität – Linke Politik für die EU als globaler Akteur

Scholz: Partner Europa?!
Linke Positionen zur Handelspolitik der EU (Interview)
Seite: 116

Zimmer: Essen, was auf den Tisch kommt?
Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und
der weltweite Hunger
Seite: 124

Scholz: Dominoeffekt Neoliberalismus
Die WTO, die EU und der Partner Lateinamerika
Seite: 127

Scholz: Sicherheitslücken
Der Markt für Rüstungs- und Überwachungstechnologie
in der EU
Seite: 130

Scholz: Gesucht: Partnerschaft
Über die gemeinsame Sicherheit der EU und Russlands
Seite: 132

Europa ? Gibt's auch in rot !

Einleitung von Cornelia Ernst, Thomas Händel, Jürgen Klute,
Martina Michels, Helmut Scholz und Gabriele Zimmer



Demonstration gegen das EU-IWF-Spardiktat gegen Griechenland. Foto: Hansen-GUE/NGL

Die in diesem Buch zusammengestellten Artikel und Interviews beleuchten verschiedene Felder der Politik in der EU aus linkem und zugleich europäischem Blickwinkel. Dabei setzen wir uns auch mit der Linken selbst und ihrem Verhältnis zu den bisherigen Herausforderungen sowie den Entwicklungsperspektiven der europäischen Integration auseinander. In diesem Vorwort stellen wir einleitend unsere Sicht auf die Grundlinien für eine zukunftsgerichtete linke Europapolitik vor. Alle Leserinnen und Leser laden wir herzlich zur lebhaften Diskussion unserer Texte und Thesen ein !

Die europäische Integration ist ein historischer Prozess, für dessen Fortsetzung die Linke kämpfen muss! Weder Eurokrise, Troika-Politik noch Aufrüstung und Demokratiedefizit könnten wir etwas Substantielles entgegen setzen, wür-

den wir uns aus der europäischen Integration zurückziehen. Wir sagen aber auch klar: Wir Linken wollen einen anderen Weg der europäischen Integration erkämpfen! Eine starke Linke in Europa ist unverzichtbar, um einen menschenwürdigen Ausweg aus der janusköpfigen Krise zu ermöglichen. Es geht uns daher nicht um die Frage »Nationalstaat oder EU«. Wir stehen für konkrete Politik im Interesse der Menschen – auf allen Ebenen! Besonders die am meisten von der Krise Betroffenen brauchen jetzt den Politikwechsel! Es geht um die politischen Mehrheiten, die wir dafür erreichen müssen. Einen Rückzug in nationale Träumereien wollen wir uns nicht leisten; eine linke AfD braucht niemand. Aber die Menschen in der EU brauchen dringend linke Politik! Eine überzeugende linke Mehrebenen-Politik ist gefragt. Die Wirklichkeit ist doch: Europapolitik beginnt in der Kommune und

Kommunalpolitik in der EU, ob es dabei um die Unterbringung von Flüchtlingen, die Re-Kommunalisierung der Energieversorgung, Infrastrukturentwicklung oder die Konzessionsvergabe bei der Wasserversorgung geht. Europapolitik betrifft alle Menschen direkt. Wir müssen die Politik in der EU den Neoliberalen entreißen. Die Linke streitet für eine europäische Gesellschaft, die für soziale Emanzipation, kulturelle Offenheit und demokratische Selbstbestimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger steht. Wir werben mit dieser Zusammenstellung europapolitischer Texte für einen ambitionierten Wahlkampf der deutschen und der europäischen Linken zur Europawahl 2014. Lasst uns den Wählerinnen und Wählern zeigen, was sie mit einer uns anvertrauten Stimme gewinnen können.

Europa. Besser. Links! Wir wollen die EU verändern. Also formulieren wir unsere inhaltlichen Ziele konstruktiv und klar. So können die Menschen, die auf uns setzen, sehen, wo die Reise mit uns hingeht. Die Politik in der EU steht 2014 vor großen Herausforderungen: Die Entscheidungsfindung muss demokratisch und transparent werden. Das zerstörerische Sparregime in den von der Krise betroffenen Mitgliedsstaaten wollen wir beenden. Denn wer die Saat vertrocknen lässt, kann die Früchte nicht ernten: Die neoliberale Schuldenpolitik hat von einer schwierigen Situation in eine gefährliche Abwärtsspirale geführt. Die humanitäre Notlage bereitet den Boden für Rechtspopulisten und Faschisten; der politische Mord an dem Musiker Pavlos Fissas in Griechenland durch ein Mitglied der Goldenen Morgenröte zeigt, wie brutal die Folgen sind! 2014 geht es darum, rechtsextremen und rechtspopulistischen Strömungen entschieden entgegen zu treten. Wir müssen klarstellen, dass von Hasspredigern und Nationalisten keine tauglichen Lösungen herbeigeführt werden können. Es geht um ein Leben in Menschenwürde! Zuerst müssen dafür die Voraussetzungen geschaffen werden! Dann ist eine nachhaltige Lösung für die Schuldenkrise zu verhandeln. Vorbild kann das Londoner Schuldenabkommen von 1953 sein. Damit wurde nach dem Zweiten Weltkrieg der Grundstein für den Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik gelegt. Wir Linken fordern eine EU-koordinierte, umverteilende Steuerpolitik – weil Investitionen in ökologisches Wachstum, Arbeitsplätze, Bildung und sozialen Aufstieg dringend notwendig sind! Beginnen wir mit einer Finanztransaktionssteuer, die nicht auf Druck der Finanzlobby von konservativen Politikern in Kommission (Barroso) und Rat (Merkel, Cameron) durchlöchert wird. Demokratische Politik muss den Rahmen für die Wirtschaft schaffen, nicht umgekehrt! Und wirtschaftliche Entscheidungen bedürfen der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger – von der Investition, über die Produktion bis hin zum Absatz. Weiterhin die »parlamentarische Mitbestimmung« »marktkonform« zu gestalten (An-

gela Merkel 2011), kommt mit uns nicht in Frage. Die Linke ist nicht käuflich. Wir stehen für eine Umverteilung von Macht – zugunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Angestellten, der Auszubildenden, der Rentnerinnen und Rentner, der kleinen Selbstständigen und der Mittelständler, der Studentinnen und Studenten, der Arbeitssuchenden, der Migrantinnen und Migranten, kurz: Zugunsten der Demokratie.

Brauchen wir »mehr Europa«? Ja – wenn Demokratisierung, Solidarität, soziale Kohäsion, die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung, gute Arbeit sowie Abbau der finanziellen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone, in der EU und weltweit gemeint sind; ja, wenn es um den Schutz von Klima, Natur und Umwelt, eine menschliche Einwanderungs- und Asylpolitik, die Geschlechtergleichstellung und die Verantwortung der EU für eine friedliche und nachhaltige Lösung globaler Probleme geht – also um politische Aufgaben, die längst nicht mehr auf nationaler Ebene allein gelöst werden können!

Ein entschiedenes Nein jedoch zu einem Europa der Kapitaloligarchen und Wirtschaftslobbyisten, in dem auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten Demokratie und soziale Standards abgebaut werden. Auch Klauseln wie die »schrittweise Verbesserung der militärischen Fähigkeiten« gehören aus dem EU-Recht verbannt.

Wir streiten für konkrete Maßnahmen wie die soziale Fortschrittsklausel im Primärrecht! Die sorgt dafür, dass die sozialen Grundrechte der Menschen stets vor den Gewinninteressen mächtigerer Marktteilnehmer geschützt werden. Wichtige politische Entscheidungen, wie jene über den ESM oder den Fiskalpakt, dürfen nicht länger von einem Direktorat der Regierungschefs hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Grundsätzlich brauchen wir eine deutlich größere Mitsprache und Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger und zwar überall dort, wo Entscheidungen alle Europäerinnen und Europäer betreffen. Weiterhin muss das Europäische Parlament (EP) als die einzige gewählte repräsentative parlamentarische Vertretung aller Menschen in der EU gegenüber dem Europäischen Rat gestärkt werden. Deshalb muss das EP das volle Gesetzesinitiativrecht erhalten, so schnell wie möglich und auf vertraglicher Grundlage! Die Mitgliedsstaaten können ihre Interessen im Gesetzgebungsprozess in der zweiten Kammer (Rat), ähnlich dem Bundesrat, wahrnehmen. Auch eine Reform des Wahlrechts unterstützen wir: In allen Mitgliedsstaaten sollte nach den gleichen Bedingungen gewählt werden. Echte Wahlkreise mit Direktmandaten sichern die Bindung der Abgeordneten an die Heimatgemeinden. Über europäische Wahllisten muss es zudem möglich werden, auch für Kandidatinnen und Kandidaten europäischer Parteien zu stimmen, die aus anderen Mitgliedsstaaten stammen. Die Weiterentwicklung der Europäischen Linkspartei (EL) und unserer konföderalen Links-

fraktion im EP, die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), ist deshalb für uns Linke von höchster Bedeutung! Sie beginnt mit einer gemeinsamen inhaltlichen Plattform der EL und mit einer europäischen Spitzenkandidatin beziehungsweise einem -kandidaten für den gemeinsamen Europawahlkampf 2014!

EU-Politik muss endlich transparent werden! Die EU-Kommission sollte direkt vom EP gewählt werden und mit ihrer Politik von der parlamentarischen Mehrheit abhängig sein. Regierung und Opposition werden so sichtbar; die politische Macht kann endlich durchgängig parlamentarisch kontrolliert werden. Dann wissen die Wählerinnen und Wähler, welche fraktionelle Mehrheit für welche Entscheidung in der EU verantwortlich ist. Es gibt dann kein diffuses »Brüssel hat entschieden« mehr, wenn es in Wirklichkeit eine konservativ-neoliberale Mehrheit war. Die EU kann und darf natürlich kein Zentralstaat werden! Nur dort, wo es wirklich notwendig ist, sollten Entscheidungen auf der höchsten politischen Ebene getroffen werden, etwa bei der Regulierung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Dieses Prinzip heißt Subsidiarität. In einer lebendigen föderalen Demokratie kann vieles besser auf nationaler Ebene oder sogar darunter entschieden werden. Wir kennen das: Als Linke übernehmen wir vielfach Verantwortung, mal als Bürgermeisterin, mal in der Landesregierung, mal als Oppositionsführerin im Bundestag. Die Linke verfügt über Mehrebenen-Kompetenz. Auf EU-Ebene stemmen wir uns weiter dagegen, dass nationale soziale und demokratische Errungenschaften, die durch die Arbeiterbewegungen im letzten und vorletzten Jahrhundert schmerzhaft erkämpft wurden, über den Umweg EU angetastet werden! Die innerparteiliche Zusammenarbeit zwischen der europäischen, der nationalen, regionalen und kommunalen Ebene müssen wir in Zukunft noch besser ausbauen. Wir sind eine Europapartei.

Wir stehen für ein soziales Europa, das die individuelle Freiheit aller Menschen schützt! Europäische Gesetze, also Richtlinien und Verordnungen, müssen dazu dienen, jedem Menschen in der EU ein Leben frei von Armut und Ausbeutung zu garantieren. Denn Löhne und Einkommen unterhalb der Armutsgrenze verletzen die Grundrechte der Betroffenen! Die Abschaffung von Armut bedeutet eine freiere Gesellschaft. Hier bedarf es dringend einer Stärkung des Öffentlichen. Soziale und ökologische EU-Standards sind notwendig. Beispielsweise können armutsfeste Mindestlöhne und -einkommen in allen Mitgliedsstaaten, EU-weite Verbindlichkeit von Tarifverträgen und Mindeststeuersätze dafür sorgen, dass die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen nicht mehr dazu missbraucht werden kann, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Grenzen hinweg gegeneinander

auszuspielen – und so auszubeuten. Wenn ein Unternehmen soziale und ökologische Standards nicht erfüllen kann oder will, kann es eben auf dem gemeinsamen Markt nicht bestehen. Mindeststandards müssen deshalb lückenlos und für alle gelten. Eine Arbeitszeitrichtlinie etwa, die mit einem sogenannten individuellen Opt-Out durchlöchert wird (das heißt die Höchstarbeitszeit ist begrenzt – es sei denn, mit den Beschäftigten wird etwas anderes »vereinbart«) ist inakzeptabel! Nur eine starke Linke im EP sorgt für lückenlosen individuellen Arbeitsschutz in Europa! Ziehen wir die EU aus dem neoliberalen Sumpf: Wir wollen qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen ausbauen, mit Vorgaben aus EU-Richtlinien. Dem Privatisierungswahn, der Teil-Ursache der Krise und nicht ihre Lösung ist, stellen wir uns entgegen. Wir können die Lebensqualität in allen Mitgliedsstaaten verbessern, ohne, dass alles harmonisiert werden muss. Denn über EU-Standards können verschiedene Lösungswege zum Ziel führen! Es gilt, was Lothar Bisky uns als Vermächtnis hinterlassen hat: »Bei der EU-Integration kann man mit Macht gar nichts ausrichten, sondern nur mit überzeugenden Lösungen von Problemen«. Das ist linke Realpolitik wider die neoliberale Ideologie.

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker – und sorgt für stabile wirtschaftliche Verhältnisse und Wohlstand für alle! Gregor Gysi warnte 1998 im Bundestag davor, eine gemeinsame Währung einzuführen, bevor die notwendigen Voraussetzungen dafür auf EU-Ebene geschaffen sind. Niemand hörte darauf. Der Euro kam – und dann die Krise, vor der wir Linken gewarnt hatten. Die Folgen sind unsozial, undemokratisch und teuer. Noch ist ein Umsteuern möglich! Der Euro kann nur funktionieren, wenn es einen europäischen wirtschaftspolitischen Rahmen dafür gibt. Es kann nur eine gemeinsame Politik für eine gemeinsame Währung geben – alles andere schadet Europa. Das ist logisch, wurde aber bis zum Ausbruch der Krise von allen – außer der Linken – ignoriert. Austerität ist falsch: Schulden können nur durch eine vernünftige Einnahmepolitik abgebaut werden, niemals durch die Demontage der Wirtschaft. Linke EU-Stabilitätspolitik setzt mindestens folgende Maßnahmen um: Ein finanzkräftiger EU-Haushalt mit eigenständigen Steuereinnahmen wird eingerichtet, der nicht von den Einzelinteressen mächtiger Mitgliedsstaaten abhängig ist. Nur ein kluger Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten kann ein weiteres zerstörerisches Auseinanderdriften der Volkswirtschaften, wie wir es derzeit erleben, verhindern. Auch gemeinsame EU-Anleihen (Eurobonds) sorgen für Stabilität. Denn sie verhindern, dass die Großbanken und Hedgefonds weiter gegen die Mitgliedsstaaten spekulieren können, durch welche sie zuvor mit Steuergeldern gerettet wurden. Eine reformierte regionale Förderpolitik befeuert gezielt das sozial-ökologische Wachstum und die Beseitigung von Ar-

mut in den wirtschaftsschwachen Regionen der EU. Sie darf nicht, wie derzeit vom Rat angestrebt, zum Druckmittel für Privatisierungen und Sozialabbau pervertiert werden! Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wird neben der Geldwertstabilität auch auf Wachstum und Vollbeschäftigung ausgerichtet und der demokratischen Kontrolle durch EP und Rat unterworfen – Goldman-Sachs-Alumnus Mario Draghi wollen wir genau auf die Finger schauen! Stichwort Bankenunion: Die neue bei der EZB angesiedelte Bankenaufsicht muss jede Praktik und jedes Finanzprodukt auf seinen volkswirtschaftlichen Nutzen und das enthaltene Risiko prüfen, bevor es zugelassen werden kann. Sogenannte systemrelevante Banken wollen wir in kleinere Einheiten zergliedern, so dass bei einer Insolvenz die öffentliche Hand nicht mehr erpresst wird. Die Spareinlagen der Menschen werden vor Spekulation geschützt. Mindeststeuersätze beenden die zerstörerische Standortkonkurrenz in der EU. Steueroasen werden geschlossen; die EU wirkt auf die internationale Ächtung derselben hin. Millionenschwere Steuerflucht ist ein Verbrechen; die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen trägt dazu bei, sie aufzudecken. Wer Unternehmen anlocken will, kann dies mit einer guten öffentlichen Verwaltung, guter Infrastruktur, hohen sozialen Standards, Betreuungsangeboten und hervorragenden Wissenschafts-, Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen tun. Ohne ausreichende Steuereinnahmen funktioniert dies aber nicht! Ärmere Regionen erhalten dafür extra Aufbauhilfe aus einem EU-Finanzausgleich und der regionalen Förderpolitik.

Wir wollen auch die letzten Mauern in Europa niederreißen! Wir stehen für eine Freizügigkeit, die für alle Menschen gilt, unabhängig von Pass und Geldbeutel. Wer aus Rumänien, Bulgarien oder einem anderen EU-Land nach Deutschland oder Frankreich zieht, muss das individuelle Recht haben, dies zu tun – egal, welche persönlichen Gründe dahinter stehen. Nicht nur Unternehmen haben das Recht, sich den Ort mit den besten Bedingungen auszusuchen: Individuelle Niederlassungsfreiheit ist ein Grundrecht in jeder freien Gesellschaft! Was für den Umzug von Konstanz nach Kiel gilt, muss auch für den von Bratislava nach Bonn gelten. Besonderen Schutz und Förderung braucht, wer, wie etwa Roma und Sinti, vor Diskriminierung oder wirtschaftlicher Ausgrenzung flieht. Wer aus anderen Teilen der Welt vor Gewalt, Krieg und Armut nach Europa flüchtet, dem muss unter allen Umständen das Menschenrecht auf Aufnahme und Schutz garantiert werden. Die Kommunen, die Menschen aufnehmen und integrieren, sollten zukünftig direkt von der EU unterstützt werden, durch finanzielle Mittel und Beratung. Wer dagegen öffentlich in hetzerischer Weise von Einwanderern als »Sozialbetrügnern« und von »Missbrauch der Freizügigkeit« schwadroniert, gehört mitunter wegen Volksverhetzung strafrechtlich belangt – auch

wenn es sich um den konservativen Minister einer Regierung handelt. Wir wollen überall ein gesellschaftliches Miteinander fördern, in welchem der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern eine Bereicherung bedeutet. Die mörderische Mauer, die um die EU errichtet wurde, wollen wir einreißen! Der Tod von fast 20.000 Menschen an den EU-Außengrenzen seit 1993 ist ein kolossales Menschenrechtsversagen, für das sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten verantworten müssen. Länder wie Griechenland werden damit allein gelassen, die vielen Einwanderer unterzubringen, die dort ankommen. Die Bundesrepublik stiehlt sich mit der inzwischen dritten Auflage der sogenannten Dublin-Gesetze aus der Verantwortung. Das Ergebnis ist unmenschliches Elend. Dabei handelt es sich um ein europäisches Problem, das seit 20 Jahren einer menschenwürdigen Lösung harrt! Die Aufnahme und Integration von Einwanderern aus Europa und der ganzen Welt müssen zu einer zentralen Kompetenz linker Europapolitik ausgebaut werden: Legen wir gemeinsam mit unseren europäischen Genossinnen und Genossen in der EL die Konzepte auf den Tisch! Es handelt sich um eine wesentliche politische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Das Private bleibt das Private! Individueller Datenschutz und Freiheit im Internet sind in den letzten Jahren zu einem hart umkämpften politischen Feld auf EU-Ebene geworden. Stellvertreten dafür stehen Kürzel wie PRISM, ACTA, SWIFT und die Skandale um rassistische Polizeidatenbanken für Roma in einigen Mitgliedsstaaten. Wir wollen die Menschen in der EU vor Staaten mit ihren Sicherheitsapparaten und Geheimdiensten schützen und lehnen daher eine Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ab. Mächtigen Unternehmen mit ihrem Hunger nach kommerziell verwertbaren Daten nehmen wir den Teller weg! Eine starke Linke im EP setzt dem Überwachungswahn der Rechten und der völligen Kommerzialisierung privater Informationen die informationelle Selbstbestimmung entgegen! Die Kämpfe um PRISM, SWIFT und ACTA waren nur der Anfang – die Auseinandersetzungen um Freiheit und Demokratie gehen weiter. Als europäische Bürgerrechtspartei ist die Linke im EP dafür wichtiger denn je!

Fair handeln: Für intelligente Solidarität! Nicht nur die europäische Integration geht weiter. Die ganze Welt wächst immer enger zusammen – in den Produktionsketten und im Handel, in der digitalen Kommunikation, beim Klimaschutz und bei der Migration. Eine moderne Handelspolitik muss all diese Themen einbeziehen. Deshalb ist sie ein so wichtiges Politikfeld für die Linke im EP: Die internationalen Handelsverträge werden auf EU-Ebene abgeschlossen. Wir kämpfen für hohe soziale und ökologische Schutzstandards in diesen Verträgen. Auch ohne gemeinsame Regeln für Verbraucher-

schutz, den Schutz der Gesundheit, der Umwelt und des Klimas geht es nicht. Verträge müssen transparent und demokratisch ausgehandelt werden. Die Beteiligung der Gesellschaft ist Pflicht! Gewerkschaften, Sozialverbände, Landwirte sowie Umwelt- und Verbraucherschützer gehören mit an den Verhandlungstisch!

Wir sind solidarisch mit den Arbeiterbewegungen und den Menschenrechtsinitiativen in den aufstrebenden Wirtschaftsräumen. Menschen in anderen Ländern werden ausgebeutet, damit wir in Europa billige Produkte kaufen können: Dies ist eine zynische und nicht akzeptable Folge der vom Neoliberalismus geprägten internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Appelle zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Konzernen, soziale und ökologische Verantwortung zu übernehmen, sind bloß heiße Luft! Wir kämpfen für bindende, sanktionsbewehrte Gesetze!

Wir Linken erkennen dabei das Recht der Menschen in Afrika, Asien und Südamerika an, selbst über ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu bestimmen. So können sie einen höheren Lebensstandard erreichen. Eine solche solidarische Handelspolitik ist unsere Alternative zu aggressiven Freihandelsabkommen!

Auch zwischen der EU-Kommission und der Regierung der USA haben Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen begonnen, das sogenannte TTIP. Schon jetzt zeichnet sich ab: Das geplante Abkommen gefährdet viele Errungenschaften im Sozial-, Verbraucher- und Umweltschutz. Schutzstandards werden zu Handelsbarrieren erklärt. Dieser Ansatz ist eine Gefahr für die Demokratie und für unsere Lebensqualität! Wir Linken im EP sind herausgefordert: Schaffen wir gemeinsam mit unseren Partnern aus den USA eine Gegenbewegung, die breit in der Gesellschaft verankert ist! Zu unseren ersten Forderungen gehört: Solange nicht die Spionage der US-Geheimdienste und ihrer europäischen Handlanger eingestellt und aufgeklärt ist, solange darf es keine weitere Verhandlungsrunde geben!

In vielen Regionen der Welt führt eine rücksichtslose Handelspolitik der EU zu Armut und Hunger. Instabilität und Unruhen sind die Folge. Die EU steht in der historischen Pflicht, Armut in der Welt durch eine faire Handels- und Entwicklungspolitik zu überwinden! Mit unseren Partnern in den gemeinsamen parlamentarischen Ausschüssen von Entwicklungsländern und EP oder mit den progressiven linken Regierungen Lateinamerikas arbeiten wir für die konsequente Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die Märkte der Entwicklungsländer dürfen nicht länger mit überschüssigen, subventionierten Nahrungsmitteln aus der EU oder den USA überflutet werden. Das zerstört die Existenzen der Bauern vor Ort. Die EU muss stattdessen ihre Märkte für Produkte aus den ärmsten Entwicklungsländern öffnen! Sie soll sich dafür einsetzen, dass andere Industrie- und Schwellenländer diesem Beispiel folgen. Das wäre ein aktiver Bei-

trag für Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität. Weltweit hungern heute eine Milliarde Menschen. Fast neun Millionen Menschen pro Jahr sterben an ihrem Hunger. Wir müssen Finanzspekulationen auf Nahrungsmittel stoppen! Auch der Landraub durch Investmentfonds muss verboten werden!

Für diese Ziele muss die EU ihre wirtschaftliche und politische Macht einsetzen. Dafür steht die Linke im EP. Entwicklung ist eine Frage intelligenter Solidarität! Die Linke im EP streitet für ein Win-Win des sozialen Fortschritts in den Handelsbeziehungen!

Wir streiten für eine Renaissance der Diplomatie! Denn der unumstößliche Grundsatz linker Außenpolitik ist: Demokratie, gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftlicher Aufschwung lassen sich nicht durch Krieg und Waffenexporte in die armen Regionen der Welt tragen! Mitgliedsstaaten der EU führen Kriege in Regionen, die noch immer unter Nachwirkungen der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft der Europäer leiden. Diktatoren in Nordafrika haben lange Zeit Geld aus Europa bekommen, um Flüchtlinge abzufangen, die sie dann in Lager steckten oder in der Wüste aussetzten. Jede exportierte Waffe, Überwachungstechnologie oder Zutat für Chemiewaffen fördert Unterdrückung und zögert demokratische Revolutionen weiter hinaus. Nukleare Abrüstung und die umfassende Stärkung des Atomwaffensperrvertrages bleiben Aufgabe Nr. 1 internationaler Friedenspolitik. Eine konsequente EU-Friedenspolitik mit offensiver Friedensdiplomatie schafft Glaubwürdigkeit: Die Linke will aus der EU einen Anwalt für friedlichen Wandel machen. Der Kalte Krieg ist vorbei. Er muss jetzt auch raus aus den Beziehungen zwischen den Staaten. Anstelle der NATO wollen wir behutsam auf eine Weltsicherheitsarchitektur hinarbeiten, die auch Russland und China, Afrika und Lateinamerika einschließt. Wir wollen die Stärkung des Völkerrechts und eine massive Verrechtlichung der internationalen Beziehungen in einer immer stärker voneinander abhängigen Welt. Wir wollen keine neue Konfrontation der Großmächte! Eine Reform der Vereinten Nationen sollte das Zeitalter einer neuen Friedensdiplomatie einläuten.

Die Energiewende muss auf die EU-Ebene getragen werden. Was bringt es, wenn ein Mitgliedstaat die Atomkraft abschafft, während der andere sie ausbaut? Deshalb arbeiten wir auf europäischer Ebene für ein Ende von Euratom! Es wird Zeit, die Energiewende zu einer europäischen Aufgabe zu machen. Dezentral erzeugte erneuerbare Energien brauchen europäische Netze und Speichersysteme. Die Mitgliedsstaaten stehen vor unterschiedlichsten Problemen bei der Modernisierung der Energieversorgung: Der de-industrialisierte Süden könnte von einer europäischen Energiereform gezielt profitieren, etwa mit dem Ausbau der solaren

Energieerzeugung in Griechenland, Spanien oder Süditalien. Osteuropäische Länder wie Polen oder Tschechien, die noch stark von Kohle abhängig sind, müssen mit EU-Hilfe sozialverträgliche Alternativen jenseits der Atomkraft geboten werden. Wenn die Energiewende nicht sozial gestaltet wird, droht Energiearmut mit noch mehr Kältetoten in den kommenden Wintern. Der ökologische Umbau wird nur europäisch gelingen – sozialverträglich wird er nur etwas mit einer starken Linken im EP!

Do it yourself! Um der europäischen Integration einen rettenden und nachhaltigen Linksdrall zu verpassen, bedarf es einer wirklich europäischen Linken. Die EU verändern können wir nicht einfach mit unseren national geprägten Konzepten aus Berlin, Madrid, Athen oder Prag: Ohne eine Vertiefung der Integration der europäischen Linken selbst werden wir den Kampf um Europas Zukunft nicht gewinnen können. Für ein europäisches Spiel brauchen wir ein europäisches Team. Wir müssen die Diskussion unserer politischen Konzepte für die EU noch öfter, enger und zielorientierter mit unseren Partnern in der EL und der Linksfraktion im EP führen. Seit der Ersten Internationalen 1864 hat die Zusammenarbeit der sozialistischen Linken in Europa und der Welt viele Höhen und Tiefen erlebt. Viele Momente der Solidarität und der Hoffnung prägen die Erinnerung, aber auch Narben sind vorhanden. Wir denken, im Jahr 2014 – hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges – ist es an der Zeit, einen neuen integrativen Schritt zu gehen und die EL und unsere Linksfraktion im EP weiterzuentwickeln. Die europäische Linke und die Menschen in Europa können dabei nur gewinnen. Packen wir es an!

I # Blick nach vorn ! Perspektiven linker Europapolitik

»Vereinigte Staaten von Europa – Ein neuer Qualitätsbegriff«

Lothar Bisky im Interview mit Nora Schüttpelz über die EU-Erweiterung, die Vertiefung der Integration, Europaskepsis und die Linke in Europa



Lothar Bisky in der EU-Parlamentsdebatte über die gefährdete Demokratie in Ungarn. Foto: GUE/NGL

Mit dem heutigen Tag ist Kroatien 28. Mitglied der EU. Ein Fortschritt, auch für Linke ein Grund zum Feiern?

Lothar Bisky: Ja! Viele – in der alten EU und in Kroatien – machen sich nachvollziehbare Sorgen über die ökonomischen Probleme. Aber gerade wer eine EU will, die nicht vor allem anderen Marktlogiken folgt, sollte die nicht zum alleinigen Maßstab machen. Friedliche Lösung von Konflikten, individuelle Freiheitsrechte, solidarisches und demokratisches Zusammenleben: Das sind die Erwartungen, die Menschen in den Mitgliedstaaten an die EU-Mitgliedschaft haben. An deren Erfüllung müssen wir gemeinsam arbeiten.

Ein Grund zur Freude ist auch, dass unsere linke Fraktion im Europaparlament, die GUE/NGL, dadurch ein neues Mitglied aus Kroatien bekommt. Wir sind jetzt 35 und damit nicht mehr die kleinste Fraktion. Hinzu kommt: Die heutige EU hat doch unter anderem den Mangel, dass viele europäische Staaten nicht Mitglied sind. Ich glaube fest daran, dass im Laufe der Jahre noch andere Staaten dazukommen.

Weitere Fortschritte im oder durch das europäische Integrationsprojekt hältst Du also für möglich.

Bisky: Ja, daran glaube ich fest – sonst wäre Europa ja be-

scheuert! Weil die Vorteile des Zusammengehens so offensichtlich zutage liegen, dass nur Leute, die in andere Zeiten zurück wollen, dagegen arbeiten könnten. Also ich finde, das europäische Projekt, die Europäische Union, so wie sie ist, ist nicht der Idealzustand, der erreichbar ist. Aber: Es ist ein Zustand für die miteinander kooperierenden Länder, der wesentlich besser ist, als ein auf Nationalstaaten fixiertes und damit engstirniges Europa.

Hat die EU-Mitgliedschaft einiger ost- und mitteleuropäischer Staaten schon die tatsächliche Überwindung des kalten Krieges in kultureller, sozialer, wirtschaftlicher Hinsicht hergestellt?

Bisky: Die Erweiterungen haben dazu beigetragen, bei allen Problemen, die noch unübersehbar übrig sind. Die Zusammenarbeit und das gewollte Zusammenrücken ist schon ein Fortschritt: dass Kooperation gesucht und nicht verhindert wird. Dabei ist es ein gewaltiger Prozess und daran, dass er langsam geht, darf man nicht verzweifeln. Kultur, auch politische Kultur ist etwas, was angeeignet ist durch Lebensweise und was in der Lebensweise zum Ausdruck kommt. Und das dauert eben. Man denke doch nur an die Ost- und Westdeutschen. Die deutsche Einheit gibt es nun schon lange und es gab sie vorher. Es gibt aber immer noch eine gewisse Reibung, auch wenn man die durchaus produktiv nutzen kann. Da darf man doch nicht erwarten, dass alle europäischen Völker über Nacht alle Unterschiede über den Haufen werfen. Das sind Lernprozesse, die lange dauern, manchmal zu lange. Aber billiger ist es nun mal nicht zu haben.

»Ein Länderfinanzausgleich für die EU, hin zu einer tatsächlichen Angleichung der Lebensverhältnisse«

Wenn man weitere Integrationsschritte in Europa geht – gibt es dann nicht auch noch mehr Probleme?

Bisky: Tja, ein problemloses Leben gibt es nicht! Da habe ich keinerlei Illusionen. Die Jahrhunderte lange Dominanz bestimmter kirchlicher Ideen hat wohl zu unrealistischen Harmonievorstellungen geführt. Das Leben ist ein bisschen anders. Vieles passiert durch die Lösung von Widersprüchen, durch Lösung von Konflikten, auch durch das Austragen von Kontroversen. Probleme sind, wenn man es friedlich angeht, durchaus nicht das Problem, sondern oft der Anfang einer Lösung.

Du hast Dich schon mehrfach – mitten in der Krise, während andere über das Ende des Euro, vielleicht sogar der

EU nachdenken – für die »Vereinigten Staaten von Europa« ausgesprochen. Was verstehst Du darunter?

Bisky: Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, das sage ich jetzt bewusst als Linker, ist kein schlechtes Modell. Weil dort die Staaten eine relativ hohe Selbständigkeit haben und gleichzeitig in wesentlichen politischen Fragen zusammengehen und dafür die Institutionen geschaffen haben.

Europa würde es nicht genau so nachmachen, wie die USA. Die Geschichte der europäischen Länder, Kulturen und Demokratien kann man nicht einfach unter den Tisch fegen. Insofern wäre es anders, aber ein vereinigt Europa wäre ein Schritt weiter als das, was wir gegenwärtig haben.

Was würde das denn konkret, heißen?

Bisky: Ich möchte jetzt keine Liste aufstellen, was da im Einzelnen alles anzustreben wäre. Es ist wichtig, dass wir in der Europäischen Union weitere Schritte bedenken. Man müsste über die Transferunion nachdenken, so etwas in der Art wie der Länderfinanzausgleich in Deutschland, nur besser, funktionierender, hin zu einer tatsächlichen Angleichung der Lebensverhältnisse. Auch über Möglichkeiten der EU, finanziell nicht mehr vom guten Willen der nationalen Regierungen abzuhängen, sondern zum Beispiel durch Anteile aus der Finanztransaktionssteuer eigene Mittel zu bekommen.

»Mit der Realität passen Rückzüge ins Nationalstaatliche nicht zusammen«

Ein EU-Kommissar hatte die Idee für eine europäische Arbeitslosenversicherung, ich finde den Vorstoß gut. Die Entwicklung spricht für mehr Integration. Wir haben dabei nur ein Hemmnis und das ist der bornierte Nationalismus. Den gibt es auch in Deutschland. Gerade als Deutsche müssen wir erkennen, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Völkern ist. Das ist jedenfalls meine Lehre aus der deutschen Geschichte. Wenn immer wieder Alleingänge versucht werden, endet das in der Regel verhängnisvoll. Die weitere Vertiefung der Europäischen Union bedeutet doch nicht, dass damit die nationalen Traditionen, die Geschichte, das jedem Volk Eigene, verdrängt würden. Denn man bleibt ja Deutscher, Franzose, Italiener in der EU. Man wird gleichzeitig mehr und mehr Europäer. Auch wenn noch bei vielen Menschen der Nationalstaat im Mittelpunkt der Identität steht: Ich glaube schon, dass das Gewicht sich allmählich hin zu mehr Europa verschiebt.

Woran machst Du das fest? Nicht nur die Zeitung mit den vier Großbuchstaben und die Stammtische lassen vermuten, dass es immer mehr statt weniger nationalistische Vorurteile gibt. Die Bundeskanzlerin spricht auch nicht mehr laut von mehr Integration.

Bisky: Mit der Realität passen Rückzüge ins Nationalstaatliche nicht zusammen. Ohne mehr und bessere Kooperation werden sich viele Probleme einfach nicht lösen lassen.

Aber natürlich gibt es Abstufungen: Manchmal ist behutsame Annäherung sinnvoll, manchmal sind richtige gemeinsame Gesetze die sinnvollere Variante. Aber in jedem Fall mehr und bessere Zusammenarbeit. Man darf die Menschen nicht unterschätzen: Ich glaube schon, dass eine Mehrheit durchaus bereit zu mehr Integration ist, auch wenn eine gewisse Skepsis unübersehbar ist. Zum Teil ist das mit historischen Ereignissen begründbar, zum Teil angesichts aktueller Krisenerscheinungen zumindest nachvollziehbar. Häufig werden wir ja auch von Regierungen an der Nase herumgeführt und so etwas haftet erst einmal lange Zeit in einer Bevölkerung. Aber ich glaube nicht, dass die Bevölkerung an sich irgendwelche Aversionen gegen Europa hat. Solche Aversionen sind von Politikern leicht angestachelte, manchmal von Journalisten beförderte – oder besser: produzierte – Haltungen. Und die werden dann so lange beschrieben, bis man sie für Realitäten hält.

»Marx treibt uns an, entwürdigende Umstände, unter denen Menschen leben, in Europa und der Welt zu beseitigen«

Du wohnst in einem kleinen Städtchen, nicht in einem der großen Industriestandorte oder Kulturzentren – welche Fragen stellen Dir Deine Nachbarn über die EU?

Bisky: Das ist ganz unterschiedlich. Aber ich höre da durchaus diese Vorbehalte gegenüber der EU. Was mich oft auf die Palme bringt, ist der blödsinnige und gemeine Spruch, dass die Deutschen alles finanzieren. Denn die Haltung, die dahinter steckt, zeigt doch, dass diese Leute am deutschen Wesen wieder die Welt genesen lassen wollen. Das ist einfach falsch. Das ist einfach nach hinten gewandt. Das ist etwas, was mich wütend macht. Denn das stimmt ja nicht. Diese Haltung, dass nur Deutsche so fleißig sind, vielleicht auch noch so sauber, das ist eine Haltung, die in den 1930er Jahren dagewesen ist. Und dass das sich nochmal an die Oberfläche hervorwagt, ist schlimm. Ich sage das so deutlich, weil ich das so empfinde. Wir Deutschen sollten etwas

mehr Bescheidenheit üben in den internationalen, auch in den europäischen Angelegenheiten.

Was antwortest Du denn auf solche Positionen?

Bisky: Mir kommt man damit im Regelfall nur einmal. Und danach weiß man, dass ich ein gnadenloser Internationalist bin, auch ein gnadenloser Europäer. Und dass ich für solche Spielchen nicht zu haben bin. Ich antworte dann immer mit der Küche der Franzosen, mit der Filmkunst der Polen, den tschechischen Theatern, den griechischen Demokratie-Ursprüngen. Es gibt ein sehr reichhaltiges Europa mit besonderen kulturellen Schätzen, überall wo man hinsieht, in allen Ländern. Die zu bewahren ist eine unserer Kernaufgaben.

»Bei der EU-Integration kann man mit Macht nichts ausrichten, sondern nur mit Lösungen von Problemen«

Du hältst es also mit Jean Monnet? Dem wird das Zitat zugeschrieben, wenn er die ersten Integrationsschritte noch einmal tun dürfte, würde er mit der Kultur beginnen. Womit würdest Du beginnen, wenn Du heute als junger Europapolitiker neu anfangen könntest?

Bisky: Mit der Ökonomie und der Kultur. Kultur ist außerordentlich wichtig, aber nicht die Grundlage der Entwicklung. Kultur ist mein Beruf und ich tue alles Möglich dafür. Aber ich habe mal gelesen, dass Menschen erst einmal essen, schlafen, trinken, lieben wollen, bevor sie dann zu anderen Dingen kommen. Und diese einfache Weisheit, möchte ich einfach nicht vergessen, bei aller Liebe zur Kultur.

Es gibt doch wirtschaftliche Integration in der EU, allem voran die vier Grundfreiheiten? Fehlt also nur ein bisschen Kultur?

Bisky: Dass wir die kapitalistischen Grundfreiheiten haben, ist natürlich nicht zu bestreiten. Aber das ist noch nicht Ökonomie, also das, was ich darunter verstehe. Das schliesse natürlich das Soziale ein, auch die kooperative Wirtschaft: Mehr genossenschaftliches Wirtschaften könnte in einer sinnvoll vertieften EU eine größere Rolle spielen. Ein Mix von Eigentums- und Wirtschaftsformen. Das heutige Modell fördert die absolute Dominanz des Privateigentums.

Brauchen wir auch eine EU-Sozialpolitik oder ist die bei den Mitgliedstaaten besser aufgehoben, wo die Sozialsysteme ja traditionell gewachsen sind?

Bisky: Es gibt schon Ansätze und gemeinsame sozialpolitische Regelungen: Zum Beispiel die maximale Arbeitszeit und Gesundheitsschutzbestimmungen am Arbeitsplatz sind EU-weit geregelt. Es gibt Förderprogramme für Kultur und Jugendaustausch und für regionale Entwicklung in Städten und im ländlichen Raum, gerade auch grenzübergreifend. Das ist sinnvoll, denn zunehmend bewegen sich Menschen öfter im Leben über nationale Grenzen hinweg – zur Ausbildung, im Urlaub, zum Arbeiten, aus familiären Gründen. Ich plädiere dafür, soziale Standards behutsam und mit ausreichender Zeit mehr anzugleichen, natürlich zum Besseren hin. Damit meine ich, man kann die Traditionen und Unterschiede, die auf sozialpolitischem Gebiet existieren, nicht mit der Brechstange über Nacht beseitigen.

Nimmt man die Brechstange, geht die europäische Idee verloren. Gehen wird es nur, indem Völker gewonnen werden. Bei der EU-Integration kann man mit Macht gar nichts ausrichten, sondern nur mit überzeugenden Lösungen von Problemen.

Hat der alte Marx schon etwas über Europa gesagt was heute noch gilt, wie würde er die EU bewerten?

Bisky: Da der Alte ein ganz schön kritischer Typ war, würde er natürlich die kapitalistischen Grundlagen nicht besonders chic finden. Aber er war zugleich immer auch ein realistischer Empiriker, so will ich es mal ausdrücken. Er wusste, dass die schönste Theorie auch in seinem Kopfe nicht immer die Wirklichkeit widerspiegelt. Er wusste, man muss Dinge erforschen, genau hinschauen, was sich entwickelt. Er würde wohl mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass der einst relativ erstarrte Industriekapitalismus nationalstaatlicher Prägung sich doch entwickelt hat. Nicht dass er jetzt sozialistischen Maßstäben genügen würde, das auf gar keinen Fall. Aber er hat sich entwickelt in einer ganzen Reihe von Fragen, die zu Marx' Zeiten noch nicht voraussehbar waren.

Marx wäre der erste, der das zur Kenntnis nimmt und der Letzte, der das leugnen würde. Denn er ist der genau analysierende Empiriker. Er hat immer wieder die Augen geöffnet vor dem, was in der Realität vor sich geht und sich nicht vergraben in seiner eigenen Ideologie. Bei manchen Marxisten ist das umgekehrt.

Welchen Ratschlag würde er uns geben? Was sollen wir denn mit der EU machen, als Linke?

Bisky: Er würde uns antreiben, dass wir entwürdigende Umstände, unter denen Menschen produzieren und leben, in Europa, in der Welt insgesamt, beseitigen und daran arbeiten, sie durch Zustände zu ersetzen, in denen Menschsein

möglich ist. Denn in Europa sind wir militärisch hoch gerüstet; Europa ist machtpolitisch in der Welt aktiv; Europa steht für einen sozialstaatlich abgemilderten, aber dennoch für einen klaren kapitalistischen Kurs. Und Europa hat sich auch noch nicht gänzlich von seinen kolonialgeschichtlichen Attitüden kultureller Hegemonievorstellungen verabschiedet.

Welche Ratschläge, Strategien gibst Du jüngeren Politikkgenerationen mit auf den Weg?

Bisky: Das lässt sich relativ einfach sagen: Ich habe in meiner politisch aktiven Zeit so viel geredet und vorgeschlagen und Sitzungen geleitet und Ideen und Orientierungen mit anderen zusammen entwickelt, dass die Menschheit nun langsam darauf verzichten kann. Das sehe ich mit Freuden. Ich rate nur jedem, der sich mit dem einen oder anderen meiner früheren Vorschläge beschäftigt: Seid verdammt kritisch. Alles andere führt zu nichts. Die Zeit des Gläubig-Seins hatte meine Generation noch zu überwinden. Heute muss niemand mehr gläubig in politischen Fragen sein, heute kann man sich alles kritisch aneignen, verwerfen oder annehmen.

»Europäischen Parteien spielen eine immer größere Rolle – ob uns das gefällt oder nicht«

Trotzdem: Es gibt doch bestimmt »wichtigste Themen«?

Bisky: Überleben. Freunde finden. Feinde abwehren – also einerseits im Sinne von bessere Argumente haben als der Gegner; andererseits: Als Linke erleben wir leider auch oft immer noch feindliche Einstellungen uns gegenüber. Das habe ich früh erfahren müssen. Heute ist das deutlich weniger und es ist auch nicht in allen Ländern gleich. In Deutschland besonders ist die Intoleranz leider ein beständiger Strang in der Geschichte – ich meine auch die linke Intoleranz. Mich hat nun vor allem die rechte Intoleranz getroffen. Linke Intoleranz ist aber nicht weniger schlimm oder peinlich.

Gibt es eine europäische Identität bzw. was wäre das eigentlich?

Bisky: Das ist das, was sich im Prozess der Kooperation entwickelt und wofür es keine Formel gibt. Natürlich kann man feststellen, dass sagen wir Leute, die in den EU-Institutionen arbeiten, auf einen anderen Erfahrungshintergrund zugreifen als der sogenannte normale Bürger. Und Leute, die

viele Kooperationserfahrungen in und mit anderen Ländern und Völkern haben, sind oft weltoffener. Aber europäische Kultur, europäische Identität, entwickelt sich ausschließlich im Prozess der Kooperation. Man kann sie nicht einfach verordnen. Wie das im je Einzelnen aussieht, lässt sich nicht wirklich voraussagen. Man kann das fördern. Es wird – zum Glück – einiges unternommen, damit die Jugend in Europa mit einander in Kontakt kommt, voneinander lernen kann. Da kann und sollte noch mehr gemacht werden.

Das ist historisch nicht vom Himmel gefallen, sondern dazu bedurfte es der Anstrengungen vieler Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die das durchgesetzt haben. Es war früher überhaupt nicht selbstverständlich, dass man sich mit französischen Schülern trifft. Es war überhaupt nicht selbstverständlich, dass man nach Polen fährt. Man war selbstgenügsam genug, die bunte Welt auf dem Balkan nicht näher kennenlernen zu mögen. Es war ja auch kompliziert. Aber den Einblick in das Leben anderer – den braucht man. Anders wird Europa nichts werden, weil man ja die Vielfalt verstehen und die Unterschiedlichkeit annehmen können muss.

Werden europäische Parteien in absehbarer Zeit, vielleicht schon jetzt in den Monaten vor der Europawahl Ende Mai 2014, mehr in den Vordergrund rücken?

Bisky: Die europäischen Parteien werden eine immer größere Rolle spielen. Ob uns das gefällt oder nicht, ist da nicht die Frage. Wir als Linke müssen diese Entwicklung annehmen und gestalten. Das heißt auch, bewusst dahinter stehen und von den Tatsachen ausgehen. Die einzelnen nationalen Parteien sind und bleiben ja wichtig in ihren Ländern. Aber auf europäischer Ebene geht es nur durch ganz enge Zusammen-

arbeit und Abstimmung zwischen den Parteien und auch in einer gemeinsamen europäischen Partei mit gemeinsamen Politikansätzen. Wie denn sonst?! Da ist die Linke erstaunlicherweise überaus schwerfällig und häufig nationalstaatlich orientiert. Zu oft wird auch vergessen, dass die Geburt neuer linker Parteien immer an den Internationalismus geknüpft war. Es ging immer um die Völker der Welt oder doch um große internationale Zusammenhänge. Es ging nie um diese bornierten, einzelnen, kleinen Nationalstaaten.

Die »neue soziale Idee« – ist das ein guter Slogan auch für die europäische Linke?

Bisky: Die Linke in Europa muss die Chance wahrnehmen, eine weiter ausdifferenzierte Europapolitik zu gestalten. Es geht um eine sozial gesicherte, europäische Kooperation, die die Produktivität und den Wohlstand vorantreibt – in Frieden. Das will ich nochmal erwähnen, so sicher ist das ja nun auch nicht. Das produktive Europa. Das schiene mir der Kern zu sein. Produktion natürlich nicht nur auf Waren und Dienstleistungen bezogen.

Wer wird unser Spitzenkandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten.

Bisky: Das weiß ich nicht. Ihr, die Jüngeren, müsst eine oder einen finden.

Zuerst erschienen auf dielinke-europa.eu, 1. Juli 2013

Europa – Ein linkes Projekt!? Zur Geschichte linker Debatten über die europäische Einigung

Thomas Händel und Frank Puskarev zur Geschichte der linken Debatten über die Einigung Europas – von Hugo bis Lenin, von Siemsen bis Habermas



Für ein Europa der Beschäftigten! Thomas Händel beim Parteitag der LINKEN in Erfurt. Foto: Puskarev

Die Europäische Union ist in den letzten Jahrzehnten zu einem abgehobenen Elitenprozess entwickelt worden. Demokratie und ihre europäischen Institutionen wurden nur scheinbar gestärkt. Mitsprachen am »Europäischen Projekt« wurden verweigert oder – wo dies nicht ging, wie in Frankreich, den Niederlanden oder Irland – deren Ergebnisse schlicht ignoriert. Die passive Frustration, Distanz und Kritik der Menschen an diesem Europa wächst und lässt die Mythen des Nationalstaates wieder aufleben.

In der europäischen Linken wird seit jeher der Streit um Europa erbittert geführt. Die Positionen reichen vom »Zer-

schlagen des zentralistisch-imperialistischen Gebildes«, wie es etwa die griechischen Kommunisten fordern, bis zur Forderung nach den »Vereinigten Staaten von Europa«, wie sie in Teilen der deutschen LINKEN, bei den Grünen oder manchen Sozialdemokraten vertreten wird. Die linke Debatte um Europa hat freilich ihre eigene, oft ignorierte Geschichte.

Weit vor 1848 begann die Debatte, ob Europa nur ein Kontinent oder mehr sein sollte. Kein Standardwerk zur Geschichte der Europäischen Union und ihrer Vorgänger kommt ohne ein Zitat von Victor Hugo aus. »Ein Tag wird kommen ...«, so beginnen die Sätze seiner Rede auf dem Pariser Friedens-

kongress im August 1849 (vgl. Hugo 1875, 151 ff). Seine Vision war ein friedliches, soziales und demokratisches Europa als Bundesstaat (»die Vereinigten Staaten von Europa«). Dies könne die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen zumindest soweit eindämmen, dass nicht mehr Hunderttausende auf den Schlachtfeldern Europas zurück blieben – um 1848/49 lag Europa geradezu unter einem Dunst von Schwefel; bürgerliche Revolutionen wurden allorts blutig niedergeschlagen. Hugo erkannte die Chancen, die sich aus der sich immer schneller entwickelnden Industrie und den Verkehrsmitteln für die Lebensbedingungen der Menschen und das Zusammenwachsen der Völker ergaben. Und seine Rede enthielt eine Warnung:

»Ein Tag wird kommen, wo es keine Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen und der Geist der sich den Ideen öffnet« (ebd., 154). Wäre Hugo noch so euphorisch gewesen, wenn er geahnt hätte, welch zerstörerische Kraft »die Märkte« dereinst annehmen werden? Diese Ideen finden vor allem in der wachsenden Arbeiterbewegung viele Anhänger: Kautsky, Ledebour, Lenin, Luxemburg und Trotzki haben sich mit der europäischen Frage auseinandergesetzt. Gleiches gilt später für Spinelli, Rossi, Siemen, Abendroth, Huffschild und Habermas, die als Politiker oder Intellektuelle die Diskussion um das Leitbild eines friedlichen, sozialen und demokratischen Europa beeinflusst haben. Sie sind hier exemplarisch genannt für mehrere Generationen von Linken – Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten – die aufgrund von Ausbeutung, Faschismus und Krieg ein anderes Gesellschaftsmodell für Europa gedacht und dafür gekämpft haben.

Linke EU-Debatte: »Zerschlagen des imperialistischen Gebildes« oder »Vereinigte Staaten von Europa?«

Karl Kautsky vertrat (1911), dass ein geeintes Europa stark genug wäre, um alle Nicht-Mitglieds-Staaten zu zwingen, ihre Armeen abzuschaffen und so dauerhaften Frieden zu sichern. Ein europäisches Heer wäre damit obsolet. Er hatte konkrete Vorstellungen, wie dieses Europa aussehen könnte: mit Parlament, Regierung und gemeinsamer Handelspolitik. Die Positionen trafen auf massiven Widerspruch: Rosa Luxemburg geißelte die Gedanken Kautskys als »unsozialdemokratisch« (Luxemburg 1911), Lenin hielt sie für politisch richtig, aber ökonomisch falsch (vgl. Lenin 1915).

Luxemburg argumentierte, die Forderung nach einem geeinten Europa sei zwar plausibel, jedoch »utopistisch« (vgl. Luxemburg 1911). Sie fürchtete ein imperialistisches »Wirtschaftsganzes«, das in Zeiten der Kolonisierung der halben

Welt durch europäische Staaten ein rassistisches Projekt sein müsse. Kautsky stelle dieselben Forderungen, wie sie von »bürgerlicher Seite [...] mit reaktionärer Tendenz« (ebd.) in die Debatte gebracht worden seien. Damit war Luxemburg gleichermaßen visionär wie ungerecht. Visionär, weil ein ausschließlich auf wirtschaftlicher Einheit basierendes, kapitalistisch organisiertes Europa zum Scheitern verurteilt sei. Ungerecht, weil Kautsky gerade etwas anderes gefordert hatte: Er ging davon aus, dass allein eine europäische Revolution, ein sozialistische Europa seine Idee durchsetzen könne. Er ist von Luxemburgs Vorwurf so weit entfernt wie seine Idee von Europa von der heutigen EU.

Römische Verträge 1957: »Höchstens Spurenelemente linker Ideen«

Lenin hielt die Einigung Europas aus ökonomischer Sicht »unter kapitalistischen Verhältnissen« für »entweder unmöglich oder reaktionär« (a.a.O.). Angesichts der unter den Großmächten aufgeteilten Welt könne ein Zusammenschluss unter europäischer Flagge nur zu mehr Ausbeutung führen. Ein »gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten« sei unter kapitalistischen Verhältnissen »unmöglich« (ebd.). Ein geeintes Europa müsse mit Sozialismus verbunden werden. Lenin sah freilich die Möglichkeit von Sozialismus in einem Land, von dem aus der Welt-Sozialismus im Kampf »gegen die rückständigen«, also kapitalistischen, Staaten errungen werden sollte (ebd.).

Frieden, Sozialismus – Europa?

Nach dem ersten Weltkrieg stellte sich erneut die Frage nach Möglichkeiten, wie man für eine friedliche Entwicklung in Europa Sorge tragen könne. In Russland hatte eine Revolution gesiegt, Millionen Menschen waren gestorben. Trotzki griff die Frage eines geeinten Europas auf und stellte die Friedensfrage wieder in den Mittelpunkt der Debatte (1923). Er setzte sie ins Verhältnis zum kapitalistischen System: In Zeiten der Kapital-Überakkumulation seien es Krisen oder Kriege, die zu einem temporären Ausgleich führen. Nur eine europäische Föderation könne solche Auswege verhindern. Die gegensätzlichen Interessen zwischen den europäischen Mächten, wie sie sich in den Versailler Restriktionen (Wirtschaftsbeschränkungen, Reparationen und Zollschränken) niederschlugen, stünden einer wirtschaftlichen Erholung Europas entgegen. Anders als Luxemburg hielt er Europa für eine »innerlich eng verbundene wirtschaftliche Einheit« (ebd.). Die Forderung nach einer Weltföderation wäre richtig, aber zu abstrakt.

In dieser Frühphase sind die Ideen eher skizzenhaft und transportieren die damals relevanten Vorstellungen von Demokratisierung und Teilhabe.

Faschismus und Weltkrieg entfachten die Debatte dann neu – konkrete Vorschläge und Zielsetzungen wurden entwickelt.

Wider den Faschismus

Der italienische Kommunist Altiero Spinelli entwickelte 1941 zusammen mit Ernesto Rossi, Eugenio Colorni und Ursula Hirschmann konkrete Vorstellungen eines geeinten Europas unter sozialistischer Vorherrschaft. Angesichts der Spur der Verwüstung durch Europa und nach Jahren in faschistischer Haft auf der italienischen Gefängnisinsel Ventotene zeichneten sie das Modell eines sozialistischen Bundesstaates Europa (vgl. Spinelli et al. 1941): Bildung, gerechte Verteilung der durch die Industrialisierung sich stetig vermehrenden Reichtümer, Aufhebung der Klassengesellschaft und freie Gewerkschaften: »Die Grenze zwischen fortschrittlichen und reaktionären Parteien verläuft demnach nicht mehr längs der formellen Linie ihrer größeren oder geringeren Demokratie oder des Ausmaßes des einzuführenden Sozialismus. Der Bruch vollzieht sich zwischen denen, die immer noch das alte Endziel der Eroberung der nationalen politischen Macht im Auge haben, und dadurch, sei es auch unfreiwillig, den reaktionären Kräften Vorschub leisten, indem sie die glühende Lava der Volksbegeisterung in den alten Formen erstarren lassen, und den anderen, denen die Schaffung eines stabilen internationalen Staates am Herzen liegt, und die die Kräfte des Volkes in diese Richtung lenken.« (ebd.)

Huffschmid: »Sozialpolitisches Trauerspiel« in den europäischen Verträgen

Das sozialistische Europa sollte sich deutlich vom Kommunismus sowjetischer Prägung absetzen. Sie setzten auf regulierten Wettbewerb statt Monopole und soziale Sicherungssysteme, die wirtschaftliche Fehlentwicklungen korrigieren konnten. Das Manifest umfasst selbst die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde »Europa« der neuen Systemauseinandersetzung unterworfen und in der Blockauseinandersetzung funktionalisiert. Die linke europäische Idee geriet »nicht nur in den Zwang zur weltpolitischen Anlehnung in nur einer Richtung, sondern notwendig

unter das Vorzeichen antibolschewistischer Vorstellungen« (Abendroth 1951). Diese möchten »die Antriebe der radikalen sozialen Demokratie vernichten« (ebd.) und verunmöglichten jede progressive gesamteuropäische Weiterentwicklung. Im westlichen, kapitalistischen Teil Europas wurde die Idee eines teilweise geeinten Europa aufgenommen – aber eben unter anderen Vorzeichen.

Robert Schuman und Jean Monnet schlugen vor, dass zunächst bestimmte Wirtschaftszweige gemeinsam agieren sollten (Montanunion), später ein gemeinsamen Markt, noch später die politische Union entstehen sollte (vgl. EU 2012). Es blieb im Wesentlichen ein »Regierungseuropa«, dessen politische Ratio die Blockkonfrontation war. In den »Römischen Verträgen« von 1957 fanden sich neben der Akzentuierung auf wirtschaftliche Interessen und der Betonung einer »sozialen Marktwirtschaft« höchstens Spurenelemente der linken Ideen wie die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten auf das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Anna Siemsen, die vor den Faschisten in die Schweiz geflohene ehemalige sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete, schrieb: »Kommt das geeinte und freie Europa, so kommt mit ihm (...) auch das volle Bürgerrecht aller Europäerinnen.« Sie rief die Frauen Europas auf, sich für ein föderatives, friedliches, soziales und demokratisches Europa einzusetzen, weil nur so die Rechte der Frauen in allen europäischen Ländern denen der Männer gleichgestellt würden (Siemsen [1945] 2009).

»Öffentliche Sektoren ausbauen und gesellschaftliches Eigentum ausweiten«

Eine solidarische und humane Gesellschaft sei nur ohne Konkurrenzkampf und Unterdrückung durch Kapitalismus machbar und ein geeintes Europa wäre ein gutes Stück des Weges hin zu einer sozialistischen Weltföderation (vgl. von Barga 2009). Tatsächlich aber spielte die gewerkschaftliche, kommunistische und sozialdemokratische Linke in den Integrationsschritten der folgenden Jahrzehnte realpolitisch wie konzeptionell keine wesentliche Rolle.

Der ordoliberaler Weg

Seit den späten Siebzigern setzte sich über verschärfte kapitalistische Krisen eine neoliberale Denkweise durch, die den Wettbewerb sowohl in der Wirtschaft als auch unter den Staaten in Europa zur Doktrin hatte. Solidarische und kooperative Gedanken, eine linke, progressive Gesellschafts-

idee hatten ausgedient – zumal nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa. Es gab eine relativ stabile, »organische« Machtstruktur, die über nationale Grenzen hinweg wirtschaftlich, intellektuell und moralisch einen Block bildete (vgl. Jacobitz 1991). Erst in den letzten Jahren gewann die linke Europadebatte wieder an Kraft. Noch als Vorsitzender der SPD plädiert Oskar Lafontaine für eine innere Reform der EU, die mit einer Stärkung des Europäischen Parlaments einhergehen müsse. Die politische Union sei das Ziel eines geeinten Europa (vgl. Lafontaine 1998).

Sozialistisch geeintes Europa oder Sozialismus in einem Land?

Jürgen Habermas stellt die Demokratiefrage. Nicht die Menschen würden der europäischen Einigung feindlich gegenüber stehen. Die gegenseitige Blockade der Mitgliedsstaaten untereinander sei für die Legitimationskrise Europas verantwortlich. Er setzt darauf, die Politik in der EU zu demokratisieren, die Menschen einzubinden. Angesicht der weltweiten Entwicklungen sei es notwendig, die europäische Einigung als Schritt zur Weltgemeinschaft zu verstehen und so eine globale »Pazifizierung« zu befördern (vgl. Habermas 2011). Jörg Huffs Schmid hatte das »sozialpolitische Trauerspiel« im EU-Verfassungsentwurf und dem Lissabonvertrag kritisiert, der von Solidarität und Sozialem nicht viel übrig ließ. Eine Alternative müsste sich »auf drei Eckpfeiler stützen: Erstens eine voll entwickelte Demokratie, die dem europäischen Parlament die volle Souveränität über die europäische Gesetzgebung gibt und gleichzeitig die Rechte der Mitgliedsländer (etwa durch die Umwandlung des Ministerrates in eine zweite Gesetzgebungskammer) wahrt. Zweitens eine wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption, die sich nicht primär am Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet, sondern Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu ihren Orientierungspunkten macht und zu diesem Zweck auch in Marktprozesse eingreift sowie ein vernünftiges Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Sektor etabliert. Drittens eine Konzeption von internationalen Beziehungen, die sehr viel mehr Energie und Geld für friedliche und kooperative Zusammenarbeit sowie Entwicklungshilfe als für Marktöffnung und Militäreinsätze aufwendet« (Huffs Schmid 2004).

Die reale Entwicklung jedoch geht in die andere Richtung: autoritärer Demokratieabbau. Als post-demokratische Form eines autoritären Finanzmarkt-Kapitalismus, in der die demokratischen Institutionen durch eine Mischung aus ausgeklügelten Polittechniken der Eliten und ausufernder poli-

tischer Lobbymacht transnationaler Konzerne entwertet werden, hat Europa keine demokratische Zukunft (Crouch 2008).

Linke Option

Der Linken ist es bisher nicht gelungen, ihr Votum für ein anderes Europa in eine konzise und geteilte Idee und Politik für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa umzusetzen. Die europäische Krisenpolitik will das herrschende System optimieren und stellt nahezu ausschließlich die Interessen der Wirtschaftseliten und Standortlogiken nach vorn. Eine reaktive Kritik der »Rettungsschirme«, Gipfelergebnisse und sozialen Schandtaten reicht dagegen nicht aus.

Es geht um die – anspruchsvolle – Aufgabe, ein gemeinsames europäisches Alternativprojekt zu formulieren: »Wie wir künftig arbeiten und leben wollen?!« Gefordert ist eine Konzeption für ein kooperatives, solidarisches Europa mit guter Arbeit, hohen sozialen Standards und Sicherheit und dem mittelfristigen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Wesentliche Elemente eines alternativen Europas sind die strikte Re-Regulierung der Finanzmärkte und die gesellschaftliche Kontrolle über große Finanzmarktakteure. Europa braucht eine koordinierte Lohnpolitik, ein System kooperativer Stabilität mit der Stärkung der Binnenmärkte. Die öffentlichen Sektoren müssen ausgebaut und das gesellschaftliche Eigentum ausgeweitet werden. Europa braucht eine rote und grüne Industrie- und Wirtschaftspolitik und eine wirkliche Demokratisierung durch Stärkung demokratischer Institutionen, die Schaffung wirtschaftsdemokratischer Strukturen und direkte Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.

Zuerst erschienen in LUXEMBURG – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Ausgabe 2/2012, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Literatur

- Abendroth, Wolfgang, 1952: Europäische Integration und demokratische Legitimation, in: ders., Gesammelte Schriften Band 2ff, Hannover, 208 ff
- Bargen, Marleen von, 2009: Europa nach dem Exil. Zu den Europavorstellungen der Sozialdemokratin Anna Siemsen, in: Themenportal Europäische Geschichte (2009), www.europa.clio-online.de/2009/Article=395, 15.3.2011
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie, Berlin
- Habermas, Jürgen, 2007: Europa: Vision und Votum?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2007, 517 ff
- Ders., 2011: Europa am Scheideweg, in: Handelsblatt online, 18.6.2011, www.handelsblatt.com/politik/international/essay-europa-am-scheideweg/v_detail_tab_print,4298474.html, 30.3.2012
- Huffschmid, Jörg, 2004: Sackgasse EU-Verfassung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2004, 775 ff
- Hugo, Victor, 1875: Actes et paroles – Avant l'exil, Paris, http://fr.wikisource.org/wiki/Congr%C3%A8s_de_la_Paix_1849, 15.3.2012
- Jacobitz, Robin, 1991: Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, in: Arbeitspapier Nr. 5, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg, www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a5.pdf, 15.3.2012
- Lafontaine, Oskar, 1998: Geleitwort, in: Axel Schäfer, Christof Tannert und Barbara Weiler, » ... als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates«: Sozialdemokratie und Europa: vom Völkerfrühling 1848 bis zur politischen Union, [Electronic ed.] Bonn: FES Library, 2003, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01723.pdf>, 15.3.2012
- Lenin, W. I., 1915: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Sozial-Demokrat, 23.8.1915, www.vulture-bookz.de/marx/archiv/volltext/Lenin_1915~Ueber_die_Losung_der_Vereinigten_Staaten_von_Eur.html, 15.3.2012
- Luxemburg, Rosa, 1911: Friedensutopien, in: Leipziger Volkszeitung, 6./8.5.1911, URL:<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1911/05/utopien.htm>, 15.3.2012
- Riffkin, Jeremy, 1995: »Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft: Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert«, Frankfurt/New York
- Spinelli, Alterio, und Rossi, Ernesto, 1941: Ventotene Manifesto, Ventotene, www.altierospinelli.org/manifesto/de/manifesto1944de_en.html, 15.3.2012
- Siemsen-Vollenweider, Anna, [1945] 2009: Die Frau im neuen Europa, in: Clio online, www.europa.clio-online.de/2009/Article=396, 17.3.2012
- Trotsky, Leo, 1923: Über die Aktualität der Parole »Vereinigte Staaten von Europa«, in: Prawda vom 30.6.1923, www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1923/06/vse.htm, 14.3.2012

Solidarität in der europäischen Linken

Die Europawahlen 2014 und die Zukunft der Linksfraktion GUE / NGL

Gabi Zimmer über Solidarität in der europäischen Linken und Herausforderungen für eine Linksfraktion im Europäischen Parlament nach den Europawahlen im Mai 2014



Solidarität: Gabi Zimmer, Kyriakos Triantaphyllides (AKEL/ Zypern), Baibre de Brun (Sinn Fein/Nord-Irland) demonstrieren gemeinsam für ein soziales Europa. Foto: Hansen-GUE/ NGL

Paris im Herbst 2007. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bricht sich Bahn. Mit Spannung folgen die Mitglieder der Linksfraktion im Europaparlament (GUE/NGL), die zu Studientagen anlässlich der französischen EU-Präsidentschaft in Paris weilen, den Szenarien, die ein Berater von Sarkozy vor ihnen entwickelt. Was wird möglicherweise eintreten, wenn bestimmte politische Entscheidungen zur Bekämpfung der globalen und europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise durch die Regierenden in der EU und ihren Mitgliedstaaten getroffen oder nicht getroffen werden?

Das ist fünf Jahre her. Inzwischen zeichnet sich ab, dass die damals aufgezeigten »schwärzesten Szenarien« wahrscheinlicher werden: der Zerfall der EU oder ihr autoritärer Zusammenhalt, ihre Verkleinerung, wachsende Klüfte zwischen »Zentrum und Peripherie«, Zunahme der Anzahl und Divergenzen »verschiedener Geschwindigkeiten« sind keine bloßen Gedankenkonstruktionen. Sozial- und Demokratieabbau, zunehmende soziale und politische Repressionen, wachsender politischer, ideologischer und religiöser Fundamentalismus, anschwellende Gewalt gegen »die Fremden« sind Tatsachen.

Sie sind auch Ausdruck der strukturellen gesellschaftspolitischen Defensive der Linken, die sich nur zögernd und halbherzig die EU-Ebene als politische Herausforderung und Handlungsebene anzueignen versuchen.

Viele machen sich die dramatische Tragweite eines Auseinanderbrechens oder des gewaltsamen Erhalts der EU und der Eurozone nicht ausreichend klar. Nicht wenige hoffen sogar auf den Zerfall und meinen, die Linke könne davon politisch profitieren. Wenn wir dies könnten, wären wir auch stark genug, die EU zu einem demokratischen und solidarischen Akteur zu machen, der soziale, ökologische und globale Probleme nachhaltig und gerecht löst. Wir sind es nicht – trotz oder auch wegen des Geißelns »imperialistischer Interessen und Gegensätze« und der Reduktion der EU auf eine Allianz reaktionärster politischer Kräfte.

»Die Herrschenden wollen die Krise nutzen, um die europäischen Sozialstaaten verschwinden lassen«

Wir waren nicht einmal stark genug, zur letzten Europawahl so viele Wählerinnen und Wähler zu aktivieren, dass eine starke politisch intervenierende Linke im Europäischen Parlament vertreten, hörbar und erlebbar ist! Dort stellen die Linken jetzt die zahlenmäßig kleinste Fraktion – noch hinter der EFD, der Fraktion der Nationalisten und Rechtspopulisten.

Die EU an einem Scheideweg

Einst hatte die Abkehr von Krieg und Faschismus, die Leistung der Sowjetunion, der Kommunistinnen und Kommunisten bei der Zerschlagung der nationalsozialistischen deutschen Militärmaschinerie für Millionen Menschen in Osteuropa die durchaus ehrliche Motivation begründet, ein zum Kapitalismus alternatives Gesellschaftsmodell zu schaffen. Tragisch und verhängnisvoll war, dass ihnen dieses in Gestalt des Stalinismus gegenübergestellt bzw. von den sowjetischen Machthabern und ihren Verbündeten verordnet wurde. Dass dies von nachfolgenden Generationen nicht als »für immer gegeben« angesehen wurde, spricht nicht gegen die Motive, sondern gegen die herrschenden Parteien. Vieles spricht dafür, dass die Menschen sich mit dem sozialistischen Versuch identifizieren wollten, sich am Suchen und Versuchen aktiv beteiligen und sich mit Herz, Verstand und Schöpferkraft einbringen wollten. Aber sie sollten ja hinnehmen, dass eine Elite wusste, was gut für sie und was in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus möglich und notwendig sei.

Die fehlende Attraktivität des »Staatssozialismus« und sein Scheitern wurden und werden von vielen Linken im Westen als Begründung für ihre Schwäche und ihre Probleme gesehen. Das ist sicher nachvollziehbar. Aber wäre dies der einzige Grund, hätten ja die verschiedenen »dritten Wege« erfolgreicher sein können. Und wieso erklären der »Staatssozialismus« und sein Scheitern die Arroganz und Unfähigkeit von manchen »Westlinken«, in der eigenen Organisation demokratisch zu sein und in der Gesellschaft demokratisches Links-sein zu leben? Auch Repression in unseren Gesellschaften erklärt nicht, warum die Linken im politischen Alltag kaum verschiedene gesellschaftliche Entwicklungsszenarien aufzeigen und diskutieren; warum sie viel zu selten Interessierte einladen, um gemeinsam nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen, um heute demokratischer, solidarischer, sozialer und ökologischer zu leben. Würden sie dies, wären die Herrschenden nicht in der Lage, so wirkungsvoll Alternativlosigkeit zu predigen.

Der Europäischen Union könnte ein mit dem Staatssozialismus vergleichbares Schicksal drohen. Viele Menschen verlieren die Hoffnung darauf, dass die EU helfen könnte, ihre Probleme zu lösen und ihr Leben zu bereichern. Alte »national« oder »ethnisch« begründete Konflikte drohen aufzubrechen und neue zu entstehen. Die EU würde damit letztendlich ihre Existenzberechtigung verlieren. Sie wurde einst entsprechend den Wirtschafts- und Wettbewerbsinteressen führender Kapitaleliten gegründet. Die alte Bundesrepublik Deutschland sollte in ein westliches Bündnis integriert, politische Stabilität gesichert und ein Bollwerk gegen das neue sowjetisch-osteuropäische Modell geschaffen werden. Letztendlich hat die EU beziehungsweise haben ihre Vorgänger aber sehr wohl geholfen, Frieden in Europa zu erhalten sowie nationalistische Tendenzen und Stimmungen zu bekämpfen. Letzteres entsprach den Interessen von Bevölkerungsmehrheiten, hat ihren Nerv getroffen, ihre Identifizierung mit dem widersprüchlichen Projekt, das aber immer für Millionen Menschen im globalen Süden Leid und Unterdrückung bedeutete, begründet.

»Interessierte einladen, gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, um heute demokratischer, solidarischer, sozialer und ökologischer zu leben«

Immer mehr EU-Bürgerinnen und Bürgern meinen, dass die EU und vor allem ihre ökonomisch stärksten Mitgliedstaaten hohen Anteil an den globalen Krisen haben und dass die eigenen Krisen sowie die des Euroraumes hausgemacht sind. Das von der EU verfolgte Wachstumsmodell schien bis in die

1990er Jahre hinein den sozialen Ausgleich mehr oder weniger zu sichern. Aber zum einen war und ist es sozial und ökologisch zerstörerisch und zum anderen nehmen die Herrschenden nun die Krisen zum Anlass, den ungeliebten, »viel zu teuren« sozialen Konsens aufzukündigen. Es geht ihnen darum, die europäischen Sozialstaatsmodelle verschwinden zu lassen. Warum jedoch sollten die Bürgerinnen und Bürger den Euro und die EU engagierter verteidigen als die europäischen Sozialstaatsmodelle? Warum sollten die europäischen Sozialstaatsmodelle nicht solidarisch reformiert und ausgebaut sowie mit einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung verbunden werden?

»Links-Sein in Europa heißt immer zugleich Europäisch- und Solidarisch-Sein mit den Opfern von Unterdrückung«

Und warum sollten parlamentarische Demokratien verteidigt werden, wenn die Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger nur wenig am »Gang der Dinge« ändern? Wenn große Teile der Bevölkerungen die Erfahrung machen, dass soziale und ökologische Standards, demokratische Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte wenig gelten, dass von ihnen gewählte oder tolerierte nationale Parlamente und das Europaparlament beim EU-Umbau von oben wenig gefragt sind? Warum sollen sie auf parlamentarische Demokratie vertrauen? Warum sollen sie ein Eurozonenparlament, den Ersatz der europäischen Gemeinschaftsmethode durch die Unionsmethode à la Merkel, die forcierte Spaltung der EU in Eurozone und Nicht-Eurozone, in Kerneuropa und Peripherie im Namen »globaler Wettbewerbsfähigkeit« wollen? Das Nicht-Wollen muss nicht in politische Aktivität und schon gar nicht in emanzipativ-solidarisches Handeln umschlagen.

Es muss schon sehr nachdenklich stimmen, dass sich unter den Regierenden die Stimmen jener mehren, die das »deutsche Modell« unter deutscher bzw. deutsch-französischer Führung zur Basis für die weitere EU-Entwicklung machen wollen. Das heißt die deutsche Agenda 2010 mit Hartz IV, Prekarisierung, Niedriglohnarbeit, Workfare, Erhöhung des Renteneinstiegalters und vieles mehr. Dieser Prozess hat schon lange begonnen. Die offene Methode der Politikkoordination hat den wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch Führenden neue Wege eröffnet, um Beschäftigungs- und Sozialpolitik an globaler Konkurrenzfähigkeit auszurichten. Die Nöte der Menschen an den weniger konkurrenzfähigen Standorten werden nun genutzt, um mit Verweis auf »Solidarität« die Agenda 2010 aggressiv neoliberal fortzuschrei-

ben. Das wird im Übrigen auch von jenen Kräften forciert, deren Wirtschaft auf das engste mit der deutschen verflochten ist, wo die wirtschaftliche Integration am weitesten vorangeschritten ist.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sehen ihre in der EU sozial privilegierte Lage und ziehen meist ein »weiter so« vor. Da nimmt man beim vergleichenden Blick auf die anderen auch soziale Verschlechterungen hin und pflegt das Bündnis mit den Herrschenden.

Wenn die Interessengegensätze in und zwischen den EU-Ländern wachsen, wird es für die Linken noch schwieriger, Solidarität zu stiften und gerechte Lösungen für globale Probleme zu suchen. »Die Linken« sind ja auch sozial und politisch heterogen, leben in Ländern, wo Wahlergebnisse über parlamentarische und verwaltungspolitische Möglichkeiten bestimmen. Diese sollen den Status quo sichern. Sie sollen Interessenunterschiede so reproduzieren, dass die Menschen im »sozialen Unten« und in der »sozialen Mitte« kein Bündnis bilden. Vor allem sind sie gegen internationale Solidarisierung unter den Bevölkerungen gerichtet. Die Linken aber müssen darum ringen, diese Möglichkeiten zu nutzen, um andere gesellschaftliche Entwicklungen zu organisieren.

»Nicht erst an die eigenen Armen und dann an die global Hungernden denken, sondern gleichzeitig«

Das gelingt nur, wenn sie all ihre intellektuellen und organisatorischen Fähigkeiten für eine auf Problemlösungen gerichtete Kooperation mobilisieren.

Vier Herausforderungen

Erfolg setzt voraus, dass die Linken vier Herausforderungen annehmen. Die Reihenfolge bedeutet keine Rangfolge, denn es geht um Gleichzeitigkeit, Gleichrangigkeit und wechselseitige Zusammenhänge:

- 1) Politische Handlungsspielräume aufspüren, verteidigen, ausnutzen und erweitern. Das ist zum einen eine Frage des Umgangs mit objektiven Widersprüchen und zum anderen eine Frage der Verteidigung und Nutzung demokratischer Errungenschaften bzw. Rechte, Standards, der Demokratisierung. Diese Fragen haben mit der Fähigkeit zur solidarischen Kooperation zu tun.
- 2) Sich bewusst in die Tradition der europäischen Aufklärungs-, Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegung stellen; sich und anderen immer wieder bewusst machen, dass fortschrittliche Bewegungen, die Arbeiterbewegung, der

Feminismus, der Antifaschismus, der Antirassismus und Antikolonialismus als internationale Strömungen entstanden sind; dass LINKS sein in Europa immer zugleich EUROPÄISCH und SOLIDARISCH-SEIN mit den Opfern von Unterdrückung, von Kolonial- und Aggressionspolitik bedeutet.

3) Die nachhaltige Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen der Menschen. Die Lebensbedingungen und die Rechte der Schwächsten in den eigenen Gesellschaften, in der EU und weltweit müssen in den politischen Fokus gestellt werden. Dabei geht es wieder um Gleichzeitigkeit: nicht erst an die »eigenen« Armen und dann an die global Hungernden denken und entsprechend handeln, sondern gleichzeitig!

4) Der Vision einer Gesellschaft der Freien, Gleichen, Solidarischen und Ökologischen folgend auf handelnde Akteure setzen, auch politisch »passive« Bürgerinnen und Bürger als potenzielle Akteure sehen.

Wie sind die Linken in Europa auf die genannten Probleme, Entwicklungen und Herausforderungen eingestellt? Über welche Ressourcen verfügen sie und wie nutzen sie diese? Wer sind aus ihrer Sicht die Akteure des notwendigen gesellschaftlichen Wandels; was können sie tun, um Kräfteverhältnisse zu beeinflussen; wie intervenieren sie und wie überzeugend sind ihre Alternativen bei der Bekämpfung der Krisen, nicht zuletzt der EU- und Eurokrise?

Inwiefern gibt es überhaupt eine real existierende und handelnde EU-Linke und darüber hinaus eine Europäische Linke? Um aus der gesellschaftspolitischen Defensive herauszukommen, müssen die Linken neue politische Bündnisse schaffen. Das setzt voraus, untereinander kooperieren zu können. Schließlich gilt es, lokale, regionale, europäische und globale Entwicklungen zu verfolgen, Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsräume zu analysieren, in gesellschaftliche Transformationsprozesse zu intervenieren.

»Parteienvorstände tun sich schwer, sich gleichzeitig als lokal, regional, staatlich, europäisch und global Handelnde zu verstehen«

Kooperationen unter den linken Parteien und ihren Fraktionen, ihrer Partei- bzw. ihrer parteinahen Bildungseinrichtungen sind die elementare Voraussetzung für erforderliche Lernprozesse, Strategiefähigkeit und wachsende Politikwirksamkeit. Die Europäische Linkspartei, die linke Fraktion im Europäischen Parlament und das Netzwerk transform! sind bereits Ausdruck von Kooperationsfähigkeit und zugleich Chance für ihre weitere Qualifizierung und für Gewinn an

gesellschaftspolitischem Einfluss. Diese drei internationalen Zusammenschlüsse tragen eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Linken und ihrer Bündnisfähigkeit.

Die Funktion der linken konföderalen Fraktion im Europaparlament GUE/NGL besteht vor allem darin, die Spielräume parlamentarischen Handelns zu nutzen, um die Rolle des Europaparlaments in der Auseinandersetzung mit den anderen europäischen Institutionen zu stärken. Sie muss versuchen, Vorschlägen, die in enger Kooperation mit den sozialen, ökologischen und Friedens- und Demokratiebewegungen entstehen, parlamentarisches Gewicht zu geben.

Sie ist auch gefordert, einen Beitrag zur engeren Kommunikation und Kooperation zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament leisten.

»Lebhaft streiten und zugleich solidarisch miteinander Politik entwickeln«

Die Rolle der GUE/NGL

Allen Beteiligten ist klar, dass die GUE/NGL ein breites Spektrum linker Parteien in der EU repräsentiert. Ihre Stärke besteht gerade darin, dass es kein anderes Projekt der Kooperation linker Parteien mit derartig großen Unterschieden im Selbstverständnis der Beteiligten, mit sich so dramatisch unterscheidenden politischen Erfahrungen und politischen Kulturen gibt.

Gleichzeitig liegt darin aber auch die größte Schwäche der GUE/NGL. Die einzelnen in ihr vertretenen Parteien zeigen bisher kaum Ambitionen zu einem Mehr an europäischer Kooperation und Integration der Linken. Die Vorstände der Parteien tun sich schwer, sich gleichzeitig als lokal, regional, staatlich, europäisch und global Handelnde zu verstehen. Wollten die Parteien dies aber lernen, würden sie alles tun, um die GUE/NGL zu erhalten, sie als Chance für die europäische Integration der Linken gestalten und nutzen. Sie würden nur kommunikations- und kooperationsfähige Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament benennen.

Die Parteien müssen also an einen Tisch, nicht zuletzt auch, um neu zu definieren, wie Konföderalität unter den heutigen Bedingungen aussehen kann und soll. Da müssen sie sich sehr wohl mit dem notwendig und völlig zu Recht abgelehnten Lissabonner Vertrag neu beschäftigen. Schließlich hat dieser dem Europaparlament mehr Rechte, Aufgaben und legislative Verantwortung zugewiesen. Hier geht es darum, alle Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen!

Da ist eine Position wie: »entscheidend ist die Wahl zum Bundestag, die Europa-Wahl ist weniger wichtig«, wie sie den letzten Europa-Wahlkampf der Partei DIE LINKE prägte, politisch wenig verantwortungsvoll.

»Streben die Linken eine tiefer gehende europäische Integration an? Ja!«

Der gemeinsame Verständigungsprozess zu politischen Strategien darf nicht zu einer Unterordnung von Parteien unter andere, nicht zu einem Verlust an Vielfalt führen. Es muss möglich werden, ein Mehr an gemeinsamer linker Politik in der Europäischen Union und in Europa mit allen Interessierten und für die Bevölkerungsmehrheiten zu entwickeln. Meines Erachtens können die Linken sehr wohl auf der Basis der oben formulierten vier Herausforderungen ihre Dissense und Widersprüche diskutieren, können sich lebhaft streiten und zugleich solidarisch miteinander Politik entwickeln und betreiben.

Von der GUE/NGL in ihrer jetzigen Konstruktion zu erwarten, dass sie die mitgebrachten und gepflegten unterschiedlichen Politikansätze zu neuer Gemeinsamkeit zusammenbringt, also Grenzen und Schranken zwischen den verschiedenen politischen Kulturen überwindet, ist realitätsfern. Das ist auch nicht Aufgabe der Abgeordneten, die von ihren Parteien nominiert werden und auf der Basis beschlossener Wahlprogramme handeln sollen. Manche Parteien wollen im Europäischen Parlament nur zusätzliche Ressourcen in nationalen Auseinandersetzungen sehen. Die Heterogenität der Auffassungen, welche die in der GUE/NGL vertretenen Parteien gerade zur EU und zur Bekämpfung der EU-Krise vertreten, lässt sich kurz bei einem Vergleich von vier Delegationen beschreiben, die dabei nicht einmal die am weitesten auseinanderliegenden Positionen einnehmen: Vänsterpartiet (Schweden), Bloco Esquerda (Portugal), KSCM (Tschechien) und Folkebevægelsen mod EU (Dänemark). Alle vier Parteien sind selbstverständlich gegen die autoritären Austeritätsmaßnahmen und die neoliberale Politik der EU. Aber: Die schwedischen Freunde wollen zurück zu souveränen Nationalstaaten und fordern die EU auf, die Verantwortung für eine geordnete Auflösung der Eurozone zu übernehmen. Bloco will das Gegenteil. Die Genossen setzen auf mehr EU-Vergemeinschaftung und Demokratisierung, direkte Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank, Schuldenstornierung und einen größeren EU-Haushalt für mehr sozialen Ausgleich in der EU. Die KSCM will den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, aber in der aus ihrer Sicht wirklichen Tradition von Marx, Engels und Lenin. In ihrer Analyse gehen sie von einem Kapitalismus aus, der sich in

»seinem fortschreitenden Todeskampf« befinde, und fordern deshalb den Zusammenschluss der kommunistischen Kräfte in Europa und der Welt. Die auf dem letzten Parteikongress der KSCM verabschiedete Resolution nimmt zwar die Krise in der Europäischen Union zum Ausgangspunkt, behandelt dann aber vor allem innenpolitische Positionen und nimmt europäische Bezüge lediglich unter der Überschrift »Schutz nationaler Interessen« auf.

Unsere dänischen Freunde, die bei der letzten Wahl einen sehr EU-kritischen Wahlkampf führten, verweigern auch im Europaparlament jeder gemeinsamen EU-Einnahmenpolitik die Zustimmung. Sie lehnen eine gemeinsame Generierung von Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer für den EU-Haushalt strikt ab. Das gilt aus ihrer Sicht auch für die Verwendung für mehr Entwicklungskooperation zwischen der EU und den global Ärmsten. Die Einnahmen sollen den nationalen Haushalten zufließen, die dann die nationalen Parlamente beschließen und kontrollieren.

Allein diese Fragen, die Positionen in der Auseinandersetzung um die Rolle der Europäischen Zentralbank, die Verge-meinschaftung von Staatsschulden, die Bildung einer Banken- und Finanzunion, die Übertragung bisheriger nationaler Haushaltssouveränität auf die EU-Ebene oder auch die Durchführung von Volksentscheiden zur weiteren europäischen Integration offenbaren einen enormen Klärungsbedarf.

Hinter all den verschiedenen Positionen und Auseinandersetzungen stehen gravierende Differenzen in der Einschätzung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse auf der nationalen und auf der EU-Ebene wie in den Wegen zu ihrer Veränderung. Das führt weiter zu der Frage: Reicht es aus, dass sich die Linken in Europa auf den aktuellen Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die sozial Schwächsten konzentrieren, wenn sie sich an Demonstrationen, Protesten gegen die Austeritätspolitik beteiligen, an der Seite der prekär Beschäftigten, der Arbeiterklasse, der Arbeitslosen und der sozial Ausgegrenzten stehen?

Meines Erachtens reicht das nicht, denn die Geschichte zeigt, dass Menschen sich engagieren, wenn sie damit die Hoffnung auf ein besseres Leben, eine bessere Gesellschaft verbinden. Wir brauchen also die kollektive Arbeit an einer gemeinsamen Vision von einem demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europa.

Sie gelingt aber nur mit einem »Ja!« als Antwort auf die Frage: Streben die Linken eine tiefer gehende europäische Integration an, setzen sie auf mehr und engere Kooperation zur Lösung sozialer, ökologischer und menschheitlicher Probleme, wollen sie dafür eine an den Menschenrechten ausgerichtete europäische Föderation? Das Netzwerk transform! Europe, das immerhin aus 22 europäischen linken Forschungs- und Bildungseinrichtungen aus 16 Ländern be-

steht, kann viel dafür tun, dass die Linken kooperieren lernen und damit auch europäisch »sehen« und europäisch linke Politik betreiben. So brauchen die Abgeordneten der europäischen linken Parteien im EP den engen Austausch in den Stiftungen und mit den Stiftungen wie innerhalb und mit transform!. Sie brauchen Impulse, geschützte Diskussionsräume, Moderation und Mediation, Beratung, neue Kenntnisse, Einsichten, Erfahrungen, Training.

Zuerst erschienen in der Zeitschrift Transform! European Journal for Alternative Thinking, Ausgabe 11/2012. Transform!Network, Brüssel

Alles, nichts – oder?

Linke Politik in einer ambivalenten EU

Rede von Cornelia Ernst auf dem Landesparteitag DER LINKEN in Sachsen am 20. Oktober 2012 zur EU als ambivalentem politischem Raum, Ausgangslage und Ziele für linke Europapolitik sowie die Wahlkämpfe zum Bundestag und zum Europäischen Parlament



Cornelia Ernst: »Mit Ehrlichkeit, mutigen Visionen und klugen praxisnahen Vorschlägen in den Europawahlkampf«. Foto: GUE/NGL

Liebe Genossinnen und Genossen,

als vor kurzem bekannt gegeben wurde, dass die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden soll, gab es höchst unterschiedliche Stimmen. Die einen umjubelten dies als eine »wunderbare Idee« und die anderen geißelten die EU imperialistischer Machenschaften. Ich glaube beides trifft nicht den Kern und insofern war dieser Vorschlag des Nobelpreiskomitees vermutlich wirklich nicht die beste Idee. Hinter dieser Diskussion verbirgt sich die

Debatte über die EU und ihre Zukunft. Und die Antworten darauf sind eben nicht Hop oder Top, so widersprüchlich präsentiert sich die EU gegenwärtig.

Einerseits ist die EU das einzige unter Staaten ausgehandelte Friedensprojekt der Welt über nunmehr 60 Jahre und dies mitten im weltkriegsgeschüttelten Europa. Und andererseits vermochte dieselbe EU es nicht, NATO-Kriege wie in Jugoslawien zu verhindern. Zum einen kann sie das gar nicht, weil

die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten keine Gemeinschaftsaufgabe der EU ist, zum anderen hat sie auch – das Parlament ausgenommen – nichts dagegen getan. Ähnlich ambivalent lassen sich andere Politikfelder durchdeklinieren. Dass wir heute Antidiskriminierung als Menschenrechtsfrage definieren und entsprechende Gesetzgebung in vielen europäischen Staaten zustande kam, ob zur Geschlechtergerechtigkeit oder gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie, ist ein bedeutendes Verdienst auch der EU, die Standards für die Menschenwürde definierte. Aber dieselbe EU steht heute wirkungslos der Tatsache gegenüber, dass trotz einer beschlossenen EU-Roma-Strategie die größte europäische Minderheit – Roma und Sinti – weiterhin gnadenlos diskriminiert und verfolgt wird, wie in Tschechien und Ungarn, und die Kommission drückt sich seit Jahren, das Problem der Verfolgung von Homosexuellen auf ihre Agenda zu setzen.

»Weder Abschaffung noch Aufspaltung der EU in Eurozone und Rest-EU«

Die EU ist einerseits der einzige Wirtschaftsraum der Welt, der länderübergreifend eine nachhaltige Förderung ärmerer Regionen vornimmt. Allein wir hier in Sachsen haben zu 40 Prozent durch EU-Mittel die Infrastruktur nach der Wende aufgebaut. Dieser Gedanke, sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt (Kohäsion) in der EU durch eine gemeinsame Förderpolitik zu entwickeln, ist eines der wichtigsten Symbole europäischer Politik. Wenn jetzt aber an die künftige Fördermittelpolitik in den Regionen die Bedingung geknüpft werden soll, dass die Regionen, welche sich in Mitgliedsstaaten befinden, die eine Neuverschuldungsgrenze von drei Prozent nicht einhalten, weniger oder gar keine Fördermittel bekommen sollen, dann wird damit die Grundidee europäischer Förderung zerstört. Denn das würde dazu führen, dass gerade die ärmsten Regionen für ihre verschuldeten Mitgliedsstaaten die Zeche zahlen. Eine solche Politik ist kontraproduktiv und gefährdet die soziale Entwicklung in diesen Regionen.

Noch ein letztes Beispiel für die Ambivalenz der EU. Einerseits gilt als eines der stärksten Motivationen vieler Bürger die Freizügigkeit innerhalb der Grenzen der EU. Das ist nicht nur eine Binnenmarkterleichterung, sondern bietet auch den Menschen neue Lebens- und Berufsperspektiven. Aber der Preis dafür ist ein hoher – die Festung Europa, die sich abschottet vor Flüchtlingen, die aus ärmsten Staaten kommen. Flüchtlinge brauchen unsere Unterstützung und nicht die Abschiebung!

Liebe Freundinnen und Freunde, die Diskussion über die Zukunft der EU ist im vollen Gange. Mittlerweile zerren Europas Regierende, die Außenminister und Rats-Chef Rompuy an der EU, um sie ihren Interessen unterzuordnen. Ihre Pläne haben konkrete Konturen:

- Verstärkung der Eurozone durch eine Wirtschafts- und Währungsunion, vergemeinschaftete Überwachung der Haushalte der Eurozone, auch der Vorschlag eines EU-Finanzministers gehört dazu.
- Ein eigener Haushalt der Mitgliedsstaaten der Eurozone, über den maximal die Europaabgeordneten mitzubestimmen haben, die aus der Eurozone kommen. Das hieße Einführung zweier Klassen EU-Abgeordneter.
- Die Kommission soll verkleinert werden (nicht mehr jeder Mitgliedsstaat hat einen Kommissar) und den Charakter einer europäischen Regierung erhalten. Da nichts, aber auch gar nichts zur Verstärkung der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Entscheidungen vorgesehen ist, würde dies die Abkopplung von den Mitbestimmungsmöglichkeiten derselben noch weiter vortreiben.
- Vorgesehen ist auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Schaffung eines Binnenmarktes für Rüstungsindustrie, den es vertraglich bisher noch nicht gibt.
- All das soll geschehen bei gleichzeitiger Schwächung der einzigen demokratischen Legitimation der EU – des Europaparlamentes. Die Abgeordneten sollen – nach Merkel, Westerwelle, Rompuy – unterschiedliche Rechte erhalten. Es würde gespalten in Euro-, Europlus- und Restzone. Damit würde der Wählerwille vollständig konterkariert. Eine Ausweitung der Parlamentsrechte, wie zum Beispiel echte Minderheitenrechte, soll es jedoch nicht geben.

»Den Menschen in Deutschland zeigen: Die eigene Haut kann nicht gerettet werden, wenn wir in der EU uns nicht gemeinsam retten«

Das, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Diskussionen gegenwärtig, zu denen sich die linken Parteien in Europa – ja und damit auch wir selbst – sich verständigen müssen. Was sind unsere Vorschläge für die Zukunft der EU? Wie antworten wir auf solche Vorschläge?

Da kann man von uns acht Abgeordneten der LINKEN im EP eine Menge Sachverstand abverlangen. Aber der Beschluss der Grundposition dazu ist Aufgabe der Partei!

Mit Plattitüden kommen wir da nicht weiter.

Was beispielsweise antworten wir auf den Vorschlag der Au-

Benminister, die eine »europäische Armee« mit einer Stärke von ca. 300.000 schaffen wollen?

Ich vermute mal, dass wir gegen eine solche Armee sind. Aber was wollen wir stattdessen? Wollen wir die 3,2 Millionen Soldaten, die gegenwärtig in den Mitgliedsstaaten unter Waffen sind, unangetastet lassen? Ich vermute mal, nein. Wollen wir dann jedwede Armee abschaffen zugunsten eines zivilen Verteidigungsbündnisses? Und wenn wir das wollen, wo, auf welcher Ebene, mit wie vielen Menschen und was sollen die tun oder lassen dürfen? Dazu habe ich viele schöne Ideen, aber die Partei muss insgesamt klarstellen, wofür sie hier steht.

Umbaupläne für die EU: »Linke Antworten finden«

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen als Gesamtpartei konkrete Antworten zur Zukunft der EU, die wir glaubwürdig vertreten. Unsere allererste Antwort sollte doch heißen:

Wir wollen weder die Abschaffung, noch eine Aufspaltung der EU in Eurozone und Rest-EU. Wir wollen ein Europa der Vielfalt, ein Europa, deren höchstes Ziel es ist, den Ausgleich zwischen den Ländern und Regionen zu befördern, Armut zu bekämpfen, weltweite Fragestellungen mutig und im Sinne der Menschen, die in der EU leben, zu lösen. Das ist unsere Kernidee des geeinten Europa! Wir lehnen strikt, und zwar aus sozialen, aus grund- und menschenrechtlichen Erwägungen, eine EU der zwei oder drei Geschwindigkeiten ab.

Wir verlangen eine radikale Demokratisierung der EU, volle Mitentscheidungsrechte des einzig demokratischen Gremiums auf EU-Ebene – des EP, keine zwei Klassen von Abgeordneten, weil ansonsten die Regierungschefs sich herausnehmen, künftig alle Entscheidungen selbst zu treffen und das Europaparlament zu umgehen.

Wir kämpfen für eine EU, in der alle Menschen – und nicht nur die Staatsbürger – echte Mitbestimmungsrechte über die Geschicke der EU erhalten; Volksentscheide, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte brauchen eine andere Dimension.

Es ist auf europäischer Ebene ähnlich wie in Sachsen. Wir haben als PDS aus guten Gründen die Verfassung abgelehnt und sind heute zum Teil die größten Verteidigerinnen und Verteidiger der in der Verfassung verankerten Bürgerrechte, gleichwohl wir wissen, dass diese nicht ausreichend sind.

So geht es uns in Brüssel auch. Es geht um die Rettung der europäischen Integration als Ganzes, um nicht mehr und nicht weniger.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese neue Situation, in der wir uns befinden braucht auch eine deutliche Stärkung der Linken in Europa.

Davon sind wir allerdings weit entfernt. Symptomatisch ist dafür das Agieren vieler Kolleginnen und Kollegen unserer GUE/NGL-Fraktion, das eher dazu beiträgt, Unterschiede, die es natürlich in der Fraktion gibt, zu zementieren und Gemeinsamkeiten zu minimieren. Daran ändert wirklich nichts die im Ganzen erfolgreiche Arbeit von uns LINKEN im Europaparlament und hier spreche ich als Delegationssprecherin wirklich für alle, so unterschiedlich unsere Positionen auch sein mögen. Wir haben vor 14 Tagen erstmalig eine Herbstakademie durchgeführt mit dem Ziel, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unsere Arbeit hautnah zu vermitteln. Das war ein großer Erfolg und wir sind auch in der Lage, ein gemeinsames Arbeitsprogramm aufzustellen und haben als Delegation ein Gutachten erarbeiten lassen zur Überprüfung der Frage, inwieweit der Fiskalpakt mit EU-Recht vereinbar ist, welches überregional Aufsehen erregt hat.

»Radikale Demokratisierung: Volksentscheide, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte in der EU«

All das stimmt, aber es reicht im Kontext künftiger Ansprüche an eine gesamte linke Fraktion eben nicht aus. Wir müssen ehrlich bekennen, dass wir innerhalb unserer Fraktion, besser gesagt zwischen den darin vertretenen Parteien, erhebliche Differenzen haben, die auch durch Gabi Zimmers enorme Leistung als Fraktionschefin nicht wettgemacht werden kann, weil dies die Parteien zu klären haben. Zum Beispiel, wie die Parteien zur Menschenrechtspolitik stehen. Wir waren als Fraktion nicht in der Lage, einen gemeinsamen Vorschlag für den Sacharow-Preis auf den Tisch zu bekommen. Ein Teil der Fraktion, beispielsweise die portugiesische Kommunistische Partei, aber auch Teile der französischen Delegation, sind der Ansicht, dass Menschenrechtsfragen grundsätzlich instrumentalisiert würden und stimmen daher Resolutionen, die Menschenrechtsfragen thematisieren, nicht zu, was uns häufig in die rechte Ecke des Hauses bringt.

Ein anderes Beispiel ist unser Gutachten zum Fiskalpakt. Als unsere Fraktionsvorsitzende vorschlug, mit diesem Gutachten, das uns eindeutig bescheinigt, dass der Fiskalpakt EU-Recht verletzt, in das Parlament zu gehen und Unterstützer zu werben für ein entsprechendes EUGH-Gutachten, das den Weg zur Klage frei machen würde, gab es – einzelne, aber doch deutliche – Einsprüche. Wir seien ja gegen den Lissa-

boner Vertrag, deshalb ginge es nicht, wenn ein Gremium der EU – hier ist der EuGH gemeint – benutzt würde, um rechtlich gegen den Fiskalpakt vorzugehen. Damit würde man den Lissabonner Vertrag nachträglich legitimieren. Ein Kollege antwortete beispielsweise, dass er ja ohnehin für den Austritt aus der EU sei und insofern wäre das vorgeschlagene Vorgehen nicht wichtig.

Es zeigt sich deutlich: Die Fraktion der GUE/NGL kann 2014 so nicht weitermachen. Der sicherlich vor Lissabon notwendige und richtige konföderale Charakter unserer Fraktion erweist sich, so wie er jetzt verstanden wird, als Bremser. Die in ihr vertretenen Parteien müssen prüfen, wie sie den konföderalen Charakter strukturell neu ausgestalten und auf die Stärkung der Gemeinsamkeiten hinwirken, sonst wird es 2014 keine Vereinigte Linksfraktion im Europaparlament geben.

»Bundestags- und Europawahlen sind inhaltlich nicht zu trennen«

Das ist übrigens umso notwendiger, als europäische Parteien zur Europawahl künftig einen Spitzenkandidaten bzw. eine –Kandidatin aufstellen müssen, der oder die europaweit agiert. Diese Kandidatur gilt dann zugleich für den Kommissionsvorsitz, der durch das EP gewählt wird.

Dazu muss es eine Einigung geben, da wir ansonsten dem Wahlverfahren nicht entsprechen werden. Die dafür notwendigen Entscheidungen müssen die Parteien treffen, niemand sonst auf der Welt kann ihnen das abnehmen.

Insofern liegt bei unseren Parteivorsitzenden – mit denen wir übrigens gut zusammen arbeiten und die uns im Dezember in Straßburg besuchen – auch dahin gehend eine Riesenverantwortung.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bundestags- und Europawahlen werden inhaltlich nicht zu trennen sein. Die Europapolitik steht ganz oben auf der Themenliste und wir brauchen als LINKE konsistente Aussagen dazu; Aussagen, die beiden Wahlkämpfen standhalten. Deshalb wünschen wir uns eine Einbeziehung in die Vorbereitungen der Bundestagswahlen, nicht nur inhaltlich, sondern auch personell. Bei den Bundestagswahlen geht es wirklich um alles und wir Europaabgeordneten gehören mit dem, was wir einbringen können, in die Wahlkämpfe! Das ist nicht nur ein Muss sondern auch unser Angebot an die Partei!

Aber die Bundestags- und Europawahlen werden auch in zeitlicher Nähe stattfinden. Auf Beschluss der Fraktionsvorsitzenden ist Wahltermin für die Europawahlen nicht der Juni 2014; die Europawahlen werden vom 22. bis 24. Mai 2014 stattfinden.

Das hat logischerweise Konsequenzen für die Führung des Wahlkampfes und umso wichtiger ist es, in beiden Wahlkämpfen gleiche europapolitische Signale zu senden. Wir müssen uns die Zeit nehmen, genau zu analysieren, welche Zeichen wir in den Wahlkämpfen setzen wollen. Viele deutsche Bürger sind doch wirklich froh, dass die Krise z.B. in Griechenland stattfindet und hoffentlich nicht hierher kommt, das macht für sie Merkel wählbar.

Viele Menschen wollen in dieser Frage möglichst wenig Veränderung, Veränderungen machen Angst und man kann das auch nachvollziehen. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, ihnen deutlich zu machen, dass die eigene Haut nicht gerettet werden kann, wenn wir uns nicht gemeinsam retten. Das fordert uns ein neues europäisches Solidaritätsdenken und –handeln ab. Das wird nicht einfach, ist aber unser Job. Lasst uns mit Ehrlichkeit, mutigen Visionen und klugen praxisnahen Vorschlägen in die Wahlkämpfe gehen. Dann werden wir erfolgreich sein. Im Bund und in Europa.

Es gilt das gesprochene Wort.

»Wer, wenn nicht wir« Linke Politik in der EU und die Vorbereitung auf die Europawahlen 2014

Gabi Zimmer im Interview mit der Tageszeitung Neues Deutschland über linke Politik in der EU und die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament



GUE/NGL-Delegation demonstriert in Athen gegen die Troika. Foto: GUE/NGL

Zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 werden die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. An der heutigen Zustimmung der EU-Abgeordneten zum Vorschlag der Regierungen, damit den Termin um einen Monat vorzuziehen, gibt es kaum Zweifel. Verhindert wird so, dass die Abstimmung auf Pfingsten fällt – und die Beteiligung noch niedriger als im Juni 2009 liegen könnte. Nur 43 Prozent der Stimmberechtigten – europaweit wie in Deutschland – hatten an der damaligen Europawahl teilgenommen. Gerade die Linke, die sich erst in der vergangenen Woche in der Bundesrepublik gegen Sperrklauseln bei der Wahl ausgesprochen hatte, muss nun deutlich machen, wie sie zu Europa steht.

In einem Jahr sind Europawahlen. Für die Linke ist das offenbar noch kein Thema.

Zimmer: Die Europäische Linke bereitet sich auf ihren Kongress im Dezember vor. Dort soll eine gemeinsame Wahlstrategie erarbeitet und der gemeinsame Wahlkampf gestartet werden. Auch in der GUE/NGL diskutieren wir mit den Vorsitzenden von Parteien, mit welchem Ziel wir in den Wahlkampf gehen, ebenso über die Frage, wie eine künftige Linksfraktion aufgestellt sein sollte, vor welchen Herausforderungen sie stehen wird. In Deutschland konzentriert sich die Linke jetzt auf den Bundestagswahlkampf. Die Zeit

drängt: die Klärung wichtiger europapolitischer Positionen der Linken darf nicht auf die Zeit nach dem Bundestagswahlkampf verschoben werden. Gerade wir müssen die Frage nach der Zukunft der EU mit dem Bundestagswahlkampf direkt verbinden. Wer, wenn nicht wir, muss Merkel mit den Auswirkungen ihrer europäischen Krisenpolitik konfrontieren. Die beklagte Entdemokratisierung der EU, die Sparexzesse und die Abkehr von den ökologischen Zielen sind wesentlich mit dem Agieren der Bundesregierung verbunden.

Die nächsten Monate bieten uns Linken die Möglichkeit, über diese Zusammenhänge aufzuklären und das tatsächliche politische Versagen der Bundesregierung zu thematisieren. Ich wünsche mir dazu eine intensivere Verständigung auch in meiner Partei.

Für viele Menschen ist die EU ein Gebilde, in dem eigenartige Produktvorschriften verfasst werden. Im unmittelbaren Leben merken sie kaum etwas von Europa.

Zimmer: Doch. Sie wissen nur oft nicht, dass das, was sie konkret betrifft, Auswirkungen einer Politik sind, die zwischen den EU-Staaten abgesprochen wird. Es ist nicht so, dass »in Brüssel« eine Politik entworfen wird, die von den Mitgliedsländern bloß umzusetzen ist. Was in Brüssel beschlossen wird, ist zuvorderst Ergebnis der Abstimmung zwischen den Regierungen hinter verschlossenen Türen. Neoliberaler Politik verpflichtete Regierungen bringen auch auf EU-Ebene nichts anderes zustande. Die Parlamente sind zu wenig beteiligt, Prozesse nicht transparent. Es muss uns gelingen, die Anonymität der Entscheidungen zu durchbrechen und klarzustellen, wer wofür Verantwortung trägt. Nur so können wir genau definieren, wo interveniert werden muss.

»Anonymität der Entscheidungen durchbrechen«

Wenn Menschen nicht klar ist, wo und wie Entscheidungen zustande kommen, haben sie das Gefühl, außen vor zu stehen und unbeteiligt zu sein. Die gegenwärtige Politik der EU und all ihrer Mitglieder ist letztlich nichts anderes als die Unterwerfung unter den Neoliberalismus und den Götzen der globalen Konkurrenzfähigkeit. Deshalb: Die Wahlkampagne fordert uns dazu heraus, Solidarität mit den von der Krise am meisten Betroffenen – in anderen Mitgliedstaaten wie in Deutschland – zu thematisieren.

Wäre die Auflösung der EU und eine Neugründung mit klarer sozialer Ausrichtung nicht eine Alternative zu Krise und Dominanz der »Großen« ?

Zimmer: Nein, Auflösung ist keine Alternative. Zum einen erfolgte die Gründung der EU unter konkreten historischen Bedingungen, die sind doch nicht einfach in die Gegenwart reproduzierbar. Zum anderen kann angesichts der Schwäche der Linken, der sozialen Bewegungen oder der Gewerkschaften auf europäischer Ebene doch niemand ernsthaft glauben, dass unter den jetzigen Kräfteverhältnissen bei einer Neugründung eine andere EU herauskäme. Wir müssen uns mit dieser EU auseinandersetzen, Alternativen von links entwickeln, Kräfte bündeln, neue transnationale Kooperationen suchen, die nationalen Kämpfe mit den europäischen verbinden, für eine europäische und globale Solidarität zwischen den für ihre Rechte kämpfenden Menschen mobilisieren. Nur so können wir die EU verändern. Das Paradoxe für mich als Linke dabei ist: Ich muss sogar die heutige EU – mit den vielen Facetten, die ich seit Jahren scharf kritisiere – noch gegen den Willen der Herrschenden verteidigen, den Umbau der EU als vorrangig neoliberales Projekt voranzutreiben.

EU-Politik der Bundesregierung: »Entdemokratisierung, Sparexzesse, Abkehr von ökologischen Zielen«

Das ist sicher auch eine Herausforderung für die Linke im Europäischen Parlament. Aber was kann die doch sehr kleine Fraktion dort bewegen ?

Zimmer: Wir brauchen eine stärkere Linke im Europaparlament, die wiederum eng mit außerparlamentarischen Kräften kooperiert. Wir sind als kleine Fraktion darauf angewiesen, auch innerhalb des Parlaments mit anderen Abgeordneten zu kooperieren, wenn es um notwendige Mehrheiten im Sinne sozialer, ökologischer, demokratischer Rechte für die Menschen und um eine aktive Friedenspolitik durch die EU geht. Solche Mehrheiten gibt es nicht im Selbstlauf, sie sind oft überhaupt nur gegen die Einflussnahme von Regierungen auf das Abstimmverhalten von Abgeordneten erreichbar.

Uns kommt entgegen, dass sich das jetzige Europaparlament nicht mehr einfach zum Vollstrecker der Ratsvorgaben degradieren lassen will. Die Linke kommt deshalb auch gar nicht an der Forderung vorbei, sich für eine Stärkung der Rechte des Europaparlaments einzusetzen.

Sie sind vor einem Jahr als Fraktionsvorsitzende angetreten mit dem Ziel, die fast nicht mehr vorhandene Kommunikation in der Fraktion wieder herzustellen. Was haben Sie erreicht ?

Zimmer: Das Vertrauen zwischen den Delegationen ist wieder gewachsen. Die GUE/NGL ist eine konföderale Fraktion, in der die Delegationen vor allem die Positionen ihrer Parteien vertreten. Das reicht aber nicht mehr. Wir brauchen zunehmend die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich zu Grundfragen der weiteren Entwicklung der EU auf gemeinsame Positionen zu verständigen.

Da wir alle aber einen sehr unterschiedlichen Hintergrund haben, unsere Parteien in ihrer Haltung zur EU, zum Euro oder zum EU-Haushalt verschiedene Auffassungen vertreten, überdeckt dies zu oft unsere gemeinsamen Positionen wie in der Sozialpolitik, im Kampf gegen die Austeritätspolitik oder auch hinsichtlich der Ablehnung der militärischen Seite der EU.

In den letzten Monaten ist die Bereitschaft, an einer Stärkung der Fraktion, an gemeinsamen Alternativen zu arbeiten, gewachsen. Wir stimmen darin überein, dass die Fraktion wieder sichtbar werden muss. Manche befürchten, dass der konföderale Charakter verloren gehen könnte. Wir müssen uns aber auch auf die mit dem Lissabon-Vertrag veränderten Bedingungen einstellen: Das Europäische Parlament ist jetzt wesentlich stärker in legislative Verfahren direkt eingebunden, es ist Mitentscheider. Das heißt, wir müssen besser miteinander kommunizieren und kooperieren. Einen gemeinsamen Standpunkt als Linke zu entwickeln, bedeutet aber auch, dass wir nicht einfach die nationalen Standpunkte in der Fraktion durchsetzen können.

»Gemeinsame Standpunkte als GUE/NGL zu entwickeln bedeutet nicht, nationale Standpunkte durchzusetzen«

Ein reines Nebeneinander der Positionen macht uns jedoch unsichtbar. Es ist also nicht nur wichtig, dass die Parteien ihre Abgeordneten mit einem inhaltlichen Mandat ausstatten, sondern auch die Bereitschaft zur Kooperation signalisieren. Meine Erfahrungen aus Gesprächen mit Parteivorsitzenden stimmen mich da vorsichtig optimistisch.

Zuerst erschienen in der Tageszeitung Neues Deutschland am 21.05.2013 unter dem Titel »Die Alternative zur EU ist nicht ihre Auflösung«

II # Solidarität macht reich ! Ein europäischer Rahmen für Wirtschaft, Währung, Beschäftigung und Soziales

Eine Frage der menschlichen Würde Realität und Perspektiven des sozialen Europa

Lothar Bisky diskutierte am 31. Januar 2013 auf Einladung der Rosa-Luxemburg Stiftung Hessen mit dem Sozialphilosophen Oskar Negt über die Frage »Europa wohin?« Ausgangspunkt war Negts Buch »Gesellschaftsentwurf Europa«. Bisky stellte der Debatte die folgenden Überlegungen voran.



GUE/NGL-Protest vor dem Plenarsaal des EU-Parlaments für Demokratie und Solidarität anstelle von Spardiktaten! Foto: Hansen-GUE/NGL

Habermas, Bofinger und Nida-Rümelin lösten mit ihrem Beitrag »Kurswechsel für Europa. Einspruch gegen die Fassadendemokratie« im Sommer 2012 eine breite Diskussion aus. Auch wir, DIE LINKEN, fordern, dass das neue oder, besser gesagt, andere Europa demokratischer gestaltet wird. Der Ruf nach Vertiefung der europäischen Integration ergibt sich für die genannten Autoren »nicht nur aus der aktuellen Krise des Euroraums«. Er folge »gleichermaßen aus der Not-

wendigkeit, das Unwesen des gespenstischen Paralleluniversums, das die Investmentbanken und Hedgefonds neben der realen, Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft aufgebaut haben, durch eine Selbstermächtigung der Politik wieder einzufangen«. Dies geht allerdings nicht ohne eine Vertiefung der Demokratisierung der EU und ihrer Institutionen: die Entwicklung einer aktiven Unionsbürgerschaft, die Stärkung der partizipativen Demokratie, die

Verteidigung und Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente und des Europaparlaments und ihrer engen Kooperation, der Herausbildung neuer Formen transnationaler Kooperation zwischen den Bevölkerungen, die Durchsetzung der in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten Grundrechte für alle in der EU lebenden Menschen und die Ausprägung einer wahren Solidarität. Es handelt sich also um höchst komplexe Vorgänge.

Gegenwärtig erleben wir tagtäglich die Selbstermächtigung der Herrschenden, die vorgeben, mit ihrer Politik die Interessen »ihrer« Menschen zu vertreten, sich in Wirklichkeit jedoch schamlos als Lobbyisten bestimmter Wirtschafts- und internationaler Finanzgruppen erweisen. Deshalb reicht es auch nicht aus, die Finanzkrisen-Verursacher allein in Investmentbanken und Hedgefonds zu sehen und die wirtschaftlich und politisch Führenden, die Staaten, die Regierungen, die Entscheidungsträger in EU-Institutionen selbst auszublenden.

Fiskalpakt: »Weichenstellung für Kürzungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung«

Gemeinsam tragen sie die Verantwortung für einen in der Geschichte beispiellosen Ausverkauf des Öffentlichen. Das heißt Ausverkauf öffentlichen Eigentums und öffentlicher Güter wie Wasser, Bildung, Kultur, die drastische Reduzierung öffentlicher Haushalte insbesondere für die Bereitstellung öffentlicher und sozialer Leistungen sowie die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme, den Abbau ökologischer und sozialer Standards und Deregulierung (»Flexibilisierung«) der Arbeitsmärkte. Begleitet wird alles durch ohrenbetäubende Lobgesänge auf die Privatisierung.

Uns bestürzt, in welchem Ausmaß im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise Menschenrechte gebrochen und Menschen in tiefe Existenzängste getrieben werden. Das »passiert« sozusagen von oben her: durch amtliche Regierungsentscheidungen, durch Auflagen internationaler Institutionen wie IWF, EZB und EU-Kommission.

Getrieben von den Interessen der internationalen Finanzmärkte zeigen sich die Regierenden unter Ausschluss der Öffentlichkeit ihre Waffen. Sie pokern um Macht und Einfluss, setzen sich gegenseitig unter Druck. Sie gehen taktische Bündnisse ein und kündigen diese wieder auf, wenn partikuläre Interessen erreicht sind. Sie weichen aus. Statt der der Eurokrise zu Grunde liegenden Wirtschaftskrise zu Leibe zu rücken, spielen sie auf Zeit und mit dem Leben und der Zukunft der Menschen in Europa, verkaufen die Ergebnisse dieses Schacherns als historisch oder zumindest als dra-

matische Rettungstaten. Nationale Parlamente dürfen die als alternativlos propagierten Gipfelergebnisse absegnen. Das Europaparlament wird oftmals in beschämender Unkenntnis (oder absichtlicher Missachtung?!) der ihm durch den Lissabonner Vertrag eigentlich verstärkt zustehenden Rechte durch die Regierenden düpiert. Dafür lieferte die Entstehung des »Fiskalpakts« ein drastisches Beispiel: Er wurde als Vertrag zwischen Regierungen von EU-Mitgliedstaaten geschlossen.

Für seine Durchsetzung aber soll die EU-Kommission in Anspruch genommen werden, ohne dass auf EU-Ebene diese Form von Organleihe oder der Vertrag selbst durch das Europaparlament demokratisch legitimiert worden wäre. Dabei stellen die nationalen Regierungen gerade mit dem Fiskalpakt Weichen für weitere Kürzungen der öffentlichen Haushalte und damit oft auch Reduzierungen der Ausgaben für Soziales, Gesundheit, Bildung. Aufschrecken sollte eigentlich alle, die sich um das Zusammenleben der Menschen in der EU sorgen, die erkennbare Zunahme rechtsextremer, nationalistischer und gewaltbereiter Kräfte wie zum Beispiel der faschistischen Partei »Goldene Morgenröte« in Griechenland, dem Land, in dem weite Teile der Bevölkerung am meisten unter dem Diktat der Sparzwänge leiden. »Fassadendemokratie« ist geradezu eine liebevolle Umschreibung der Aushebelung von Demokratie und Solidarität. Von Werten also, zu denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten in allen offiziellen Debatten immer wieder plakativ bekennen. In ihrem Beitrag benennen Bofinger, Habermas und Nidarrümelin mindestens fünf Fragen, die auch wir immer wieder diskutieren: Demokratie, soziales Europa, die EU als globaler Akteur, die Hauptmängel der Wirtschafts- und Währungsunion und die Finalität europäischer Integration. Wir betrachten Demokratie als Grundfrage emanzipativer Politik.

»In der Finanzkrise werden Menschenrechte gebrochen und Menschen in Existenzängste getrieben«

Sie ist Grundvoraussetzung für solidarische, sozial und ökologisch nachhaltige Problemlösungen auf unserem Kontinent, zunächst in der EU. Dabei sind die Entwicklungen von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft zu beachten. War die politische Linke traditionell am Industrieproletariat orientiert, so hat sich mit der Digitalisierung daneben ein Informationsproletariat herausgebildet, das differenzierte Beachtung erfordert. Hinzu kommt, dass sich mit der Digitalisierung zugleich neue Formen der Produktion, Distribution, Speicherung, Bearbeitung und Rezeption von Information herausgebildet haben, die zu einer Revolutio-

nierung der Mittel der Information und Kommunikation führten. E-Mail, Twitter, Facebook, Google, Wikipedia usw. stehen neben den traditionellen Medien für neue Möglichkeiten, die quer durch soziale und Altersgruppen genutzt werden. Satelliten sorgen für den globalen effektiven Nachrichtentransport. In der Tendenz kann man davon ausgehen, dass die Werkzeuge der Kommunikation mit dem Schulbeginn, teilweise davor, als Kulturtechniken angeeignet und vielseitig genutzt werden. Nicht zu übersehen sind allerdings soziale und kulturelle Differenzierungen hinsichtlich des Zugangs sowie der Qualität des Zugangs zu den differenzen, auch den interaktiven Medien der Information und Kommunikation. Deutlicher vielleicht als anderswo zeigt sich in der digitalen Welt die heutige Unmöglichkeit der nationalen Beschränkung auf sich selbst, wird gleichzeitig klar, dass die Zugangsfrage, die Gerechtigkeitsfrage, mindestens die nach einem sozialen Europa ist.

»Keine Positionierung gegen Euro oder EU, sondern für gemeinsame Politik, die wirtschaftliche Ungleichgewichte überwindet«

Mit dem »sozialen Europa« meinen wir das Miteinander zunehmend selbstbestimmt in Würde lebender Menschen auf unserem Kontinent, zunächst in der EU. Es ist nicht zu übersehen, dass hier zu viel im Argen liegt, wenn in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten jeder zweite Jugendliche arbeitslos ist. Damit liegt seit Jahren ein sozialer Sprengstoff vor, dem die Regierungen offensichtlich nicht beizukommen in der Lage sind. Für viele Länder, auch die im Süden Europas, ganz zu schweigen von denjenigen in Mittel- und Osteuropa, ja auch für die Ostdeutschen, war mit dem der Beitritt zur EU die Hoffnung auf ein besseres Leben verbunden. Daran, dass die Politik und die Realität in der EU diesen Träumen immer weniger gerecht wird, an den sozialen Problemen, droht das ganze Projekt zu scheitern, nicht am Euro.

Wir engagieren uns für eine EU, die als globaler Akteur menschliche Existenzfragen gerecht beantworten will. Deshalb haben wir in den 1990er Jahren unter anderem nicht einfach »Nein!« zum Maastrichter Vertrag gesagt, sondern insbesondere »Euro SO nicht!«. Dies war keine Positionierung gegen eine gemeinsame Währung oder gegen weitere Integrationsschritte, sondern im Gegenteil für eine gemeinsame Politik zur Überwindung wirtschaftlicher Ungleichgewichte als Voraussetzung für das Funktionieren einer Währungsunion. Wir haben uns als Linke immer wieder dafür eingesetzt, dass die Grundprinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion so verändert werden, dass wirtschaftliche

Entwicklung allen zugutekommt. Wir wollen nach wie vor die Wirtschafts- und Währungsunion untrennbar mit einer EU-weiten Friedens-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ergänzen.

Diese Prämissen liegen unseres Erachtens auch heute einer Vertiefung der europäischen Integration zugrunde. Für uns geht es nicht primär darum, ob die EU andernfalls im Kampf um die globale Wettbewerbsfähigkeit und die globalen Märkte den Zugriff auf die Ressourcen unserer Welt das Nachsehen hätte. Für uns kommen zuerst die Menschen und die Sicherung beziehungsweise Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen, erst dann und zu diesen Zwecken geht es um den Euro, um dessen Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Regierenden in der EU sind oft weit davon entfernt, die Interessen der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Das von ihnen praktizierte kurzfristige Krisenmanagement polarisiert immer mehr zwischen den verschiedenen Staaten- und zwischen den Bevölkerungen und treibt die Union an ihre Belastungsgrenzen. Merkel und andere haben längst das Prinzip der Solidarität umgedeutet. Nicht nur mit den »Bankenrettungsschirmen«, auch in den Auseinandersetzungen um den Haushalt 2013, den mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 und den Struktur- und Kohäsionsfonds dürfte das für alle deutlich geworden sein. Die Neoliberalen in Deutschland und Europa, verfolgen vor allem die Durchsetzung ihrer Ziele und damit der Interessen der nationalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzmarktgruppen. Wo in wirtschaftlich guten Zeiten Marktliberalismus wenigstens noch mit sozialpolitischen Maßnahmen einhergeht, werden jetzt deren Errungenschaften mit dem »Krisenmanagement« eingespart. »Strukturreformen«, auf die die Krisenstaaten in Europas Süden sich einlassen und die über kurz oder lang auch die Menschen in allen anderen Ländern treffen, sind kaum der richtige Begriff für schnöden Rückbau von Arbeitnehmerrechten (»Flexibilisierung«) und des Wohlfahrtsstaats insgesamt.

»Gemeinsame Strategien und Kriterien für soziale und ökologische Mindeststandards«

Die Linke in Deutschland hat sich bisher stets deutlich für eine Vertiefung der europäischen Integration ausgesprochen. Sie hat dafür auch Kriterien benannt: Eine europäische Integration, die dazu beiträgt, solidarisch zusammenzuleben, gemeinsam Natur und Umwelt zu bewahren, Menschen- und Bürgerrechte für jeden und jede durchzusetzen. Gilt das auch unter den Vorzeichen einer die EU in ihren

innersten Festen erschütternden Krise? Haben jene Recht, die meinen, die Vertiefung der europäischen Integration drohe, die Fassadendemokratie zu befestigen? Drohte mit weiterer Übertragung von Souveränitätsrechten eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung?

Warum wird Integration eigentlich immer mit der Abgabe von Souveränitätsrechten gleichgesetzt? In diesem Sinne interpretieren doch Merkel und die anderen Regierenden die EU um. So wie sie auch von Solidarität reden, wenn sie bloß die Rettung der Banken und Finanzmärkte meinen. Lässt sich Integration nicht auch ganz anders denken und gestalten? Geht es nicht um einen solidarischen Ansatz, geht es nicht vor allem auch um engere Kooperationen, um transnationale Kooperation und Solidarität zwischen Bevölkerungen, Kommunen, Regionen, Staaten, sozialen, ökologischen, feministischen Bewegungen, Gewerkschaften?

Die Übertragung von Souveränitätsrechten allein beziehungsweise »an sich« sagt wenig aus. Eine soziale Union zum Beispiel wird niemals möglich sein, wenn nicht der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, für Mindestlöhne und Mindesteinkommen als gemeinsamer europäischer Kampf geführt wird. Sonst kommen Menschen in ost- und südosteuropäischen Ländern noch über die folgenden Generationen hinweg nicht aus der Armut heraus! Dazu braucht es aber gemeinsame Strategien, gemeinsame Kriterien, soziale und ökologische Mindeststandards. Das hat letztlich mit mehr Souveränitätsrechten für die Menschen zu tun und mit einer anderen, besseren Politik auf allen Politikebenen. Es bleibt natürlich wichtig, Hartz IV in Deutschland zu bekämpfen.

»Verhindern, dass Hartz-4 allen anderen EU-Mitgliedsstaaten aufgezwungen wird«

In der Zwischenzeit darf aber auch nicht zugelassen werden, dass die Prinzipien von Hartz IV, das deutsche Modell von Fordern und Fördern, eine repressive Beschäftigungs- und Sozialpolitik allen anderen EU-Mitgliedsstaaten aufgezwungen werden. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters in anderen EU-Staaten könnte durchaus als »gelungenes« Beispiel für deutsche Machtpolitik gelten. Wir könnten uns noch wundern, wie schnell maßgeblich von der Bundesregierung über die EU initiierte Neuregelungen zur Arbeitszeit, zur Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen die Menschen in der Bundesrepublik wie ein Bumerang treffen werden, wenn es nicht gelingt, über nationale Grenzen hinausgehenden Widerstand zu mobilisieren.

Eine wirkliche politische und Sozialunion bräuchte durchaus eine weitergehende und bessere (verfassungs-) rechtliche Grundlage. Sie müsste auf gemeinsame Strategien und verbindliche Ziele, Kriterien, Standards, gemeinsame Definitionen und vergleichbare Daten, auf Transparenz und Monitoring- und auf Sanktionen setzen. Sie wird nur möglich werden, wenn sie gleichzeitig mit einer Demokratisierung der Union verbunden wird und die in den EU-Verträgen festgeschriebenen wirtschaftlichen Freiheiten die sozialen Grundrechte nicht mehr dominieren dürfen. Sozialstaat und Demokratie sind eben nicht zu trennen: Die sozialen Interessen aller sollen in einer Gesellschaft mittels Beteiligung aller geregelt werden und dabei muss auch für alle das Ergebnis stimmen, also mindestens akzeptabel sein. Das dafür erforderliche Maß eventueller Übertragung von Souveränitätsrechten von der nationalen Ebene auf die EU, das für die Schaffung einer solchen sozialen und demokratischen Union nötig wäre, sollte dabei nicht der Ausgangspunkt der Debatte sein.

»Sozialstaat und Demokratie sind eben nicht zu trennen«

Vielmehr sollte die Form den als notwendig erkannten Inhalten folgen. Notwendig ist dafür allerdings die breite Mobilisierung in den sozialen Kämpfen und konkrete Solidarität zwischen den Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten. So könnte Europa auch wieder ein Projekt der Menschen, also auch ein linkes Projekt sein. Sonst würde es zunehmend ein Europa der Neoliberalen und Konservativen. Linke Tradition und Geschichte kämen dann darin nicht mehr vor. Auch Linke kämen dann kaum noch vor.

Euro geht besser! Eine links-europäische Lösung der politischen Krise des Euro

Jürgen Klute über den Euro, zerstörerische nationale Egoismen, die politische Krise der EU und die Linke als Teil der Lösung



Jürgen Klute spricht sich in der Plenardebatte für einen solidarischen Haushaltsrahmen der EU aus. Foto: GUE/NGL

Im linken wie im rechten Lager, in den gebeutelten Krisenländern wie im stolzen Club der AAA-Länder: Die europäische Gemeinschaftswährung scheint rapide an politischer Unterstützung zu verlieren. Vom unilateralen Ausstieg aus dem Euro, über die parallele Wiedereinführung nationalstaatlicher Währungen bis zur Auflösung der Währungsunion: Die Debatte über die Zukunft des Euro ist längst enttabuisiert. Trotzdem greift die Debatte – auch in der Linken – zu kurz, wenn sie sich allein auf ökonomische Aspekte

stützt und die politischen Ziele der europäischen Integration außer Acht lässt.

Das Ziel der Gründungsväter des europäischen Projekts war klar: Über Jahrhunderte war der europäische Kontinent von Kriegen gezeichnet. Die im 19. Jahrhundert in Europa entstandene Ideologie des Nationalismus hat Millionen Europäer in zwei entsetzliche Weltkriege geführt. Europa hat der Welt für nicht möglich gehaltene menschliche Abgründe offenbart, einschließlich des durch die deutschen Nationalso-

zialisten zu verantwortenden Holocaust. Geprägt durch diese bitteren Erfahrungen, waren die Pioniere der europäischen Integration überzeugt von der Notwendigkeit, das System der Europäischen Nationalstaaten zu überwinden. Jenseits der Nationalstaaten wollten sie eine stabile, dauerhafte europäische Friedensordnung aufbauen. Für Schuman, Adenauer, Spinelli und ihre Generation der einzige Weg, um Europa auf den verlassenen Weg des zivilisatorischen Fortschritts zurückführen zu können!

»Den Regierungschefs scheint jeder Hauch einer europäischen Perspektive verloren gegangen zu sein«

Dass das europäische Projekt 1951 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle- und Stahl (EGKS bzw. Montanunion) begonnen wurde, hatte einen einfachen Grund. Die Montanindustrie war seinerzeit der rüstungsrelevanteste Teil der Industrie. Sie zwischen den Gründungsstaaten zu vernetzen, sollte Transparenz schaffen und ein erneutes Wettrüsten der europäischen Staaten gegeneinander im Keim ersticken.

Wie alles begann: Der Unterbau der europäischen Vereinigung

Zugleich sollte eine immer dichter werdende ökonomische Verflechtung und Integration zur Grundlage der angestrebten europäischen Friedensordnung werden. Wenn man der Einsicht folgt, dass eine Gesellschaft im Wesentlichen durch ihre Produktionsbedingungen geprägt wird, also durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass jener Ansatz konsequent, effektiv und richtig war und ist.

Für uns und die Debatte, die wir heute führen, heißt das aber auch, dass wir einen Fehler begehen, wenn wir das Projekt der Währungsintegration auf seine ökonomischen Aspekte abstrahieren und unser Urteil ohne Berücksichtigung der Gründungsziele der EU fällen. Mit der Infragestellung der Währungsunion – die zweifelsohne zu den tiefsten Formen der wirtschaftlichen Integration gehört – werden zwangsläufig auch die politischen Ziele der Europäischen Einigung infrage gestellt, die in Europa heute unauflösbar mit dem gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung verknüpft sind.

Ohne Frage: Das Projekt einer europäischen Einigung hat kein Paradies hervorgebracht. Aber es hat zu einer politischen Stabilität in Europa geführt und zu einer Zivilisierung der Aushandlung von Interessenkonflikten innerhalb Euro-

pas, die historisch einmalig sind. Und seien wir ehrlich: Bei aller berechtigten Kritik an der europäischen Außenpolitik müssen wir uns eben auch die Frage stellen, was die nahe liegende Alternative – ein politisch instabiles und vom Nationalismus geprägtes Europa – heute für die anderen Teile der Welt bedeuten würde! Und wie risikoreich der Zerfall eines Staatenbündnisses ist, zeigt der Zerfall des Warschauer Paktes Anfang der 1990er Jahre. Innerhalb kürzester Zeit hat dieser Zerfall zu regionalen militärischen Konflikten geführt, mit deren Folgen wir bis heute konfrontiert sind.

Zu der aus der europäischen Geschichte entstandenen Begründung für eine europäische Einigung kommen heute neue politische Begründungen hinzu. Kein Mitgliedsland der EU wäre alleine im Stande, auf die umweltpolitischen Herausforderungen wirksame Antworten geben zu können. Ebenso wenig wäre die Energieversorgung heute noch auf einzelstaatlicher Ebene sicher zu stellen. Und auch die begrenzten Vorräte an Rohstoffen erfordern eine Form der Kooperation, zu denen Nationalstaaten kaum fähig sind. Schließlich sind die erforderlichen Regulierungen der Wirtschaft, insbesondere der Finanzmärkte, im Zeitalter des Internets nicht mehr im Rahmen der historischen Nationalstaaten machbar.

Es geht deshalb bei der Frage um die Zukunft der EU keineswegs um eine auf Emotionen gegründete Europabegeisterung, sondern es geht um sehr konkrete, handfeste politische Herausforderungen, die nur durch Kooperation und nicht in der Logik nationalstaatlicher Konkurrenzen und Abgrenzungen zu bewältigen sind. Dass Politiker und Politikerinnen heute vor Herausforderungen stehen, die nicht mehr nationalstaatlich, sondern nur durch neue Formen politischer Kooperation zu bewältigen sind, ist vor allem eine Folge technologischer und damit verbundener ökonomischer Entwicklungen. Sie erzwingen geradezu eine Überwindung von Nationalstaatlichkeit.

An der Krise, in der die EU gegenwärtig steckt, lässt sich dies besonders klar erkennen. Die Debatte, die die Linke derzeit über die EU führt, zeigt, dass wir zu großen Teilen noch nicht verstanden haben, dass die Eurokrise in ihrem Kern alles andere als eine ökonomische Krise ist. Sie ist vielmehr eine politische Krise – mit verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen allerdings!

**Finanztransaktionssteuer:
»Transparent, sicher, fair«**

Nicht zuletzt sind es heute die klassischen Politikmuster, die auf nationalstaatliche Interessenswahrung zugeschnitten sind, die den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Das unkontrollierte Umsichgreifen der Krise

jedoch ist in allererster Linie die Folge des Vorgehens des Rats der Europäischen Union, also des Organs der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Sein Agieren in der Krise ist bestimmt von nationalen Interessen, vor allem von den Interessen der Bundesregierung und einiger anderer nordeuropäischer Mitgliedsländer.

Herausforderungen gemeinsam meistern? Nicht von allen gewollt ...

In einem ersten Austausch des Ausschusses des Europäischen Parlaments für Wirtschaft und Währung (ECON) mit dem neuen Vorsitzenden der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem am 7. Mai 2013 hat dieser ausschließlich von und über Mitgliedsländer gesprochen und kein einziges Mal den Begriff EU-Binnenmarkt in den Mund genommen, als gäbe es ihn gar nicht. Im Organ der Regierungschefs und ihrer Finanzminister scheint offensichtlich jeder Hauch einer europäischen Perspektive verloren gegangen zu sein. Eine gemeinsame Verantwortung für die gesamte EU ...? Nein, den Regierungen geht es heute einzig und alleine um die Vorteile und Gewinne, die jeder für sich selbst verbuchen kann. Selbst in den reformierten Politikinstrumenten wie dem neuen Instrument der wirtschaftlichen Steuerung wird jedes EU-Land letztlich alleine für seine wirtschaftliche und finanzielle Situation verantwortlich und haftbar gemacht. Als gäbe es keine Wechselwirkungen zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedsländer; als wirkte sich die Geldpolitik der EZB vor Ort nicht aus; als schlugen Mondschein-Entscheidungen wie jene zur Enteignung zyprischer Bankkunden keine Wellen auf den Kontinent!

À propos Zypern: Nicht ein einziger Finanzminister der Eurozone hatte Fragen gestellt oder gar protestiert, als die bei zyprischen Banken deponierten Geld- und Spareinlagen zur Rettung des Finanzsektors des Inselstaates herangezogen werden sollten. Ein Vorschlag gegen geltendes Gemeinschaftsrecht, denn eigentlich haben Kunden europäischer Banken einen rechtlichen Anspruch, dass selbst beim Zusammenbruch ihres Finanzinstituts bis zu 100.000 Euro geschützt bleiben. EU-Einlagensicherung hin oder her: Die Rettung zyprischer Banken solle es nur bei Beteiligung aller Insel-Sparer geben, so der Konsens der Euro-Finanzminister. Und als ob es noch eines endgültigen Beweises für die Überforderung des national dominierten Krisenregimes bedurfte, hielten die Regierungen für die Tage nach ihrer kolossalen Fehlentscheidung eine weitere Überraschung bereit: Während sich die Bundesregierung beeilte, durch ihren Sprecher der deutschen Öffentlichkeit mitteilen zu lassen, dass die Einlagen deutscher Sparer bei ihren Banken selbstverständlich sicher und durch geltende Einlagensicherungssysteme

geschützt seien, meldete der neue Eurogruppen-Chef Dijsselbloem ebenso rasch, der für Zypern vorgesehene »Bail-in«-Deal (Bail-in meint die Beteiligung der Einleger mit ihren Einlagen an einer Bankenrettung) habe selbstverständlich Modell-Charakter!

Wer Recht mit Füßen tritt, erntet kein Vertrauen

Wie soll ein Krisenmanagement von den Bürgern akzeptiert werden, das der Bevölkerung der Programm-Länder über Jahre härteste Entbehrungen, Wohlstandsverzichte und blankes Elend aufbürdet, um den Vertrauensverlust der Märkte aufzuholen? Wie kann man den Regierungen glauben, wenn sie ihre Hinhaltetaktik bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer damit begründen, eine solche geringe und kalkulierbare steuerliche Belastung könne Investoren aus der EU vertreiben? Der massive Vertrauensverlust bei Investoren und Anlegern, der seit dem Zypern-Beschluss auf den Banken der Mehrheit der EU-Staaten lastet, war nicht nur finanziell unnötig und wirtschaftlich gefährlich – er muss auch ein Schlag ins Gesicht all jener gewesen sein, die für die Folgen der Sparorgien bluten müssen, ganz zu schweigen von jenen, die ganz oder teilweise auf eine private Altersvorsorge angewiesen sind und bei einem »Bail-in« mit deren zumindest teilweisen Verlust rechnen müssen.

Blankes Elend, um den »Vertrauensverlust der Märkte« aufzuholen?

Dass die Bundeskanzlerin immer vorne mit dabei ist, wenn es darum geht, europäisches Porzellan zu zerschlagen, stellte sie wenig später unter Beweis, als sie das zyprische Geschäftsmodell für beendet erklärte. Diese Feststellung zielte in erster Linie auf die Größe des zyprischen Bankensektors: Die Summe aller Bilanzen zyprischer Banken liegt um mehr als das Achtfache über dem zyprischen Bruttoinlandsprodukt (BIP)! Die Kanzlerin zielte mit ihrer Aussage aber auch auf die ungenügende staatliche Aufsicht der zyprischen Behörden über die auf der Mittelmeerinsel ansässigen Finanzinstitute. Zwar hat die zyprische Regierung die Vorwürfe, Steuerhinterziehung und Geldwäsche im eigenen Land zuzulassen, stets abgestritten. Wahr ist allerdings auch, dass Zypern – nicht zuletzt während seiner Ratspräsidentschaft – wirksame Regeln gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug ebenso wie die Einführung der Finanztransaktionssteuer torpediert hat. Ginge es alleine darum, den Finanzsektor an den Aufräumarbeiten der Krise zu beteiligen, wäre die Transaktionssteuer jedoch ein um Längen transparenteres,

sichereres und faireres Instrument gegenüber eines »Bail-Ins« nach Hauruck-Manier.

Abgesehen vom Vertrauensverlust, den die unangekündigte und unregulierte Heranziehung von Anlegern zur Rettung eines Instituts verursacht, müsste dabei zumindest sichergestellt werden, dass alle Formen der Altersvorsorge (Rentenkassen, Pensionsfonds, entsprechende Lebensversicherungen, etc.) ausgenommen würden. Solche Arten von Versicherungen an einem »Bail-In« zu beteiligen wäre alles andere als hilfreich oder wünschenswert. Denn die Verluste der Altersvorsorgeversicherungen müssten im Zweifelsfall am Ende doch wieder vom Steuerzahler ausgeglichen werden. Interessanterweise hatte Dijsselbloem in der Diskussion mit den Finanzpolitikern des EU-Parlaments die niederländische Ablehnung der Transaktionssteuer gerade damit begründet, dass den niederländischen Pensionsfonds die zu erwartenden finanziellen Einbußen nicht zuzumuten seien und Rentenminderungen in jedem Fall ausgeschlossen werden müssten. Die weitaus gravierendere Gefährdung privater Rentenkassen durch »Bail-Ins« à la Zypern scheint in der Rechnung Dijsselbloems demgegenüber nicht ins Gewicht zu fallen.

»Alle Regierungen der EU haben den Krisen-Programmen zugestimmt«

Exempel statuieren statt transparente Regeln für alle

Während die Bundesregierung lautstark das Geschäftsmodell Zyperns für beendet erklärt, lässt sie gleichzeitig keine Kritik am bundesdeutschen Geschäftsmodell zu, obgleich die EU-Kommission – mit Unterstützung von OECD und IWF – seit längerem die einseitige Exportorientierung der Bundesrepublik einschließlich ihrer verkümmerten Binnennachfrage für korrekturbedürftig hält. In ihren länderspezifischen Anmerkungen vom 29. Mai 2013 wiederholt die EU-Kommission ihre Kritik aus 2012 – wenngleich in diplomatisch-rücksichtsvoller Wortwahl. 2012 forderte die EU-Kommission die Bundesrepublik zu Lohnerhöhungen im Rahmen der Produktivitätssteigerung, zur Unterbindung des Missbrauchs von Minijobs und zu einer Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung auf. Schon damals hatten deutsche Diplomaten im Hintergrund interveniert, um noch deutlichere Kritik zu blockieren.

Die belgische Regierung geht mittlerweile auf dem Klageweg gegen das von der Bundesregierung betriebene Lohndumping vor, da dies die deutschen Nachbarländer zunehmend unter Druck setzt. Bisher ignoriert die Bundesregierung dennoch beharrlich und unbelehrbar alle Kritik am

Geschäftsmodell Deutschlands. Zumindest die EU-Kommission und eine Mehrheit des EU-Parlaments wissen, dass die gegenwärtige Krise nicht überwunden werden kann, wenn nicht auch Korrekturen am deutschen Wirtschaftsmodell vorgenommen werden!

EU-Kommission: »Löhne in der Bundesrepublik erhöhen«

Nur kurz soll an dieser Stelle noch auf ein anderes zumeist vergessenes Problem verwiesen werden, das man aber nicht unterschätzen sollte. Drei der Krisenländer – Griechenland, Portugal und Spanien – konnten sich erst Mitte der 1970er Jahre aus rechten Diktaturen befreien. Einerseits hat die Integration dieser Länder in die EU deren gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung beschleunigt. Andererseits muss man im Blick behalten, dass so tiefgreifende Transformationen vor allem anderen auch Zeit und Geduld erfordern. Gerade die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts von der Kleinstaaterei über die Gründung des deutschen Reichs, der Weimarer Republik, die finstere Phase des Nationalsozialismus bis hin zu einer stabilen Demokratie seit 1949 zeigt, wie schwierig, widersprüchlich und langwierig gesellschaftliche und ökonomische Integrations- und Entwicklungsprozesse sein können.

Wer angesichts scheinbarer neoliberaler Verblendung der EU-Institutionen die Rückkehr zu nationaler Währung und Wirtschaftsstrategien fordert, muss sich jedoch auch über die wirklichen Verantwortlichkeiten für den aktuellen Krisenkurs in der EU im Klaren sein! Fakt ist: Alle Regierungen der EU haben bei den Gipfeln des EU-Rates den Krisen-Programmen zugestimmt. Die Europäische Kommission führt in diesem Punkt im Wesentlichen nur aus, was der Rat beschließt. Die Regierungen haben mehr als einmal bewiesen, dass das Gemeinschaftsrecht – worüber die Kommission ja qua Verträgen wachen soll – für sie keinen Wert hat. Die Kommission und mit ihr die Troika agiert jedenfalls streng nach Vorgabe der Ratsbeschlüsse. Das Europäische Parlament hat weder eine Beratungs- geschweige denn eine Mitentscheidungskompetenz im Blick auf die vom EU-Rat verabschiedeten Krisenprogramme.

Die Hauptstadt-Chefs: Demokratisch gewählt, verantwortlich für nichts

Während europäisches Recht oder europäischer Zusammenhalt für die Regierungen der Union ohne Belang ist, verweisen die Chefs aus den Hauptstädten immer wieder auf ihre

einzigartige demokratische Legitimierung, die sie den Wahlen und Parlamenten in ihren Herkunftsländern verdanken. Für eine Rechenschaftspflicht für ihre Politik gegenüber dem Europäischen Parlament sieht der Rat deshalb keine Notwendigkeit. Aber keine Regierung hat bisher die Interessen ihrer WählerInnen wirklich vertreten, indem sie ernsthaft und beharrlich auf alternative, sozialverträgliche und europäische Lösungen gedrängt hätten. Ihren Wählern hingegen erklären die Regierungen in aller Dreistigkeit immer wieder, sie seien durch »Brüssel« zur Umsetzung der Beschlüsse zur Sparpolitik verpflichtet worden. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten haben sich ein schwarzes Loch geschaffen, in dem ihre politische Verantwortung auf Nimmerwiedersehen verschwindet.

Über den Brüsseler Umweg setzen sie eine soziale Kahlchlagspolitik durch, während sie gleichzeitig die Wut der Wählerinnen und Wähler auf die Institutionen der Europäischen Union lenken. Längst fordern nicht nur Parlamentarier deutliche Korrekturen am Kahlchlagsansatz des Rates; auch aus der Kommission werden immer mehr kritische Stimmen laut. Nur um den Rat in seinem Amoklauf der Austeritätspolitik zu stoppen, fehlen ihnen die Kompetenzen. Es bleibt ihnen nicht weiteres übrig, als zuzuschauen, wie die Hauptstadt-Chefs die als Friedensprojekt gedachte europäische Einigung in den Abgrund stürzen. Vor diesem Hintergrund kann die Vorstellung, der Sozialstaat müsse auf nationaler Ebene gegen die EU verteidigt werden, nur als haarsträubend absurd erscheinen! Die Regierungen, die es sich politisch in ihrem Versteckspiel hinter Brüssel bequem machen, sehen den Sozialstaat als teures Hemmnis im europäischen wie globalen Standortwettbewerb.

Nicht nur in Ungarn, nicht nur in den Krisenländern führt die Katastrophenpolitik der Regierungen zu einem gefährlichen Aufleben von Nationalismus und Rassismus in Europa. Die Atmosphäre zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ist heute deutlich durch Ressentiments geprägt, weit stärker, als man es sich vor der Krise hätte vorstellen können! Kein Wunder, setzt doch die EU-Politik der Regierungen einerseits auf nationale Egoismen und nimmt andererseits keinerlei Rücksicht auf die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Es ist nicht zuletzt der politische Rahmen der EU, der jene neuen Konflikte zivilisiert und aggressivere Konfliktformen zwischen den Mitgliedsstaaten vorbeugt.

Ein schwarzes Loch: »Regierungen verstecken ihre Verantwortlichkeit in Brüssel«

Welche Wirkungen könnte nun angesichts dieser politischen Gemengelage ein Ausstieg aus der Gemeinschaftswährung

mit sich führen? Die wirtschaftliche Integration als Erdung des europäischen Einigungsprozesses würde für gescheitert erklärt, das Friedensprojekt der EU aufgegeben, der Rückfall in Nationalstaatlichkeit und Nationalismus würde zum Selbstläufer. Und die parteipolitische und gesellschaftliche Linke? Die würde mit einem solchen Spiel ihre friedenspolitische Glaubwürdigkeit gefährden.

Was käme nach der »Befreiung« von der Gemeinschaftswährung?

Zu fragen ist aber auch nach den ökonomischen Folgen eines Euro-Ausstiegs. Durch einen Euro-Ausstieg würden die politischen und ökonomischen Ungleichgewichte in Europa – sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedsstaaten – schließlich nicht aufgehoben! Auch ein System fester Wechselkurse würde gerade jene Bereitschaft zur Kooperation voraussetzen, deren Fehlen ja bereits zum Scheitern des Euro zu führen droht. Davon abgesehen gab es ein solches System mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) bereits in den 1980er Jahren. Es ist gescheitert: Durch gezielte Spekulationen gegen das britische Pfund, das sie für überbewertet hielten, haben George Soros und andere Spekulanten das EWS im September 1992 zum Zusammenbruch gebracht. Auch darauf ist der Euro eine Antwort. Der Euro ist also auch als Schutz gegen Währungsspekulationen gedacht gewesen – eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde vor allem die kleineren Länder völlig schutzlos den Spekulanten ausliefern.

»Ein Euro-Ausstieg würde die Ungleichgewichte in Europa nicht aufheben«

Die andere Alternative hingegen, ein System freier Wechselkurse, birgt stets die Gefahr von Abwertungswettläufen in sich. Man kann ohne Not davon ausgehen, dass Staaten, deren Wohlstand vom Export abhängt, sich nicht einfach mit Abwertungen anderer Mitgliedsstaaten abfinden werden, sondern Sie werden versuchen, ihre Absatzmärkte zu sichern.

Eines der wichtigsten ökonomischen Argumente für einen Euroausstieg ist, dass dadurch die Exportchancen wirtschaftlich schwächerer Länder steigen. Durch Abwertungen ihrer eigenen unabhängigen Währungen können sie sich Preisvorteile und damit bessere Wettbewerbschancen beim Export verschaffen. Für sich betrachtet ist das richtig. Richtig ist allerdings auch, dass sich ihre bestehenden Schulden in Euro ebenso stark erhöhen würden, wie ihre nationale

Währung im Vergleich zum Euro abgewertet würde. Dass sich bei einer Abwertung die Preise für die Abnehmer der Exportgüter verringern würden, ist zudem nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite, die man nicht unterschlagen darf, ist, dass die Preise für Importgüter bei einer Abwertung ebenso stark ansteigen würden. Für die Verbraucher des »Ausstieg-Landes« würden sich die Lebenshaltungskosten entsprechend verteuern. Wir wissen, dass ein Kernproblem der kleineren Länder Südeuropas darin liegt, dass sie mehr Güter einführen, als sie ins Ausland absetzen. Vor allem sind es höherwertige Güter – und im Falle Griechenlands und Portugals insbesondere Energie und hochwertige Technologie – die aus dem Ausland eingekauft werden müssen. Ein mindestens kurz- bis mittelfristiger unausweichlicher, deutlicher Anstieg der Lebenshaltungskosten würde nicht zuletzt die sozialen Ungleichgewichte in diesen Ländern weiter verschärfen. Es ist schlicht eine Illusion, der man nicht verfallen sollte, dass einseitige Abwertungen durch einen Euro-Ausstieg automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen könnten.

Nebeneinander statt Gegeneinander: Der Euro zwingt zur Kooperation und öffnet Türen

Last but not least: Es stimmt zwar, dass insbesondere jene Großunternehmen, die von einer dominierenden Stellung in ihren »Heimatmärkten« in den Binnenmarkt starten konnten, die größten Gewinne und Zuwächse durch wegfallende Handelsschranken für sich verbuchen konnten. Doch erst durch die Währungsunion wurden grenzüberschreitende Geschäfte soweit vereinfacht – zum Beispiel durch den Wegfall der Wechselkursschwankungen, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen – ebenso wie Verbraucher – die Chance bekommen, die Vorteile des EU-Binnenmarktes umfassend und unkompliziert nutzen zu können. Angesichts all jener politischen wie ökonomischen Nachteile und Gefahren wäre also mehr als gewagt, einen Euro-Ausstieg als ernsthafte oder gar linke Option in Betracht zu ziehen.

**»Ökonomische Integration erfordert
ab einem bestimmten Punkt
politische Integration«**

Die Krisenpolitik der EU bekäme ein anderes Gesicht, wäre das EU-Parlament, wie es selbst immer wieder einfordert, als Mitentscheider in das Krisenmanagement der Union beziehungsweise der Eurozone eingebunden. Als ausgleichende Komponente zur Haushaltskonsolidierung würde die europä-

ische Wirtschaft ebenso von wachstumsfördernden Maßnahmen profitieren. Die Mehrheit der Abgeordneten sieht die Auswirkungen jahrelanger orthodoxer Sparpolitik und fordert alternativ eine nachhaltige Wachstumspolitik. Ein Großteil der Parlamentarier ist sich auch einig, dass in einer Währungsunion nicht nur Länder mit großen Defiziten in der Handelsbilanz gegensteuern müssen, sondern dass ebenso dauerhafte, bedeutende Handelsbilanzüberschüsse, wie sie insbesondere Deutschland ausweist, korrigiert werden müssen. Zuletzt stellte sich eine Mehrheit der Abgeordneten auch hinter die Forderung, Ausgaben für Gesundheit und Bildung grundsätzlich aus der Sparpolitik auszunehmen. Die in Europa seit 2008 andauernde Krise ist in ihrem Kern eben nicht einfach eine ökonomische Krise. Ohne die dahinter liegende politische Krise hätte die EU die Auswirkungen der Finanzkrise längst in den Griff bekommen und den Zusammenbruch der Wohlstandsentwicklung in weiten Teilen der Union verhindern können.

Kleinstaaterei im 21. Jahrhundert: Ein neuer Quantensprung tut Not!

Um historische Krisen wie jene, mit der wir es zu tun haben, zu begreifen, kann ein Blick in die Geschichtsbücher hilfreich sein! Eine historische Analogie, die uns helfen kann, die Krise der EU zu verstehen, drängt sich immer mehr auf: Es handelt sich um den Prozess der Überwindung der deutschen Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert. Auch dieser Prozess begann mit der ökonomischen Integration, nämlich mit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1833/34. Abgeschlossen wurde dieser Prozess mit der politischen Integration in Form der Gründung des deutschen Reiches 1871. Die sehr unterschiedlichen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen damals und heute lassen nur einen bedingten Vergleich zu.

Immerhin hat sich in diesem Prozess aber gezeigt, dass ein Integrationsprozess sehr wohl auf ökonomischer Ebene starten kann, dass zum anderen aber eine ökonomische Integration, wenn sie einen bestimmten Punkt erreicht hat, eine entsprechende politische Integration erfordert, damit die ökonomische Integration auf Dauer funktionieren kann, denn dazu braucht es einen regulativen Rahmen, den nur die Politik setzen kann. Viel spricht dafür, dass wir heute mit der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an einem ähnlichen Punkt angelangt sind, an der wir die Wahl zwischen dem nächsten Schritt der politischen Integration haben oder zwischen einer Aufgabe der wirtschaftlichen Vereinigung.

Diesen Schluss legt auch eine Untersuchung des Ökonomen Hubert Gabrisch vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nahe. Gabrisch hat eine Reihe von Beispielen ge-

scheiterter Währungsunionen untersucht. Er kommt zu einem klaren Ergebnis: Die Ursache für das Scheitern in all diesen Fällen, so Gabrisch, liegt in dem Fehlen eines gemeinsamen Staates bzw. einer staatlichen Union mit einer zentralen Finanzbehörde, die gemeinsam mit der Zentralbank für die Währung und ihre Stabilität verantwortlich ist. »Die notwendige Bedingung für eine souveräne Währung ist ein Staat, der mit seiner Steuerkraft hinter dieser Währung steht«, so die Schlussfolgerung, die Gabrisch zieht.¹

»Krisenpolitik hätte ein anderes Gesicht, wäre das EU-Parlament hier Mitentscheider«

Aus dieser Perspektive bekommt die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen dem EU-Parlament und dem Rat um den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 ein zusätzliches Gewicht. Eine der vier parlamentarischen Kernforderungen gegenüber dem Rat ist die nach einer vertragskonformen vollständigen Ausstattung des EU-Haushalts mit Eigenmitteln, das heißt eine Beendigung der an sich nur als Übergangslösung vorgesehenen Beitragszahlungen der Mitgliedsländer. Ohne einen vollständig aus Eigenmitteln finanzierten Haushalt kann die EU nicht zu einer Institution werden, die mit ihrer Steuerkraft die gemeinsame Währung, den Euro, deckt und stabilisiert. Allerdings bedürfte es zur Erreichung dieses Ziels zudem noch einer erheblichen Aufstockung des EU-Haushalts. Dieser Sachverhalt mag aber die Vehemenz erklären, mit der der Rat sich weigert, sich dieses Themas zu stellen. Schließlich geht es um das Teilen von Kompetenzen mit anderen Mitgliedsstaaten, also um das Verlagern von Kompetenzen auf die EU-Ebene!

Die Auseinandersetzung um die Finanzierung der Union

Auf der Ebene der europäischen Institutionen hat sich gezeigt, dass die bestehende, auf dem Lissabon-Vertrag beruhende Struktur und Machtverteilung nicht zur nötigen politischen Handlungsfähigkeit der EU geführt hat, um den Herausforderungen der bisher erfolgten ökonomischen Integration politisch entsprechen zu können. Der Markt regelt sich eben nicht von allein – eine Einsicht, die mittlerweile zumindest von einem Teil der EU-Kommission geteilt wird – unter anderem von dem für die EU-Finanzmarktregulierung zuständigen Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier. Eine ökonomische Integration erfordert schlicht einen handlungsfähigen demokratisch legitimierten politischen Rahmen. Doch wo genau liegt die Überforderung der europäischen

Institutionen? Sie liegt in jener Institution, die gleichzeitig die am wenigsten europäische ist! Der Europäische Rat, die Vertretung der nationalen Regierungen, ist nicht auf der Höhe seiner Macht. Die Regierungen, unfähig und zugleich ungewillt, europäisch zu denken und zu handeln, werden der Verantwortung, die sie für das Große und Ganze haben, nicht gerecht. Die Frage des Überlebens der EU ist deshalb verknüpft mit der Frage, ob es gelingen kann, das Machtübergewicht des Rates abzubauen und auf eine legitime Rolle als Länderkammer zurechtzustutzen.

Ein solches Szenario würde gleichzeitig die Tür öffnen, um die EU-Kommission weiter zu demokratisieren und derart aufzuwerten, dass sie die Rolle einer europäischen Regierung wahrnehmen kann. Der Vorsitz einer solchen Kommission und die Kommission selbst müssen ausschließlich durch das Europäische Parlament bestimmt werden, und die Mitgliederzahl und Zusammensetzung der Kommissare muss nach fachlichen Aspekten anstatt nach Nationalproporzen zusammengestellt werden. Selbstverständlich muss dann auch das Europäische Parlament als die bisher einzig demokratisch legitimierte EU-Institution in allen Politikbereichen volle Mitentscheidungsrechte und das legislative Initiativrecht erhalten.

»Eine institutionelle Reform darf nicht zu einer zentralistischen Union führen«

Eine institutionelle Reform muss selbstverständlich auch sicherstellen, dass am Ende nicht eine zentralistische übermächtige Union mit einem einzigen übermächtigen Brüsseler Kraftzentrum entsteht, sondern vielmehr eine EU der Regionen, in der es klar gestufte und dem Subsidiaritätsprinzip genügende Zuständigkeiten gibt. Nur was nicht sinnvoll auf einer politischen Handlungsebene entschieden werden kann, darf auf die nächsthöhere Ebene verschoben werden. Die Politikbereiche, für die die EU zuständig sein sollte, müssen um die zentralen Bereiche der Fiskal- und der Sozialpolitik ausgeweitet werden. Das Ziel eines solchen Umbaus der EU muss eine Ausgleichsunion sein. Was das bedeutet, haben Axel Troost und Lisa Paus 2011 in »Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0«² (Schriftenreihe Denkanstöße des Instituts der solidarischen Moderne) beschrieben.

Mancher mag dem entgegenhalten, dass letztlich nicht die Institutionen das Ausschlaggebende in einer Gesellschaft sind, sondern die realen Besitzverhältnisse. Nur: Welchen Erkenntnisgewinn bringt eine solche Feststellung heute noch? Und sind Steuerpolitik, Sozialpolitik und Tarifpolitik nicht deutliche Eingriffe in die Besitzverhältnisse? Und wer-

den sie nicht ausgehandelt und durchgesetzt durch politische Institutionen?! Abschaffen lassen sich die heutigen Besitzverhältnisse damit natürlich nicht – zumindest nicht in absehbarer Zeit. In den Institutionen erfahren die Besitzverhältnisse allerdings eine zivilisierende und humanisierende Regulierung und Domestizierung. Inwieweit Regulierung und Domestizierung gelingen, hängt aber nicht unerheblich von der Struktur und Funktionsfähigkeit politischer Institutionen ab, die bekannterweise nicht im luftleeren Raum agieren, sondern unter konkreten gesellschaftlichen Machtkonstellationen, die aber keineswegs verschlossen gegenüber Veränderungsprozessen sind.

Was uns der Fall »Zypern« noch lehrt ...

Mit einer anderen Struktur der EU-Institutionen hätte eine alternative Krisenbewältigungsstrategie eine reale Chance gehabt. Welche Alternativen zur gescheiterten EU-Ratspolitik mit einer anderen, eben europäischen Perspektive denkbar und realistisch sind, lässt sich auch am Beispiel Zyperns aufzeigen. Die Kritik der Bundesregierung und einer Mehrheit des EU-Rates zielt auf das zyprische Wirtschaftsmodell, ausgerichtet auf seinen Finanzsektor. Wie bereits skizziert, übersteigt das Bilanzvolumen des zyprischen Bankensektors das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Zyperns um mehr als das achtfache. In der Tat liegt dieser Wert deutlich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer, wenngleich auch der luxemburgische Bankensektor mehr als dreimal größer ist als der zyprische.

Doch andererseits ist Zypern auch Teil des EU-Binnenmarktes und des Euroraums. Muss es uns nicht wundern, mit welcher Berechtigung die Größe des zyprischen Bankensektors nur ins Verhältnis zum zyprischen BIP gesetzt wird?

»Zerstörerischer Standortwettbewerb verhinderte eine einheitliche Regulierung des Finanzsektors in der EU«

Mit ähnlicher Logik könnte man letztlich auch die Bilanzsumme der in Frankfurt/Main ansässigen Banken ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des Bundeslandes Hessen stellen anstatt zur Wirtschaftsleistung der gesamten Bundesrepublik. Eine absurde Vorstellung, aber gleichzeitig in der Logik der Kleinstaaterei, nur eben auf einer niedrigeren Ebene. Setzt man den zyprischen Finanzsektor ins Verhältnis zum BIP der Union, wird aus einem Problem groß wie ein Elefant nichts mehr als ein Mäuschen. Dann wäre Zypern schlicht einer der Finanzstandorte neben anderen innerhalb

des EU-Binnenmarktes. Zypern ist auch nicht der einzige Mitgliedsstaat, der sich Fragen zu seiner Steuerpolitik gefallen lassen muss. Nun gehört die Steuerpolitik zu jenen Politikfeldern, in denen die Finanzminister ihre Entscheidungshoheit weder mit Kommission noch mit dem Parlament teilen. Ja, Steuerdumping in der EU muss ein Ende haben und die Mitgliedsländer müssen alles tun, um Steueroasen innerhalb ihrer Hoheitsgebiete zu schließen. Doch Zypern für ein strukturelles Problem der Union haftbar zu machen, ist nicht nur unfair und populistisch, es löst auch keine Probleme! Zypern hat sich schlicht die Nische gesucht, die im Standortwettbewerb der EU am vielversprechendsten war. Das Europäische Parlament hat sich in seiner Resolution vom 21. Mai mit großer Mehrheit und in Übereinstimmung zur großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU für eine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ausgesprochen. Trotz vorhergehender großer Ankündigungen konnte sich der EU-Rat in seiner darauf folgenden Sitzung vom 23. Mai 2013 nicht dazu durchringen, sich auf echte Fortschritte im Kampf gegen Steuerbetrug zu verständigen.

Bankenunion oder Standortwettbewerb der nationalen Finanzsektoren?

Um den zyprischen Bankensektor voll und ganz als Teil des EU-Binnenmarktes zu definieren, wären weitere Regulierungsschritte auf EU-Ebene erforderlich. Nötig wäre, was derzeit unter dem Begriff Bankenunion verhandelt wird: Eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, eine EU-weite einheitliche Einlagensicherung, eine EU-weite einheitliche Regelung für die Auflösung von Banken (in die der ESM unter Umständen integriert werden könnte), EU-weite einheitliche Regelungen für Eigenkapital und den normalen Betrieb von Banken und des Finanzmarktes sowie eine Neustrukturierung des Bankensektors im EU-Binnenmarkt.

»Zypern ist nicht der einzige Mitgliedsstaat, der sich Fragen zu seiner Steuerpolitik gefallen lassen muss«

Mit anderen Worten: Der bisherige Standortwettbewerb unter den EU-Mitgliedsstaaten im Banken- und Finanzsektor müsste einem einheitlichen Rahmen mit gleichen Regeln und gleichen Chancen für alle weichen (»level playing field«). Die Logik des Standortwettbewerbs hat eben auch eine sinnvolle binnenmarktweite einheitliche Regulierung des Finanzsektors verhindert. In Ansätzen gibt es das alles

bereits. Seit 2011 arbeiten die EU-Aufsichtsbehörden für Banken (EBA in London), für Versicherungen (EIOBA in Frankfurt/Main) und für die Wertpapiermärkte (ESMA in Paris). Zudem wird derzeit an einer Neuordnung der Bankenaufsicht gearbeitet.

»Für den Ausbau der Solarenergie ist die Einspeisung in ein europäisches Netz nötig«

Zu den anderen Themen sind Gesetzesvorhaben in Arbeit oder gerade abgeschlossen, allen voran die Gesetzespakete zur Finanzmarktregulierung (MiFID/ MiFIR). Sie zielen auf Transparenz durch eine weitgehende Rückholung des Wertpapierhandels auf zugelassene und regulierte Handelsplattformen sowie auf eine Begrenzung beziehungsweise Verlangsamung des extrem schnellen, auf Algorithmen basierenden und allein von Computern durchgeführten Wertpapierhandels, und zu verschärften Eigenkapitalregeln für Banken (CRD IV/CRR – Basel III). Mit einem eigenen Initiativbericht drängt das Parlament derzeit die EU-Kommission zu einer Gesetzesvorlage zur grundlegenden Neustrukturierung des Bankensektors in der EU.

Während die Verhandlungsteams des Parlaments mehrheitlich von einer gesamteuropäischen Perspektive ausgehend nach sinnhaften Verbesserungen der Gesetzesvorlagen der EU-Kommission sucht, dominieren im EU-Rat die Interessen der politisch und ökonomisch stärksten Mitgliedsländer, die aufgrund des Machtübergewichts des Rates bisher im Interesse der Finanzmarktlobby die meisten der Verbesserungsvorschläge des Parlaments stark verwässert haben.

Zurück zum Thema Zypern: Würde man die dortige Steueroase schließen ohne den Finanzsektor kaputtzumachen, würde sich natürlich sehr schnell die Frage stellen, wem der entsprechende Steuersegen zu Gute kommen sollte. Wenn Zypern in der skizzierten Form vom EU-Binnenmarkt profitiert, wäre es nicht konsequent, wenn alle daraus folgenden Steuereinnahmen alleine in den zyprischen Haushalt fließen würden. Ein Teil der Steuereinnahmen aus dem zyprischen Bankensektor sollte dann fairerweise in den Gemeinschaftshaushalt fließen.

Wem gehören die Steuern im gemeinsamen Markt?

Auch diese Frage stellt sich selbstverständlich nicht alleine mit Blick auf Zypern! Auch die Bundesrepublik als zentraler europäischer Industriestandort ist hier angesprochen, der derzeit reichlich und zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten von seinen Standortvorteilen profitiert. Nötig ist letztlich eine echte europäische Fiskalpolitik. Diese hätte mehrere Vorteile: Zunächst einmal würde sie den gegenwärtigen desaströsen Steuerwettbewerb unter den EU-Mitgliedsländern beenden,

der mitverantwortlich für die desolante Lage der öffentlichen Haushalte ist. Und eine hohe Qualität öffentlicher Dienste, von denen letztlich jeder und jede profitiert, erfordert die Durchsetzung effektiver Mindeststeuersätze innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums. Selbst der EU-Steuerkommissar hat sich mittlerweile dieser Einsicht geöffnet. Ein unabdingbares Element einer gemeinschaftlichen Fiskalpolitik wäre die vertragsgemäße vollständige Deckung des EU-Haushalts aus Eigenmitteln. Gegenwärtig deckt die EU ihre Ausgaben nur zu etwa einem Viertel aus Eigenmitteln – der Rest ist Geschacher zwischen den nationalen Regierungen.

Nur ein durch Eigenmittel planungssicherer und letztlich auch deutlich höher ausgestatteter Haushalt würde die EU in die Lage versetzen, ihre wirtschaftlich schwächeren Regionen angemessen zu fördern. Eine sinnvolle Förderung darf sich selbstverständlich nicht alleine auf das bestenfalls abstrakte, schlechtestenfalls ideologisch bornierte Ziel der Wettbewerbsfähigkeit einschießen. Vielmehr sind real vorhandene ökonomische Probleme und Chancen zu bearbeiten. So gibt es in Ländern wie Portugal und Griechenland erhebliche Probleme mit zu kleinen Produktionseinheiten. Das heißt, die Mengen, die ein traditioneller Produzent von Olivenöl oder Wein pro Jahr herstellt, sind so gering, dass er sie nicht an größere Direktabnehmer verkaufen kann. Für kleine Produzenten besteht also eine kaum überwindbare strukturelle Zugangsschwelle zum EU-Binnenmarkt.

Hier Wege zu entwickeln, gemeinsam mit den Herstellern vor Ort, wäre ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder. Die Suche nach neuen Branchen und Produktionsmöglichkeiten könnte technologische Zusammenarbeit mit hoch entwickelten Industriestandorten der EU benötigen. Der Ausbau der Solarenergie etwa könnte auch nur dann funktionieren, wenn die Einspeisung in ein angemessen großes, das heißt europäisches Netz garantiert wäre. Energie ist ein Thema, bei dem wieder Zypern ins Spiel kommt!

Vor der Küste der kleinen südlich der Türkei gelegenen Mittelmeerinsel lagern enorme Gasvorkommen, die erst vor wenigen Jahren entdeckt wurden. Die Erschließung und der Abtransport des bislang noch nicht erschlossenen Gases erfordert beträchtliche Investitionen – eine Herkulesaufgabe sowohl für den zyprischen Staat als auch für die im Land ansässigen Unternehmen. Andererseits wäre die Erschließung der Gasvorkommen selbstverständlich ein wichtiger Beitrag zur Energieversorgung der EU. Und ebenso selbstverständlich trüge die Erschließung und Förderung der Gasvorkommen mittelfristig auch zum Abbau der Schulden Zyperns bei. Ein Drama, dass die übrigen Regierungen der EU nicht bereit waren, mit Zypern über diese strategisch bedeutungsvolle Frage – auch im Zusammenhang mit der Zypern-

Rettung – zu verhandeln, obgleich die Regierung unter Dimitris Christofias (AKEL) darauf gedrängt hatte!

Um sinnvolle Entwicklungsprojekte effektiv zu fördern, geht aber kein Weg an einem ausreichend ausgestatteten Gemeinschaftshaushalt vorbei. Die Blockade der Finanztransaktionssteuer durch die EU-Finanzminister ist auch in dieser Hinsicht eine politische Bankrotterklärung. Stattdessen führt der von der Bundesregierung durchgedrückte Fiskalpakt auch den EU-Haushalt in eine Sackgasse. Um die Regeln des Fiskalpakts einzuhalten, müssen fast alle Mitgliedsstaaten ihre Ausgaben drastisch senken. Da der EU-Haushalt gegenwärtig nur zu rund einem Viertel aus Eigenmitteln finanziert wird, muss der Rest durch außerordentliche Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden. Um den Forderungen des Fiskalpakts zu entsprechen, versuchen nun einige Mitgliedsländer, ihre Defizitvorgaben zu erfüllen, indem sie ihre Zahlungen an die Staatengemeinschaft reduzieren wollen.

Die Krise der EU ist eine politische – Will die Linke ein Teil der Lösung sein ?

Auf der Suche nach Auswegen aus der Krise hat ausgerechnet die Europäische Zentralbank (EZB) ein gewisses Maß an ökonomischer Klugheit bewiesen. Zwar ist ihr die direkte Finanzierung von Mitgliedsstaaten verboten – im Unterschied zur US-amerikanischen Zentralbank FED oder der britischen Staatsbank. Mit ihrer Praxis, Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, sobald die Zinsen die Schwelle von sieben Prozent übersteigen, nimmt die EZB mittlerweile faktisch die Rolle eines »lender of last resort« (»Kreditgeber letzter Instanz«) wahr. Den Spekulanten hat das deutlich den Spaß verringert, weiter gegen die Krisenländer zu spekulieren. Über das Aufkaufen von Staatsanleihen beziehungsweise die Akzeptanz der Staatsanleihen aus Krisenländern als Sicherheit entsteht zudem eine indirekte Haftung aller Eurostaaten für diese Staatsanleihen. Das ist faktisch bereits eine Vorwegnahme der vom Europäischen Parlament und einigen Mitgliedsländern immer wieder eingeforderten Eurobonds. Rechtlich und demokratisch gesehen bewegt sich die EZB damit aber in einer Grauzone. Die Frage ist, ob es und wie es gelingen kann, die Regeln der EZB ihrer bisher durchaus erfolgreichen Praxis anzupassen. Denn das Handeln der EZB hat – im Unterschied zum Agieren des Rates – zumindest zu einer Eingrenzung der Krise geführt und bisher einen Flächenbrand unterbinden können. Bei genauem Hinschauen erkennt man, dass die EZB mit ihrem Handeln in der Krise auch Forderungen der Linken als richtig bestätigt: Nämlich die Forderung nach Euro-Bonds und nach einem Umbau der EZB zu einem »lender of last resort« – Staaten sind keine Unternehmen und dem entsprechend auch keine

Marktakteure auf den Finanzmärkten wie normale Unternehmen.

Man sieht, dass die Eurokrise alles andere als unlösbar ist, wenn der nötige politische Wille vorhanden ist. Ohne das Mauern der Regierungen könnte die politische Integration der EU schon sehr viel weiter vollzogen und die Krise weitgehend überwunden sein. Durch die Blockadepolitik des Rates wird die Neu-Regulierung des EU-Finanzsektors jedoch soweit verzögert, dass sie bestenfalls für eine effektivere Eindämmung zukünftiger Finanzkrisen wichtig werden könnte.

Der Linken stünde es derzeit gut zu Gesicht, die ehrgeizige und demokratische Weiterentwicklung der europäischen Integration vorzudenken und politisch voranzutreiben sowie die Blockadepolitik des Rates sichtbar zu machen und die Regierungen öffentlich damit zu konfrontieren. Die EU ist heute längst nicht mehr nur als Friedensprojekt und als Alternative zum gescheiterten Nationalstaatskonzept nötig. Die Herausforderungen unserer Zeit – vom Kampf gegen den Klimawandel, über die Sicherung unserer Energieversorgung, die Regulierung der Finanzmärkte, von der inzwischen auch die Altersvorsorge von Millionen ArbeitnehmerInnen abhängt – erfordern Kooperation anstatt bloßes Gegen- oder Nebeneinander!

Die gegenwärtige Krise zeigt, was die Linke schon lange betont: Wettbewerb als Wettbewerb der Nationalstaaten, als Standortwettbewerb führt uns in den Abgrund. Märkte brauchen klare Regeln und Grenzen sowie einen politischen Rahmen, der diese Regeln und Grenzen definiert und durchsetzt. Das kann eine Politik nicht leisten, die im nationalstaatlichen Gegeneinander verharrt, sondern nur eine postnationale demokratische Struktur, die einer Logik der Kooperation folgt!

Literatur

¹Gabrisch, Hubert: Währung ohne Souveränität: Zur Ursache und Überwindung der Eurokrise, in: Leviathan 1/2013

²Trost, Axel; Paus, Lisa: Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0. In: Schriftenreihe Denkanstöße des Instituts der solidarischen Moderne

<http://www.axel-troost.de/article/5211.eine-europaeische-ausgleichsunion-a-8211-die-waehrungsunion-2-0.html>

Zuerst erschienen auf www.juergen-klute.eu unter dem Titel: »Es geht um mehr als nur den Euro«.

Aufstand der Regionen: Ausschuss der Regionen forderte als erstes EU-Gremium eine Finanztransaktionssteuer

Martina Michels über die erfolgreiche LINKE Initiative im Ausschuss der Regionen für die Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU



Martina Michels beim 3. Kongress der Europäischen Linkspartei. Foto: Die Linke Berlin

Als Berichterstatterin habe ich im Jahr 2011 im Ausschuss der Regionen (AdR) gemeinsam mit Ralf Christoffers, dem linken Wirtschafts- und Europaminister in Brandenburg, erfolgreich die Empfehlung für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer zur Abstimmung gebracht. Die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter hat sich als erstes europäisches Gremium dafür ausgesprochen, dass auch die Verursacher der Finanzkrise zur Kasse gebeten werden. Und das zu einer Zeit, als Frau Merkel sich noch darauf

berief, dass es für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer keine Mehrheiten in Europa gäbe. Die Steuer ist dabei seit langem eine Kernforderung der LINKEN, da sich damit nicht nur die Folgen, sondern auch die Ursachen der Krise bekämpfen ließen. Zum einen würde man mit einer europaweiten Steuer auf alle Finanztransaktionen den spekulativen Hochfrequenzhandel als eine wesentliche Ursache der Krise bekämpfen.

Das computergesteuerte Kaufen und Verkaufen von Wertpapieren innerhalb von Millisekunden würde so für die Banken teuer und damit unattraktiver. Zum anderen würden die Lasten der weltweiten Krise gerechter verteilt werden, wenn auch diejenigen an den Kosten der Krise beteiligt werden, die sie größtenteils verschuldet haben. Und darüber hinaus wäre es ein wichtiger Beitrag für die Solidarität innerhalb der EU, denn mit den Steuereinnahmen könnten notwendige Stabilisierungs- und Investitionsprogramme der EU-Länder finanziert werden, die besonders stark unter den Folgen der Finanzkrise leiden.

Die Stellungnahme des AdR fordert maßgebliche Nachbesserungen, damit die europäische Steuer nachhaltig wirken kann.

»Lasten der weltweiten Krise gerechter verteilen, Verursacher zur Kasse bitten«

So sollen bis auf Ausnahme von ausschließlich den öffentlichen Sektor finanzierenden Sonderkreditanstalten alle Währungstransaktionen besteuert werden und alle betreffenden Finanzinstrumente materiell gleichbehandelt werden. Bei der Plenardebatte kam es für die Linken nicht nur auf eine kluge Begründung an, sondern vor allem auf eine vehemente Verteidigung der Stellungnahme gegen Aufweichungen durch Änderungsanträge der konservativen Vertreter im AdR. Und es gab nicht nur 41 Änderungsanträge sondern auch Extrempositionen wie die des britischen Konservativen Gordon Keymer, der die Weitergabe der Stellungnahme an die EU-Kommission von einer hundertprozentigen Zustimmung aller 344 Mitglieder des AdR abhängig machen wollte. Obwohl bereits dieser Standpunkt einer völligen Ablehnung gleich kam, ging die Forderung des Delegierten aus Malta, Michael Cohen, noch weiter: Wenn, dann müsse auf der ganzen Welt eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden »oder wir benachteiligen Europa mit der Steuer«.

»Notwendige Stabilisierungs- und Investitionsprogramme der Krisen-Länder finanzieren«

Doch dank eindringlicher Begründung und standfester Verteidigung wurde die Stellungnahme fast unverändert angenommen. Mit diesem Ergebnis der Endabstimmung ist der AdR nun das erste europäische Gremium, welches sich zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU bekennt und auf eine entsprechende EU-Richtlinie reagiert.

Die Finanztransaktionssteuer muss nun schnellstmöglich eingeführt werden, damit der Finanzmarkt endlich wieder mit der Realwirtschaft verknüpft wird! Die EU-Kommission muss ihren Vorschlag ausbessern, um weiteren Spekulationsgeschäften vorzubeugen und sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Finanzkrise anzugehen! Mit der Stellungnahme des AdR hat sie dazu nun wichtige Vorschläge zur Hand.

Dass die EU-Kommission in dieser Angelegenheit überhaupt eine Stellungnahme des Ausschuss der Regionen eingeholt hat, hängt mit der Aufwertung des Gremiums seit dem Lisboner Vertrag zusammen.

Zuerst erschienen auf www.martina-michels.de

Solidarität statt Konkurrenz: Ganzheitliche Modelle polit-ökonomischer Steuerung für die EU

Thomas Händel und Frank Puskarev mit Überlegungen zu ganzheitlichen europäischen Modellen politischer und wirtschaftlicher Steuerung



Thomas Händel: Ein produktives und soziales Europa braucht ganzheitliche Ansätze. Foto: Puskarev

Wir erleben derzeit eine beschleunigte und immer autoritärere Krisenbewältigungsstrategie, die mit Kürzung der Arbeits- und Sozialeinkommen, Spardiktaten und dem verordneten Ausverkauf öffentlichen Eigentums geradewegs in die wirtschaftliche Rezession führt. Nicht nur die Länder Südeuropas sind von einer wirtschaftlichen Talfahrt erfasst; auch in den bisher prosperierenden Staaten sind die Auswirkungen dieser verheerenden Austeritätspolitik bereits spürbar. So wurde erst kürzlich vermeldet, dass die europäische Autoindustrie, in der Regel ein guter Indikator für Konjunkturentwicklungen, Verkaufseinbrüche um 11 Prozent zu verkraften hat. In den Krisenländern des Südens sieht es sogar

noch weit schlimmer aus, Italien (minus 25 Prozent), Frankreich (minus 17), Spanien gar minus 37 Prozent. Auch Deutschland, das sich bisher noch auf der Seite der Gewinner wähnt, hat nach herben minus 30 Prozent im Jahr 2010, die vor allem in Zusammenhang mit der Abwrackprämie standen, erneut mit Einbrüchen um die 11 Prozent zu kämpfen¹. Wenn also selbst der deutsche Autoindustrie-Motor deutlich vernehmbar stottert, muss es schlecht stehen um wirtschaftliche Entwicklungen.

Europa droht in wirtschaftlicher Depression und sozialer Ungleichheit zu versinken. Die Arbeitslosenquote lag im

August 2012 bei 10,5 Prozent und markiert damit den höchsten Stand seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft. Gerade junge Menschen sind von den Folgen der Krise betroffen. In diesem Bereich ist die Quote wesentlich höher, europaweit bei 22,7 Prozent, im krisengeschüttelten Griechenland sind gar mehr als die Hälfte aller jungen Menschen ohne Job. Insgesamt rund 14 Mio. junge Menschen unter 30 in Europa, denen man eine vernünftige Perspektive und Lebenschancen verwehrt. Armut ist nicht mehr nur ein Randgruppenthema, Armut kommt gerade in der Mitte der Gesellschaft an².

Europa braucht dringend einen radikalen Politikwechsel, will man vermeiden in einem wirtschaftlichen, sozialen und, so steht zu befürchten, einem politischen Desaster zu enden. Die Beispiele von Ungarn, Griechenland und anderen Ländern weisen die Richtung³, in die es gehen kann und wird.

Industriepolitik: »Eingeständnis der EU-Kommission, vollständig versagt zu haben«

Parallel zur Krise in Europa und darüber hinaus laufen denn auch in der europäischen gesellschaftlichen Linken, die übrigens weit über die sozialdemokratischen, grünen und kommunistisch-sozialistischen Parteienfamilien hinausgeht, lebhafte Debatten, wie der aus den Fugen geratene kapitalistische Wertschöpfungs- und damit Ausbeutungsprozess wahlweise wieder in eine soziale Form gegossen und/ oder sofort oder in einem Transformationsprozess überwunden werden kann. Für notwendige (Re-)Regulierungen und die komplette Neuorganisation des Finanzsektors liegen mal mehr, mal weniger fundierte Vorschläge auf dem Tisch. Die Gründungsfehler und die Verfasstheit Europas sind hinlänglich debattiert und kritisiert. Defizite bestehen allerdings in der Frage ganzheitlicher Modelle einer zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Steuerung eines Europas, das nach einhelliger Meinung zumindest der linken Seite des politischen Spektrums wenigstens sozial, beschäftigungsorientiert, nachhaltig und demokratischer organisiert sein soll.

Angesichts der Dimensionen reicht es allerdings nicht, ein rein die Konjunktur stimulierendes Programm aufzulegen und im Übrigen einfach weiter zu machen wie bisher. Auch die simple Forderung nach einer »Wirtschaftsregierung« ist, bleibt sie auf der Basis der bisherigen Verfasstheit der EU, nichts weiter als die Forderung nach einem neuen Türschild für eine weitere neoliberale Institution. Längerfristige integrierte Wachstums- und Entwicklungsperspektiven sind für

ein zukunftsweisendes Konzept für Europa unverzichtbar. Notwendig ist die Entwicklung eines integrierten Konzeptes demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa, das bestehende Elemente von Industrie- und Dienstleistungspolitik, von Struktur- und Kohäsionspolitik einschließt, auf ihnen aufbaut und sie in wesentlichen Teilen ergänzt. Das dies nicht – wie von der sozialdemokratischen S&D-Fraktion im EP gefordert⁴ – einer Task-Force aus der EU-Kommission überlassen werden darf, scheint offensichtlich: betrachtet man die Ergebnisse der Troika-Politik in Irland, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, will man damit den neoliberalen Bock zum sozialistischen Gärtner machen.

Will man also dauerhaft weg von einem Konkurrenz-Europa zu einem Solidaritäts-Europa respektive einem Ausgleichs-europa⁵, sind zusätzliche Elemente einer starken wirtschaftspolitischen Koordinierung und Steuerung erforderlich, die nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der ins Hintertreffen geratenen Länder wieder »an das Feld heranbringt«, sondern darüber hinaus und in erster Linie soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse schafft und transformatorischen Charakter im Sinne neu zu entwickelnden gesellschaftlichen Zusammenlebens entfaltet. Diese Elemente, dieser ganzheitliche Ansatz, sind bisher der »missing link« in der europäischen Debatte.

Wirtschaftsregierung: »Nur ein neues Türschild für eine neoliberale Institution«

Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Industriepolitik, wie auch die EU-Kommission im Jahr 2005 schon feststellte: Man müsse »das Verständnis von Industriepolitik weiter [...] fassen und diejenigen Maßnahmen einbeziehen, die sich auf Kosten, Preise und die innovative Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und einzelner Branchen auswirken, aber auch alle anderen politischen Initiativen berücksichtigen. [...] Das schließt nicht nur Maßnahmen für Binnenmarkt und Handel ein, sondern auch für die Bereiche Verkehrswesen, Energie, Umweltschutz, Soziales und Verbraucherschutz.«⁶ Das wäre neu gewesen, nach jahrzehntlangem Mantra der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Vorstellung, die Märkte würden schon selbst die besten (ökonomischen) Lösungen produzieren, schaffe man nur genügend »Freiheit«.

2012, also sieben Jahre später, muss der zuständige Kommissar Tajani eingestehen, dass »wir verpflichtet gewesen wären, die Realwirtschaft in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu setzen. Wir haben in der Vergangenheit

den Fehler gemacht, Finanzökonomie und Dienstleistungen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir schoben Industrie und Unternehmen in eine Ecke. Aber wir haben genau das Gegenteil zu tun: Industrie und Unternehmen in den Mittelpunkt zu rücken und mit der Finanzökonomie die Realwirtschaft zu unterstützen.«⁷

Diese Einlassung markiert zweierlei: ersten das Eingeständnis, in den letzten Jahren bei der Ausrichtung der Politik vollständig versagt zu haben. Und zweitens, dass dieser Einsicht nun Taten folgen sollten. Denn: offensichtlich begreift man nun auch in der EU-Kommission die Schlüsselrolle der industriellen Bereiche, die rund 25 Prozent der Wertschöpfung in Europa liefern. Von »maßgeschneiderten Konzepten auf jeden Zweig, [...] einer neuen Politik der industriellen Innovation, Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungs- und Lieferkette, die weitere Förderung des Einsatzes und der Vermarktung von wettbewerbsfähigen Schlüsseltechnologien, Modernisierung der Qualifikationsbasis« war schon 2005 die Rede.

»Mit neokolonialen Methoden wird der europäische Marktzugang in Afrika erpresst«

Die EU-Industrie müsse ihren Übergang zu einer kohlenstoffarmen und ressourcen- und energieeffizienten Wirtschaft beschleunigen, was Kosten und Umweltauswirkungen verringern kann. Doch weit gefehlt: auch der Bericht der Kommission zur Aktualisierung dieser Industrie-Strategie vom Oktober 2012 stützt sich auf altbekannte Säulen: Investitionen in Innovationen, bessere Marktbedingungen und Bürokratie-Abbau, Zugang zu Kapital und Humanressourcen sowie Qualifikationen⁸. Also alter Wein in alten Schläuchen mit dem irreführenden Etikett »Neu!«. Insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung bleibt es bei den schlecht sitzenden Kinderschuhen einer mit der EU-2020-Strategie kompatiblen »Verbesserung der Funktionsweise der EU-Arbeitsmärkte und die Gewährleistung geeigneter Qualifikationen der Arbeitnehmerschaft«. Nicht etwa die Schaffung neuer, guter Arbeit, sozialer Sicherheit steht im Zentrum oder mindestens auf gleicher Augenhöhe, sondern die Verfügbarkeit von Arbeitskräften nach Bedarf mit verwertbaren Qualifikationen.

Schließlich geht es der EU-Kommission, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, auch nicht um soziale Wohltaten. Im altbekannten Wording verbleibend diskutiert die Kommission »...die Erschließung neuer Märkte, [...] die schnellere Entwicklung und Vermarktung von Waren und Dienstleistungen«. Wesentlich soll sein, »dass EU-Unternehmen als erste

auf den globalen Markt kommen und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern«. Auch um Globalisierung macht man sich weiterhin Gedanken, nicht jedoch so wie man nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte annehmen können sollte: »Um den größtmöglichen Nutzen aus der Globalisierung zu ziehen, wird die Kommission internationale Initiativen für die Regulierungszusammenarbeit entwickeln ...«, heißt es verschwörerisch wie zunächst nichtssagend.

»Überschussländer müssen durch Stärkung der Massenkaufkraft Exportüberschüsse verringern«

Wie die »Regierungszusammenarbeit« praktisch aussieht, bekommen die Länder Afrikas derzeit zu spüren. Mit nahezu neokolonialen Methoden wird hier der europäische Marktzugang regelrecht erpresst, der Kampf um die verbliebenen Rohstoffe nimmt an Aggressivität deutlich zu⁹.

Wichtige Fragestellungen, zum Beispiel wie kurzfristig auf wirtschaftliche Ungleichgewichte reagiert werden kann, wie sie dauerhaft vermieden werden können, welche mittel- und längerfristigen Instrumente gegen einen Absturz einzusetzen wären oder gar wie eine nachhaltige beschäftigungsorientierte Strategie ersonnen und demokratisch legitimiert werden könnte, sind nicht die Fragen, die man sich in den neoliberalen Elfenbeintürmen von Rat und Kommission stellt.

Gerade deshalb ist dies Aufgabe der Linken in Europa. Dazu gilt es, Ansätze einer alternativen, beschäftigungsorientierten und demokratisch kontrollierten Konzeption weiter zu entwickeln. Bausteine dafür gibt es an vielen Stellen, nur müssen diese eben auch zusammengefügt, miteinander verknüpft und zu einem integrierten Ganzen entwickelt werden. Immerhin: in einem wesentlichen Ansatzpunkt besteht hinreichende Klarheit: Überschussländer müssen durch die Stärkung der Massenkaufkraft mittels offensiver Tarifpolitik und der Erhöhung der Sozialeinkommen zu einer Verringerung der Exportüberschüsse beitragen. Ob dies im Volumen und vor allem in kurzer Frist allein ausreicht ist eher zu bezweifeln. Beachtlich, wenn auch nicht ausreichend, sind auch die Vorschläge zu einer konsequenten dauerhaften Regulierung von Außenhandelsüberschüssen und -defiziten, ohne die eine Lösung nicht denkbar wäre. Sie sind ein wesentliches Problem der innereuropäischen Wirtschaftsungleichgewichte, die auf Dauer zu einer Selbsterstörung der europäischen Integration führen würden.

Dass dieses Thema bis in konservative Kreise hinein zumindest einen Anfangsverdacht ausgelöst hat, zeigen die De-

batten um die EU-Regulierungen der »Economic Governance«. Zwar konnte die nun dort verankerte und völlig kontraproduktive Bestrafung von Defizitländern nicht verhindert werden. Nach erheblicher Anstrengung der Linken enthält diese Governance nun aber auch eine Betrachtung der Überschussländer, die, im Gegensatz zu den Defizitländern, allerdings und leider keinerlei Ungemach sanktioneller Art zu erwarten haben¹⁰. Hier gilt es, in den nächsten Monaten nachzusetzen.

Axel Troost liefert mit dem fundierten Konzept einer »Ausgleichsunion«¹¹ eine ausgezeichnete Vorlage. Dieses stellt darauf ab, auch die Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen für die Herstellung und Einhaltung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in Verantwortung zu nehmen. Nach kurz- und mittelfristig zulässigen Exportschwankungsbreiten würden bei langfristig überhöhten Leistungsbilanzüberschüssen Sanktionen in Form von Strafzahlungen fällig, die dann einem Fonds zufließen sollen, dessen Aufgabe »die Förderung eines auf den Ausgleich der Leistungsbilanzen gerichteten Strukturwandels in Überschuss- und Defizitländern« wäre.

»EU, EZB und IWF haben Griechenland mit moderner Kapitalvernichtung auf Schwellenland-Niveau zurückgeworfen«

Dazu müssten Investitionsprogramme aufgelegt werden, die die Verschuldung nicht weiter erhöhen. Diese müssten durch die Europäische Union im Rahmen der im Weiteren skizzierten Entwicklungsfonds finanziert werden. Das würde nach Berechnungen des IMK¹² zu einer deutlichen Erhöhung des Wachstums und damit erheblich zu einer längerfristigen Verringerung der Verschuldung beitragen. Dazu braucht es aber »... eine deutliche wirtschaftspolitische Umorientierung im gesamten Euroraum«.

An der notwendigen finanziellen Ausstattung würde es also mit dieser Zuführung kaum fehlen. Rechnet man die schon bestehenden Möglichkeiten europäischer Fördermittel in Höhe, die Zuführungen aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer, einer europaweiten Vermögensabgabe beziehungsweise Millionärssteuer¹³, Kredite zu Konditionen des EZB-Zinssatzes durch die Europäische Investitionsbank und gegebenenfalls Projektbonds für größere Projekte zusammen, wäre sogar kurzfristig eine »feuerkräftige« Finanzausstattung gut darstellbar. Der von den Experten des DGB in einem Entwurf¹⁴ bezifferte Finanzbedarf für einen europäischen »Marshallplan«¹⁵ von rund 260 Mrd. Euro pro Jahr wäre sichergestellt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen darin betreffen – neben der oben erwähnten Stärkung der Massenkaufkraft und der damit verbundenen kurzfristigen Konjunkturstimulanz – einen policy mix verschiedener mittel- und langfristig wirkender Elemente, zu denen verstärkte öffentliche Investitionen, Investitionszuschüsse und ein europäischer Zukunftsfond gehören. Mit ihnen sollen die Stärkung und Förderung moderner Industrien und Dienstleistungen genauso wie gesellschaftlich notwendige bildungs-, sozial- und klimapolitische Weichenstellungen und qualitative Wachstumsziele gefördert werden.

»Oder die EU besinnt sich auf Sozialstaatlichkeit und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse«

Mehr als die Hälfte der vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich auf die europäische Energiewende. Die Investitionen in eine CO₂-arme Energieversorgung von 150 Mrd. per anno induzieren nicht nur 110 Mrd. zusätzliche Investitionen. In dem DGB-Szenario auf Basis einer Berechnung des DIW¹⁶ wird ein langfristig sechs- bis siebenmal höherer Beschäftigungseffekt als bei vergleichbarer Versorgung mit Öl – und Gasvorkommen beziffert. Rund 11 Mio. neue Arbeitsplätze werden vorhergesagt. Diese Entwicklung würde wesentlich höhere direkte und indirekte Steuereinnahmen, höhere Sozialversicherungsbeiträge und geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit produzieren. In der Modellrechnung werden 180 Mrd. an Mehreinnahmen und Einsparungen erwartet. Finanziert werden sollen in diesem Modell die Investitionen durch jährliche Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer mit bis zu 100 Mrd., aus Kreditförderung mit rund 100 Mrd. und aus sog. »New Deal Anleihen« mit rund 180 Mrd. Eine solche Zukunftsanleihe braucht bei Gründung zunächst Eigenkapital. Dies wäre durch eine europaweite Vermögensabgabe von drei Prozent auf Geldvermögen über 500.000 Euro bzw. 1 Mio. zu finanzieren.

Selbst Wolfgang Streeck, Soziologe und Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, schließt nicht aus, dass die wesentlichen Triebfedern für einen neuen kondradieffschen langwelligen Konjunkturzyklus gelegt sind¹⁷. Die Schlüsselbereiche CO₂-freier Technologien, Energieversorgung und die Elektromobilität liefern dafür die Plattform. Bereiche, in denen die entwickelten kapitalistischen Länder Europas enorme Platzvorteile haben, während die zurückgeworfenen und industriell wenig entwickelten Länder Europas weitaus schlechtere Chancen aufweisen. Zwei Entwicklungspfade tun sich auf:

Entweder die Letzteren werden auf den Stand von Subsidiaritätswirtschaft und des Arbeitskräftelieferanten von »Brauchbaren« zurückgeworfen, also quasi »Hartz-IV-Staaten«, wie der Zeit-Herausgeber Josef Joffe sie kürzlich nannte¹⁸. Nachdem EU, EZB und IWF schon Griechenland mit moderner Kapitalvernichtung zunächst auf Schwellenland-Niveau zurückgeworfen haben, scheint sogar ein begrenzter Aufschwung vorstellbar. Wirtschaftsminister Röslers Einkaufstour mit hochrangigen Wirtschaftsvertretern im Jahr 2011 nach Griechenland lässt grüßen. Vernichtete Sozialsysteme und Billiglöhne für verarmte Arbeitnehmerschichten, die jeden noch so unwürdigen Job annehmen, sind ein Standortindikator für so manchen Kapitalgeber. Verbunden mit den genannten Schlüsselbereichen würde daraus allerdings ein neuer, diesmal grün angemalter Kapitalismus mit autoritärem Gestus.

Missing Link: »Soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, gleichwertige Lebensverhältnisse«

Die von Rat, Parlament und Kommission installierten neuen Verfahren zur Reduzierung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte der Euroländer, verkauft als Instrumente zur Anpassung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, beschneiden essenzielle Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmern und sind damit eher »Instrument zur autoritären Demontage der Sozialstaatlichkeit«, wie der Arbeits- und Wirtschaftsrechtler Florian Rödl in einem Gutachten für das Hugo-Sinzheimer-Institut der Otto-Brenner-Stiftung schreibt¹⁹.

Oder aber die EU besinnt sich auf ihren eigenen Vertragsverabredungen zum Beispiel aus § 3 EUV und § 151 AEUV mit der Verpflichtung zur Sozialstaatlichkeit und langfristigen Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das wäre nur durch die Neudefinition europäischer Entwicklungsmodelle zu erreichen. Die Entwicklung einer industriellen Basis, die auf gleicher Augenhöhe zwischen den entwickelten kapitalistischen Zentren Europas Handel treibt beziehungsweise miteinander konkurriert, ist aber weder ökonomisch vorstellbar noch in Bezug auf eine nachhaltige Verbrauchs- und Rohstoffpolitik wünschenswert. Niemand hielt wohl für Griechenland die Entwicklung einer Automobil- oder Maschinenbauindustrie auf deutschem oder, etwas abgeschwächt, auf französischem Niveau für realistisch. Einige Länder werden wohl noch sehr lange auf Importe von Investitionsgütern angewiesen sein. Sie in die Lage zu versetzen, diese ohne Staatsverschuldung mit eigenen Einkommensquellen – Gütern und Dienstleistungen mit Handels- respektive Marktpotential – zu finanzieren, wäre die Aufgabe einer in-

tegrierten europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik, die ihre eigenen Vertragsverpflichtungen ernst nimmt.

Denk- und machbar wäre eine europäische Clusterpolitik im Sinne der Zusammenarbeit von miteinander verbundenen Unternehmen, Zulieferern, Dienstleistern und Forschungsstellen. Diese gibt es auf regionaler und nationalstaatlicher Ebene schon lange. Ihre Stärken wurden aber bisher politisch nur eben auf dieser Ebene gefördert. Sie haben damit auch zur Konkurrenz von Volkswirtschaften (nicht nur) auf europäischer Ebene beigetragen. Ihre Vorteile bei der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Fachwissen für Unternehmen, Beschäftigte und Regionen auch auf europäischer Ebene zu nutzen wäre ein weiteres Instrument, eine ausgeglichene Industrie- und Handelsentwicklung zu fördern. Dazu wären nicht nur bessere Informationen über nationalstaatliche verfasste Stärken in den europäischen Mitgliedsstaaten, eine bessere Synergieentwicklung bereits auf europäischer Ebene vorhandener und die Entwicklung neuer Förderungsansätze wie auch eine gemeinsame Steuerung derartiger Entwicklungsprozessen nötig. Sie nicht nach Austeritätsprinzipien zu konditionieren, sondern nach sozialen, beschäftigungspolitischen und nachhaltigen Kriterien, erfordert aber ein anderes, demokratisch kontrolliertes Modell einer Europäischen Wirtschaftslenkung – und das Primat demokratischer Politik.

»Griechenland bräuchte Investitions- und Technologiehilfen aus Europa«

Die starke Akzentsetzung auf die Energiewende sei an dieser Stelle mit wenigen praktischen Beispielen bebildert: Griechenland will und muss seine Re-Industrialisierung auch selbst in die Hand nehmen. Die Produktion von Solarstrom ist deshalb eines der Leitprojekte, von dem nicht nur die Regierung in Athen die Schaffung von 60.000 Arbeitsplätzen und rund 15 Mrd. Staatseinnahmen erwartet²⁰. Damit verbunden wären zudem die Reduzierung von Energieimportkosten und die Erlöse aus dem Export von Solarstrom. Durch technische Umrüstung könnten via italienische und mazedonische Stromnetze rund zehn Gigawatt in europäische Stromnetze fließen.

Das Projekt »Helios« erfordert Investitionen in Anlagen und Stromtrassen – für die im griechischen Staatshaushalt nach allen bekannten und weniger bekannten Austeritätsexzessen derzeit wohl kaum genügend Geld aufzutreiben ist. Der Staat bräuchte also Investitions- und Technologiehilfen aus Europa. Eine eigene Solarindustrie existiert nicht. Investiti-

onen in Windkraft, für die Griechenland einen besonders ergiebigen Standort darstellen würde, und in eine dezentrale Energieversorgung in der Hand von Kommunen und Regionen könnten zusätzlich Arbeit für zehntausende Menschen in der Region schaffen. Weitere Entwicklungspotentiale für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Steueraufkommen liegen in den griechischen Potentialen für Schiffbau, in der Modernisierung des wichtigsten Mittelmeerhafens in Piräus, im Tourismus, der Transportbranche und in der Pharmaindustrie.²¹

»Entscheiden, wie wir zukünftig in Europa leben wollen«

Aber: eine schnelle Umsetzung einer solchen qualitativ neuen Politik ist eher nicht zu erwarten. Deutschland unter Merkel bremst schon bei Helios – wohl auch zur Wahrung der Interessen der großen Energieversorger. Es fehlen nicht nur der politische Wille, die notwendigen Instrumentarien und die entsprechenden Einflussmöglichkeiten. Auf europäischer Ebene sind nicht nur bis zu zehn Generaldirektionen auf Ebene der Kommission zuständig, demokratische Initiativrechte für Parlament und den Ausschuss der Regionen diesbezüglich fehlen.

Ein weiteres Beispiel liefert die Frage der Speichertechnologien. Für die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien, die in der Regel verbrauchsschwachen Zeiten erzeugt werden, oder aber für Stromspitzen aus Überschussproduktion fehlen unter anderem in Deutschland ausreichende Möglichkeiten und entsprechende Technologien²². Norwegen verfügt über genau diese Speichermöglichkeiten in Wasserkraft, sogar 2000mal größer als die deutschen. Rund 60 Atomkraftwerke in Europa wären alleine damit überflüssig zu machen. Aber die Genehmigung des dafür nötigen Leitungsbaus zwischen Deutschland und Norwegen wurde und wird von der Bundesregierung über Jahre verschleppt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt und die Interessenvertretung von deutschen Atomkonzernen durch die Bundesregierung vermutet.

Immerhin: ein norwegischer Konzern plant nun den Bau einer Leitung. Abgesehen davon, dass ein Dutzend nötig wäre, und zwar nicht in Regie und ausschließlich für den Profit von privaten Großinvestoren, zeigen diese Beispiele sehr deutlich, dass man dieser Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen nur mit einem ganzheitlichen Ansatz und entsprechender öffentlicher Finanzierung glaubwürdig etwas entgegensetzen kann.

Die nach wie vor notwendige Energiewende stärker für eine regionale, arbeitsplatzintensive und demokratisch kontrollierte Energieversorgung zu nutzen, auch dafür gibt es gute Vorschläge. Der Masterplan der LINKEN in Thüringen ist ein detailliert ausgearbeitetes Beispiel dafür. Ein dreidimensionales Maßnahmenpaket zum Aufbau einer Energiewirtschaft auf Basis erneuerbarer Energieträger, einem Energieeinsparkraftwerk und einer landesweiten Energiedienstleistungsstruktur, die einem Wirtschaftsförderungsprogramm gleichkommt, hat die LINKE ein Beispiel für eine alternative regionale Konzeption geliefert.²³

Dieser Plan ist das bislang umfassendste Konzept zur Regionalisierung und Rekommunalisierung von Energieversorgung. Kraft-Wärmekopplung, Ausbau der solaren und windkraftbasierten Energieversorgung, Energieeinsparung, die Förderung von Wirtschaftsinitiativen, Forschungsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Konzept bilden eine Konzeption, die mit einer an entsprechende Kriterien gebundene europäischen Förderung aus den oben genannten europäischen Fonds unterstützt werden sollte.

»Nicht bloß grüner Kapitalismus, sondern demokratische Beteiligung und Steuerung der Wirtschaft«

Ein integriertes Konzept demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa mit Elementen von Industrie-, Dienstleistungs-, Struktur- und Kohäsionspolitik kann und darf sich jedoch nicht auf die Energiewende alleine beschränken. Aufgabenfelder wie die Modernisierung der europäischen Verkehrsinfrastruktur, Investitionen in Bildung und Ausbildung, Förderung von altersgerechten Infrastrukturen und Wohnens sowie den Ausbau von öffentlicher Daseinsvorsorge muss ein künftiger Zukunftsentwicklungsplan umfassend abdecken. Die Verantwortung Europas als globaler Akteur hat vielschichtige Implikationen, wie aus einer bisher unveröffentlichten Studie von Powershift für die GUE/NGL im Europaparlament zu rohstoffpolitischen Aspekten notwendiger europäischer Industrieentwicklungen²⁴ hervorgeht. Die umfassende Berücksichtigung dieser muss kennzeichnender Bestandteil eines ganzheitlichen Ansatzes sein und auch damit diese Konzeption von anderen Vorschlägen abgrenzen.

Eine aktive staatliche Industrie- und Dienstleistungspolitik sei erforderlich, um De-Industrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen zu sichern, stellen denn auch die Expertinnen und Experten des Info-Instituts in ei-

ner zusammenfassenden Studie der politischen Positionen diesbezüglich links der Mitte fest.²⁵ Die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer konsequenten Orientierung an Wachstumsgrößen stehe im Gegensatz zu den öffentlichen Interessen unserer Gesellschaft. Eine Abkehr vom neoliberalen Kurs führe keinesfalls zum Stillstand technologischer Entwicklung. Ein ausgeklügeltes industriepolitisches Konzept decke vielmehr grundlegende Anforderungen, zum Beispiel nach mehr sozialer Gerechtigkeit, Partizipation, ökologischem Umbau und nachhaltiger Friedenspolitik ab, sodass die Identifikation in diesem Themenbereich gesichert scheint.

Ein solches Konzept darf nicht als neuer »grüner Kapitalismus«, wie weiter oben angesprochen, entwickelt werden.

»14 Mio. junge Menschen, denen man Lebenschancen verwehrt«

Ohne klare Strukturen einer demokratischen Beteiligung und Steuerung liefe die künftige Entwicklung lediglich auf den alten Gleisen kapitalistischer Profitmaximierung, während die Interessen der Betroffenen, der Kommunen und Regionen, der Beschäftigten und Verbraucher allenfalls zweiter Sieger blieben. Deshalb muss die Gesellschaft auf allen Ebenen beteiligt werden und Instrumente zum Beispiel der Re-Kommunalisierung, der Gründung von Genossenschaften oder die Bildung von Energiebeiräten in ein Zukunftsprogramm für Europa einfließen.

Zweifellos: akut kommt es darauf an, die richtigen Maßnahmen zur Re-Regulierung der Finanzmärkte und der Stabilisierung der Realwirtschaft rasch umzusetzen. Das ist bisher allenfalls in Ansätzen sichtbar. Parallel dazu bedarf es einer umfassenden strategischen Neuausrichtung, um aus der Krise ohne Katastrophe für die realwirtschaftliche Entwicklung und damit für die Arbeits- und Lebensbedingungen herauszukommen.

Dazu ist ein Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten unabdingbar. Er muss auf einem ökonomisch soliden Fundament stehen. Die Akzeptanz der EU durch die Menschen, insbesondere einer stärkeren Integration, hängt wesentlich von einer demokratischen Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik ab. Sie muss eine nachhaltige und ökologische wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung fördern. Wir entscheiden, wie wir künftig in Europa leben und arbeiten wollen.

Gute Arbeit, hohe soziale Sicherheit und nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung wären Prämissen und Prädikate für ein europäisches Zukunftsmodell für das es zu werben gälte. Auf europäischer Ebene impliziert dies auch das Werben für andere gesellschaftliche und damit im Resul-

tat politische und schlussendlich parlamentarische Mehrheiten. Und nur mit Initiativ- und Kontrollrechten des Europaparlaments, klarer Kompetenzverteilung zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament, einer Kontrollfunktion des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen sowie von nationalen Egoismen weitgehend befreiten Legislativ- und Exekutiv-Institutionen wäre ein solches Konzept auch nachhaltig. Ein solches Konzept gilt es auch und gerade für den heute schon absehbaren Verfassungsprozess²⁶ zu entwickeln, der gesellschaftlichen Linken als Angebot zu unterbreiten und dafür als Europäische Linke einzustehen.

»Gute Arbeit, hohe soziale Sicherheit, nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung«

Ohne ein schlüssiges, glaubwürdiges und dadurch überzeugendes Konzept der Linken für Europa besteht die Gefahr, dass das autoritäre Regierungseuropa zur Durchsetzung neoliberaler und neokonservativer Politik, letztlich zur Wahrung der Interessen des Kapitals verfestigt wird. Jeremy Riffkin sollte besser nicht recht behalten, wenn er prophezeite: »Am Ende der Moderne steht eine neue Barbarei«²⁷.

Zuerst erschienen in der Zeitschrift Sozialismus, Heft 11/2012

Literatur

- ¹ <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/absatzkrise-hohe-rabatte-fuer-autos-a-861482.html> – Abruf 23.10.2012
- ² <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/jugendarbeitslosigkeit-kostet-jaehrlich-153-milliarden-euro-a-862921.html> Abruf 23.10.2010
- ³ <http://www.rosalux.de/publication/38260/die-krise-in-europa-und-die-erfolge-des-rechtspopulismus.html> Abruf 25.10.2012 und Michael Oswald »Rechtsruck in Hellas«, Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2012
- ⁴ http://www.socialistsanddemocrats.eu/gpes/media3/documents/3542_DE_cohesion_policy_de_100415.pdf – Abruf 25.10.2012
- ⁵ <http://www.axel-troost.de/article/6371.euro-zone-vor-dem-ende-rettung-durch-kurzfristig-entschiedenes-handeln-mit-einer-vision-fuer-europa.html> – Abruf 25.10.2010
- ⁶ http://europa.eu/legislation_summaries/enterprise/industry/et0005_de.htm
- ⁷ EURO News Interview vom 15.10.2012 <http://www.euronews.com/2012/10/15/antonio-tajani-on-smes-strategy-and-new-economy/> 22.10.2012
- ⁸ Mitteilung der Kommission COM(2012)/3 »Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung«
- ⁹ <http://www.thomas-haendeL.eu/de/article/8133.eu-freihandelsabkommen-galgenfrist-fuer-afrikanische-staaten-verlaengert.html> – Abruf 23.10.2012
- ¹⁰ <http://www.guengl.eu/showPage.php?ID=9550&LANG=3&GLANG=1> – Abruf 23.10.2012
- ¹¹ <http://www.axel-troost.de/article/5211.eine-europaeische-ausgleichsunion-a-8211-die-waehrungsunion-2-0.html> – Abruf 25.10.2012
- ¹² Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung – IMK 66/2011
- ¹³ In Deutschland wurden mehr als zehn Billionen Euro Vermögen in Form von Geld und Immobilien angehäuft. Das entspricht den Staatsschulden aller 27 EU-Staaten von rund 10,5 Bil. Euro. Die Privatvermögen in Europa betragen sage und schreibe rund 34 Bil. Euro.
- ¹⁴ DGB Bundesvorstandsverwaltung, Abteilung Wirtschaft, Finanzen und Steuern: Ein Marshallplan für Europa – Krise bekämpfen, Europa zukunftsfähig machen; 3. Entwurf 20.09.2012
- ¹⁵ Der Marshallplan war ein großes Wiederaufbauprogramm nach Faschismus und Zweiten Weltkrieg, welches dem an den Folgen des Krieges leidenden Westeuropa zugute kam. Es bestand aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren. Er wurde am 3. April 1948 vom Kongress der Vereinigten Staaten verabschiedet und sollte vier Jahre dauern. Von 1948-1952 leisteten die USA den bedürftigen europäischen Staaten Hilfen im Wert von insgesamt 13,1 Milliarden Dollar. Im Jahr 2008 wären dies preisbereinigt rund 78 Milliarden Euro gewesen.
- ¹⁶ DIW, Wochenbericht Nr. 25 2012
- ¹⁷ Die Mitbestimmung 9-2012, Seite 34
- ¹⁸ ARD Presseclub, 16.05.2011
- ¹⁹ Die Mitbestimmung 9-2012, Seite 34
- ²⁰ <http://www.welt.de/dieweltbewegen/article106186532/Griechen-wollen-Strom-ohne-Leitungen-exportieren.html> – Abruf 25.10.2012
- ²¹ Financial Times Deutschland, Print-Ausgabe vom 29.06. 2011
- ²² <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/erneuerbare-energien-norwegen-will-europas-akku-werden-a-834472.html> – Abruf 25.10.2012
- ²³ http://www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/e_h/energierevolution/ – Abruf 25.10.2012
- ²⁴ Powershift e.V. – »Rohstoff- und entwicklungspolitische Dimensionen einer europäischen Industriepolitik zur Förderung der Elektromobilität und Erneuerbaren Energien« – November 2011
- ²⁵ Info-Institut Saarbrücken »Bestandsaufnahme zur Positionsbestimmung ausgewählter Parteien und Institutionen zum ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft« – März 2012
- ²⁶ European Council, Interim Report »Towards a genuine economic and monetary Union« – 12.10.2012, und Reflection Note by the Representatives of the European Parliament »Towards a real Economic and Monetary Union – Building capacity to decide« – 1.10.2012
- ²⁷ Jerem Riffkin »Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft«, Campus Verlag 1995

Kein schöner‘ Land?! Rettet das soziale Europa vor dem falschen Vorbild Deutschlands

Gabi Zimmer über Hartz 4, Niedriglöhne und prekarierte Arbeitsverhältnisse in Deutschland als Modell der europäischen Konservativen für die Europäische Union



Alter Summit in Athen: Eine andere Welt ist möglich! Foto: GUE/NGL

Frau Merkel reiste im Oktober 2012 nach Griechenland. Zu sehen waren bürgerkriegsähnliche Zustände in Athens Innenstadt, die auf die ausweglose und deprimierende Situation vieler Griechen hinweisen. Die Politik der Bundesregierung in der Eurokrise spaltet die europäische Union und treibt zusehends einen ökonomischen, aber auch einen sozialen und politischen Keil zwischen die Bevölkerungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Die Austeritätspolitik mit gnadenlosem Spardiktat und Schuldenbremse à la Merkel beschleunigt die Ungleichheiten zwischen den Ländern und Regionen der EU. Dass die Bundesregierung eine solches »Reformprogramm« auf europäischer Ebene durchdrückt,

dürfte nicht verwundern. Handelt es sich dabei um nichts anderes als die europäische Fortsetzung der nationalen Ungleichheitspolitik. Der Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, der verfrüht und somit unzensiert ins Licht der Öffentlichkeit geriet, offenbart die ökonomische und soziale Situation innerhalb Deutschlands, zu der die Reformagenda der Bundesregierungen von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb geführt haben. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung haben ihren Anteil am bundesdeutschen Nettovermögen auf 53 Prozent gesteigert. Das sind knapp zehn Prozent mehr als noch im Jahr 2003. Gleichzeitig verfügen die ärmsten 50 Prozent der Be-

völkerung nur noch über ein Prozent am Gesamtvermögen. Vor zehn Jahren verfügte diese Gruppe immerhin noch über drei Prozent.

Nicht nur, dass die Reichen reicher und die Armen immer ärmer werden. Der Berichtsentwurf zeigt weiter, dass sich das Nettovermögen des deutschen Staates seit 1992 bis 2012 um 800 Milliarden Euro verringert hat. Auch die öffentliche Hand wird ärmer. Wir sehen eine gewaltige Umverteilung von Reichtum zugunsten privater Vermögen im oberen Teil der Gesellschaft. Auf dieser von den Herrschenden herbeigeführten Politik der sozialen Spaltung, euphemistisch »Reformen« genannt, basiert die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Dahinter steht die Politik der Ideologie von Privatisierung und Liberalisierung der Märkte, die zu Prekarisierung der Arbeit, von der die mittlerweile acht Millionen Menschen im Niedriglohnsektor besonders betroffen sind, zur Senkung von Renten, Löhnen und Sozialleistungen und zur autoritären Sanktionierung von Erwerbslosigkeit geführt hat. Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten hat in Deutschland die durchschnittliche Reallohnentwicklung am wenigsten mit der Produktivitätsentwicklung mitgehalten. Das macht deutsche Exportprodukte billig. Andere EU-Staaten sind auch deshalb nicht mehr konkurrenzfähig, weil sich Gewerkschaften und Sozialverbände lange erfolgreich gegen diesen Klassenkampf von oben gewehrt haben. Die Ärmsten und die Mittelschicht zahlen nun auch dort für die von den Banken auf liberalisierten Finanzmärkten verursachte Krise. Dieses deutsche Modell der sozialen Spaltung soll derzeit durch den Fiskalpakt auf europäischer Ebene für alle Mitgliedstaaten festgeschrieben werden. Ein Pakt, der geltendem EU-Recht widerspricht, wie ein Rechtsgutachten ergibt, das die Delegation Die Linke im EP in Auftrag gegeben hat. Der Pakt ist undemokratisch zustande gekommen. Das Haushaltsrecht der Parlamente wird bleibend eingeschränkt.

»Demokratische Beschränkung von Macht, damit Einzelne nicht die Freiheit der Mehrheit einschränken«

Der Schaden für die europäische und die nationalen Demokratien ist noch nicht abzusehen. Die viel größere Gefahr für die Demokratie erwächst jedoch aus den größer werdenden Ungleichheiten innerhalb der einzelnen und zwischen den Mitgliedstaaten. Denn wo der Reichtum einer Minderheit der Mittellosigkeit der breiten Mehrheit gegenübersteht, werden demokratische Prozesse auf Dauer ausgehebelt. Selbstgesetzgebung, Kontrolle und Beschränkung von Macht in einer Demokratie, damit die Macht Einzelner nicht die Freiheit der

Mehrheit einschränkt, werden so immer unmöglicher. Das von der europäischen Kommission vorgeschlagene kosmetische Beschäftigungspaket, mit dem ein alle einschließendes Wachstum geschaffen werden soll, wird an den wachsenden Differenzen nichts ändern. Deshalb brauchen wir dringend eine soziale Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen, um der unmenschlichen Logik der Märkte etwas entgegen zu stellen.

Die Politik der sozialen Spaltung wird euphemistisch »Reformen« genannt

Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass genug Geld vorhanden ist. Es muss nur richtig umverteilt werden: »Umverteilen statt Geld drucken« – durch Steuern auf Kapital und Strukturreformen zugunsten von Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen. Ohne eine soziale Reform Deutschlands und der EU und einen sozial gerechten Abbau der Staatsschulden wird es kein nachhaltiges Wachstum geben, von dem alle etwas haben. Dafür wäre eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkommen, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei gleichzeitiger Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, die Einführung arbeitsverhindernder Löhne und Renten und verstärkte öffentliche Investitionen in Bildungs- und Betreuungssysteme dringend nötig. Dann könnten wir auch ernsthaft über einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaftssysteme zum Wohle der Menschen reden. Das deutsche Modell lässt dafür wenig Raum.

Zuerst erschienen am 12.10.12 in der Tageszeitung Neues Deutschland

Soziale Standards für freie Bürger Arbeitnehmer-Freizügigkeit und soziale Standards gehören zusammen

Thomas Händel und Karola Boger über die Arbeitnehmer-Freizügigkeit und die Beschäftigungspolitik der Europäischen Union



Sparpolitik tötet! Cornelia Ernst und Thomas Händel begrüßen Kanzlerin Merkel im Europäischen Parlament. Foto: GUE/NGL

Ab dem 1. Mai 2011 gelten für die Menschen aus acht Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und die volle Dienstleistungsfreiheit. Sie ist als Teil der Personenfreizügigkeit eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes der EU neben der Dienstleistungs-, der Waren- und der Kapitalfreiheit. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll in jedem Mitgliedsstaat Arbeit suchen und aufnehmen können. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit aber nur unter einer begrüßenswerten Erweiterung von Freiheits-

rechten zu subsumieren, wäre blauäugig. Wirkliche Freiheitsrechte erfordern einen Schutzrahmen für die Beschäftigten. Dieser wäre gegeben, wenn gleiche Tarif- und Sozialstandards am gleichen Ort für alle ArbeitnehmerInnen gleichermaßen gelten. Davon kann aber keine Rede sein. Bisher rangieren in der EU soziale Grundrechte nachrangig hinter den Wettbewerbs- und Kapitalfreiheiten. Das europäische Arbeitsrecht hat sich lediglich » ... als Annex des Freizügigkeitsrechts und als Instrument zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen entwickelt«. ¹ Obwohl die »Charta

der Grundrechte« mittlerweile zum Vertrag von Lissabon rechtlich gleichrangig ist, steht eine wirkliche Gleichrangigkeit noch in den Sternen. Eine soziale Schutzklausel gegen Lohn- und Sozialdumping wird wohl auch nach der nun im Eiltempo betriebenen Überarbeitung der europäischen Verträge nicht realisiert werden.

Gewinner und Verlierer

Kern der neuen »EU 2020-Strategie« ist weiterhin die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, verschärfte Liberalisierung des EU-Binnenmarkts und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Ein wesentliches Element ist dabei der Kampf um die besten Köpfe – nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb Europas. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit dient in diesem Kontext wohl mehr der bisherigen marktradikalen Strategie.

Gleichzeitig geht es mit einem ausgeprägteren Flexicurity-Konzept auch um die dauerhafte Senkung von Tarif- und Sozialstandards.

»Freiheitsrechte erfordern Schutzrahmen für Beschäftigte – gleiche Tarif- und Sozialstandards am gleichen Ort«

Im noch nicht veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht der EU heißt es dazu unter anderem: »In einigen Mitgliedstaaten haben die Arbeitsschutzvorschriften einen starren Arbeitsmarkt zur Folge und verhindern eine stärkere Beteiligung am Arbeitsmarkt. Derartige Arbeitsschutzvorschriften sollten reformiert werden, um den übermäßigen Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen zu reduzieren und denjenigen, die außerhalb oder am Rand des Arbeitsmarkts stehen, einen gewissen Schutz zu vermitteln.«

Hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit hatten die Regierungen in den letzten Jahren wohl doch Bedenken. Befürchtet wurden »schwere Störungen am Arbeitsmarkt«. Nach der so genannten EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 wurden Übergangsregelungen geschaffen. Sie erlaubten es den »alten« Mitgliedstaaten, die Arbeitnehmer-Freizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit einzuschränken. Davon hat die Bundesrepublik Gebrauch gemacht. Bislang durften ArbeitnehmerInnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn nur mit einer Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit eine Beschäftigung in Deutschland ausüben. Ab dem 1. Mai entfällt das. Für Rumänien und Bulgarien bleibt die Freizügigkeit bis Januar 2014 eingeschränkt.

Die Angst, viele Menschen aus Mittel- und Osteuropa würden

die Arbeitnehmer-Freizügigkeit wegen des Wohlstands- und Lohngefälles nutzen, ist im Vorfeld dieses Termins stark gestiegen.

»Die Entsende-Richtlinie ist ein Flickenteppich«

Mit der Dimension der künftigen Arbeitsmigration beschäftigt sich eine jüngst veröffentlichte Studie des IAB. Das mittlere von drei Szenarien erwartet eine jährliche Migration nach Deutschland von zunächst 101.000 Personen (netto) jährlich mit danach fallender Tendenz.² Zuvor waren durchschnittlich 120.000 Menschen pro Jahr nach Großbritannien und 30.000 Menschen nach Irland gereist, die ihre Arbeitsmärkte unmittelbar nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder geöffnet hatten.³ Möglicherweise könnten wegen der veränderten wirtschaftlichen Situation künftig mehr Menschen in Deutschland Arbeit aufnehmen wollen und weniger in Großbritannien und Irland.⁴

Die IAB-Modelle gehen von einem Gewinn der Einwanderungsländer durch Zuwanderung aus; sie räumen aber ein, dass einzelne Arbeitnehmergruppen dadurch verlieren könnten.⁵ Zu den »Gewinnern« werden Gruppen mit hohem Einkommen und hohen Qualifikationen gerechnet: hier steige die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und diese Gruppen könnten überproportional von Preissenkungen (resultierend aus Lohnsenkungen) für spezifische Güter und Dienstleistungen etwa in der Altenpflege oder im Hotel- und Gaststättengewerbe profitieren. Demgegenüber führe die Zuwanderung Geringqualifizierter mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verlusten für die einheimische Bevölkerung mit niedrigen Einkommen, weil diese stärker mit den Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt konkurrierten.⁶

»Flickenteppich« Entsende-Richtlinie

Bei ArbeitnehmerInnen, die im Rahmen der Freizügigkeit zum Beispiel nach Deutschland kommen, richten sich die Arbeitsbedingungen nach den Tarifverträgen (sofern solche im anheuernden Betrieb gelten), gesetzlichen Regelungen und Arbeitsverträgen hierzulande. Es handelt sich dabei nicht um grenzüberschreitende Tätigkeiten. Die Arbeitsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer richten sich grundsätzlich nach den Regelungen des Herkunftslandes. Eine echte Form der grenzüberschreitenden Tätigkeit ist die Entsendung von Arbeitnehmern. Die Dienstleistungsfreiheit gestattet es Unternehmen, Dienstleistungen in anderen Ländern zu erbringen und hierfür Beschäftigte vorübergehend in diese Länder zu entsenden. Die Arbeitsbedingungen für entsandte Arbeit-

nehmer richten sich grundsätzlich nach den Regelungen des Herkunftslandes. Anlässlich der Situation im Baugewerbe wurde die Europäische Entsende-Richtlinie (RL 96/71/EG) verabschiedet. In Deutschland wurde diese Richtlinie als Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) umgesetzt. Sie sieht eine Reihe von Bedingungen vor, die bei der Entsendung eingehalten werden müssen, wie Mindestlohnsätze und Mindestarbeitsbedingungen wie Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Nicht-Diskriminierung, Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten und Mindestruhezeiten.

»Die Leiharbeitsbranche jubelt, dem Grundsatz Equal Pay entgangen zu sein«

Mindestlohnsätze müssen allerdings durch Tarifverträge oder Rechtsverordnungen im Einsatzland für allgemeinverbindlich erklärt worden sein. In das Entsende-Gesetz wurden das Bauhaupt- und Nebengewerbe, die Gebäudereinigung, Briefdienstleistungen, Sicherheitsdienstleistungen, Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken, Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft, Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst und Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem SGB II und III aufgenommen. Das Entsende-Gesetz enthält auch Regelungen für die Pflegebranche (Alten- und Krankenpflege). Die Richtlinie beziehungsweise das Entsende-Gesetz bergen Probleme: Zum einen gelten sie nicht für alle Branchen. Zum anderen sind die Hürden für die Geltung von Mindestbedingungen relativ hoch: Es muss Tarifverträge geben und diese müssen auf Antrag oder durch Rechtsverordnung allgemeinverbindlich erklärt werden – in Deutschland stößt dies auf hohe und komplizierte Hürden.⁷ Die Entsende-Richtlinie für grenzüberschreitende Arbeitnehmer garantiert damit keine umfassenden Mindestbedingungen, sondern stellt eher einen »Flickenteppich« dar.

Viele Wissenschaftler und Praktiker sehen im Bereich der Dienstleistungen ein viel größeres Problemfeld als in der Arbeitsmigration per Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Für Arbeitgeber stellt die vollständige Gewährung der Dienstleistungs-Freiheit und die lückenhafte Regelung des Entsende-Gesetzes geradezu eine Einladung zum Lohn- und Sozialdumping dar: Statt inländische Arbeitnehmer anzustellen oder Aufträge an einheimische Firmen zu vergeben, ist es lukrativer, Aufträge an mittel- und osteuropäische Firmen zu vergeben, die dann ihre Beschäftigten nach den niedrigen Lohnsätzen ihrer Herkunftsländer bezahlen. Firmen könnten extra zu diesem Zwecke in diesen Ländern gegründet werden. Nach Einschätzung des IAB würden die Zeitarbeitsbranche und generell solche Firmen, die überwie-

gend einheimische Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation einsetzen, betroffen sein. Damit würde die Dienstleistungsfreiheit die Situation im Niedriglohnbereich – und zwar für inländische Arbeitgeber und Arbeitnehmer – gravierend verschärfen.⁸

Nach dem Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat wurden nun Mindestlohnregelungen für die Leiharbeitsbranche, das Wach- und Sicherheitsgewerbe und die Aus- und Weiterbildungsbranche vereinbart. Während die Leiharbeitsbranche jubelt, dem Grundsatz »Equal Pay« entgangen zu sein, ist das Ergebnis für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ein »enttäuschender politischer Kompromiss«.

Weder schafft die Einigung armutsfeste Mindestlöhne, noch schließt sie den »Flickenteppich«, sondern kann weiter als Subventionsprogramm für Dumpinglöhne missbraucht werden. Lediglich 3,6 Mio. bislang besonders gefährdete Arbeitnehmer in Deutschland werden nun leidlich geschützt.

Mindestlohn: Nein – Sozialabbau: Ja

Nicht nur die IG BAU geht von einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit insbesondere in den Staaten aus, die besonders schwer unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben. Die Menschen dort fallen besonders leicht denjenigen zum Opfer, die ihnen tolle Jobs versprechen. Allerdings stünden weniger die Migranten im Fokus, die individuell nach Deutschland kommen, sondern »grenzüberschreitende Geschäftsmodelle«. Die Erfahrung im Baugewerbe in Großbritannien zeigt, dass Mindeststandards dort durch massenhafte Schein-Selbständigkeit unterlaufen werden.⁹

»Ohne gesetzliche Mindestlöhne bleibt der soziale Flickenteppich in Deutschland und Europa erhalten«

In Deutschland hat sich mittlerweile die Forderung nach einem branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt. Lediglich bei der Höhe unterscheiden sich die Forderungen. Große Teile der Wirtschaft lamentieren lautstark über den »Untergang der deutschen Wirtschaft« bei Einführung eines solchen Mindestlohnes. Dem widersprechen die Erfahrungen in 20 von 27 EU-Staaten mit gesetzlichen Mindestlöhnen beziehungsweise in den nordeuropäischen Staaten und Österreich mit strikten tariflichen Regelungen und Kammerregelungen. Selbst die USA verfügen über Mindestlohnregelungen, und in der Schweiz gibt es je nach Branche Mindestlöhne in einer Höhe von circa 2.000

bis 2.800 Euro monatlich – per allgemeinverbindlichen Tarifverträgen. Diese Ökonomien gibt es immer noch.

Ohne eine verbindliche Lohnuntergrenze durch gesetzliche Mindestlöhne bleibt der soziale Flickenteppich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa erhalten.

Im Gegensatz zu den Anstrengungen, die zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Grundfreiheiten in Europa unternommen werden, erscheinen die Maßnahmen zur Durchsetzung eines wirksamen Arbeitnehmerschutzes nicht nur in dieser Hinsicht mehr als mäßig. Zwar formulieren die Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU bis 2020 auch das Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der Erwerbsquote, insbesondere von Frauen und Älteren. Mehr als Rhetorik bleibt aber nicht angesichts des Festhaltens am Flexicurity-Ansatz. »Hauptsache Arbeit – zu welchen Konditionen auch immer«, so Lazlo Andor in einem Hearing zu den Europäischen Beschäftigungsleitlinien 2020. Dazu der Jahreswirtschaftsbericht der EU für 2011 im Teil Beschäftigung: »Gleichzeitig sehen sich viele Mitgliedstaaten dort, wo der Arbeitsmarkt von Rigidität und relativ geringer Fluktuation zur Bewältigung veränderter Nachfragemuster geprägt ist, mit dem Problem unzureichender oder schlecht ausgebildeter Arbeitsmarktübergänge konfrontiert. Die Ursache dafür sind, neben unangemessenen Regelungen für den Kündigungsschutz, rigide Arbeits(zeit)regelungen, d.h. mangelnde interne Flexibilität. Diese Faktoren wirken sich unmittelbar negativ auf die Wirtschaftsaktivität aus, indem sie die effiziente Zuteilung von Arbeitskräfteressourcen behindern. Hindernisse für die geografische Mobilität von Arbeitskräften können das problemlose Funktionieren des Arbeitsmarktes ebenfalls verhindern.« Dazu wird auch die »eingeschränkte Übertragbarkeit von Renten- bzw. Pensions- und sonstigen Sozialleistungsansprüchen« gerechnet. Nun kann die EU lediglich Empfehlungen für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten formulieren. Mit dem »Trick« der »Offenen Methode der Koordinierung« werden aber Verabredungen über einen Gleichschritt der nationalen Politiken getroffen, die dann in den Mitgliedstaaten jeweils getrennt durchgesetzt werden. Grundlage für Mindestlöhne: Nein. Absprache zum Sozialabbau: Ja. Getrennt marschieren, vereint schlagen ist das Handlungsprinzip.

Die EU-Kommission und ihre jeweiligen Dienste liefern dazu die Begleitmusik; das Parlament, mit seinen in wesentlichen Fragen rechten Mehrheiten, leistet dann ein Übriges.

Scheidebatten: Demografie und Facharbeitermangel

Ein klassisches Beispiel aus den letzten Wochen ist die Debatte über die Zukunft der Alterssicherung. Bereits 2009

verkündete die Kommission die angebliche Notwendigkeit zur Erhöhung des Rentenalters – zur Haushaltssanierung. Untermuert wurde dies mit einem Grünbuch im August 2010. Unter den Stichworten »demographischer Wandel« und »Bewältigung der Krisenfolgen« sollen nach dem vom Europäischen Parlament am 16.2.2011 zugestimmten Bericht über die Renten- und Pensionssysteme Arbeitnehmer künftig länger arbeiten und betrieblich und privat selbst für die Rente vorsorgen. Der erste Vorstoß der »offenen Koordination« liegt schon auf dem Tisch: In Dänemark will die konservative Regierung ein Renteneintrittsalter mit 71 Jahren durchsetzen.

Die möglichst lange und intensive Nutzung von (bereits qualifizierten) Menschen bekommt nun auf europäischer Ebene mit dem »Schreckgespenst« eines künftigen Fachkräftemangels zusätzliche Dynamik. Dazu legte die Kommission zwei neue Richtlinien-Entwürfe vor, die den Aufenthalt und die Arbeitserlaubnis von Saisonarbeitnehmerinnen und -arbeitern und konzerninterner Leihe aus Drittstaaten (Nicht-EU-Mitgliedstaaten) regeln sollen. Beide Entwürfe sehen vor, dass Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen gelten, die in dem Mitgliedstaat gesetzlich durch Rechtsvorschriften und /oder allgemeinverbindliche Tarifverträge garantiert sind. Nur wenn es ein solches System nicht gibt, können sich die Mitgliedstaaten an den in der jeweiligen Branche üblichen Tarifverträgen orientieren. Hier treten die bereits beschriebenen Probleme zur Entsende-Richtlinie wieder auf: Sollten die Richtlinien so umgesetzt werden, werden die betroffenen Arbeitnehmer in Deutschland wieder nur in einzelnen Branchen vergleichbare Mindestlöhne bekommen. Sofern kein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag existiert, ist zu befürchten, dass gar die Tarifkonditionen des »EU-Erstbeschäftigungslandes« gelten. Arbeitet dann ein Entwickler aus Indien zu estnischen Löhnen in den Entwicklungszentralen von Siemens und Bosch?

»EU-Mindestlöhne durchsetzen: 60% des nationalen Durchschnittsverdienstes wären eine gute Messlatte«

Hat der Betriebsrat dann noch ein Mitbestimmungsrecht? Integration sieht anders aus!

Bei aller Kritik geht es nicht darum, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus andern EU-Ländern oder Drittstaaten fern zu halten, sondern um anständige Arbeitsbedingungen für alle und gute soziale Absicherung. Wettbewerbsvorteile einzig zu Lasten der Beschäftigten in Form von Arbeitsplatz-Konkurrenz, Lohn- und Sozialdumping, Ausländerfeindlichkeit und Abschottungstendenzen wären die krasse Folge. Wie nicht nur in Ungarn bereits zu besichtigen.

Druck von links

Dringend notwendig ist mehr politischer Druck von links – insbesondere aus Deutschland –, um ein soziales Europa durchzusetzen. Doch meist kommt die Auseinandersetzung mit der europäischen Politik über »Europa-Bashing« kaum hinaus. Auch Linke neigen oft zu einer Rhetorik nach dem Motto: alles Schlechte kommt aus Brüssel. Vergessen wird dabei das Votum vieler Arbeitsrechtler. Nach ihrer Überzeugung wären wir in Deutschland in der Substanz von Arbeits- und Sozialrechten längst erheblich schlechter gestellt, gäbe es europäische Richtlinien und – in einigen Fragen – auch den EuGH nicht.

»Die Arbeitsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer richten sich nach den Regelungen des Herkunftslandes«

Aktuellstes Beispiel: In Sachen Leiharbeit ist Deutschland die »Wildsau« unter allen europäischen Nationen. Ziel muss die Durchsetzung von »gleichem Lohn für gleiche Arbeit«, die Abschaffung der Aufweichung durch »gelbe« Tarifverträge für Leiharbeitnehmer, die Verhinderung von Scheinselbstständigkeit und des Ausweichens auf Werkverträge in Deutschland sein. Dringend nötig sind die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns und die generelle Anwendung von günstigeren Tarifverträgen in allen Branchen. Im Europäischen Parlament konnten wir vereinzelt die Forderung für ein europäisches Mindestlohniveau durchsetzen. 60 Prozent des nationalen Durchschnittsverdienstes wären eine gute Messlatte. Ein Tariftrueugesetz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist längst überfällig. Die bevorstehende Überarbeitung der europäischen Entsende-Richtlinie muss wieder Mindestbedingungen definieren. Die Einführung einer »Sozialen Fortschrittsklausel« in die Europäischen Ver-

träge, wie sie der Europäische Gewerkschaftsbund zur Sicherung von sozialen Rechten vor den wirtschaftlichen Freiheiten fordert, wäre eine gute europäische Hauptforderung der deutschen gesellschaftlichen Linken.

Von alleine wird sich nichts zum Besseren wenden. Die Mehrheit der Regierungen in Europa steht rechts. Im Europäischen Parlament haben Konservative, Liberale, Ultra-Konservative, Nicht-Fraktionsgebundene und Faschisten im Zweifel eine stabile Mehrheit. Nur selten und mit großen Anstrengungen gelingt es, eine »linke« Mehrheit zu organisieren. Eine Verteidigung der zweifellos noch rudimentär vorhandenen sozialen Substanz Europas erreichen wir kurzfristig nur mit einer breiten Unterstützung und Druck von Gewerkschaften und außerparlamentarischer Opposition.

Ein Europa mit guter Arbeit, von der man eigenständig leben kann, qualifizierten Arbeitsplätzen, Arbeit, die die Gesundheit erhält, mit Löhnen, die mehr sind als die bloße Existenzsicherung, mit guter sozialer Sicherung und dem Schutz und der Sicherung von kollektiven sozialen Rechten ist mittelfristig nur mit anderen Mehrheiten in den Mitgliedstaaten und im Europäischen Parlament erreichbar.

»Entwickler aus Indien zu estnischen Löhnen bei Siemens? Integration sieht anders aus!«

Zuerst erschienen in der Zeitschrift Sozialismus, Ausgabe 3/2011

Literatur

¹ Fuchs, Maximilian/Marhold, Franz: Europäisches Arbeitsrecht, 3. Auflage, Wien 2010.

² Baas, Timo, Mehr oder minder. Wer kommt nach Öffnung der Arbeitsmärkte, in: IAB-Forum 2/2010, S. 13.

³ Ebenda, S. 14.

⁴ Ebenda, S. 14ff.

⁵ Brückner, Herbert, Brain Gain oder Brain Drain, Deutschland und Europa fallen im Wettbewerb um die besten Köpfe zurück, in: IAB-Forum 2/2010, S. 4.

⁶ Ebenda, S. 7f.

⁷ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Verzeichnis der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/arbeitsrecht-verzeichnis-allgemeinverbindlicher-tarifvertraege.pdf?__blob=publicationFile

⁸ Möller, Joachim, Standpunkt: Mindestlohn muss die Dienstleistungsfreiheit in der EU absichern, in: IAB-Forum 2/2010, S. 24ff.

⁹ Doelfs, Guntram, Gefährliche Grauzone, Interview mit Frank Schmitt-Hullmann, Leiter der Abteilung Internationales bei der IG Bau, in: Mitbestimmung 12/2010, S. 24ff.

Wiederaufbau Europas: Für einen Sozialpakt der EU – statt Austerität, Armut und Arbeitslosigkeit

Gabi Zimmer über linke Alternativen zu Austerität und Armut: Für eine EU der sozialen Standards und öffentlichen Dienstleistungen als Voraussetzung für Demokratie



Für ein Europa der Beschäftigten! Gabi Zimmer spricht auf einer Demonstration der Europäischen Gewerkschaft der Transportarbeiter. Foto: GUE/NGL

Wir schreiben das Jahr fünf der Krise. Armut steigt europaweit und die EU rutscht in eine schwere Rezession. Ein Gipfeltreffen der Regierenden im Europäischen Rat folgt auf den anderen, ohne die Krise zu lösen. Als einziges Lösungsmittel hat die Merkel-Regierung mit Unterstützung einiger reicher Länder eine einseitige Sparpolitik durchgesetzt, die sich inzwischen als katastrophal erweist.

Die Sparpolitik soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der krisengeschüttelten Länder verbessern. Drastische Kürzung von öffentlichen Ausgaben, die Liberalisierung und

Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen und die »Schuldenbremse« für nationale Haushalte bilden den Kern. Agenda 2010 und Hartz IV-Gesetze dienen als Vorbild für Reformen der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme. In Deutschland haben diese sogenannten Reformen zur wachsenden Spaltung der Gesellschaft geführt. Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konnten die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung ihren Anteil am Privatvermögen in zehn Jahren von 43 Prozent auf 53 Prozent erhöhen. Die ärmsten fünfzig Prozent müs-

sen einen Verlust ihres Anteils von vorher drei auf ein Prozent ertragen. Das Armutsrisiko ist auf 15,6 Prozent gestiegen. Der gewachsene Reichtum ist offensichtlich nicht von oben nach unten durchgesickert, wie von Neoliberalen versprochen. Die sinkende Arbeitslosigkeit beruht hauptsächlich auf der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dem Ausbau des Niedriglohnssektors. Heute müssen etwa 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Erwerbseinkommen mit staatlichen Zuschüssen aufstocken. Altersarmut ist vorprogrammiert, da die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung nicht ausreichen. Auch für Hartz-IV-Empfänger ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Steigende Energiepreise setzen Menschen mit geringem Einkommen zusätzlich unter Druck. Die Heizung bleibt im Winter kalt, um Geld zu sparen. Energiearmut betrifft besonders Menschen, die nicht direkt auf Sozialleistungen angewiesen sind, sondern gerade so über der Armutsrisikogrenze leben. Frauen und Kinder sind wieder die Hauptleidtragenden. Und dieses »deutsche Modell« dient jetzt als Vorbild in der EU.

Griechenland ist das bekannteste Opfer der Spekulationen gegen den Euro und der diktierten irrationalen Sparpolitik. Die Hilfszahlungen aus den Rettungsschirmen sind an strikte Sparprogramme gebunden, die von der Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF überwacht werden. »Gerettete« Länder verpflichten sich, öffentliche Ausgaben drastisch zu reduzieren. Staatliche Betriebe müssen veräußert und öffentliche Dienstleistungen liberalisiert werden. Dieses Konzept ist einseitig auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft ausgelegt, womit die Zerstörung von Arbeitnehmerrechten gemeint ist. Ohne die Erfüllung dieser Auflagen bekommt Griechenland keine Hilfsleistungen. An diesen Geldern verdienen Länder wie Deutschland noch durch die geforderten Zinszahlungen. Die Sparpolitik führt in der griechischen Gesellschaft zu unerträglichen Verwerfungen. Direkt vor Beginn der Krise, im Jahr 2008, hatte Griechenland eine Arbeitslosenrate von 7,7 Prozent.

»Öffentliche Dienstleistungen sind eine Grundfrage für die Zukunft der Demokratie«

Diese Zahl ist auf ca. 21 Prozent gestiegen, eine Verdreifachung innerhalb von vier Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht circa 54 Prozent. Mittlerweile sind 21,4 Prozent der Bevölkerung nach Erhalt von Sozialtransfers vom Armutsrisiko bedroht, sogar 23,7 Prozent der unter 18-Jährigen. Trotzdem müssen öffentliche Ausgaben wie Rentenzahlungen,

Arbeitslosenversicherung und Sozialschutz rücksichtslos reduziert werden. Seit 2011 sind etwa 68.000 Klein- und mittelständische Unternehmen pleitegegangen, mit massiven Entlassungen als Folge. Die Troika fordert zusätzlich, bis zu 150.000 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen. Immer mehr Bedürftige müssen aus einem kleiner werdenden Topf versorgt werden, so dass Armut und Hoffnungslosigkeit um sich greifen. Die Selbstmordrate hat sich seit Krisenbeginn vervielfacht. Da wundert es kaum, dass die faschistische Partei »Goldene Morgenröte«, die von der Zukunftsangst und der als Demütigung empfundenen Politik der EU-Länder profitiert, von den Bürgerinnen und Bürgern derzeit zur drittstärksten Partei gewählt werden würde.

Das Gesundheitssystem steht nach radikalen Kürzungen vor dem Kollaps und Investitionen in öffentliche Bildung werden auf ein Minimum zurückgefahren. Unglaublich, aber Krebskranke mussten für dringende Behandlungen demonstrieren. Arbeitslose verlieren ihren Krankenversicherungsschutz. Es gab den Fall, dass eine Schwangere 15 Tage warten musste, bis sie einen Arzt fand, der ihr ohne Krankenversicherung einen abgestorbenen Fötus aus ihrem Körper entfernte. Solche Horrorgeschichten gehören inzwischen zum griechischen Alltag. Nur wer über ausreichend Privatvermögen verfügt, kann sich Gesundheit und Bildung noch leisten. Die Mittelschicht bricht langsam weg und der gesellschaftliche Zusammenhalt zerfällt.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich in Spanien und Portugal beobachten, die ebenso in einer tiefen Rezession stecken. In Spanien übersteigen die Arbeitslosigkeit und das Armutsrisiko sogar die griechischen Verhältnisse. In Portugal wurden seit der Inanspruchnahme des Rettungsschirms etwa 237.000 Jobs zerstört. Trotz dieser bedenklichen Entwicklungen, darf für notwendige Investitionen in Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme kaum Geld aufgebracht werden. Die dogmatisch angewandte neoliberale Umstrukturierung wird nicht in Frage gestellt, obwohl die betroffenen Staaten in einem Teufelskreis aus Rezession und steigenden Schulden versinken. Um noch einen darauf zu setzen, diskutieren die Regierungen jetzt über drastische Kürzung des EU-Haushalts.

Betroffen wären vor allem die Sozial-, Struktur- und Kohäsionsfonds, mit denen sozialer Zusammenhalt in der EU gefördert wird. Ein Europa der Solidarität wird zum Europa der Austerität. Deshalb brauchen wir einen Sozialpakt für Europa. Armut in all ihren Formen nimmt europaweit zu. Gute Arbeit und europaweit Mindestlöhne sind wichtig zur Beseitigung von Armut, wie auch Mindesteinkommen. Armut muss aber auf mehreren Ebenen bekämpft werden. Sozialleistungen müssen armutsfest und sanktionsfrei sein, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Ohne europaweite Mindeststandards in der Beschäftigungs-, Sozial- und Umwelt-

politik werden sich die Mitgliedstaaten gegenseitig unterbieten, zu Lasten der Unter- und Mittelschichten.

Mit »Wettbewerbsfähigkeit« ist die Zerstörung von Arbeitnehmerrechten gemeint

Öffentliche Dienstleistungen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind nicht nur für die Bedürftigsten grundlegend, sondern eine Grundfrage für die Zukunft der Demokratie. Wenn wir die »Vererbung« von Armut verhindern wollen, müssen Kindern beste Startchancen gegeben werden, um ihre Stärken zu entfalten – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Öffentliche Investitionen in sozial gerechte und nachhaltige Entwicklungen sind in Krisenzeiten wichtiger denn je. Das Öffentliche muss wieder zurück ins Zentrum unserer Gesellschaft. Geld wäre genug vorhanden, es muss nur besser »umfairteilt« werden. Eine Finanztransaktionssteuer wäre ein erster Schritt, um die Banken und Finanzspekulanten als Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Die Linke lehnt auch eine »EU-Agenda 2010« entschieden ab. Merkel zwingt dieses Konzept EU-Ländern in schwerer Rezession auf, was einer wirtschaftspolitischen Geisterfahrt gleicht, die selbst im eigenen Lager kritisiert wird. Als Delegation Die Linke im Europaparlament stellen wir uns gegen die Mystifizierung der Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise und gegen die Stigmatisierung der »faulen« Griechen. Es ist unsere Aufgabe, Menschen über solche Vorurteile aufzuklären und Solidarität mit den notleidenden Ländern im Süden und in Osteuropa zu organisieren. Zuerst erschienen in europaROT, Ausgabe Dezember 2012

III # Menschen und Regionen fördern ! Ein EU-Haushalt für Wachstum und Wohlstand

It's the Haushalt, stupid! Eine linke Einführung zum EU-Haushalt 2014 bis 2020

Jürgen Klute über das neuerliche Tauziehen um das EU-Budget nach 2013



Jürgen Klute setzt sich für die Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei ein. Foto: Klute

Die Nachricht, dass die griechische Regierung die Investment-Banker von Goldman Sachs über Jahre teuer bezahlte, um öffentliche Defizite zu vertuschen, war einer dieser Funken, die einen Flächenbrand an den Anleihemärkten auslösten. Anstelle einer klaren Antwort auf die Frage, was ihnen das finanzielle Überleben ihrer schwächsten Mitglieder wert ist, liefern die Staatenlenker und Finanzminister der Eurozone der Öffentlichkeit seitdem ein unwürdiges Pokerspiel ums Geld. Das Zaudern der stolzen Geberländer ist die Eurozone teuer zu stehen gekommen.

Spätestens im Herbst dieses Jahres steht der EU erneut ein Tauziehen ums Geld bevor. Einiges wird uns aus dem unwürdigen Spiel um die Krise bekannt vorkommen. Wieder sind es die Regierungen in Berlin, Amsterdam und Helsinki, die ihre Pfründe verteidigen wollen. Doch dieses Mal geht es nicht um die Bereitschaft der Regierungen, mehr oder weniger schnell und entschieden Hilfspakete für ihre Nachbarländer oder kriselnde Finanzinstitute zu schnüren. Dieses Mal geht es um nicht mehr oder weniger als um die Finanzierung des europäischen Projektes als Ganzes. Bis Ende des Jahres muss über die Zukunft des EU-Haushaltes entschieden werden,

genauer gesagt, über den neuen von 2014 bis 2020 geltenden Finanzrahmen der Europäischen Union. Doch wovon reden wir eigentlich genau wenn wir über den Haushalt der europäischen Gemeinschaft reden?

Der EU-Haushalt unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von Budgets, die auf nationaler oder kommunaler Ebene erstellt werden. Stichwort Einnahmen: Um ihre Programme und Politiken durchzuführen, sind die EU-Institutionen auf Zuwendungen der Mitgliedsländer angewiesen. Drei Viertel aller Finanzmittel des EU-Haushalts werden aus den nationalen Hauptstädten überwiesen. Ein weiteres Viertel nimmt die EU-Kommission eigenständig ein: Dabei handelt es sich um Zölle, Einkommenssteuern der EU-Beschäftigten, einen Anteil der Mehrwertsteuer sowie um Strafzahlungen von Unternehmen, die gegen die Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes verstoßen haben, etwa durch die Bildung eines Kartells. Der geringe Anteil eigenständiger Einnahmen macht die Europäische Union immer wieder zum Spielball egoistisch-nationalistischer Ränkespiele. Journalisten und Finanzminister rechnen auf, welche Länder stärker von EU-Programmen profitieren als das eigene Land, wer zum Club der Netto-Zahler und wer zur Gruppe der Netto-Empfänger zählt. Apropos Empfänger: Wofür werden die Mittel des EU-Haushalts verwendet?

Mit einem Drittel aller Gelder werden Betriebe in der europäischen Landwirtschaft und Fischerei gefördert. Der Hintergrund ist recht simpel: Die Europäisierung der Agrarpolitik wurde bereits vor mehr als fünfzig Jahren begonnen und ist heute so weit fortgeschritten, wie kaum ein anderer Politikbereich. Zu den kleineren Posten im EU-Haushalt gehören dagegen die Bereiche Justiz und Innere Sicherheit (derzeit ein Prozent aller Ausgaben), Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit (sechs Prozent) sowie Verwaltungskosten, Ausgaben für Gehälter und Gebäude aller EU-Institutionen (sechs Prozent) mit inbegriffen.

»36 Prozent des EU-Haushaltes fließen in Regionen mit besonders großem Aufholbedarf«

Ein weiterer Löwenanteil des EU-Budgets fließt in Programme, die Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sollen. Forschungsprojekte und andere Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft sind der EU derzeit neun Prozent aller Ausgaben wert. Weitere 36 Prozent des EU-Haushaltes fließen in Regionen, die einen besonders großen Aufholbedarf haben, um Anschluss an die Wohlstandsentwicklung der stärkeren Regionen Europas zu finden.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Verhandlungen über den

europäischen Gemeinschaftshaushalt Stoff für Eifersüchteleien und Machtspielchen bieten. Weil auf EU-Ebene aber Projekte gestemmt werden, die innerhalb eines Haushaltsjahres nicht durchzuführen sind – angefangen vom Ausbau europäischer Eisenbahnverbindungen bis zur Erforschung neuer Technologien – sollen mehrjährige Haushaltsrahmen Planungssicherheit bieten. Doch über ein vernünftiges Maß an Planungssicherheit hinaus zwingen die geltenden Regeln des Haushaltes die EU-Institutionen in ein starres und irrationales Korsett, das der Baustelle Europa so gar nicht gerecht wird!

Ein Blick zurück genügt, um dies zu verdeutlichen: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf 27 beinahe verdoppelt. Im Sommer dieses Jahres begrüßt die Union mit Kroatien bereits das 28. Mitgliedsland. Die Mehrheit der Neumitglieder ist auf die finanzielle Solidarität ihrer Partner angewiesen, um im Wettbewerb des Binnenmarktes nicht unterzugehen. Damit nicht genug der Neuerungen: 2009 – mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags – wurde mit dem kompletten Neuaufbau eines gemeinsamen diplomatischen Dienstes begonnen. Seit 2011 sollen drei neue Aufsichtsbehörden alle in der Union ansässigen Banken, Versicherungen und Börsen überwachen, um den Ausbruch neuer Finanzkrisen zu verhindern. Und nicht zuletzt sollen die Beamten der EU-Kommission neuerdings die Haushalts- und Wirtschaftspolitiken im Euroraum koordinieren und über empfindliche Strafzahlungen bei Verstößen gegen die neuen Regeln der finanzpolitischen Steuerung entscheiden.

Wie viele Mittel die Gemeinschaftsinstitutionen zur Bewältigung dieser Aufgaben im Jahr 2013 verwenden dürfen, wurde 2006 beschlossen, als selbst größte Pessimisten die Verwerfungen der aktuellen Krise nicht voraussehen wagten. Trotz der Unwägbarkeiten einer hoch komplexen und denkbar ausdifferenzierten Gemeinschaft maßen sich die europäischen Regierungschefs an, für jedes einzelne Haushaltsjahr detaillierte Ausgabengrenzen festzulegen, an denen selbst sieben Jahre später nicht gerüttelt werden darf.

Wird in einem Jahr weniger Geld zur Förderung der Landwirtschaft benötigt, dürfen die Mittel weder für das Folgejahr zurückgestellt werden, noch in eine andere Haushaltssäule – beispielsweise für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit – verschoben werden. Jeder Cent, der am Ende eines Haushaltsjahres nicht wie geplant ausgegeben wurde, fließt zurück in die Töpfe der Geberländer. Ohne jede Chance, Rücklagen aufzubauen, wird bereits eine einfache, nicht eingeplante Gebäuderenovierung zur Herkulesaufgabe.

Damit nicht genug: Während jede Kommune zur Finanzierung unvorhergesehener Ausgaben einen Kredit aufnehmen kann, verbieten die EU-Verträge jegliche Form der Schulden-

aufnahme durch die Gemeinschaftsinstitutionen. Das Verbot wird alles andere als leichtfertig gehandhabt: Jedes Konto jeder EU-Institution muss am Ende eines Geschäftstages mit mindestens einem Euro gedeckt sein.

»Neumitglieder sind auf finanzielle Solidarität angewiesen, um im Binnenmarkt nicht unterzugehen«

So schwierig die Logik hinter den beschriebenen Regeln nachzuvollziehen sein mag – die Folgen eines zu dürrig ausgestatteten und zu starren Finanzrahmens sind recht simpel. Nicht anders als ein unterbezahlter Minijobber oder eine alleinerziehende Erwerbslose muss auch die EU-Kommission fällige Zahlungen regelmäßig aufschieben bis die Mitgliedsländer Gelder nachgeschossen haben. Landwirte, Forschungsprojekte, Beamte, Geschäftspartner, Entwicklungshilfeprojekte und Studenten im Auslandssemester warten dann auf Zuwendungen, die »Europa« ihnen vertraglich zugesichert hatte. Seit 2010 schiebt die EU so nun bereits Rechnungen von einem Jahr ins nächste. Jahr um Jahr werden aus den Hauptstädten Notgroschen in Form von Nachtragshaushalten nachgeschossen, doch noch jedes Jahr mussten erhebliche Milliardenrückstände mit ins neue Haushaltsjahr verschoben werden. Im vergangenen Jahr war die Union bereits Ende Oktober so gut wie zahlungsunfähig. Dieses Jahr wird das Pokerspiel um die Zukunft der EU wohl auf die Spitze getrieben. Nach dem geltenden Angebot der Regierungschefs, das das EU-Parlament im März zurückgewiesen hat, soll bei der Finanzierung der Union alles beim Alten bleiben. Lediglich ein wenig sparen soll Brüssel. Die »magische Grenze« von einem Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung als Gesamtvolumen des EU-Haushalts müsse in jedem Fall unterschritten werden, wiederholt Merkel unablässig. Das Vorbild für das Europa im Jahr 2020 ist das Europa im Jahr 2000. Sollte die Kanzlerin es nicht schaffen, die Zeit für die kommenden sieben Jahre anzuhalten, wird daraus ein gewagter Plan!

Investieren oder verlieren: Die Bedeutung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Zukunft der EU

Cornelia Ernst über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2014 bis 2020, den Versuch der nationalen Regierungen, einen Defizithaushalt durchzusetzen und den Widerstand von Linken und Teilen des Europäischen Parlamentes dagegen



Solidarischer Haushalt statt nationale Egoismen! Cornelia Ernst in der Plenardebatte. Foto: GUE/NGL

Ich erinnere mich daran, wie unsere portugiesischen GenossInnen von Bloco de Esquerda und der PCP in der Fraktions-sitzung erzählten, dass alle portugiesischen Europaabgeordneten vom Ministerpräsidenten einbestellt wurden, um ihr Abstimmungsverhalten zu beeinflussen. Italienische Europaabgeordnete berichteten von Erpressung und Drohungen, bei Ablehnung des Mehrjährigen Budgets nicht wieder auf-

gestellt zu werden. Britische Abgeordnete, die Skepsis äußerten, wurden in den lokalen Medien zerrissen. In fast allen Mitgliedsstaaten »entdeckten« die Regierungen »ihre« Europaabgeordneten – Merkel schrieb in einem internen Papier, dies sei alles gar kein Problem und die Europaabgeordneten würden schon in die richtige Richtung »umfallen«. Sogar das kleine Sachsen zog mit. Ich erhielt einen Brief des

Ministerpräsidenten, der mich ob meines Engagements für Sachsen hoch lobte und dann aufforderte, dem Mehrjährigen Finanzrahmen zuzustimmen. Der Sächsische Justizminister lud uns in Brüssel zu einem Arbeitsfrühstück ein und erklärte danach, wir würden seine Position zum Budget teilen. Dies brachte ihm selbstverständlich parteiübergreifend unsere öffentliche Schelte ein.

Warum dieser Druck von Seiten der Regierungen auf die Europaabgeordneten?

»Der Rat will Kürzungen um jeden Preis – trotz EU-Beitritts Kroatiens, Arbeitslosigkeit, Armut und schrumpfender Wirtschaft«

Es ging darum, die notwendige Zustimmung der Europaabgeordneten zum zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zu erhalten, der von den Staats- und Regierungschefs am 8. Februar 2013 vorgelegt wurde.¹ Der aktuelle Finanzrahmen 2007-2013 umfasst circa eine Billion Euro, davon entfällt auf die europäische Fördermittelpolitik ca. ein Drittel (347 Mrd. Euro)².

Diesen Mehrjährigen Finanzrahmen wenigstens im ersten Gang abzulehnen war ein »Akt der Selbststachtung des Parlaments«. Denn der Haushaltsvorschlag des Europäischen Rates, der sämtliche Forderungen des Parlamentes in den Wind geblasen hatte³, und jenseits jeder fiskalischen Seriosität angesiedelt ist, ist ein Angriff auf die ohnehin schon schwachbrüstige Demokratie auf europäischer Ebene.

Dem Parlament, das nicht die volle Hoheit über das Mehrjahres-Budget hat, wurde ein Vorschlag serviert, der die Handschrift von Merkel und Cameron trägt. Es wurden Kürzungen um jeden Preis vorgeschlagen – trotz der EU-Erweiterung durch Kroatien im Juli 2013 und trotz der alarmierend hohen Arbeitslosigkeit und Armut sowie der schrumpfenden Wirtschaft⁴ in der Europäischen Union. Der Mehrjährige Finanzrahmen, so wie vom Europäischen Rat vorgeschlagen, würde erstmalig in der Geschichte der EU eine Kürzung des Gesamthaushaltes darstellen. Nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs würden dann auch circa 30 Mrd. Euro weniger für die europäische Fördermittelpolitik eingeplant. Das entspricht einer Kürzung von 8,4 Prozent in diesem Bereich. Das ist natürlich angesichts der herrschenden Wirtschaftskrise eine Katastrophe, denn die Regionen brauchen nun die europäischen Fördermittel mehr denn je, für Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen, den Aufbau von Infrastruktur und Weiterbildungsmaßnahmen.

Und so zeigte am 13. März 2013 das Europäische Parlament, dass es kein »Durchwinkparlament« ist und lehnte den vorgeschlagenen Mehrjährigen Finanzrahmen mit großer Mehrheit ab. Es betonte in seiner Resolution⁵ seine Bereitschaft, umfassende Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen und einen Mehrjährigen Finanzrahmen zu verabschieden, mit dem Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden können. Damit stand das Parlament unter medialem Dauerbeschuss, weil bereits in allen Mitgliedstaaten die Programme für die Verwendung der europäischen Fördergelder geschrieben werden. Am 1. Januar 2014 beginnt die neue Förderperiode und bis dahin müssen diese Programme unter Dach und Fach sein. Es gab dann Verhandlungen, aber eben keine umfassenden. Im Herbst schließlich kam der Haushalt mit wenigen Veränderungen unter Dach und Fach. Das Parlament gab mehrheitlich nach und der Rat setzte sich im zweiten Gang doch noch durch.

»Von 2007 bis 2013 erhielt Deutschland insgesamt ca. 26,3 Mrd. Euro EU-Fördermittel«

Ich bin stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung im Europäischen Parlament und habe während der vergangenen zwei Jahre an der Reform der europäischen Fördermittelpolitik mitgearbeitet. Für die linke Fraktion GUE/NGL⁶ im Europaparlament stehe ich für eine Fördermittelpolitik, die mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet ist und die auch weiterhin allen Regionen zugute kommt.

Ich erinnere daran, dass in den letzten 20 Jahren besonders die ostdeutschen Bundesländer stark von den EU-Fördermitteln profitiert haben. Viele Projekte und Maßnahmen wie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die Förderung von Innovation und Forschung & Entwicklung, Infrastrukturmaßnahmen, Schutz und Verbesserung der Umwelt, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Projekte zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, Migrantenprojekte und so weiter wären so nicht möglich gewesen. Seit 1991 unterstützt die EU im Rahmen ihrer Strukturförderung den Aufbau in Ostdeutschland. Die Mittel aus den europäischen Fonds werden durch Mittel und Programme des Bundes und der Länder ergänzt (die sogenannte Kofinanzierung). Von 2007 bis 2013 erhält Deutschland insgesamt circa 26,3 Mrd. Euro. Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind bis Ende 2013 in der höchsten Förderkategorie eingeordnet und erhalten mit rund 15,5 Mrd. Euro den größten Teil der auf Deutschland entfallenden Strukturfondsmittel.

Das Tauziehen, das sich aufgrund des Mehrjährigen Finanzrahmens zwischen den Staats- und Regierungschefs auf der einen Seite und dem Europäischen Parlament auf der anderen Seite abspielte, zeigt auch, wie reiche gegen arme Mitgliedstaaten in Stellung gebracht werden. Eine Gruppe reicherer Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande und Schweden) setzt sich dafür ein, dass die Regionen in den Mitgliedstaaten keine oder weniger Fördergelder erhalten sollen, wenn der entsprechende Mitgliedstaat die europäischen Verschuldungsgrenzen⁷ nicht einhält. Dieser Bestrafungsmechanismus⁸ soll sozusagen automatisch einsetzen und kann im konkreten Einzelfall im Rat der EU nur mit einer qualifizierten Mehrheit verhindert werden. Hier wird das Prinzip der Solidarität, das Bestandteil der Kohäsions- und Fördermittelpolitik ist, aufgegeben, und die Grundidee der Fördermittelpolitik, – nämlich der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt – wird konterkariert.

»Regionalförderung darf nicht an makroökonomische Bedingungen gebunden werden«

In den verschiedenen Verhandlungsrunden im Regionalausschuss und mit dem Rat der EU und der Europäischen Kommission haben wir dies immer wieder kritisiert und darauf hingewiesen, dass die Fördermittel- und Kohäsionspolitik für die Menschen da sein und sich an den Entwicklungsbedürfnissen der Regionen orientieren muss. Die Fördermittelpolitik ist eben KEIN Mittel zur Erfüllung der rein wettbewerbsorientierten Europa 2020-Strategie⁹, sondern ein eigenständiger Politikbereich mit einer eigenständigen Berechtigung. Dies spiegelt sich auch im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union wider: Artikel 174 schreibt ganz klar vor, dass die Union eine Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts verfolgt und eine harmonische Entwicklung der Union fördern soll. Insbesondere sei es das Ziel der Union, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern. Und nun sollten wir den Vertragstext beim Wort nehmen und die europäische Fördermittelpolitik erhalten und ausbauen, und nicht plündern und für andere Zwecke missbrauchen.

Diese Diskussion ist eng mit der Frage verbunden, wohin sich die EU künftig bewegen soll und welche Art der europäischen Integration wir wollen. Die EU ist kein linkes Projekt, sowenig wie die Bundesrepublik selbst als solches gegründet wurde. Die Zukunft der EU wird wesentlich davon abhän-

gen, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger ihr noch eine Perspektive zusprechen. Merkel und Consorten haben die EU längst zum Spielball ihrer nationalen Interessen gemacht. Dabei dürfen wir nicht zusehen und müssen eine Strategie für eine »europäische Integration von unten« entgegensetzen. Dazu gehört, für eine Fördermittelpolitik zu streiten, die mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet ist, und die ihren Fokus vor allen Dingen auf die ärmsten Mitgliedstaaten in der EU richtet. Beispielsweise haben Bulgarien und Rumänien ein Bruttoinlandsprodukt, das nur circa 30 Prozent des durchschnittlichen EU-Bruttoinlandsprodukts beträgt. 24 Prozent der Menschen in der EU sind von Armut bedroht. Das betrifft über 120 Millionen Menschen, 27 Prozent davon Kinder. 20 Prozent der über-65-Jährigen und neun Prozent der Menschen, die Arbeit haben, gehören ebenfalls zu dieser Gruppe. Fast neun Prozent aller Menschen in der EU leiden unter starkem materiellem Mangel: das heißt, sie verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um eine Waschmaschine, ein Auto, ein Telefon zu bezahlen geschweige denn die Wohnung angemessen zu beheizen.¹⁰ Armutsbekämpfung ist zu einer der größten Herausforderungen der EU seit ihrem Bestehen geworden. Wenn unter solchen Voraussetzungen ein Mehrjähriger Finanzrahmen vorgeschlagen wird, der Kürzungen bis zu 8,4 Prozent für die Fördermittelpolitik vorsieht, riskiert man die Ausweitung sozialer Verwerfungen in den ärmsten Ländern.

»Weniger Bürokratie bedeutet schneller, einfacher und nachvollziehbarer EU-Mittel nutzen zu können«

Wir haben als LINKE. frühzeitig ein eigenes Standpunktpaper zur Fördermittel- und Kohäsionspolitik entwickelt. Die Knackpunkte sind:

1. Wir verlangen die Beendigung der Sparpolitik und eine Neuausrichtung der europäischen Politik auf sozialen Fortschritt, nachhaltige Entwicklung, ökologisch, ökonomisch und partizipativ.
2. Wir wollen Benachteiligungen und Disparitäten in den Regionen abbauen – die Mittel müssen für nachhaltige Infrastruktur und aktive Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Alle Regionen sollen auch künftig partizipieren, aber der Schwerpunkt der Förderung muss bei den armen und ärmsten Regionen liegen. Wir haben immer die Position der Mehrheit des Europäischen Parlamentes verteidigt, dass die Mittel im Mehrjährigen Finanzrahmen aufgestockt werden müssen, wenn der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der EU gestärkt werden soll. Dafür braucht die EU auch eigene Einnahmequellen, die sich nicht wie bisher am Brut-

tionaleinkommen der Mitgliedstaaten orientieren, sondern ein eigenes, reformiertes Einkommensverfahren für die EU darstellen.¹¹ Gekürzt werden müssen die Ausgaben für militärische Vorhaben und die boomende Sicherheitsindustrie.

3. Die EU braucht eine umfassende Armutsbekämpfungsstrategie, die sich finanziell viel stärker in der Fördermittel- und Kohäsionspolitik widerspiegelt. In einigen Mitgliedsstaaten ist Armut flächendeckend. Die Bindung von 20 Prozent der Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Armutsbekämpfung ist daher zwar richtig, aber viel zu gering. Zum Abbau von Disparitäten gehört auch, dass nicht nur das Bruttoinlandsprodukt als Voraussetzung für die Bestimmung der Förderhöhe gilt, sondern auch andere Faktoren, wie die demografische Situation und die Höhe der Arbeitslosigkeit in einer Region. Entscheidend ist, wie die Menschen in einer Region leben. Auch in der Bundesrepublik gibt es sehr arme Regionen, wie zum Beispiel in Ostdeutschland, im Ruhrgebiet, in Nordbayern oder in der Region Lüneburg. Der Abbau von Armut, aber auch von Diskriminierung, von Ausgrenzung und Ungleichstellung kann nur dort erfolgreich sein, wo die Akteure, die Betroffenen und örtlichen Verwaltungen, Sozialpartner und so weiter direkt einbezogen sind. Unsere Vorstellung von künftiger Kohäsionspolitik ist mehr Freiheit in der Entscheidung vor Ort, der Einsatz regionaler Budgets, und mehr regionale Verantwortung.

»Artikel 174 AEUV schreibt eine Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts vor«

4. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, dass Regionalförderung nicht an makroökonomische Bedingungen gebunden werden darf. Dass die Regionalförderung abhängig gemacht werden soll von bestimmten Reformen und vor allem vom Einhalten der europäischen Verschuldungskriterien durch die Mitgliedsstaaten, bricht mit der bisherigen Logik der europäischen Fördermittelpolitik. Die Regionalförderung wird damit in Geiselschaft genommen. Krisenländer, die die regionale Förderung am nötigsten haben, können damit in der EU-Mittelvegabe beschnitten werden. Regionen werden faktisch bestraft. Das ganze Paket von stringenten Vorbedingungen (ex ante Konditionalitäten) und zusätzlichen makroökonomischen Bedingungen (makroökonomische Konditionalitäten) dient dazu, Kosten zu sparen und Druck auf die Innenpolitik der Staaten auszuüben. Eine solche Politik lehnen wir ab, denn Fördermittelpolitik darf kein Mittel der Erpressung sein.

5. Die Struktur- und Regionalförderung muss grundlegend entbürokratisiert werden. Sicherlich bedarf es wirksamer Me-

chanismen, um Missbrauch vorzubeugen und Fehler zu reduzieren, aber ob dem mit einer bürokratischen Aufrüstung beigegeben werden kann, halten wir für fragwürdig. Auch die neue Förderperiode ist mit weiteren Hürden versehen, die letztlich immer politisch wirken, wie die leistungsgebundene Reserve, die den Haushalt in den Regionen und Mitgliedsstaaten verunsichern und als Druckmittel wirksam werden würde. Die neue thematische Konzentration, neue zusätzliche Rechnungslegungen und Verwaltungsansprüche, die kleine Träger kaum bewältigen können, sind letztlich Ausschlussmethoden. Wir haben uns in allen Verhandlungen gegen solche Verfahren und Praktiken ausgesprochen. Weniger Bürokratie bedeutet letztlich schneller, einfacher und nachvollziehbar EU-Mittel nutzen zu können. Das bedeutet auch, dass zum Beispiel marginalisierte Gemeinschaften, kleinere Projekte daran besser teilhaben können. Zugleich fordern wir mehr Flexibilität zwischen den Fonds. Fonds müssen kompatibel sein, die Verwaltungsvorgänge transparent und verständlich und die Wege bis zur Bewilligung zeitlich verträglich. Alle nicht mit der Fördermittelpolitik direkt zusammenhängenden Restriktionen sind abzuschaffen.

6. Kohäsionspolitik muss dem Antidiskriminierungsgrundsatz verpflichtet sein und sich in allen Fonds als Bedingung widerspiegeln. Es geht um Gender Budgeting in allen Fonds, um erleichterte Fördermittelbewilligung für besonders benachteiligte Gemeinschaften, wie Roma oder Migranten. Soziale Inklusion muss Querschnittsaufgabe sein. Das heißt auch, dass Leben mit Behinderung oder Beeinträchtigungen überall berücksichtigt wird.

7. Kohäsionspolitik muss nachhaltige Politik gegenüber unserer Umwelt in Wirtschaft und Gesellschaft sein. Deshalb dürfen diese Mittel nicht für solche Vorhaben zur Verfügung stehen, die diesem Grundsatz nicht verpflichtet sind. Die Agrarförderung muss zwingend ökologischen Erfordernissen standhalten können, die Energiepolitik erneuerbare Energien fördern. Nicht auch, sondern grundsätzlich.

»Regionen brauchen europäische Fördermittel mehr denn je«

Darüber hinaus müssen wir uns im bundesdeutschen Kontext Gedanken machen, worauf wir als Linke bei der künftigen EU-Förderung Wert legen. Es bedarf einer ehrlichen Evaluation und Prüfung dessen, wozu wir künftig EU-Mittel nutzen wollen und können. Der Beitritt sehr armer Mitgliedsstaaten hat den Fokus auf diese Länder hinsichtlich der Förderung verstärkt. Wir unterstützen diesen Weg, auch wenn das für uns bedeutet, künftig weniger Mittel zur Verfügung zu haben. Hinzu kommt das Auslaufen des Solidarpaktes II für die ostdeutschen Länder.

Wir müssen unsere regionalen Potentiale stärken, das heißt auch, die dezentralen Strukturen für die Energiewende und Wertschöpfung, für soziale und Bildungsprojekte weiterentwickeln, öffentliche Beschäftigung und regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen, die großen Chancen grenzüberschreitender Kooperation ausloten und nutzen.

»Gekürzt werden müssen die Ausgaben für militärische Vorhaben und die boomende Sicherheitsindustrie«

Fußnoten

¹ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/135379.pdf

² Die europäischen Fördermittel, bekannt auch als Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF) und Kohäsionsfonds machen ca. ein Drittel des europäischen Haushalts aus. Aus diesen Fonds werden u.a. Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Infrastruktur und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen gezahlt.

³ Das Europäische Parlament hatte bereits 2011 in seiner Resolution zum Mehrjährigen Finanzrahmen gefordert, die Kohäsionspolitik (also Fördermittelpolitik) mit ausreichenden Mitteln auszustatten und darauf hingewiesen, dass mindestens die Mittelausstattung der vergangenen Jahre weitergeführt werden muss. Siehe: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2011 zu der Investition in die Zukunft: ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und inklusives Europa (2010/2211(INI))

⁴ Nach Schätzungen von Eurostat hat sich die Rezession im 4. Quartal von 2012 verschärft. Die EU-Wirtschaft rutschte wieder in die Schrumpfung: das Bruttoinlandsprodukt ging EU-weit um 0,5% zurück, und in den Euro-Mitgliedstaaten um 0,6%. (Quelle: European Commission, European Economic Forecast, Winter 2013).

⁵ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2013 zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Rahmen seiner Tagung vom 7./8. Februar betreffend den mehrjährigen Finanzrahmen (2012/2803(RSP))

⁶ European United Left/Nordic Green Left (Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke)

⁷ Das Haushaltsdefizit darf nicht höher sein als 3% des BIP, und der Stand der öffentlichen Verschuldung darf 60% des BIP nicht überschreiten.

⁸ Auch: Makroökonomische Konditionalität

⁹ Die Strategie Europa 2020 ist die sogenannte »Wachstumsstrategie« der EU und legt den Kurs der europäischen Wirtschaftspolitik fest. Die Prioritäten lauten »mehr Wettbewerb«, sowohl im Bildungsbereich als auch auf dem Arbeitsmarkt und Strukturreformen, die die sozialen Ausgaben in den Haushalten senken. Das oberste Ziel ist die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit, wobei eben leider kein klares Bekenntnis zu sozialen Mindeststandards in der Europa 2020-Strategie zu finden ist. Damit ist Steuer- und Sozialdumping weiterhin Tür und Tor geöffnet. Deshalb lehnt DIE LINKE die Strategie Europa 2020 ab, denn sozialer Fortschritt und wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen.

¹⁰ Zahlen von 2011, Quelle: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751>

¹¹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 2012 zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen und Eigenmittel (2012/2678(RSP))

Link zum Kampagnenvideo der Linken im Europaparlament zur Kürzung der europäischen Fördergelder und der unrühmlichen Rolle der Bundesregierung: <https://www.dielinke-europa.eu/regionalfoerderung/>

Erstmals erschienen in der Broschüre: Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig! Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE in der GUE/NGL, Juli 2013, Seite 3-9.

Summer in the City? Die städtische Dimension in der Kohäsionspolitik der EU

Martina Michels über die Rolle der Städte in der EU, die öffentliche Daseinsvorsorge als europäisches Grundrecht und darüber, wie bedeutend die EU-Kohäsionspolitik dafür ist



Für einen europäischen Frühling! Blockupy-Protteste in Frankfurt. Foto: Linke im EP

Der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan sagte sehr treffend: »Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein.« Bis 2050 werden 80 Prozent der Weltbevölkerung in Städten wohnen, das heißt immer mehr Menschen werden immer enger zusammen leben. Schätzungen zufolge leben gegenwärtig ca. 70% der EU-Bevölkerung – rund 350 Millionen Menschen – in städtischen Ballungsgebieten mit mehr als 5.000 Einwohnern. Obwohl sich dieser Transformationsprozess inzwischen verlangsamt hat, nimmt der Anteil der städtischen Bevölkerung weiter zu.

Die Stadt ist der Ort, an dem sich der Wandel besonders deutlich abbildet, vom Strukturwandel bis zum demographischen Wandel. Vor allem in den Städten bündeln sich die Herausforderungen vom Klimawandel bis zur Migration.

Die Entwicklung unserer Städte wird demzufolge in entscheidendem Maße die künftige wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung der Europäischen Union bestimmen. Etwa 80% des Bruttoinlandsprodukts wird in Städten erzeugt, und bis zu 70% der Energie der Union dort verbraucht. Städte sind Orte, an denen sich sowohl Probleme bündeln

als auch innovative Lösungen entwickelt werden. Sie sind ein fruchtbarer Boden für Wissenschaft und Technologie, für Kultur und Innovation, für individuelle und gemeinschaftliche Kreativität und für die Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels. Städte sind aber auch Orte, an denen sich Probleme wie Arbeitslosigkeit, Segregation und Armut konzentrieren.

Unsere Städte müssen vor allem aber auch die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen: nach Arbeit, Wohnraum, guten Schulen und Krankenhäuser, sauberem Wasser, sicheren und zuverlässigen Transportmitteln sowie Energieversorgung, all das, was wir als Daseinsvorsorge bezeichnen. Die Gewährleistung und der freie Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein europäisches Grundrecht für alle BürgerInnen. Gerade in den derzeitigen Krisenverhältnissen und der neoliberalen Ausrichtungen der EU-Politik sind die öffentlichen Dienstleistungen von Kürzungen betroffen. Sozialleistungen werden gekürzt, öffentliche Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen und soziokulturellen Projekten wird die finanzielle Grundlage entzogen. Die Städte unterliegen einem enormen Spardruck.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zunehmenden Ressourcenknappheit müssen Städte die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und gleichzeitig die Luftverschmutzung verringern und Umweltschäden beseitigen. Dafür bedarf es eines radikalen Umbaus der Stadt - hin zu mehr Energieeffizienz.

»In den Städten bündeln sich Herausforderungen vom Klimawandel bis zur Migration«

In Zeiten der Krise und der Globalisierung stellt die soziale Ausgrenzung von Menschen und ganzen Stadtteilen eine weitere Herausforderung dar, das heißt die Gewährleistung der Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Leben zu garantieren. Arbeitslose und Migranten dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Für beides, um energieeffiziente und sozial integrierte Städte zu schaffen, braucht es eine neue Vision für die Stadt von morgen.

Gleichzeitig sind europäische Städte durch die Geschichte hinweg immer auch Räume der Demokratie, Räume der bürgerlichen Selbstverwaltung und des Engagements gewesen. Demokratische Mitbestimmung und bürgerschaftliches Engagement sind Stärken gerade in städtischen Gebieten, die es stärker zu nutzen und zu fördern gilt.

Meine Vision von Europa ist ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen, ist ein Europa der Kommunen: dezentral, subsidiär, demokratischer und bürgernäher.

Viele Normen, Gesetze und Richtlinien, die in Brüssel verabschiedet werden, müssen vor allem in den Städten umgesetzt werden – von der Feinstaubrichtlinie bis zum EU-Wahlrecht. Städtische Gebiete sind dabei keineswegs isolierte Einheiten in ihren jeweiligen Regionen. Ihre Entwicklung ist eng verknüpft mit den sie umgebenden funktionellen, randstädtischen oder ländlichen Territorien. Deshalb muss der Austausch bewährter Praktiken über Strategien für den ländlichen und städtischen Raum gefördert werden, um die Verbindung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu verbessern.

Die Stadtpolitik rückt inzwischen immer mehr in den Fokus der Europäischen Politik.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel, dem ich als Mitglied angehörte und in welchem ich die Interessen Berlins aktiv vertrat, hat von Anfang an auf die Bedeutung der städtischen Dimension besonders in der EU-Förderpolitik hingewiesen. Wir sind der Auffassung, dass europäische Prioritäten nur im Einklang mit lokalen Bedürfnissen umgesetzt werden können. Die Beteiligung der lokalen Akteure an der Erarbeitung von EU-Richtlinien ist dabei von entscheidender Bedeutung. Wir sind davon überzeugt, dass wir alle Interessensvertreter auf allen Ebenen - der kommunalen, der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene stärker einbeziehen müssen.

»Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein europäisches Grundrecht für alle BürgerInnen«

Die Bedeutung der städtischen Dimension wird mittlerweile besonders in der Kohäsionspolitik hervorgehoben. Sie ist in der laufenden Förderperiode erstmals in die Strukturfondsverordnungen integriert worden. Im Zeitraum von 2007-2013 wird die städtische Dimension mit 21,1 Milliarden Euro unterstützt. Allerdings spiegelt sich dies in den Operationellen Programmen der Mitgliedstaaten und Regionen sehr unterschiedlich wider.

In den kürzlich von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Verordnungen für die zukünftige Kohäsionspolitik ab 2014 sollen mindestens fünf Prozent der Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (ERDF) für integrierte Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung verwendet werden. Das Geld fließt in einen ganzen Katalog von notwendigen Maßnahmen wie etwa die Sanierung von Industrieflächen und verschmutzter Areale, Investitionen in Infrastruktur für Forschung und Entwicklung oder innovative und nachhaltige Lösungen im Bereich des ÖPNV. Zudem werden auch Weiterbildungen und soziale und kulturelle

Projekte gefördert. Projekte zur sozialen Inklusion und Armutsbekämpfung, die für Städte und städtische Gebiete so wichtig sind, profitieren besonders von den Möglichkeiten der Querfinanzierung zwischen dem EFRE und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Hier benötigen wir flexible Bedingungen für diese Querfinanzierungen.

Städte können einen wesentlichen Beitrag leisten im Kampf gegen den Klimawandel, zum Beispiel durch einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, durch die energetische Sanierung von Gebäuden und die nachhaltige Stadtteilplanung. Die energetische Sanierung von Gebäuden kann außerdem ein Mittel zur Bekämpfung der Energiearmut sein, unter der eine wachsende Zahl von Menschen in der Europäischen Union zu leiden hat.

Selbstverständlich hängen all diese hehren Ziele von der Bereitstellung der finanziellen Mittel ab. Bei der gegenwärtigen Diskussion um den künftigen EU-Haushalt hat das Europäische Parlament zu Recht die Notbremse gezogen.

Wenn die Staats- und Regierungschefs den EU-Haushalt kürzen, dann kürzen sie ihre eigenen Wachstumspotenziale. Fallen nämlich die EU-Gelder aus der Kohäsionspolitik weg oder werden drastisch gekürzt, fehlen den Regionen und Städten die Spielräume bei der Finanzierung von notwendigen Strukturmaßnahmen. Darauf hat auch der AdR immer wieder mit Nachdruck hingewiesen. In Zeiten der allgemeinen Sparzwänge erscheint eine Kürzung des EU-Haushalts auf den ersten Blick populär zu sein. Langfristig wäre dies aber ein Desaster, ein Sparen an der falschen Stelle.

»Europäische Prioritäten nur im Einklang mit lokalen Bedürfnissen umsetzen«

»Wirtschaftlich starke Städte und Regionen brauchen ambitionierte Investitionen«

Wenn wir lebenswerte und wirtschaftlich starke Städte und Regionen wollen, brauchen wir ambitionierte Investitionen. Kohäsion bedeutet vor allem Angleichung bzw. Beseitigung von immer noch gravierenden strukturellen Unterschieden zwischen den Regionen. Dazu braucht es die nötigen finanziellen Grundlagen.

Die Ernte wird nachhaltiges und inklusives Wachstum sein, von dem Alle, nicht nur die Städte profitieren werden.

Zuerst erschienen in der Broschüre: Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig! Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE in der GUE/NGL, Juli 2013, Seite 33-35.

IV # Individuelle Freiheit für alle ! Menschen- und Bürgerrechte in der EU verteidigen

Das Private ist das Private !

Zur Verteidigung des Datenschutzes in der EU

Ein Beitrag von Cornelia Ernst zur Konferenz »I like Datenschutz« in Leipzig, 14. Juli 2012, über Datenschutz in der EU, die Entwürfe der Kommission für eine Allgemeine Datenschutz-Grundverordnung sowie eine Richtlinie zum personenbezogenen Datenschutz im Bereich Strafverfolgung und -vollstreckung



GUE/NGL-Protest vor dem Plenarsaal des Europäischen Parlaments gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingen. Foto: GUE/NGL

Bevor die im Lissabonner Vertrag verankerte Europäische Bürgerinitiative ihre bürokratischen Hürden nehmen konnte, hat die erste ohne bürokratische Hürden einfach stattgefunden. ACTA. ACTA ist weg! Die digitale Bürgerrechtsbewegung der Netzwerker hat ihren ersten großen Erfolg gefeiert, den auch die Frankfurter Allgemeine nicht weg beißen kann, wenn sie schreibt, der »digitale Mob«, »eine die Demokratie gefährdende Meute«, vor der die Politik kusche, habe sich durchgesetzt. Es gibt gegenwärtig wohl kein zweites europäisches und internationales Beispiel, das so klar beweist,

dass außerparlamentarischer und parlamentarischer Druck erfolgreich sein können. Viele Europaparlamentarier, nicht nur der Vereinigten Linken und der Grünen, der Liberalen und letztlich auch der Sozialisten/Sozialdemokraten, haben sich aktiv gegen ACTA aufgestellt und Mehrheiten erzwungen, die zum bisher größten politischen Sieg des Europäischen Parlamentes führten.

Der Widerstand gegen ACTA symbolisiert nicht nur den Protest gegen die Absicht, nach Gusto des Anwenderlandes das Netz zu zensieren und zu filtern und damit die Informations-

und Kommunikationsfreiheit im Netz aufzuheben, sondern auch gegen eine Politik der Hinterzimmer und der Geheimdiplomatie, welche die Bürger zu Objekten degradiert und damit ihre informationelle Selbstbestimmung beschneidet. Dahinter verbirgt sich die Gefahr, unter dem fiebrigen Wahn vermeintlich notwendiger Überwachung und Steuerung freie Kommunikation als Teil der Privatsphäre, gleichberechtigten Wissenserwerb, ungehinderte Vernetzung als unverzichtbarer Teil beruflicher und persönlicher Verwirklichung politischen Interessen unterzuordnen, ihren Zugang zu beschneiden und das grundrechtlich definierte Verhältnis von Bürger und Staat umzukehren. Es geht um die Wahrung von substantiellen Grundrechten – das ist eine der großen Herausforderungen der Gegenwart.

»Die digitale Bürgerrechtsbewegung der Netzwerker hat einen großen Erfolg gefeiert: ACTA ist weg!«

Die andere Herausforderung ist der Umgang mit Daten, insbesondere personenbezogenen Daten. Die Milliarden Daten, die in kürzester Zeit verfügbar sind, sind längst zu einem unschätzbaren Kapital, wertvoller als das weitgehend krisenfestes Gold, geworden. Diese Datenmenge bietet nie da gewesenes Wissen um Sachverhalte, aber auch Menschen. Und das ist verführerisch. Technisch ist es bekanntlich eine Leichtigkeit, Menschen heute komplett »gläsern« zu machen, ihr Verhalten, ihre Wünsche, ihr Denken, ihr Umfeld, Berufstätigkeit, Gesundheit, politische Ausrichtung, Kaufverhalten, sexuelle Vorlieben, Lifestyle, jedes Stäubchen der Privatheit aufzustöbern, zu ge- oder missbrauchen. George Orwells Vision als vollendeter Alptraum. Personenbezogener Datenschutz als Grundrecht zu wahren, ist eine Herkulesaufgabe der Gegenwart. Wie stark der Druck auf dieses Grundrecht ist, zeigt sich auch im Musterländle des Datenschutzes, für das wir Deutschen die Bundesrepublik sehr gern halten, zumindest oft.

Schaut man in die letzten beiden Jahre, dann häufen sich die Meldungen: »Big Brother kommt als Computerwanze«, Stichwort Bundestrojaner, pauschale Überwachung von Handykontakten, die Speicherung von sensiblen Gesundheitsdaten, der Regelungswunsch nach einer Vorratsdatenspeicherung und nun das Meldegesetz, an dem niemand Schuld sein will. Und was tut sich auf europäischer Ebene? Einerseits war es der Druck aus Mitgliedsstaaten wie unter anderem Deutschland, Österreich, Niederlande, der beförderte, dass die EU 1995 mit ihrer Richtlinie 95/46 EG Mindeststandards für den Datenschutz der Mitgliedsstaaten festlegte, die zwar noch nicht für die justizielle und polizeiliche Zusammenar-

beit galten (Rahmenbeschluss), aber dafür sorgten, dass Datenschutz überhaupt ein Thema in der EU wurde.

Andererseits wurde in den letzten Jahren immer mehr der Schutz personenbezogener Daten gegen das auf europäischer Ebene im Unterschied zum deutschen Grundgesetz verankerte Recht auf Sicherheit abgewogen. Dafür steht zum Beispiel die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung aus 2005, die übrigens zurzeit vor dem EUGH verhandelt wird. Insbesondere durch sie wurde die ungestüme Sammelwut von personenbezogenen Daten auf europäischer Ebene multipliziert. Mit dem Stockholmer EU-Programm 2009 wurde politisch das Tor für eine neue Sicherheitsarchitektur aufgestoßen, die auf Kosten von Bürger- und Freiheitsrechten konstituiert werden soll. Das zeigt zum Beispiel das SWIFT-Abkommen zwischen EU und den USA, das sämtliche Bankdaten europäischer Bankkunden betreffend Swift-Überweisungen in das nichteuropäische Ausland wegen Terrorverdacht checkt, täglich 15 Mio. Banktransaktionen von 8.300 Banken.

Das Fluggastdatenabkommen der EU mit Australien oder den USA verpflichtet Fluggesellschaften, Flugpassagierdaten von allen Reisenden, die die EU-Grenzen überqueren, zum Beispiel an die Black Box Heimatschutzbehörde zu übermitteln. Diese Daten umfassen 34 Abfragen, sie sollen viele Jahre gespeichert werden. Betroffenenrechte werden in die Rubrik Spaß abgeschoben. Ein besonders nachhaltiges Beispiel ist INDECT – Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung.

Das ist ein Projekt im Rahmen des 7. EU-Forschungsprogramms, das alle Überwachungstechnologien zu einem universellen Überwachungsinstrument einer erkenntnisgestützten, pro-aktiven Polizeiarbeit bündeln soll.

»Schutz personenbezogener Daten wird gegen das auf europäischer Ebene verankerte Recht auf Sicherheit abgewogen«

Die Polizei soll mit Hilfe von INDECT verdächtige bewegliche Objekte orten und verfolgen. Als verdächtig könnte damit bereits ein Rennen oder Flüchten auf öffentlichen Straßen bewertet werden.

So könnten Menschen, die einmal durch ihr Verhalten auffallen, lückenlos überwacht und verfolgt werden. Am INDECT-Projekt arbeiten mehrere Universitäten sowie private Unternehmen aus verschiedenen EU-Ländern, auch aus Deutschland, wie die Bergische Universität Wuppertal.

Die Vorschläge zum neuen Datenschutzrahmen

Fakt ist, es hat in letzter Zeit eine große Sensibilisierung der Menschen europaweit für Fragen des Datenschutzes gegeben, auch in Ländern, die bislang nicht von sich hören ließen, wie Polen oder Tschechien. Die Erwartung an den neuen Datenschutzrahmen ist groß, weil all diese Fragen zutiefst das Leben der Menschen beeinflussen.

INDECT: »Als verdächtig könnte ein Rennen auf der Straße gelten«

Erwartet wird:

1. Eine deutliche Verstärkung der Schutzregeln bei personenbezogenen Daten. Sie muss einen Code of Conduct beinhalten: Datensparsamkeit und -vermeidung, Erforderlichkeit, Zweckbindung, Verhältnismäßigkeit, Transparenz und wirksamer Rechtsschutz der Betroffenen, Prinzip der Nichtdiskriminierung, unabhängige Kontrolle der Einhaltung des Datenschutzes, des angemessenen Schutzniveaus außerhalb der EU.

2. Der Rahmen muss europäischer sein. Wir brauchen einen vereinheitlichten Datenschutz in der EU, mit starken Schutzregeln und Betroffenenrechten.

3. Wir müssen um höchste Standards kämpfen.

Trotz der 95er-Richtlinie gibt es noch immer große Unterschiede in der EU. Wie lange bleiben meine Daten aufbewahrt und wer kann da ran, wenn ich in Tschechien mit der EC-Karte an der Tankstelle bezahle? Darf meine belgische Telefongesellschaft mein Geburtsdatum verlangen? Klare Regelungen sind notwendig, am besten löst sich das mit einer für alle Mitgliedsstaaten verbindlichen Verordnung.

Seit Januar 2012 liegen seitens der Kommission Entwürfe für eine Datenschutz-Grundverordnung und eine Richtlinie zum personenbezogenen Datenschutz im Bereich Strafverfolgung und -vollstreckung. Ich möchte lediglich auf drei Aspekte eingehen:

1. Verordnung und Richtlinie.

Das ist eine heiße Debatte mit unterschiedlichen Angriffszielen. In der deutschen Datenschutzwelt wird vielfach die Sorge ausgesprochen, dass mit einer Verordnung, die dazu führt, dass für deren Auslegung nicht mehr das Bundesverfassungsgericht sondern der EuGH zuständig ist, grundrechtsrelevante Nachteile zu Lasten des Rechtsschutzes entstehen können, vor allem dann, wenn die Verordnung unter

den erreichten Standards in Deutschland bliebe. Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Jahrzehnten durch seine Rechtsauslegungen erheblichen Anteil an der Weiterentwicklung des praktischen Datenschutzes in der Bundesrepublik aufzuweisen.

So sehr das nachvollziehbar ist, so wenig kommen wir damit weiter. Die Frage ist eben nicht mehr, ob wir die europäische Harmonisierung vorantreiben, sondern wie. Damit schaffen wir europaweit mehr Rechtssicherheit, Vereinfachung und Klarheit für die Betroffenen. Ziel muss der höchste Standard sein, wir brauchen deshalb für die kommenden Verhandlungen die besten Vorschläge, Erfahrungen und Impulse, ganz besonders aus Deutschland. Auch diese Verordnung hat Spielräume für die Mitgliedsstaaten, zahlreiche Vorschläge in der Verordnung (Kapitel II Grundsätze) machen das deutlich. Die bisherige Richtlinie aus 1995 reicht für die Zukunft nicht aus. Viele der vorgeschlagenen Regelungen stellen schon jetzt einen Fortschritt dar, anderes ist zwingend nachzubessern. Neben dieser Debatte gibt es aber noch eine andere: Zahlreiche Mitgliedsstaaten, auch die Bundesrepublik, wollen für den Bereich Justiz und Inneres noch nicht einmal eine Richtlinie, sondern beim bisherigen Rahmenbeschluss bleiben. Es wird extrem schwierig, überhaupt eine Neuregelung auf diesem Gebiet zu erwirken, obwohl der Handlungsbedarf hier am größten ist. Wir sollten hart darum kämpfen, dass die Bundesrepublik einen Richtlinienentwurf unterstützt, der viel mehr Rechtssicherheit für betroffene Bürger herstellen könnte. Und das sage ich, obwohl der Richtlinienentwurf kein großer Wurf ist, aber er wäre zumindest ein Anfang.

2. Einige Anmerkungen aus der Sicht der Betroffenenrechte.

Die Verordnung soll sowohl für den privaten als auch öffentlichen Bereich verbindlich gelten, auch für die Übermittlung von Daten in Drittländern oder an internationale Organisationen soll es Regelungen geben. Das ist gut so. Wir kritisieren aber, dass relevante Bereiche ausgespart wurden, die Organe der EU, und wir vermissen substantielle Regelungen zum großen Thema Arbeitnehmerdatenschutz.

Es gibt einen Zuwachs an Rechten für die Bürger, Einwilligung, Recht auf Vergessen, Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen, Recht auf Datenportabilität, Transparenz und Informationspflicht gegenüber den betroffenen Personen, Widerspruchsrechte. Aber das Widerspruchsrecht ist mit zu schwammig formulierten Einschränkungen verknüpft. Ähnliches trifft für die Definition von Profiling bei der Verarbeitung von Daten. Der Abschnitt Beschränkungen die die Union oder die Mitgliedsstaaten bei Betroffenenrechten vor-

nehmen kann, darf so nicht bleiben, weil Grundverordnung schlechthin »öffentliche Sicherheit« oder »sonstige öffentliche Interessen« keine hinreichenden Argumente für Beschränkungen sind.

Erstmals erschienen in: I like Datenschutz, Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE in der GUENGL, August 2013, Seiten 7-12.

»Wir vermissen substantielle Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz«

Datenschutzbeauftragte und Aufsichtsbehörden:

Es ist gut, wenn deren Kompetenzen und Unabhängigkeit gestärkt werden, aber dies sollte auch in Bezug auf die EU-Kommission zutreffen. Positiv ist auch, dass der Europäische Datenschutzausschuss verbindliche Kompetenzen erhalten wird. Soweit nur ein kurzer Ausschnitt.

Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass dieses Verordnungspaket für die Bundesrepublik vielleicht keinen riesigen Schritt bedeutet, für Europa ist es aber ein Quantensprung. Oder, wenn ich den ehemaligen Datenschutzbeauftragten von Mecklenburg Vorpommern, Karsten Neumann, zitieren darf » ...die Mondlandung ist gelungen – auf dem Weg zurück zur Erde sollten alle auf riskante Flug- und Bremsmanöver verzichten«. (Datenschutz. Nachrichten DVD1/2012).

3. Etwas zum Verfahren

Im Europaparlament werden im Herbst 2012 die Berichte der beiden Berichterstatter (Grüne und Sozialisten/Sozialdemokraten) mit ihren Änderungsvorschlägen auf den Tisch kommen, zu denen alle Fraktionen ihre Änderungsanträge einbringen. Anfang nächsten Jahres wird der Innenausschuss dann darüber abstimmen, danach folgen die Verhandlungen mit dem Rat. Ziel ist es, 2013 das gesamte Paket zu verabschieden, der Weg bis dahin ist sehr weit.

PS (Oktober 2013): Mittlerweile haben die Abgeordneten der EVP-Fraktion gemeinsam mit der ECR- und der ALDE-Fraktion die Kompromissbildung im Europaparlament verzögert. In zahllosen Meetings mit Berichterstattern und Schattenberichterstattern wird bis Ende Oktober 2013 um ein Finish gerungen. Die Verhandlungen mit dem Europäischen Rat stehen noch aus. Der Kampf besteht darin, möglichst weit in den Verhandlungen im Trialog voranzukommen. Fraglich ist, ob das so ersehnte Datenschutzpaket überhaupt noch in dieser Legislatur in trockene Tücher kommt. Ansonsten könnte erst das neue Europaparlament sich abschließend damit beschäftigen. Das Warten vieler Bürgerinnen und Bürger auf ein modernes Datenschutzrecht, das ihre Rechte stärkt und personenbezogene Daten wirksamer schützt, ist immer noch nicht erreicht.

Demokratie?! Per Express, bitte! Über die Mangelware Demokratie in der EU und linke Lösungen

Helmut Scholz über demokratische Perspektiven für die Europäische Union: von der partizipativen Demokratie bis zur vollen Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments



Helmut Scholz demonstriert bei Alter Summit in Athen gegen die Politik der Troika. Foto: GUE/NGL

Die Bürgerinnen und Bürger stellen der EU ein schlechtes Zeugnis aus. Nur noch 30 Prozent der bei der jüngsten Eurobarometer-Umfrage zur Stimmung in der EU Befragten haben von der Gemeinschaft ein positives Bild, fast genauso viele sehen sie ausdrücklich negativ. Die gegenwärtige Krise und die dramatische wirtschaftliche und soziale Lage in der Europäischen Union, die durch die sogenannte Austeritätspolitik immer weiter verschärft wird, sind entscheidender Hintergrund dieser Bewertung. Ebenso offensichtlich ist, dass »Europa« als politischer Entscheidungsraum für sehr, sehr viele Menschen noch immer ein undurchschaubares Ge-

bilde ist, in dem über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden, in der ihre Anliegen nicht gehört und ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Wer weiß schon und kümmert sich darum, wie Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, welche Aufgaben und Kompetenzen die einzelnen Institutionen haben, wie das Zusammenwirken mit den mitgliedstaatlichen zuständigen Gremien real funktioniert und vor allem, dass die 27 Regierungen, die ihren Sparkurs gern mit dem Verweis auf »Brüssel« begründen, diese Positionierungen vorher selbst im Rat getroffen haben?

Mehr noch: Das Demokratiedefizit, an dem EU-Europa krankt, hat sich in der Krise deutlich vergrößert. So besteht die sogenannte Troika, Inbegriff der Bevormundung ganzer Staaten und ihrer Bevölkerung, aus Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und einer Nicht-EU-Institution: des Internationalen Währungsfonds. Und es stellt sich schon die Frage, wer, wo und wann von den Regierenden Entscheidungsprozesse transparent macht, Mandate diskutiert und zu getroffenen Entscheidungen Rechenschaft ablegt. Weder diese einzelnen Institutionen noch die Troika als Ganzes unterliegen einer demokratischen Kontrolle. Die nationalen Parlamente sind von vielen Entscheidungen zur »Krisenbewältigung« abgeschnitten; die Weichen werden zumeist von den Vertretern der Regierungen jenseits einer öffentlichen Debatte gestellt und die Rezepte ultimativ den »Krisenstaaten« vorgegeben.

»Das Demokratiedefizit, an dem EU-Europa krankt, hat sich in der Krise noch deutlich vergrößert«

Diese Kompromissentscheidungen widerspiegeln auf der EU-Ebenen eine scheinbare Alternativlosigkeit, weil die 27 (bald durch den Beitritt Kroatiens 28) nationalen Regierungen als gemeinsame EU-Institution auftreten und das Europäische Parlament weitgehend ausgeblendet bleibt.

Angesichts dieser Entwicklungen wirken die kleinen Schritte zur Demokratisierung der EU wie Tropfen auf den heißen Stein. Ja, es ist gut, dass es seit einem Jahr das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gibt. Doch die Hürden für eine erfolgreiche EBI sind hoch gelegt: Damit die EU-Kommission sich eines von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtig erachteten Sachverhalts annimmt – das ist Ziel einer EBI –, müssen eine Million Unterschriften in mindestens sieben Mitgliedsländern gesammelt werden, dies in einem Zeitraum von zwölf Monaten und unter Beachtung verschiedener Vorschriften. Am Ende entscheidet die Kommission, wie ernst sie den Bürgerwillen nimmt, was in Bezug auf das konkrete Anliegen real geschehen soll oder ob sie gar die Listen in der Ablage versenkt. Eine tatsächliche Bürgermitsprache und -entscheidung wird so zumindest stark behindert. Umso wichtiger ist der Erfolg, den jetzt die Bürgerinitiative »Wasser ist Menschenrecht« als erste erfolgreiche EBI erreichte: Eine Anhörung muss sich mit dem Herausnehmen des Wasser aus den Ausschreibungsverpflichtungen der EU-Konzessionsrichtlinie beschäftigen: Wasser ist Menschenrecht und keine dem Gewinnstreben großer Unternehmen unterzuordnende Ware, sondern Gemeingut!

Der weiteren demokratischen Aushöhlung der EU kann jedoch entgegen gewirkt werden. Dazu brauchen wir mehr ge-

meinsame Verständigung darüber, wie Entscheidungen, die alle Menschen in der EU betreffen, auch durch alle in der EU lebenden Menschen begleitet, entschieden und gestaltet werden können: Demokratie ist immer ein normsetzender Vorgang.

»Neugestaltung der EU-Verträge für Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Kontrolle der Finanzmärkte«

Notwendig ist die Neugestaltung des europäischen Vertragswerks, um Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Kontrolle insbesondere der Finanzmärkte konkret festzuschreiben, die Stärkung der verschiedenen Formen der partizipativen Demokratie, der Ausbau der EBI zu einem wirklich handhabbaren Instrument und die volle Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments gegenüber Rat und Kommission. Dafür setzt sich die Linke ein.

Zuerst erschienen in EuropaRot, Ausgabe 7.5.2013

Roma – Verfolgung beenden! Die Geschichte der Roma in Europa braucht endlich ein Happy End

Cornelia Ernst über die Geschichte der Roma in Europa, die Implikationen für europäische Antidiskriminierungspolitik heute und das Europäische Parlament als Lobbyist für die Rechte der Roma



Roma-Siedlung in Mitrovica/Kosovo. Foto: Manuela Kropp

Wenn du weise sein willst, musst du zuhören.
Wenn es regnet, bedecke deinen Kopf nicht mit einem Sieb.
Wenn dich eine Fliege stört, töte sie nicht, sondern entferne ihren Schmutz.

Sprichworte der Roma und Sinti

Roma und Sinti, oft mit dem abwertenden Begriff »Zigeuner« bezeichnet, bilden mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit in der Europäischen Union. Roma ist in zahlreichen europäischen Ländern sowie in den

europäischen Institutionen der Sammelbegriff für alle Roma, Sinti und andere Gruppen.

Heute ist es unbestritten, dass die Vorfahren der Roma aus Nordwest-Indien stammen, diese Region vor ca. 1.000 Jahren verließen und um das 14. Jahrhundert das Territorium der heutigen Europäischen Union erreichten. Die Geschichte der Roma in Europa ist in großem Maße mit Vorstellungen von Migration, »Nomadismus«, Diaspora und Exil verbunden. Gleichwohl lebt die große Mehrheit sesshaft, auch wenn sich das Stereotyp von den »umherziehenden« Roma hartnäckig in den Köpfen der Menschen hält.¹

Seit ihrer Ankunft in Europa vor circa 600 Jahren sind Roma Objekt politischer Entscheidungen, die in den meisten Fällen gegen sie gerichtet waren und sind. Die Intensität der Ausgrenzung und Verfolgung variiert in den verschiedenen europäischen Staaten, und kulminierte auf katastrophale Weise im nationalsozialistischen Völkermord, dem schätzungsweise 500.000 Roma zum Opfer fielen.²

Die Roma in Europa sind eine sehr mannigfaltige Gruppe: einige sprechen ausschließlich die Muttersprache ihres Heimatlandes, teilweise mit einer Zweitsprache. Andere haben Romani (oder Romanes) als Muttersprache, oder Beash, Jenisch, Shelta, Pogadi Chib. Einige möchten sich nicht zur Gruppe der Roma zählen, andere sind in traditionellen Gemeinschaften aufgewachsen.³

»In allen europäischen Ländern sind Roma die am stärksten benachteiligte Gruppe«

Die verschiedenen Gruppen haben unterschiedliche Namen, zum Beispiel Sinti, die hauptsächlich in Deutschland, Österreich, Nord-Italien, Slowenien und in Ost-Frankreich zu Hause sind. Oder Manouch und Fahrende (hauptsächlich in Frankreich), Kale (aus Spanien), Romanichals (im Vereinigten Königreich). Was ihnen gemeinsam ist, ist ihre Identifizierung als Roma durch die Mehrheitsbevölkerung in den verschiedenen europäischen Ländern, und die Geschichte der Jahrhunderte langen Ausgrenzung und Verfolgung.

Der Anteil der Roma an der Bevölkerung in den alten EU-Mitgliedstaaten liegt zwischen 0,1 und zwei Prozent, in den neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Südosteuropas ist er bedeutend höher. Die Zahl der Roma in der Europäischen Union kann nur geschätzt werden, denn dazu liegen keine präzisen Informationen vor: Offizielle Volkszählungen oder Daten aus Umfragen weichen deutlich von den Schätzungen durch Experten und Nichtregierungsorganisationen ab. Es gibt dafür eine einfache Erklärung: aufgrund einer Jahrhunderte alten Geschichte der Verfolgung und Diskriminierung, oft auch von staatlicher Seite, finden es die Menschen vernünftiger, ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der Roma nicht irgendwo offiziell vermerken zu lassen.

Trotz ihrer großen Zahl sind Roma doch in jedem Land eine Minderheit, wobei sie sich in einer besonderen Situation befinden, die sie von jeder anderen Minderheit unterscheidet: In allen europäischen Ländern sind sie die am stärksten benachteiligte Gruppe, und sie verfügen über kein Territorium oder »Heimatland«, das ihre Interessen vertreten könnte.⁴

Wir können davon ausgehen, dass es mehrere Auswanderungswellen aus Indien über einen langen Zeitraum (zwi-

schen dem 9. und 14. Jahrhundert) gegeben hat. Es waren Vertreibung, Flucht, Handel oder Aufrechterhaltung familiärer Strukturen, die die Roma immer weiter von ihrer ursprünglichen Heimat wegführten. Hunderttausende wurden von Arabern auf ihren Feldzügen im 9. und 10. Jahrhundert verschleppt, um sie als Sklaven und Soldaten zu missbrauchen. Im 11. Jahrhundert wurden bis zu 500.000 Roma als Gefangene versklavt und die meisten von ihnen auf den Balkan verbracht. Viele kamen als Sklaven nach Griechenland, Rumänien, Serbien, Transsylvanien, ins Burgenland und Tirol.

Der erste Hinweis auf die Anwesenheit der Roma in Europa datiert auf die Zeit um 1300 (1290 – Berg Athos in Griechenland, 1322 auf Kreta). Für die nachfolgende Periode konnte die Existenz der Roma häufiger dokumentiert werden (1348 in Prizren in Serbien, 1362 in Dubrovnik in Kroatien). Erste Berichte von Roma in der deutschen Region stammen aus dem Jahr 1407 (aus Hildesheim).⁵

»Ab 1773 nahm man zahlreichen Roma-Familien die Kinder weg, um sie von guten Christen erziehen zu lassen«

Bei ihrer Ankunft in Europa hielten sie zuerst an der fahrenden Lebensweise fest, fuhren in kleinen Gruppen über große Distanzen, wahrscheinlich, um Europa zu erkunden. Im Laufe der Zeit verkürzten sich die Strecken, und im 15. Jahrhundert gaben einige Gruppen das gemeinsame Reisen auf und ließen sich nieder, als Bauern, Händler, Künstler. Die Mehrzahl von ihnen wurde irgendwann sesshaft, andere verfolgten weiter die nomadische oder halb-nomadische Lebensweise. Es gibt verschiedene Gründe, warum Menschen sich entschließen, den fahrenden Lebensstil beizubehalten. Der häufigste wird ein wirtschaftlicher gewesen sein: In dicht besiedelten Gebieten, wo ein Handwerker viele potenzielle Kunden findet, ist es möglich, sich niederzulassen, vorausgesetzt, dies wird von der lokalen Bevölkerung und den lokalen Machthabern toleriert. Doch in dünn besiedelten Landstrichen, wo die mögliche Kundschaft weit verstreut lebt, ist es klüger, mobil und flexibel zu bleiben.

Zu Zeiten des Osmanischen Reiches wurden die Roma mit mäßiger Toleranz behandelt, und genossen ähnliche Rechte wie die Mehrheitsbevölkerung. Zu Beginn wurde ihnen auch in Mittel- und Westeuropa Schutz durch die weltlichen und geistlichen Autoritäten zu Teil, und die lokale Bevölkerung begegnete ihnen mit einer Mischung aus Neugier und Nachsicht. Dies änderte sich jedoch schnell: Sie wurden der Hexerei bezichtigt und waren als »unchristlich« verschrien. Die

örtlichen Gewerbe und Gilden bekämpften sie, sahen in ihnen wirtschaftliche Konkurrenten. Nur wenige Jahre nach der ersten schriftlichen Erwähnung ihrer Anwesenheit in den deutschen Regionen wurden sie 1449 zwangsweise aus Frankfurt abgeschoben, und gegen Ende des Jahrhunderts war die Roma-Feindlichkeit weit verbreitet. Verdächtigungen, sie würden als Spione für die Türken arbeiten, führten zur ersten systematischen Verfolgung der Roma.

»Sarkozys ethnisch begründete Sammelabschiebungen von Roma aus Frankreich«

Andere europäische Staaten wollten vermeiden, dass Roma bei ihnen Zuflucht finden, so dass letztendlich alle Staaten in Mittel- und Westeuropa eine Anti-Roma-Politik verfolgten. Mehr und mehr waren es die Vorurteile, die das Bild und die Meinung über diese ethnische Minderheit prägten. 1551 erließ der Reichstag zu Augsburg, das »alle Zigeuner das Land innerhalb von drei Monaten zu verlassen« hätten. 1589 erlaubten Polizeiverordnungen, dass »Zigeunern« Hab und Gut weggenommen werden darf. Damals setzte eine europaweite Verfolgung ein. Viele wurden gefangen genommen, vertrieben, erschlagen, hingerichtet. Bis Ende des 16. Jahrhunderts siedelten sie sich in ganz Europa an. 1539 fanden die ersten Vertreibungen aus Paris statt. 1563 wurde das Verbleiben in England unter die Todesstrafe gestellt. Im Dreißigjährigen Krieg waren sie jedoch als Soldaten wieder willkommen. Im 17. Jahrhundert wurden in Rumänien und Ungarn viele Angehörige der Roma-Minderheit leibeigen, die Leibeigenschaft endete 1855. Auf dem Balkan hing die Stellung der Roma-Minderheit davon ab, inwieweit sie bereit waren, zum Islam zu konvertieren. In der zweiten Hälfte des 18. und im 19. Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung, sollten Roma zu »ordentlichen und brauchbaren Bürgern« erzogen werden.

Die österreichische Kaiserin Maria Theresia und Joseph II. wollten über die Ansiedlung in Westungarn Roma zu »Neu-Magyaren« umerziehen. Ab 1773 nahm man zahlreichen Roma-Familien die Kinder weg, um sie von »guten Christen« erziehen zu lassen. 1850 wurden Gemeinden verpflichtet, zu bestimmten Stichtagen Roma die Bürgerrechte zu verleihen. Vor solchen Tagen fanden regelrechte Hetzjagden statt, um dieser Verpflichtung zu entgehen. Nach Beendigung der Leibeigenschaft und mit der Industrialisierung kamen viele Roma in den Westen Europas, um dort zu arbeiten und zu leben. So muss die nomadische Lebensweise eben auch als eine permanente Flucht vor Verfolgung verstanden werden.⁶ Trotz der verschiedenen Lebensweisen, für die sich die unterschiedlichen Gruppen der Roma entscheiden konnten

oder mussten (saisonaler oder dauerhafter Nomadismus, permanentes Sesshaftsein), herrscht unter großen Teilen der europäischen Bevölkerung das Vorurteil, dass alle Roma mobil sind und in Europa »umherziehen« würden. Dies ist ein Irrtum: heutzutage ist die große Mehrheit der Roma (zwischen 80 und 95 Prozent) sesshaft.⁷

Die Verfolgung und Ausgrenzung von Sinti und Roma hat in Deutschland eine lange, unrühmliche Tradition. 1871 versagte Hessen unter Berufung auf das Reichskanzleramt Roma und Sinti die Ausstellung von Gewerbescheinen. 1886 erfolgten Zwangstransporte für Sinti und Roma »ohne deutsche Staatsangehörigkeit« zur Staatsgrenze des Deutschen Reiches. 1891 trat die »Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« in Kraft, durch welche Sinti und Roma ohne Pass abgeschoben werden konnten. Deutschstämmige Sinti und Roma erhielten keine Arbeitsbücher mehr. 1899 wurde in Bayern das erste Amt zur systematischen Erfassung von Roma und Sinti eingerichtet, dazu gehörte auch das Abnehmen von Fingerabdrücken, ab 1911 erfolgte dies automatisch.

»Die nomadische Lebensweise muss auch als eine permanente Flucht vor Verfolgung verstanden werden«

Dennoch beteiligten sich Sinti und Roma als Soldaten »für Deutschland« im Ersten Weltkrieg.

Die lange Geschichte der Diskriminierung bot den Nazis beste Voraussetzungen, ihren krankhaften Rassenwahn auch an Roma und Sinti auszuleben. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, das »Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher« und die »Nürnberger Gesetze« von 1935 deklarierten Roma ebenso wie Juden als »rassisch minderwertig« und »asozial«. 1936 wurden 400 Sinti und Roma ins KZ Dachau verbracht. 1936 wurde das Rassehygienische Forschungsinstitut gegründet, das angeblich nachwies, dass Landstreichertum, Betteln, Diebstahl und Betrug vererbare Eigenschaften sind. 1938 folgte der »Zigeunererlass«, 1940 die Deportation aller deutschen Roma und Sinti nach Polen, zur Zwangsarbeit und Vernichtung. Mit dem Ausschwitzerlass vom 16. Dezember 1942 setzte sich die planmäßige Ausrottung der Roma und Sinti fort. Alle mit Deutschland verbundenen Staaten wurden zu Deportationen aufgefordert. Circa 500.000 Roma und Sinti wurden ermordet, in Gaskammern, durch Erschießung, Verhungern. Viele von ihnen wurden zwangssterilisiert und für medizinische Versuche »im Dienste der Wissenschaft« benutzt.

Nach 1945 gab es keine grundlegende Abkehr von der europaweiten Diskriminierung der Roma und Sinti. Noch 1981

gab es in der Bundesrepublik beim Bundeskriminalamt eine Sonderkartei für Roma und Sinti, in der Fahrzeughalter und Kraftfahrzeuge gespeichert wurden. Bis 1985 bestand die »Standesamtsverordnung 103«, der zufolge alle Eheschließungen, Todesfälle und Geburten von »Nichtsesshaften« der Kriminalpolizei zu melden waren. Auch wenn solche Verordnungen heute nicht mehr existieren, sind die Vorurteile gegenüber Roma und Sinti geblieben. Sie gelten nach wie vor als arbeitsscheu, verlottert, rückwärtsgewandt. Gäbe es eine Rankingliste für die Akzeptanz von ethnischen Minderheiten, belegten Roma und Sinti vermutlich den letzten Platz. Sie haben kaum eine Lobby in der Mehrheitsbevölkerung. Umso wichtiger ist es, dass sich mittlerweile Roma-Organisationen herausgebildet haben, die ganz bewusst das Anliegen dieser Minderheit in die Hände nehmen. 1982 gründete sich der »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma«, der ein geachteter Verhandlungspartner gegenüber staatlichen Behörden geworden ist, und 1995 die gesetzliche Anerkennung der Sinti und Roma als nationale Minderheit durchsetzte.

»Die Nürnberger Gesetze deklarierten Roma ebenso wie Juden als rassistisch minderwertig und asozial«

Dass heute im Europaparlament die Situation der Roma ein zentrales Thema geworden ist, lässt sich weniger auf eine Welle besonderer Humanität zurückführen. Zum einen trug Sarkozys Negativbeispiel der ethnisch begründeten Sammelabschiebungen von Roma aus Frankreich zu einer Politisierung dieses ansonsten für die EU eher nebensächlichen Themas bei. Zum anderen hat das Thema mit dem Beitritt zahlreicher Länder aus dem ost- und mitteleuropäischen Raum eine größere Dimension erhalten. Bei allen Unterschieden in der Situation von Roma und Sinti in Europa steht dennoch fest, dass es keine zweite ethnische Minderheit auf unserem Kontinent gibt, die so stark von Armut, Ausgrenzung, struktureller und unmittelbarer Diskriminierung betroffen ist wie die Roma. Deshalb müssen die Europaparlamentarier partei- und fraktionsübergreifend zusammenarbeiten, um das Europaparlament zu einer Lobby der Roma-Minderheit zu machen und den Menschen- und Bürgerrechten oberste Priorität einzuräumen. Notwendig sind unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung jedweder Diskriminierung von Roma und Sinti, egal, ob sie innerhalb oder außerhalb der EU leben. Die Anerkennung des Genozids an Roma und Sinti, eine gesamteuropäische Rahmenstrategie zur grundlegenden Veränderung der Lebenslage von Roma und Sinti und eine klare, unmissverständliche Kampfansage an die Adresse aller, die sich des Antiziganismus bedienen, sind dringend notwendig.

Fußnoten

- 1 Cahn, C. / Guild, E., Recent Migration of Roma in Europe, OSCE High Commissioner on National Minorities, December 2008, S. 8ff.
- 2 Thelen, Peter (ed.), Roma in Europe, From Social Exclusion to Active Participation, Friedrich Ebert Stiftung, Skopje 2005, S. 8ff.
- 3 Cahn, C. / Guild, E., S. 8ff.
- 4 Thelen, S. 10ff.
- 5 Thelen, S. 12ff.
- 6 Thelen, S. 14ff.
- 7 Thelen, S. 18ff.

Zahl der Roma in ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union		
Land	Zahl der Roma	Anmerkungen
Belgien	ca. 15.000	
Bulgarien	ca. 800.000	über 10 Prozent der Gesamtbevölkerung
Deutschland	ca. 170.000	ca. 70.000 sind deutsche Staatsbürger; ca. 100.000 haben Staatsbürgerschaft eines anderen Staates (oft Flüchtlinge)
Frankreich	ca. 400.000 - 500.000	Davon sind ca. 400.000 Fahrende (Travellers)
Griechenland	ca. 250.000 - 300.000	
Irland	ca. 40.000	
Italien	ca. 140.000 - 170.000	
Niederlande	ca. 40.000	
Österreich	ca. 10.000	
Polen	ca. 50.000	
Portugal	ca. 70.000	
Rumänien	ca. 2,2 Mio.	10 Prozent der Gesamtbevölkerung
Schweden	ca. 50.000	
Slowakei	ca. 520.000	10 Prozent der Gesamtbevölkerung
Slowenien	ca. 10.000	
Spanien	ca. 650.000 - 800.000	
Tschechien	ca. 200.000	
Ungarn	ca. 700.000	7 Prozent der Gesamtbevölkerung
Vereinigtes Königreich	ca. 300.000	

Quelle: Europarat und Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Zuerst erschienen in: Roma – Es ist Zeit zu handeln! Broschüre der GUE/NGL, Mai 2013

Ihr Zuhause ist Deutschland: Roma aus dem Kosovo zwischen Flucht, Vertreibung und Abschiebung

Cornelia Ernst über Roma aus dem Kosovo in der EU und den Kampf um die gleichen Menschen- und Bürgerrechte für alle Menschen, Juni 2013



Demonstration in Brüssel für das Bleiberecht von Migrantinnen und Migranten. Foto: Linke im EP

Als ich in den neunziger Jahren Mitarbeiterin im Landtag war, stand ich eines Tages mit dem damaligen sächsischen Ausländerbeauftragten auf dem Neustädter Bahnhof in Dresden. Wir empfingen bosnische Flüchtlinge, die sich aus dem Bürgerkrieg retten konnten, viele von ihnen schwer krank und traumatisiert. Wir begleiteten sie in ihre Unterkünfte. Als wir dort ankamen sprach ich mit einer Familie, die ihr Hab und Gut verloren hatte. Die Frau war Lehrerin wie ich. Sie hatte vor dem Krieg nicht anders gelebt als ich. Diese geradlinige Vergleichbarkeit machte mir klar, dass mein besseres Leben lediglich dem Zufall geschuldet war, dass ich im Unterschied zu ihr in Deutschland geboren und aufgewach-

sen war. Später als Landtagsabgeordnete ließ mich diese Begegnung nicht los.

Ich schleppte meine Kolleginnen und Kollegen in Asylwerberheime Sachsens, vor allem in die miesesten, und nervte Innenminister. Ich erlebte viele engagierte Leute außerhalb des Parlamentes, in meiner Partei und vielen Organisationen, die sich diesen Fragen ernsthaft annehmen. Residenzpflicht, zentrale Massenunterbringung in Heimen, Paket- oder Magazinversorgung, Arbeit, Bildung, die ständige Gefahr, abgeschoben zu werden, unendlich viele Kämpfe gegen Gleichgültigkeit, Vorurteile und für ein menschenwürdiges Leben.

Kosovo, Dezember 2009. Als ich 2009 als neue Europaabgeordnete die Bekämpfung der Diskriminierung von Roma und Sinti zu einem meiner Arbeitsschwerpunkte machte, organisierte mein Büro noch im Herbst in Köln eine Anhörung zur Situation von Roma und Sinti in Europa. Das Ausmaß gelebter und unhinterfragter Roma-Diskriminierung in allen Teilen Europas hatte uns erschüttert. Eine Woche vor Weihnachten 2009 fuhr ich mit meiner Mitarbeiterin Manuela Kropp in das Kosovo, um dort mit aus Deutschland abgeschobenen Roma zu sprechen. Deutschland gehört zu den ersten EU-Staaten, die eine Vereinbarung mit dem Kosovo zur Rückführung »ihrer« Staatsbürger schlossen. Unser Ziel war es, im Parlament eine Stellungnahme gegen die asoziale europaweite Abschiebepolitik gegenüber Roma zu erzielen.

»Innenminister Friedrich beschimpft Roma als Sozialstaatsmißbräuchler«

Was mich in Pristina und Mitrovica erwartete, hat mich beschämt und wütend gemacht. Wir sprachen mit mehreren Familien, die bis zu 17 Jahre in Deutschland gewohnt hatten. Alle Kinder sprachen Deutsch, kein einziges Albanisch. Ihr Zuhause ist Deutschland. Die Eltern, die zumindest in Westdeutschland Arbeit hatten, waren alle arbeitslos. Aus Deutschland ins buchstäbliche Nichts abgeschobene Familien gelten in sie vielen Westbalkanstaaten als »reich« und man wirft ihnen im Kosovo vor, entweder mit den Serben kollaboriert oder »nicht für unser (albanisches) Land« gekämpft zu haben. Ich erinnere mich an eine Roma-Familie in Mitrovica, die ich mehrfach irritiert fragte, wovon sie denn lebe und wie hoch die Sozialhilfe wäre. Wir erhalten nichts, keine Hilfen, kein Geld, war die Antwort. Weil sie nicht schriftlich nachweisen konnten, in Mitrovica gelebt zu haben und die Kinder über sechs Jahre alt seien, gäbe es keinerlei Unterstützung. Wenn man zugleich weiß, dass viele Roma-Dörfer einschließlich ihrer Verwaltung im Kosovo zerstört wurden und gar nicht mehr existieren, zeigt das die Nöte. Wir haben im Kosovo – mitten im reichen Europa – erschütterndes Elend gesehen, an dem sich bis heute rein gar nicht geändert hat. Zurückgekehrt ins Europaparlament, versuchten wir Mehrheiten zu erzielen, die sich wenigstens verbal wehren gegen die Abschiebung von Roma aus EU-Staaten in Länder, in welchen sie keine Lebensgrundlage haben und permanenten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Womit wir scheiterten.

Seitdem war ich in verschiedenen Ländern, habe mit Roma-Familien und Organisationen, EU-Agenturen und Verwaltungen der jeweiligen Länder gesprochen. Ob in Serbien, Rumänien, Ungarn, Tschechien, überall sind die Probleme groß.

Radikaler Rassismus in Form des Antiziganismus gegenüber Roma und Sinti erlebt Hochkonjunktur. Antiziganismus ist keine Erscheinung, die in sich Krisenzeiten auftut und dann wieder weggespült wird, sondern unabhängig davon in allen europäischen Ländern, auch in Deutschland, präsent ist. Innenminister Friedrich beschimpft Roma seit Monaten unflätig, indem er sie, wenn sie aus Beitrittskandidatenländern wie Serbien kommen, als Asylschmarotzer und wenn sie aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien kommen, als Sozialstaatsmißbräuchler bezeichnet. Es gäbe, so Friedrich, für Roma keine Fluchtgründe, man könne sie daher umgehend »rausschmeißen«, all die genannten Länder seien »sichere Staaten« für Roma. Er macht damit der NPD nicht nur Konkurrenz, sondern Antiziganismus hoffähig.

Auch wesentlich seiner Initiative als Innenminister ist »verdanken«, dass Länder wie Serbien, Albanien und Bosnien, die als EU-Beitrittskandidaten EU-Visa-Erleichterungen haben, jetzt unter Druck gesetzt werden. Sie sollen »ihre« Staatsbürger, die in EU-Staaten geflüchtet sind, zurückzunehmen und außerdem dafür zu sorgen, dass unliebsame »Wirtschaftsflüchtlinge« nicht über die Grenze kommen. Das sieht so aus, dass Roma an der serbischen Grenze abgefangen, nach vorhandenem Geld, Ein- und Ausreisedatum, Reiseziel, Unterkunft, Krankenversicherung befragt und trotz Visaliberalisierung, die auch für Roma gilt, zurückgeschickt werden. Damit wird der Rassismus in diesen Ländern unterstützt. Wenn es dennoch Roma gelingt, in die EU hineinzu kommen, erwartet sie meistens die Abschiebung. Wiederum Deutschland gehört zu den Einpeitschern, die im europäischen Rat eine neue Fassung der Schengenvertragsregelungen gegen das Europaparlament durchsetzten, nach der Mitgliedsstaaten bei einer größeren Anzahl von zu erwartenden Migranten (Migrationsströme) innerhalb der EU Grenzen dicht machen und Grenzkontrollen wieder einführen können – und das bis zu zwei Jahre. Völlig klar, dass der Druck auf Roma auch in ihren Herkunftsländern riesig wächst und sie auch in dieser Angelegenheit zu Sündenböcken werden.

Leipzig, Juni 2013: »Dann gebe ich meine Kinder beim Jugendamt ab«

Wir, die Leipziger Stadträtin Jule Nagel, die Westbalkanexpertin für Romafragen vom Verein Chachipe Karin Waringo und ich waren in Leipzig, um mit Migranten über ihre Fluchtgründe und ihre gegenwärtige Situation zu reden. Wir trafen im Asylbewerberheim in der Leipziger Liliensteinstraße auf Herrn H. aus der kosovarischen Stadt Pec. Seine Familiengeschichte steht für viele Roma. Ein ständiger Wechsel zwischen Vertreibung, Flucht, und Rückkehr.

Vom Nichts ins Nichts. Seine Familie erlebte den Bürgerkrieg, zu dessen Kollateralschaden Roma wurden. Zahlreiche Dörfer wurden ausgelöscht, Menschen vertrieben. Viele starben. Er erlebte, wie später einer seiner Verwandten 2001 umgebracht wurde, auf offener Straße. Als er zusammengeslagen wurde, gab es in Pec kein Krankenhaus, das ihn aufnahm, auch weil er kein Geld für die Arztkosten hatte. Ein Verwandter in Mazedonien nahm ihn ins Krankenhaus nach Mazedonien mit, 250 km, bezahlte dort die Krankenhausrechnung. Gesundheitliche Schäden gibt es nachweislich bis heute. Die Familie wanderte vom Kosovo nach Mazedonien, von Mazedonien nach Kosovo. Nirgendwo war eine Existenzsicherung möglich. Seit der Unabhängigkeit des Kosovo hat sich die Lage für Roma drastisch zugespitzt. Der Vater wurde geschlagen, auf offener Straße, die KFOR hatte nichts dagegen unternommen. Anzeigen bei der Polizei wanderten in den Papierkorb beziehungsweise kamen gar nicht erst zustande. Von der albanischen Regierung können Roma nichts erwarten. Also weg, das letzte Hab und Gut wurde verkauft.

»Ende 2012 stürmte die Polizei in das Asylbewerberheim. Vier Familien wurden im tiefsten Winter abgeschoben«

Mit 4.000 Euro wurde zuerst seine Frau, dann er nach Deutschland geschleust. Die Familie von Herr H. ist mittlerweile in ganz Europa verstreut, lebt in mindestens acht Ländern. Vater, Sohn mit Frau und drei Kindern sind seit 2008 in Deutschland, jetzt in Leipzig. Herr H. ist jünger als ich, man spürt seine Angespanntheit und die Sorge, wieder abgeschoben zu werden. Ich übernehme jede Arbeit, auch die niedrigste, ohne Lohn, aber lasst mich arbeiten – das hatte Herr H. den Behörden immer wieder gesagt. Ich will alles tun, aber niemals zurück in das Kosovo. Was ist meine Heimat, ich weiß es nicht. Wenn man uns abschiebt, dann gebe ich meine Kinder im Jugendamt ab. Ich will nicht, dass meine Kinder dieses Elend im Kosovo erleben.

Ebenso dramatisch ist die Familiengeschichte von Frau M. Sie kommt ebenfalls aus dem Kosovo. Aus Mitrovica, wir tauschten uns über Plätze und Orte aus. Ihre Familie lebte faktisch zwischen Serben und Albanern. Sie wurde als Minderjährige einem Mann versprochen, mit dem sie drei Monate verlobt war, bis sie sich in einen anderen Mann verliebte und weglief. Sie hatte Glück, dass die Familie ihres Liebsten sie aufnahm und allmählich auch ihre Eltern ihr verziehen. Sie heirateten, ein Kind kam. Ihr Mann betrieb Holzhandel. Dann arbeitete er bei einem albanischen Unternehmer. Dieser bezahlte ihn nicht, so dass er zu einem serbischen Ar-

beitgeber wechselte. Der ihn entlohnte. Dieser Wechsel, mitten im albanisch-serbischen Konflikt im Kosovo, hatte für Frau M. und ihren Mann verheerende Folgen. Ihr Mann wurde von Männern des ehemaligen Arbeitgebers brutal vergewaltigt.

Zwei Tage später kamen dieselben Männer in das Haus der Familie und vergewaltigten Frau M. Das war vor zehn Monaten. Die Polizei nahm keine Anzeige an. Es gab nirgends Unterstützung. Familie M. packte die Sachen, verkaufte, was zu Geld zu machen war, und ließ sich nach Deutschland schleusen. Erst hier wagte sie, über die Vergewaltigung zu sprechen. Wie Herr H. sitzt nun Frau M. in der Liliensteinstraße und hat Angst vor einer Abschiebung.

Frau M. spricht wie Herr H. sehr gutes Deutsch, selbst beigebracht. Ihre zwei Kinder sollen hier aufwachsen, nicht in das Elend zurück, lieber wolle sie sie abgeben.

Sie erzählte mir, wie Ende 2012 mitten im Winter ein großer Polizeibus vorfuhr und in das Asylbewerberheim stürmte. Vier Familien wurden im tiefsten Winter abgeschoben. Frau M. hatte Panik, dass ihre Tür aufgehen würde und die Polizei ihre Familie abführen würde. Ich habe immer ein Messer dabei, ich tue mir lieber was an, sagte sie mir. Vier Familien wurden mitgenommen, abgeschoben.

Mit Herr H. und Frau M. vereinbaren wir, in Kontakt zu bleiben, übergaben ihre Kontaktdaten Leipziger Aktivistinnen, um Hilfe zu leisten.

»Die schwangere Frau hatte ihre Papiere eingereicht, um ihren deutschen Freund zu heiraten. Trotzdem wurde sie abgeschoben«

Vom Asylbewerberheim Liliensteinstraße ging es ins linXX-net-Büro. Dort erwarteten uns zwei junge Frauen der Bornauer Initiative »Bon Courage«. Sie erzählten uns von einer jungen Romafräule, die kürzlich nach Skopje abgeschoben wurde. Diese Frau, schwanger, hatte ihre Papiere bereits eingereicht, um ihren deutschen Freund, mit dem sie seit Jahren zusammenlebt, zu heiraten. Ein gerichtlicher Eilantrag lief. Trotz dieser Sachlage wurde sie mitten in der Nacht aus ihrer Wohnung getrieben. Von Sachsen ging es per Sammelbus nach Baden-Baden. Von dort war ein extra Flugzeug gechartert worden, um Roma in den Westbalkan abzuschleppen. In Skopje angekommen, nahm man ihr den Reisepass weg und steckte sie in ein Hotel, da sie keinerlei Familienanbindung in Mazedonien mehr hat. Das Hotel bezahlen zurzeit die Vertreter von Bon Courage, weil sie weder Geld noch Arbeit hat, um die Miete zu bezahlen und ansonsten auf der

Straße landen würde. Geplant ist nun die Eheschließung nicht in Sachsen, sondern in Mazedonien. Für die Eheschließung verlangen die Behörden jedoch den Reisepass, was übrigens nicht rechtens ist. Begonnen hat der Kampf mit mazedonischen Ämtern zur Eheschließung mit normalem Personalausweis. Karin Waringo kennt Leute, die in Mazedonien real helfen könnten. Adressenaustausch, wieder ein Schritt weiter und doch ist das Ziel noch nicht erreicht.

Ein bisschen Hoffnung: Ein Roma-Dorf in Ungarn will mehr

Zwei Männer, Richard und Stefan, sind im linXXnet vor unserer Abendveranstaltung angekommen und wollen mit uns reden. Sie waren einen Monat in Ungarn. Sie besuchten Roma-Dörfer. Seit längerem wurde dort mit Schweizer Starthilfe eine Initiative begonnen. Der Anbau von landwirtschaftlichen Gütern, um den Eigenbedarf an Nahrungsmitteln besser decken zu können, wurde von der Roma-Gemeinschaft positiv aufgenommen.

»Aus Deutschland abgeschobene Roma-Familien wirft man im Kosovo vor, mit den Serben kollaboriert zu haben«

Überall im Dorf gibt es Beete und landwirtschaftlichen Anbau. Neben landwirtschaftlichem Anbau wurde auch dafür gesorgt, die Erwachsenen mit Grundschulbildung und landwirtschaftlichen Kenntnissen auszurüsten. Das Dorf braucht Hilfe, um EU-Mittel für die Weiterführung ihres Projektes akquirieren zu können. Deshalb ist unser Büro Adressat der Anfrage. Wir vereinbaren, schnellstmöglich ein Gespräch mit einem Kommissionsvertreter durchzuführen, der damit befasst ist und Unterstützung gewähren zu können. Nicht vergessen wurde, uns ein Forderungspapier zu übergeben, welches die Roma-Gemeinde selbst aufgestellt hat. Neben vielen wichtigen Forderungen an die EU, gab es auch zahlreiche an die ungarische Regierung. Eine gefällt mir besonders:

Punkt 6: »Ein Roma-Kulturzentrum mit internationaler Konzertbewerbung, Investitionen in Höhe von 7 bis 10 Mio. Forint, Bau mit Grünfläche, in Budapest!« Richtig so!

Als wir den Leipziger Tag, der auf der Lilienstraße in einem alternativen Kulturzentrum begann, in der Galerie KUB mit einer Veranstaltung zum Thema »Eine neue Lex Roma?« abschlossen, waren es junge Roma aus Ländern des Westbalkan, die ein Videoprojekt zeigten und dazu sangen. Das projektTheater Zittau e.V. hatte diese Idee entwickelt.

Junge Roma stehen zum ersten Mal auf der Bühne und sagen künstlerisch, wie sie über ihre Lage denken, welche Wünsche sie haben und wovon sie träumen.

»Ich bin als Mensch behandelt worden«, sagt einer. Er meint nicht die Behörden, sondern die Aktivist/innen

Ich bin hier als Mensch behandelt worden, sagt einer von ihnen. »Ich liebe Deutschland«, so heißt es im Lied und meint Aktivist/innen und Unterstützer/innen, die ihre Freunde geworden sind. Ich will hier leben. Ich will hier lernen, arbeiten, eine Familie haben. Ich kann nicht zurück. Niemals.

Ich finde, dass dieses Projekt in Brüssel auftreten sollte.

Zuerst erschienen auf www.cornelia-ernst.de

Vielfalt nicht ver-handeln! Über den Schutz von Kultur in der EU als öffentliche Aufgabe

Lothar Bisky und Nora Schüttpelz über Kultur als öffentliche Aufgabe und die Gefährdung von Vielfalt und Kultur durch den Binnenmarkt, Freihandelsabkommen und Kommerzialisierung



Europäische Gewerkschaften demonstrieren vor der EU-Kommission in Brüssel. Foto: Linke im EP

Kulturelle Ausnahme: Was das ist ...

Dass Kultur mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, scheint uns Europäern ganz normal. Ja, wir halten es mit Blick auf unsere Geschichte und Zukunft für notwendig, unser historisches und kulturelles Erbe sowie Ausdrucks- und Meinungsfreiheit zu schützen und zu fördern. »In Vielfalt geeint« ist Selbstverständnis und Selbstverpflichtung der Europäischen Union. Dies folgt aus der Erkenntnis, dass Identifikation mit der EU auch davon abhängt, in welchem Maße das Zusammenwachsen in Europa als kulturelle Berei-

cherung erlebt wird und ob regionale Kultur in Europa als gut aufgehoben und gefördert erlebt wird. Kultureller Austausch und das internationale Agieren (nicht nur) der Kunstschaffenden werden vielfach als Motoren europäischer Einigung begriffen und in der Tat ist gerade die nur scheinbar komplizierende und kostspielige Vielsprachigkeit Teil dessen: Europa ist der Kontinent der Übersetzungen. Dialoge zwischen Sprachen eröffnen andere Denkweisen, Ansichten, Lebensweisen, die nur denjenigen nicht verborgen bleiben, die in mehreren Sprachen denken müssen, wollen und können. Kulturförderung hat unterschiedliche Formen: Buchpreisbin-

derung, die Sonderstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Urheberrecht, Subventionen für künstlerische und Filmproduktionen und Synchronisierung, Finanzierung von Theatern, Bibliotheken, Museen, reduzierte Mehrwertsteuer für Kulturgüter, Austausch- und Kooperationsprogramme für Kulturschaffende und natürlich auch Förderprogramme für den Austausch im Bildungsbereich. Wenn auch manch konkrete Regelung wie der neue Rundfunkbeitrag nicht jedem gefällt – fast alle Steuerzahler sind im Grunde einverstanden, dass Kultur, einschließlich öffentlich-rechtlicher Medien, nicht reine Handelsware, sondern auch öffentliche Aufgabe ist und deshalb besonderen Regeln unterliegt.

... und wo es steht

Das ist gemeint, wenn von der »kulturellen Ausnahme« oder vom Schutz kultureller Diversität gesprochen wird. International vereinbart ist dieses Prinzip in der UNESCO-Konvention zum »Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. 130 Staaten sowie die EU selbst haben die Konvention seit 2005 ratifiziert.

Durch sie ist das »souveräne Recht [der Vertragspartner], ihre Kulturpolitik zu formulieren und umzusetzen sowie Maßnahmen zu beschließen, um die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern« im Völkerrecht verankert. Ausdrücklich ist vereinbart, dass dieses Übereinkommen nicht anderen Verträgen – etwa Freihandelsabkommen – unterzuordnen ist.

Die EU ist primärrechtlich auf die Wahrung der »nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitige Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes« verpflichtet (Art.167 AEUV). Ausdruck findet dies zum einen in der Kulturförderung durch die EU selbst. Im neuen Programm »Kreatives Europa« sind die bisherige Filmförderung durch die MEDIA-Programm und die Kulturförderung aus dem KULTUR-Programm zusammengefasst.

»De Gucht sieht audiovisuelle Dienstleistungen als Verhandlungsmasse für wirtschaftliche Vorteile«

Durch sie wurden bislang und werden auch in Zukunft Fördermittel von Bund und Ländern ergänzt.

Zugleich können derartige staatliche Kulturfördermaßnahmen vom allgemeinen Verbot staatlicher Beihilfen im EU-Binnenmarkt ausgenommen werden nach Art. 107.3d AEUV – und sind es aktuell auch noch.

Alles Kultur-gut? Mitnichten.

Doch Verfechtern internationalen Freihandels, der Binnenmarktfreiheiten sowie der Austeritätspolitik ist die »kulturelle Ausnahme« ein Dorn im Auge. Sowohl das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA, zu dem die Verhandlungen im Juli 2013 begannen, als auch die geplante Neugestaltung der »Kino-Mitteilung« der EU-Kommission, bei gleichzeitiger Kürzung des EU-Haushalts durch die Regierungen der Mitgliedstaaten, gefährden die Kulturlandschaft, wie wir sie kennen. Es gibt sicherlich mehr Beispiele, doch diese mögen zur Veranschaulichung der aktuellen Notwendigkeit, die Sonderstellung der Kultur zu verteidigen, zunächst genügen.

Wettbewerb der Kulturen

In den USA funktioniert Förderung von Kultur und Medien ganz anders als in Europa, ist mehrheitlich privatwirtschaftlich oder über Steuervergünstigungen organisiert. Kulturgüter werden viel mehr als Produkte angesehen. Es ist souveränes Recht dieses Landes, den Bereich der audiovisuellen Dienstleistungen entsprechend der eigenen Philosophie zu organisieren. Doch das geplante Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen EU und USA könnte die besondere Rolle, die Europa der Kultur aufgrund der hier vorhandenen Bedingungen und Unterschiedlichkeiten zuschreibt, zur Disposition stellen. Zumal die USA die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt nicht ratifiziert haben. Kritiker befürchten, US-Filmproduktionsfirmen könnten im Falle der Liberalisierung des audiovisuellen Sektors gegen die in Europa gängige Sonderbehandlung des Kultur- und Kreativsektors klagen. Wahrscheinlicher noch wäre, dass sie die sowie so knappen Fördergelder ebenfalls einforderten. Denn Kernziel von Freihandelsabkommen ist ja, dass die Vertragspartner sich gegenseitig als »Markt-Inländer« behandeln: Was einer darf, muss auch dem anderen gewährt werden.

»Der Marktanteil europäischer Filme liegt in den USA bei 6,5% – US-Filme in der EU bei 60%«

Heraus käme, so die Befürchtung, mehr Kommerzialisierung, weniger Kulturvielfalt: Schon jetzt liegt der Marktanteil europäischer Filme in den USA bei nur 6,5 Prozent, während US-amerikanische Kino-filme in der EU im Durchschnitt über 60 Prozent ausmachen, in einigen Ländern sogar deutlich mehr (Zahlen von 2010). Frankreich, das sich noch vergleichsweise besonders hohe Subventionen und Schutzquo-

tenregelungen »leistet«, bringt es immerhin noch auf einen Marktanteil eigener Filmproduktionen von 40 Prozent.

Ein Aufschrei von Film- und Medienschaffenden und einem Teil der Politiker in den Mitgliedstaaten, aber vor allem auch im Europaparlament, hat bewirkt, dass die Liberalisierung des Kultursektors zunächst nicht Eingang ins Verhandlungsmandat der EU-Kommission fand. Was genau aber am nicht-öffentlichen Verhandlungstisch besprochen und letztlich dem Europaparlament als Vertragsentwurf zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt wird, muss sich erst noch zeigen: Der für internationalen Handel zuständige EU-Kommissar Karel de Gucht hat bereits angekündigt, eine Erweiterung seines Mandats anzustreben, sollten Zugeständnisse zur Liberalisierung von Film und Fernsehen im Verhandlungsverlauf aus seiner Sicht erforderlich werden.

»Im EU-Haushalt 2014 ist weniger Geld für Kultur vorgesehen, obwohl die EU größer geworden ist«

Er scheint die audiovisuellen Dienstleistungen schlicht als Verhandlungsmasse im Ringen um wirtschaftliche Vorteile anzusehen.

Nun schreibt die EU-Kommission selbst: »Die EU verfügt über Regeln zum Schutz der reichen kulturellen Vielfalt Europas, [...]. In der EU und in den Mitgliedstaaten gibt es Gesetze, die die kulturelle Vielfalt schützen und fördern, zum Beispiel bei der Produktion von Filmen und Fernsehprogrammen, dem sogenannten audiovisuellen Sektor. Die EU wird das Recht und die Fähigkeit, Europas kulturelles Erbe zu schützen, keiner Gefahr aussetzen.«¹

Tatsächlich aber geht sie auch innerhalb der EU ganz direkt den Weg, Kultur immer mehr zu einem »normalen« Wirtschaftssektor umzudefinieren, indem genau diese Schutzregeln aufgeweicht werden.

Kulturmarkt – Binnenmarkt – globaler Markt

Die weiter oben angeführte Sonder-Regelung über staatliche Beihilfen für die Kultur haben Marktgläubige längst im Visier. Sie besagt, dass Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes als mit dem Binnenmarktregeln vereinbar angesehen, also erlaubt werden können. In Bezug auf die Filmförderung regelte die EU-Kommission in der so genannten Kino-Mitteilung², welche Grenzen den Staaten und Regionen bei der Finanzierung von Filmproduktionen gesetzt sind.

Das Filmfördersystem in Deutschland und einer Reihe ande-

rer EU-Mitgliedstaaten baut bislang stark auf Subventionen, vor allem auch durch die Bundesländer. Solche Subventionen werden damit gerechtfertigt, dass sie in den Wirtschaftskreislauf derjenigen Region zurückfließen, von der sie – meist aus Steuermitteln – gewährt werden. Mittels Förderauflagen zur so genannten Territorialisierung kann bisher verlangt werden, dass bis zu 80 Prozent der Produktionssumme vor Ort ausgegeben werden. Die Kino-Mitteilung von 2001 erlaubt diese Praxis, denn es galt als einsichtig, dass mit dieser Maßnahme Markt- und Handelsbeziehungen keineswegs unverhältnismäßig gestört wird, dafür aber kulturelle und gesellschaftlich wichtige Zielstellungen angemessen unterstützt werden. Indem ein Großteil Waren und Dienstleistungen aus der fördernden Region verwendet werden müssen, soll »Subventionstourismus« vermieden, filmwirtschaftliche Infrastruktur vor Ort gestärkt und regionale Filmkultur erhalten werden. Letztlich ist das auch ein Aspekt, der Publikum anzieht: Wer fühlt sich nicht einem Film besonders verbunden, in dem die Kneipe nebenan oder Produkte, die in der Region hergestellt werden auftaucht, oder an dem ein früherer Schulfreund mitgewirkt hat?

Die Möglichkeit territorialer Auflagen will die EU-Kommission nun im Rahmen der turnusgemäßen Überarbeitung der »Kinomitteilung« stark einschränken, weil es ihrer Auffassung nach dem Prinzip des freien Wettbewerbs widerspricht. Erneut regt sich Protest bei Künstlern, den verschiedenen Interessengruppen der Filmwirtschaft³ und Kulturpolitikern, selbst sonst konservativen.

UNESCO-Konvention: »Recht der Staaten, die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern«

Denn der Kultursektor ist sowieso schon ein Bereich, der in Krisenzeiten oft zuerst unter Kürzungen zu leiden hat: In Griechenland schließt die Regierung in Finanznot den staatlichen Rundfunk. Andernorts stehen Theater, Kinos und Museen vor dem Aus. Im EU-Haushalt ist für 2014 weniger Geld für Kulturausgaben vorgesehen als noch in diesem Jahr, obwohl die EU größer geworden ist. Angesichts echter oder vermeintlicher Sparzwängen würden wohl Mitgliedstaaten und Regionen noch weniger Rechtfertigungsgründe für Film- und Kulturförderung sehen, wenn die Subventionen künftig nicht mehr als Hebel für die regionale und lokale (Kultur-) Wirtschaft funktionierten. »Schwierige« Filme – wie Kurzfilme, Erstlingswerke, Dokumentarfilme oder solche mit kompliziertem, besonders kritischem Inhalt oder »kleinen« Sprachen – würden vermutlich noch weiter aus dem geförderten Repertoire verschwinden.

Leider obliegt die Überwachung des Wettbewerbsrechts allein der EU-Kommission: Weder die Mitgliedstaaten noch das EU-Parlament haben bei der Überarbeitung der Beihilferegeln ein verbindliches Mitspracherecht – übrigens ist dies ein Punkt, den das Europaparlament bei der nächsten Revision der EU-Verträge dringend geändert sehen will. Der Kommission jedoch scheint vor allem an der Durchsetzung der Binnenmarktprinzipien gelegen. Was aber die alleinige Geltung von Prinzipien des freien Binnenmarkts ohne übergeordnete Schutzbestimmungen an anderer Stelle bewirkt, lässt sich beim Thema Mindestlohn erkennen: Es ist nicht möglich, die Fördermittelbewilligung für Filmproduktionen von der Zahlung deutscher Tariflöhne für an der Filmproduktion beteiligte Arbeitnehmer aus anderen Ländern abhängig zu machen, wenn entsprechenden Tarifverträge in Deutschland nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Und jede weitere Liberalisierung im EU-Binnenmarkt macht es wahrscheinlicher, dass die betroffenen Güter auch unter Freihandelsverträge fallen.

»Verfechtern von Marktfreiheit und Austerität ist die kulturelle Ausnahme ein Dorn im Auge«

Im Herbst 2013 stehen sowohl die Entscheidung über die neue Kino-Mitteilung als auch die nächste Verhandlungsrunde zum TTIP an. Bei beiden geht es um die Frage, ob die kulturelle Vielfalt, die doch entscheidend für das Selbstverständnis des Europäischen Projekts ist, ein weiteres Stück einem einheitlichen Unterhaltungsmarkt Platz machen muss.

Dieser Artikel ist die Langfassung eines Beitrags für Europa-Rot, Ausgabe 12/2013. Zuerst erschienen auf www.dielinke-europa.eu.

Fußnoten

¹Europäische Kommission: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/questions-and-answers/index_de.htm

²Mitteilung der Kommission an den Rat das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu bestimmten Rechtsfragen im Zusammenhang mit Kinofilmen und anderen audiovisuellen Werken (KOM(2001)534)).

³Siehe auch Stellungnahmen zum Konsultationsverfahren zur Kino-Mitteilung – Europäische Kommission: http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_state_aid_films/index_en.html

Im Westen nichts Neues: Asylpolitik der EU – ein Sachstandsbericht aus Griechenland

Vortrag von Cornelia Ernst über die Flüchtlings- und Asylpolitik in der EU im Dezember 2012 in Athen



Demonstration am Weltflüchtlingstag in Brüssel: Asylsuche ist kein Verbrechen. Foto: Linke im EP

Um ein Haar hätte ich den Flieger in Athen verpasst, verstrickt in unzählige Debatten, aufgewühlt nach dem Besuch in einem Athener Asylknast. Wenige Monate nachdem im Straßburger Parlament huldvoll die neue Dublin-III-Regelung angenommen wurde, nur von den Linken abgelehnt, war ich in der Wirklichkeit angekommen.

Erbaut mit Mitteln der EU, leben hinter hohem Stacheldraht bis zu 60 Asylbewerber aus ganz Afrika und den ärmsten Regionen Asiens in einem einzigen Zimmer – hinter Gittern vor der Zimmertür, wie im Zoo. Halbe Kinder traf ich an, aus Bangladesch, Westafrika, Afghanistan, Iran und Irak. Sie hat-

ten keine festen Schuhe, keine warmen Sachen, auch in Griechenland ist Winter. Keine Heizung, kein Warmwasser, kaum Essen, keine anwaltliche Betreuung, keine Möglichkeit Verwandte anzurufen. Manche wussten nicht mal, wo sie sind.

Unser Besuch hatte erwirkt, dass wenigstens Matratzen zur Verfügung gestellt wurden. Nur eine Stunde am Tag gibt es »Ausgang« – das heißt Luft schnappen vor dem Knastgebäude. Die meisten Migranten wurden in Athens Zentrum aufgegriffen. Die griechische Regierung verordnete, Migranten polizeilich zu verfolgen. Sie werden am Tage im Stadtzentrum wie Verbrecher gejagt, mit Handschellen in Polizeiautos

verfrachtet und abtransportiert. Diese Praxis erhält in der Bevölkerung weitgehend Unterstützung. Als wir im Knast ankamen wurden wir von 15 bewaffneten Soldaten empfangen und eskortiert. Später erfuhren wir, dass dieser Knast zu den »guten« gehört. In Griechenland gibt es in jeder Polizeistation inhaftierte Asylbewerber, manche werden in Kellern ohne Licht monatelang gehalten, ohne gesetzliche Grundlage. Was wir erlebten, verstößt in allen Punkten gegen die Menschenrechtscharta, EU-Recht, den geringsten menschlichen Anstand. An dieser Praxis hat die jüngste europäische Gesetzgebung nichts geändert. Gäbe es SYRIZA nicht, würde dieses Thema im griechischen Parlament nicht einmal stattfinden! Unter dem Druck unzähliger NGO's, Anwälte, Vertreter linker Parteien und Initiativen, wurde die EU gezwungen, Aufnahmeleitlinie, Asylverfahrenrichtlinie und die Dublin-II-Regelung zu revidieren.

Ziel war es, ein gemeinsames Asylsystem in Europa zu entwickeln, um Verhältnissen wie in Griechenland entgegen zu wirken und die Verantwortung für Migranten auf alle EU-Mitgliedstaaten. auszuweiten.

»Die LINKE forderte stets die Abschaffung von Dublin II – zugunsten der Menschenwürde der Asylsuchenden«

Die ersten Vorschläge der Kommission waren hoffnungsvoll, das Parlament legte mit Verbesserungen nach. Der Rat, unter Führung Deutschlands, zerschlug aber alle relevanten menschenrechtlichen Ansätze. Eine der wichtigsten Fragen war es, bei der Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen die Verantwortung auf alle EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen.

Die Dublin-Verordnung regelt, dass derjenige Staat zuständig für die Prüfung eines Asylantrages ist, in welchem der Asylsuchende ankommt. Diese Regelung ist problematisch, weil Länder, die nicht an der Peripherie zu Drittstaaten liegen, wie Deutschland, damit weitgehend aus der Verantwortung sind und Asylsuchende, die nach Deutschland kommen, in den »ersten, weil sicheren« Mitgliedsstaat abgeschoben werden, dahin wo die- oder derjenige Asylsuchende zuerst angekommen ist. Das führt oft zur totalen Überforderung dieser Länder. In Griechenland leben aktuell ca. 600.000 Migranten, Tendenz steigend.

Die LINKE hat immer die Abschaffung von Dublin II gefordert und eine Neuregelung zugunsten der Menschenwürde der Asylsuchenden und das Recht auf rechtsstaatliche Behandlung. Das Dublin-System gewährt keinen Schutz und

hat Tausende Asylsuchende in die Illegalität gedrängt. Es gibt keinen Zugang zu fairen Asylverfahren oder humanen Aufnahmebedingungen.

Was wurde nach jahrelangem Tauziehen in den Verhandlungen zu Dublin II erreicht?

Es gibt ein paar Verbesserungen, wie das Recht auf ein obligatorisches Gespräch mit den Asylsuchenden, die Möglichkeit, Beschwerde und Rechtsmittel einzulegen, einige Verbesserungen für Minderjährige, ein Recht auf Information über Rechtswege. Auch sollen Antragsteller nicht in Mitgliedsstaaten überstellt werden dürfen, in denen systemische Mängel im Asylbereich herrschen. Aufschiebende Wirkungen hat das aber nicht, insbesondere wenn die Länder einen besonderen »Migrationsdruck« empfinden. Die Dublin-Regel wurde nicht abgeschafft. Asylbewerber können weiter inhaftiert werden, der Flickenteppich nationaler inhumaner Regelungen bleiben unangetastet, es gibt keinen ausdrücklichen Zwang die Asylsysteme zu verändern und kein Folterverbot, nicht mal bei Kindern. Was wir aber dringend brauchen ist eine grundlegende Veränderung des Zuständigkeitssystems. Der Staat soll zuständig für die Prüfung des Asylbegehrens sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen will. Humanitäre, familiäre, das Kindeswohl und kulturelle Gründe müssen dabei Beachtung finden.

»Was wir erlebten, verstößt in allen Punkten gegen die Menschenrechtscharta, EU-Recht, den geringsten menschlichen Anstand«

Fairer Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende und menschenwürdige Aufnahmebedingungen muss in allen EU-Staaten gewährt werden. Davon ist die EU meilenweit entfernt. Wir sind wieder am Anfang.

Zuerst erschienen auf www.cornelia-ernst.de

Wasser ist Menschenrecht: Rekommunalisierung statt Liberalisierungen bei der Konzessionsvergabe

Thomas Händel, Karola Boger und Frank Puskarev über eine drohende Welle neuer Liberalisierungen bei der Konzessionsvergabe und linke Vorschläge für öffentliche Alternativen



GUE/NGL-Konferenz für die Förderung des öffentlichen Transports, gegen Prestigeprojekte und für demokratische Entscheidungen der betroffenen Regionen. Foto: GUE/NGL

Die EU-Kommission hat Ende 2011 ein neues Richtlinienpaket zur öffentlichen Auftragsvergabe und Dienstleistungskonzessionen vorgelegt, das aus drei einzelnen Richtlinien besteht. Diese Richtlinien gingen in die Beratungen des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates: Die Richtlinie

- über die allgemeine Vergabe von öffentlichen Aufträgen.
- über die Konzessionsvergabe - KOM (2011) 897 sowie die
- sogenannte Sektorenrichtlinie über die Vergabe von Aufträgen im Bereich Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste – KOM (2011)895.

Die Richtlinien für die öffentliche Auftragsvergabe und die Sektorenrichtlinie sollen geändert werden, die Richtlinie für die Konzessionsvergabe ist dagegen völlig neu. Zwei Probleme stehen bei dieser im Vordergrund: Was unter einer Konzession überhaupt zu verstehen ist und ob man diese Richtlinie überhaupt braucht. Formell jedenfalls ist eine Konzession »die Verleihung eines Nutzungsrechts an einer öffentlichen Sache durch staatliche oder kommunale Behörden«. Die Abgrenzung zur öffentlichen Auftragsvergabe ist nicht einfach, was sich auch an der Vielzahl von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zeigt. Vereinfacht erfolgt

zum Beispiel der Bau eines Krankenhauses im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe. Das Betreiben durch einen externen Auftragnehmer (Konzessionär) erfolgt per Konzessionsvergabe. Er übernimmt dabei, zumindest teilweise, das betriebliche Risiko.

Das EP hatte sich 2008 im Anderson-Bericht und 2011 im Rühle-Bericht aus unterschiedlichen Gründen sehr kritisch diesbezüglich geäußert und gegen eine solche Regelung ausgesprochen. Auch Behörden in Deutschland, vor allem aus Städten und Gemeinden, liefen Sturm gegen die Richtlinie, der Bundesrat hat die aus seiner Sicht Nicht-Beachtung der Subsidiarität (also des Nachrangigkeits-Prinzips) gerügt.

»Infrastrukturprojekte werden durch die Beteiligung Privater nicht billiger – die Schulden werden nur in die Zukunft verlagert«

Mit dem Richtlinienpaket verfolgt die Kommission nach eigenen Angaben folgende Ziele:

- Steigerung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben,
- Förderung öffentlich-privater Partnerschaften,
- Flexibilisierung der Vergaberegeln,
- Erleichterung der Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an öffentlichen Vergabeverfahren,
- Unterstützung gesellschaftlicher Ziele durch öffentliche Auftragsvergabe (zum Beispiel Nachhaltigkeit),
- Gewährleistung von mehr Rechtssicherheit.

Im Kern wird jedoch die Zielsetzung der Strategie Europa 2020 vertieft: Immer mehr der bisher vor Wettbewerb geschützten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen für private Anleger und Wirtschaftsinteressen geöffnet werden.

Statt Wettbewerb über Qualität zu steuern, werden Löhne und Arbeitsbedingungen also faktisch zu Wettbewerbskriterien deklariert.

»Geschützte Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen für Wirtschaftsinteressen geöffnet werden«

Statt den ungehinderten Wettbewerb durch soziale Mindeststandards zu begrenzen, ist das Signal genau entgegengesetzt: Der Staat soll auf Grundlage der Binnenmarkt-Freiheiten wettbewerbsorientiert wirtschaften. Statt als Konsequenz der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die

europäische Sozialstaatlichkeit zu stärken, droht eine weitere Aushöhlung und Schwächung.

Was soll geändert werden ?

Die im Vertrag von Lissabon verankerte Freiheit der Behörden, selbst zu entscheiden, ob sie Konzession vergibt, wird durch den Druck auf die öffentlichen Finanzen faktisch ab einer bestimmten Größenordnung zum europaweiten Ausschreibungszwang. Die Rahmenbedingungen für die öffentlichen Auftraggeber beziehungsweise Vergabestellen, die Unternehmen, die Nutzerinnen und Nutzer und die Beschäftigten würden grundlegend geändert. Betroffen davon ist auch die öffentliche Daseinsvorsorge, das heißt die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, zu denen der Staat verpflichtet ist. Das Ziel ist dann nicht mehr die Sicherstellung dieser Güter und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, sondern die Organisation zu einem möglichst niedrigen Preis. Durch den Preisdruck ist Entscheidungsfreiwilligkeit der Behörden kaum mehr gegeben. Das führt faktisch zu Liberalisierung und Privatisierung. Aber auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für am Markt agierende Unternehmen, zum Beispiel im Hafenbereich, würden sich ändern, mit starken wirtschaftlichen Auswirkungen auf die regionale Ebene. Durch die Hervorhebung von günstigen Preisen und gleichzeitiger Reduzierung der sozialen Kriterien bei der Vergabe, zum Beispiel auf die Integration von benachteiligten Personengruppen, besteht zu befürchten, dass der Bieter-Wettbewerb ungehindert über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen stattfindet, das heißt auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und ob bei dem grundsätzlichen Vorrang des Marktliberalismus auch noch ökologische Ziele bei der öffentlichen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen verfolgt werden können, ist fraglich. Die Verpflichtung zur Bezahlung von Tariflöhnen bei der Vergabe von Konzessionen ist ausgeschlossen. Damit ist dem Preis-Unterbietungs-Wettbewerb über Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Die Entscheidung des EuGH im Fall Rüffert wird nicht korrigiert. Der Vorrang der wirtschaftlichen Grundfreiheiten im Verhältnis zu sozialen Rechten wird damit weiter zementiert. Die Möglichkeit, dass verschiedene Behörden zusammenarbeiten, ist nicht vorgesehen. Statt die regionale Erbringung von Dienstleistung zu unterstützen und den regionalen Arbeitsmarkt zu stabilisieren, muss unter Umständen europaweit ausgeschrieben werden. Öffentlich-Private-Partnerschaften (PPP-Public-Privat-Partnerships) werden vorangetrieben, schön gerechnet und so der Wettbewerb zu Ungunsten der Kommunen verzerrt, obwohl das unter anderem die deutschen Landesrechnungshöfe in ihrem gemeinsamen Bericht aus dem September 2011 monierten. Darin hat-

ten sie anhand von 30 ÖPP-Projekten detailliert vorgestellt, wo die Fallstricke von ÖPPs liegen – das zentrale Ergebnis: Infrastrukturprojekte werden durch die Beteiligung Privater meistens nicht billiger. Es handelt sich um eine Verlagerung der Schulden in die Zukunft, wie bereits die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Rechnungshöfe 2006 in ihrer gemeinsamen Erklärung betont hatten.

»Öffentliche Auftragsvergabe und Konzessionsvergabe sind wie geschaffen, die ordnende Rolle des Staates für sozialen Fortschritt zu nutzen«

Was ist zu tun? Um die Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der sozialen Standards zu verhindern ist die komplette Ablehnung dieser EU-Richtlinie zur Konzessionsvergabe der richtige Weg. Ob sich dafür im Parlament Mehrheiten organisieren lassen, war offen. Sehr hilfreich dafür wäre ein Einspruch nationaler und Länderparlamente (»Subsidiaritätseinrede«) gewesen. Als »Haltelinie« blieb auf EP-Ebene nur, den Entwurf zu verbessern:

Grundsätzlich muss den Behörden auf allen Ebenen das Recht verbleiben, selbst zu entscheiden, ob sie Konzessionen vergeben. Allerdings würde dieses Recht und die Freiheit der Behörden faktisch unterlaufen, wenn als Zuschlagskriterium das »wirtschaftlich günstigste Angebot« über Preis und Kosten, aber keine sogenannte »Tariftreue-Klausel« oder andere soziale und ökologische Kriterien zulässig wären. So würde über den Preis-Unterbietungswettbewerb Druck auf die Beschäftigten von Auftragnehmern und damit letztlich auch auf Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ausgeübt werden. Deshalb muss in das Zuschlagskriterium des »wirtschaftlich günstigen Angebots« auch die Einhaltung von Tarifverträgen, der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am vergleichbaren Arbeitsplatz sowie die Möglichkeit anderer Kriterien einfließen. Damit der Anreiz eines Anbieterwechsels nicht von Lohndumping bei den Beschäftigten ausgeht, müssen Arbeitnehmer, die von einem neuen Auftragnehmer übernommen werden, nach den bisherigen Konditionen übernommen werden, das heißt die Richtlinie zum Betriebsübergang entsprechend angewendet werden.

Die Einhaltung der rechtlichen Standards kann natürlich nur sicher gestellt werden, wenn Haupt- und Unterauftragnehmer jeder für sich und eine gemeinschaftliche Haftung besteht. Fazit: Der Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe und der Konzessionsvergabe sind wie geschaffen dafür, die ordnende Rolle des Staates für eine Politik des sozialen Fortschritts zu nutzen, das heißt für Vollbeschäftigung, Verringerung der Einkommensunterschiede, Stärkung des Sozialstaates, Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, Aus-

weitung der Arbeitnehmerrechte und der Mitbestimmung und für Weichenstellungen zu einer sozialen und ökologischen Weiterentwicklung des europäischen Projektes.

Bis dato war der Wettbewerb im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge eingeschränkt, da diese Dienstleistungen im Interesse der Allgemeinheit und mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen erbracht werden. Wenn diese Bereiche immer weiter liberalisiert und privatisiert werden, wird das nicht nur die Arbeitnehmer in diesen Bereichen treffen, sondern auch die Bürger, wenn die Leistungen schlechter und teurer werden. Besonders problematisch sind zum Beispiel Konzessionen bei Wasser: Wenn etwa ein Konzessionsnehmer insolvent wird, würde der Staat weiterhin verpflichtet sein, Wasser zu liefern, das heißt das »Betriebsrisiko« würde gerade nicht übergehen. Außerdem sind die Auswirkungen von Verträgen, die teilweise 99 Jahre dauern, nicht absehbar. Um Transparenz sicherzustellen, müssen alle Verträge bereits im Planungsstadium gegenüber allen Beteiligten auf allen Ebenen veröffentlicht werden.

»Die Richtlinie hätte den Druck zur europaweiten Ausschreibung von Konzessionen erheblich erhöht«

Das ist ein wichtiges Element gegen Sozialdumping und das einzige Mittel gegen Korruption und Günstlingswirtschaft.

Wasser in Gefahr! ?

Die Kommission wollte mit der Konzessionsrichtlinie Rechtsicherheit für Auftraggeber schaffen, da bei Konzessionen bisher bei jedem einzelnen Streitfall der EuGH zu entscheiden hatte.

Die Überschriften »Binnenmarkt« und »Wettbewerbsfreiheit« hätten allerdings auch dazu geführt, dass der bisher weitgehend geschützte Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge für private Investoren geöffnet wird, zum Beispiel die städtische Wasserversorgung. Investoren werden in der Regel nur tätig, wenn sich Geld verdienen lässt.

Wo Kommission und Rat hin wollten, wird in den Staaten deutlich, die finanzielle Unterstützung durch den Rettungsschirm (ESM) erhalten. Die »Troika« – aus Kommission, Europäische Zentralbank und Internationalem Währungsfonds – erzwingt in Griechenland und Portugal derzeit unter anderem die Privatisierung des Wassersektors. Mit der Konzessions-Richtlinie hat das – ursächlich – zunächst nichts zu tun, stellt aber den Vorschlag zu Konzessionen in einen nicht wegzudiskutierenden Kontext.

Erstmals werden damit die Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden als Konzessionsgeber und Unternehmen, die eine Konzession erhalten, und deren Durchführung geregelt. Daraus ergeben sich – indirekt – Folgen für Bürger, die zum Beispiel Wasser abnehmen.

Was soll sich durch die neue Richtlinie ändern?

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Richtlinie hätte nicht automatisch und allgemein die Privatisierung der Wasserversorgung erzwungen. Sie sah vielmehr vor, dass jede Ebene der öffentlichen Hand selbst entscheiden kann, ob sie Konzessionen vergibt, oder Güter und Dienstleistungen selbst bereitstellt. Allerdings hätten knappe Kassen Länder oder Gemeinden daran hindern können, selbst zu investieren und, stattdessen, Konzessionen zu vergeben. Zum Beispiel für die Fernheizung, den Betrieb des städtischen Krankenhauses und des Hallenbades, die Gasversorgung oder die Verwaltung einer Bibliothek. Entsprechend hätte diese Richtlinie den Druck zur europaweiten Ausschreibung von Konzessionen erheblich erhöht. Dies betrifft insbesondere Stadtwerke und kommunale Zweckverbände.

»Angesichts der Finanznot der Kommunen braucht der öffentliche Sektor Mittel für hohe Investitionen«

Heute schon vergeben viele Kommunen die öffentliche Wasserversorgung per Konzession. So wurde zum Beispiel in Berlin die Wasserversorgung ausgelagert. Allerdings haben inzwischen einige Städte und Gemeinden festgestellt, dass eine Vergabe nicht immer die beste Lösung ist: Teilweise ist der Preis unterm Strich höher, als wenn die Gemeinden sie in Eigenregie durchführen würden und zwar sowohl für die Kommunen, als auch für die Wasser-Preise für die Bürger. Die Qualität ist auch nicht automatisch besser, wie die Privatisierung der Wasserversorgung in England gezeigt hat. Und grundsätzlich handelt es sich bei Wasser nicht um ein Luxusgut, sondern ein Grundnahrungsmittel und sollte deshalb nicht in den Bereich der Gewinnerzielung fallen, sondern ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben.

Deshalb würde manche Gemeinde gerne wieder rekommunalisieren. Dafür fehlt jedoch oft das Geld. Dies kann man der Kommission nicht direkt anlasten, denn für die Finanzausstattung der Städte und Kommunen sind zum Beispiel in Deutschland die Länder und der Bund wesentlich mitverantwortlich. Sie setzen die Rahmenbedingungen, unter denen

die Städte und Kommunen handlungsfähig sind oder eben auch nicht.

In jedem Fall erhöht wird der Druck in Richtung weiterer Privatisierungen. Auch bisher hat die Öffentliche Hand schon Konzessionen vergeben. Wäre der Bericht – von der Kommission vorgeschlagen und vom Binnenmarktausschuss verändert – zur Richtlinie geworden, würden die Gemeinden auf Grundlage des ursprünglichen Entwurfes der Kommission ab einer Auftragshöhe von acht Mio. Euro zu einer europaweiten Ausschreibung verpflichtet. Das hätte dann auch bei einer Neuvergabe von bereits bestehenden Konzessionen gegolten. Um eine solche Konzession kann sich dann das Wasserwerk vor Ort bewerben, aber eben auch große, Europa- und weltweit tätige private Konzerne. Soziale Kriterien oder gar eine Tariftreue schreibt die Richtlinie nicht vor. Ein Preiswettbewerb auf dem Rücken der Bürger und Beschäftigten schien damit vorprogrammiert.

Angesichts der Finanznot und Unterfinanzierung der Kommunen und Kreise allerdings braucht der öffentliche Sektor Mittel für hohe Investitionen, die eine Kommune heute nur noch selten allein bewältigen kann. Das geht schon heute in der Kooperation mit anderen Kommunen und wäre auch mit dem Richtlinien-Entwurf möglich gewesen, die Hürden dafür allerdings wären extrem hoch gelegt. Es drängte sich der allgemeine Eindruck auf, als sollten öffentliche Unternehmen als Konzessionsnehmer gezielt dem privaten Investor gleichgestellt werden.

»Wo Kommission und Rat hin wollten, wird in den Staaten deutlich, die Unterstützung durch den ESM erhalten«

Das wäre an sich nicht fair, denn an die öffentliche Hand werden von der Allgemeinheit viel höhere Anforderungen in Sachen Preisgestaltung und sozialer Schutz gestellt wie an private Unternehmen. Folglich steht die öffentliche Hand dann schlechter da als private Unternehmen.

Alternativ geblieben wären letztlich nur noch mehr oder weniger vollständig in Eigenregie betriebene öffentliche Unternehmen, die sich auf die Versorgung der Allgemeinheit beschränken, und Kooperation von Kommunen zur Erbringung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dies jedoch wäre ob der oben skizzierten Schwierigkeiten und Probleme in Bezug auf die Kassenlage für viele Städte und Kommunen ein fast unerreichbares Ziel.

Was meint DIE LINKE im EP

Die Vorschläge setzen die bisherige wettbewerbsfixierte und wirtschaftsliberale Wirtschaftspolitik nach den Prinzipien der EU-Binnenmarktfreiheiten fort, der Sozialstaat wird weiter unterlaufen und Bemühungen zur Rekommunalisierung verschlechtert.

»Wochenlang überhäuften BürgerInnen die Europaabgeordneten mit Post, um die Erleichterung von Privatisierungen des Trinkwassers zu verhindern«

Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in die Hände von Kommunen und Regionen. Insbesondere soziale Dienstleistung und die Wasserversorgung gehören grundsätzlich nicht in die Hände von Profitinteressen. Deshalb lehnten wir diese Richtlinie im Ausschuss ab und haben diese grundsätzliche Position auch in den der Abstimmung im federführenden Binnenmarktausschuss folgenden Trilog-Verhandlungen vertreten. Darüber hinaus haben wir gemeinsam mit Sozialdemokraten und Grünen an den Stellen Verbesserungen verhandelt, an den solche vom IMCO vorgeschlagen wurden. Dazu gehörten unter anderem die weiter oben erläuterten erweiterten Zuschlagskriterien, rechtssicherer Formulierungen in Bezug auf geltende Tarifverträge und öko-soziale Standards sowie weitreichende Ausnahmen für staatlich regulierte Konzessionen wie Lotterien.

Besser spät als nie

Nach anhaltenden und intensiven Interventionen gegen die Einbeziehung des Wassersektors in die Konzessionsrichtlinie zeichnete sich in den Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und EP eine Lösung ab, die deutlich besser als die bisher von der Kommission vorgesehene Flickschusterei ist. Bis dahin hatten trotz der Proteste gegen weitere Liberalisierungen sowohl Europaparlament als auch Kommission den Ausschluss des Wassersektors abgelehnt, waren aber zu Zugeständnissen bereit, die die Spezifika vor allem der deutschen kommunalen Organisationsformen Rechnung tragen sollte. Dies war aber nur mäßig gelungen. Mit der Ankündigung des Binnenmarkt-Kommissars Barnier, den Wassersektor vollständig aus der Richtlinie auszunehmen, lenkte die Kommission letztlich doch ein. Wochenlang überhäuften Bürgerinnen und Bürger die Europaabgeordneten mit Post, um die Pläne zur europaweiten Erleichterung von Privatisie-

rungen im Trinkwasserbereich zu verhindern.

Diese Proteste hatten nun Erfolg. Die Kommission hat offensichtlich verstanden, dass die Sorgen der Menschen um bezahlbare und qualitativ hochwertige Wasserversorgung nicht einfach vom Tisch zu wischen sind. Wasser ist und bleibt ein Menschenrecht und darf nicht den Marktregeln unterworfen werden.

Nach den abschließenden Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament ist klar: alle akzeptieren den neuen Vorschlag der Kommission, den Wassersektor vollständig und dauerhaft aus der Konzessionsrichtlinie auszunehmen. Damit bestätigt sich die Hoffnung, auf europäischer Ebene werden Sorgen der Bürgerinnen und Bürger doch wahrgenommen. Diese Entscheidung musste final noch im Rahmen der Beschlussfassungen durch Rat und Parlament bestätigt werden. Schon heute kann man jedoch sagen: Widerstand lohnt sich. Es ist vor allem den Kommunen und Städten, Gewerkschaften, LINKEN, den die europäischen Bürgerinitiative unterzeichnenden 1,5 Millionen Menschen sowie SPD und Grünen zu verdanken, dass hier die Kommission und im Besonderen die deutsche Bundesregierung doch noch in die Schranken gewiesen wurden. Denn es darf noch einmal daran erinnert werden, dass vor allem letztere in den entsprechenden Debatten im Bundestag die Richtlinie verteidigt und die Ausnahme des Wassersektors abgelehnt hat.

»Die Bundesregierung wollte die Herausnahme des Wassersektors aus der Konzessionsrichtlinie verhindern«

Mit dieser Entscheidung ist allerdings keinesfalls sichergestellt, dass künftig die Wasserversorgung ausschließlich in öffentlicher Hand liegt. Dazu müssen auch auf nationaler und regionaler Ebene die Verantwortlichen diese Zäsur erkennen und entsprechend handeln. Wasser ist ein Menschenrecht. Der Zugang zu qualitativ hochwertiger und erschwinglicher Versorgung mit Trinkwasser darf nicht Marktregeln und Profitlogik unterworfen werden.

Die Konzessionsrichtlinie wird durch diese Ausnahme im Übrigen nur ein wenig verbessert. Weiterhin fehlen werden trotz intensiver Verhandlungen wirksame Tariftreue-Vorschriften und klare Regelungen, auch Subunternehmen an Sozial-, Umwelt- und arbeitsrechtliche Vorschriften zu binden und repräsentative Tarifverträge anzuerkennen. Aus diesem Grund müssen wir die Richtlinie auch weiterhin ablehnen.

Zuerst erschienen auf www.thomas-haendel.eu.

Rasterfahndung: Das Fluggastdaten-Abkommen zwischen der EU und den USA

Cornelia Ernst über das EU-Abkommen über Fluggastdaten mit den USA, Wirtschaftsinteressen und die Produktion von Verdächtigen, bevor Straftaten überhaupt vorliegen



Protest der GUENGL vor dem Plenarsaal des Europäischen Parlaments für den Schutz der Daten europäischer Fluggäste. Foto: GUE/NGL

Als die EU-Kommissarin Cecilia Malmström einigen Abgeordneten des Innenausschusses Mitte November den fertigen Vertragstext des Fluggastdatenabkommens mit den USA vorstellte, sprach sie von den »vielen Verbesserungen«, die die Kommission in den Verhandlungen mit den Amerikanern angeblich durchgesetzt hatten. Um das zu untermauern ließ sie sogar Kopien austeilen, auf denen Auszüge aus dem Text abgedruckt waren – ein Schelm der böses denkt angesichts der allzu günstigen Auswahl, die der Zettel enthielt.

Als ich wenige Tage später den Text des Abkommens im gesicherten Leseraum des Europaparlaments selbst in Augen-

schein nehmen konnte, wurde ziemlich schnell deutlich, dass Malmströms Verbesserungen nichts als Kosmetik sind, die Amerikaner sich in allen entscheidenden Bereichen durchgesetzt haben.

Auf Grundlage des PNR-Abkommens (PNR = Passenger Name Record) werden Fluglinien, die Flüge zwischen der EU und USA durchführen, verpflichtet, im Namen des Kampfes gegen Terrorismus und schweres transnationales Verbrechen die Fluggastdaten an die amerikanische Heimatschutzbehörde DHS zu übermitteln. Dazu braucht es weder einer konkreten Bedrohung noch irgendeines konkreten Verdachts. Die-

ses Abkommen, wie im übrigen alle Abkommen mit »PNR« im Namen, dient einer vollkommen anlasslosen, 15-jährigen Vorratsdatenspeicherung. Es ist auch kein Geheimnis, was das DHS mit den Daten macht. Sie werden mit »rule based targeting« auf vorher festgelegte Eigenschaften hin überprüft, um »unbekannte Verdächtige« aufzuspüren. Am Ende haben wir es folglich mit einer Rasterfahndung zu tun.

Inhaltlich lässt sich einiges gegen das Abkommen vorbringen. Die Daten werden 15 Jahre gespeichert. Ein schwerwiegendes Verbrechen im Sinne des Abkommens ist alles, was in den USA mit mindestens drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann, eine zumindest fragwürdige Definition. Einspruchsmöglichkeiten und Rechtsbehelfe für Betroffene existieren am Ende wohl nur auf dem Papier. Es gilt das amerikanische Informationsfreiheitsgesetz, demzufolge Behörden Daten nicht offenlegen müssen, wenn die Daten für die nationale Sicherheit relevant sind.

»PNR soll helfen, Verdächtige zu finden, wenn die Polizei noch nicht weiß, ob überhaupt ein Gesetz übertreten wurde«

Das kann für die PNR-Daten wohl in jedem Fall geltend gemacht werden, jeglicher Schutz persönlicher Daten ist damit unmöglich. Der tatsächliche Nutzen von PNR-Sammlung und rule based targeting ist zudem nie öffentlich nachgewiesen worden – uns Europaabgeordneten wird von Sicherheitsbehörden immer erklärt, diese Beweise gäbe es zwar, sie könnten aber wegen nationaler Sicherheitsinteressen nicht offen gelegt werden. Nein, von Datenschutz kann hier keine Rede sein.

In gewisser Hinsicht ist dieses Abkommen auch überflüssig. Denn es sind nicht die Fluglinien, die die PNR-Daten speichern, sondern eigenständige Firmen, sie nichts anderes machen und ihre Dienste den Airlines zur Verfügung stellen. Diese Firmen, die die computergestützten Reservierungssysteme (CRS) betreiben, sitzen fast alle in den USA oder speichern zumindest ihre Daten dort. Der Effekt: Die Heimatschutzbehörde kann jederzeit auf diese Daten zugreifen, egal was wir Europäer davon halten.

Der Datenaustausch der Airlines mit den CRS-Firmen indes verstößt gegen unsere Datenschutzgesetze, wenn die Server in USA stehen. Das PNR-Abkommen soll lediglich die amerikanischen Firmen vor Regressforderungen in Europa schützen – das jedenfalls sagten Vertreter des DHS vor dem amerikanischen Kongress.

Fluggastdatenspeicherung – vorerst nicht in der EU

Einige Augenblicke lang herrschte Stille im sonst so streitlustigen und geschäftigen Innenausschuss des Europaparlaments. Augenblicke, in denen alle auf die elektronische Anzeigetafel starrten, wo das Abstimmungsergebnis angezeigt wird. Erst dann wurde allen die kleine Sensation bewusst, die diese 30 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bedeuten. Der Innenausschuss würde nicht wie sonst üblich seine Änderungswünsche zum Vorschlag der Kommission beschließen und die Verhandlungen mit dem Ministerrat beginnen. Diesmal lehnte der Ausschuss den Vorschlag rundheraus ab. Dieses klare Nein muss zwar noch vom Plenum bestätigt werden, erst dann ist der Plan der Kommission gescheitert. Die erste Etappe aber ist schon mal geschafft.

Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass ein europaweites System eingerichtet wird, in dem pauschal die Fluggastdaten aller Flüge aus der EU oder in die EU hinein für fünf Jahre gespeichert werden sollen. Diese sogenannten PNR-Daten umfassen dabei weit mehr als nur Namen und Reiseroute der Passagiere. Die Datensätze können bis zu 30 Einzeldaten enthalten, darunter Details zur Bezahlung des Tickets, Reisebüros, Bustransfers, Hotelzimmer, Zimmergenossen, Essenswünsche und Sitzplatz im Flieger. Ein konkreter Anlass, diese Daten zu sammeln, zu speichern und zu verarbeiten würde nicht benötigt – die Sammlung von PNR ist eine Vorratsdatenspeicherung von allen Daten, die rund um eine Flugreise so anfallen können.

Ursprünglich als System zur Bekämpfung von Terrorismus gedacht, sollen die Daten nach Vorstellung der Kommission auch zur Aufdeckung und Verfolgung von »schwerer Kriminalität« genutzt werden können. Dabei geht es wohlgermerkt nicht um einen Zugriff für die Polizei auf die Passagierlisten der Fluglinien – im Rahmen einer Ermittlung kann darauf schon sehr lange zugegriffen werden. Dasselbe gilt letztlich für alle der genannten Daten. Sobald die Polizei an einem Fall dran ist und irgendetwas in der Hand hat, bekommen sie natürlich solche Daten, wenn sie denn etwas mit dem Fall zu tun haben.

So funktioniert die Sammlung von PNR-Daten aber nicht. Hier soll kein System geschaffen werden, das hilft, die Täter zu finden, wenn ein Verbrechen verübt wurde. PNR soll helfen, Verdächtige zu finden, wenn die Polizei noch gar nicht weiß, ob überhaupt irgendein Gesetz übertreten wurde. In Sicherheitskreisen ist dann immer die Rede von den »unbekannten Verdächtigen«.

Doppelt unbekannt, möchte man hinzufügen, schließlich sind ja nicht nur die angeblichen »Verdächtigen« unbekannt, selbst die Tat, derer sie verdächtig werden, ist unbe-

kannt. Die gesammelten PNR-Daten werden dann nach auffälligen Mustern durchforstet. Nach dem Motto: wer sein Ticket kurz vor Abflug kauft, bar bezahlt und dann mit viel Gepäck auf einem Umweg fliegt, ist bestimmt ein Drogenkurier und wird nach Ankunft der Polizei ein paar Fragen beantworten müssen. Exakt so erklären die Fürsprecher die Funktionsweise von PNR, und erzählen stolz die immer selben drei Fälle, in denen die Rechnung aufging. Ein ernstzunehmender Nachweis, dass diese Methode zu mehr führt als zu unschuldigen Verdächtigen, ist bis auf den heutigen Tag nicht geführt worden. Deshalb habe ich selbst die Ablehnung des Kommissionsvorschlags beantragt. Es wird höchste Zeit, dass Maßnahmen wie PNR nach ihrem Nutzen und ihrem Eingriff in unsere Freiheit bewertet werden, statt nach technokratischen Sicherheitsfantasien. Der Innenausschuss des EP hat am 24.4. endlich damit angefangen.

Linke fordert: »Freiheit statt technokratischer Sicherheitsfantasien«

Zuerst erschienen in der Tageszeitung Neues Deutschland, Brüsseler Spitzen, 2.12.2011

V # Intelligente Solidarität – Linke Politik für die EU als globaler Akteur

Partner Europa ? !

Linke Positionen zur Handelspolitik der EU

Interview mit Helmut Scholz über die Handelspolitik der EU in Zeiten der Krise und linke Politikansätze



GUE/NGL-Protest gegen das EU-Freihandelsabkommen mit den USA während der diesbezüglichen Plenardebatte. Im Hintergrund: Helmut Scholz und Thomas Händel. Foto: GUE/NGL

In den vergangenen Jahren hat die EU einen zunehmend aggressiven Kurs in der Handelspolitik eingeschlagen, der auf die weitgehende Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher Interessen ausgerichtet ist. Dieses Vorgehen könnte sich mit der Schaffung des geografisch und von seinen Potenzialen bislang einzigartigen gemeinsamen Wirtschaftsraums USA-EU noch verstärken und zugleich ernste Konsequenzen auch in den EU-Staaten haben. Helmut Scholz, Handelsexperte der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, wird die anstehenden Verhandlungen kritisch verfolgen. Im zuständigen Handelsausschuss INTA sind je-

doch die Positionen der Linken auch zu zahlreichen anderen Punkten, beispielsweise zu den »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« mit afrikanischen Ländern, zum Verhältnis EU-China oder zu den Beziehungen mit Lateinamerika gefordert.

Das transatlantische Freihandelsabkommen, das die Europäische Union und die USA schließen wollen, ist eine der größten wirtschaftspolitischen und sozialen Weichenstellungen beider Seiten für die kommenden Jahrzehnte. Mit dem Freihandels- und Investitionsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership

-TTIP) soll nicht nur einer der größten und stärksten gemeinsamen Märkte entstehen, sondern den USA und der EU eine herausgehobene Stellung im Weltwirtschafts- und Handelssystem gesichert werden. Kritiker fürchten jedoch, in der dann weltgrößten Freihandelszone könnte die EU ohnehin schon aufgeweichte Standards im Beschäftigungs-, Verbraucherschutz- oder Umweltbereich ganz aufgeben. Wie sehen Sie diese Sorgen?

Scholz: Wir haben es mit dem von beiden Seiten politisch gewollten Versuch zu tun, die zwei weltgrößten Märkte – sehen wir von chinesischem Binnenmarkt einmal ab – miteinander so zu verzahnen, dass ein gemeinsamer Wirtschaftsraum entsteht, der die Wirtschafts- und Finanzpotentiale der EU und der USA zusammenführt.

TTIP: »Das 21. Jahrhundert erfordert ganz andere Antworten auf globale Probleme«

»Die wirtschaftliche Dominanz der USA und der EU, damit auch deren politisches Gewicht, ist in Frage stellt.«

Und dies geschieht vor dem Hintergrund einer sehr widersprüchlichen, von vielen Krisen-Prozessen gezeichneten Entwicklung in der EU und auch in den USA. Dieser transatlantische Markt soll zugleich Antwort auf eine weltwirtschaftliche Situation sein, die von den wirtschaftlichen Aufholprozessen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), sowie weiterer »Schwellen-Länder« wie Südkorea, Mexiko, der Türkei, Kolumbien und Chile, oder den Südostasiatischen ASEAN-Staaten gekennzeichnet ist. Die bisherige wirtschaftliche Dominanz der USA und der EU, damit mittelfristig auch deren politisches Gewicht, wird und ist in Frage gestellt.

Es geht also um Erhaltung von Dominanz?

Scholz: Tatsächlich ist mit der TTIP die Frage verknüpft: Kann durch eine »einfache« Vergrößerung der Märkte unter gleichzeitigem Festhalten an neoliberaler Wirtschaftspolitik diese alte Rolle der USA und in deren Fahrwasser auch der EU, vor allem ihrer wirtschaftlich und finanzpolitisch stärksten Mitgliedstaaten, als Ordnungsmacht gegenüber dem »Rest der Welt« einfach fortgesetzt werden? Oder muss nicht viel eher eine neue Perspektive für weltwirtschaftliche Zusammenarbeit eröffnet werden, die Antworten für viele anstehende globale Herausforderungen aufzeigen könnte?

TTIP – transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen

Mit dem TTIP könnten bisherige Standards in verschiedensten Bereichen geschwächt oder gar aufgegeben werden. Formal hat das Europaparlament zwar keine Mitsprachemöglichkeit beim Verhandlungsmandat – darüber entscheiden die 27 EU-Regierungen und die EU-Kommission. Seine Meinung hat aber dennoch Gewicht, weil es nach Abschluss der Gespräche dem Abkommen zustimmen muss.

Die ökonomische Krisensituation der USA hat deren Rolle als Ordnungsmacht bereits geschwächt.

Scholz: Die Intentionen, die sich mit der TTIP verbinden, kommen natürlich aus einer problematischen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Stellung der USA und auch der EU. Es ist ja keine neue Idee, und gerade die konservativ regierten Mitgliedstaaten der Europäischen Union drängten seit langem auf ein solches Abkommen. Aber erst mit dem eindeutigen »Bekenntnis« Präsident Obamas in seiner Lagezur-Nation-Rede Mitte Februar kam grünes Licht aus Washington. Die USA verorten sich ganz offensichtlich neu. Zum pazifischen Pfeiler mit den seit einem Jahr laufenden Verhandlungen zu einem »Transpazifischen Handelsabkommen« kommt nun der transatlantische Pfeiler hinzu. Die USA wollen verloren gegangene wirtschaftliche Stärke durch die Einbindung anderer Partner kompensieren.

Und die EU?

Scholz: Natürlich ist auch die EU ihrerseits an solchen Verankerungen interessiert. Davon sprechen die gegenwärtig bereits abgeschlossenen oder im Verhandlungsprozess befindlichen 70 bilateralen oder bi-regionalen Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen eine deutliche Sprache. In ihrer gegenwärtigen Verfasstheit ist die EU aber für die USA auch nicht der Rettungsanker. Was sich hier bisher abzeichnet, ist lediglich – bei den politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen nicht verwunderlich – für beide Seiten die Fortsetzung der bisherigen Politik mit erweiterten Mitteln. Das 21. Jahrhundert erfordert jedoch ganz andere Antworten auf globale Probleme.

Sie gehen davon aus, dass dieses Umdenken nicht stattfindet. Als Linker müssten Sie dann gegen ein TTIP sein.

Scholz: Es stellt sich für die Politik, auch für linke internationale Politik immer die Frage: Wie greife ich in bestimmte Entwicklungsprozesse ein, wie ermögliche ich Veränderungen, wie trage ich jetzt und hier zum Zustandekommen anderer Kräfteverhältnisse bei? Ich glaube nicht, dass wir auf ein einfaches Ja-Nein-Spiel hoffen dürfen, wenn wir Ände-

rungen erreichen wollen. Woher und zu welchen Bedingungen kommen Investitionen für die dringend notwendige Re-Industrialisierung gerade im Süden und Osten der EU, für eine Energiewende hin zur regenerativen Energieerzeugung, um nur zwei Beispiele für die Dimension der Fragestellungen aufzuzeigen.

TTIP: »Lohnfragen und gewerkschaftliche Rechte könnten Gegenstand der Verhandlungen werden«

In der das TTIP vorbereitenden »hochrangigen Arbeitsgruppe für Arbeitsplätze und Wachstum« der EU-Kommission und der US-Administration wurden zwar Wunsch-Dir-Was-Konzeptionen für die Job-Schaffung beschrieben. Aber mit keiner Silbe wurde ein Bruch mit neoliberaler Praxis der internationalen Multis, Banken oder ein politisch gesetztes Signal zur Entmachtung der Finanzmärkte beschrieben. Wir brauchen jedoch gemeinsam vereinbarte Strukturen und Mechanismen, die das Umsteuern ermöglichen. Das wird nicht ohne aktives Eingreifen, und zwar geballtes aktives Eingreifen aller alternativ denkenden Kräfte in allen Bereichen der Gesellschaft, möglich sein. Wir brauchen keine »Wirtschafts-NATO«. Aber sicher eine Kooperation zwischen EU und den USA, wenn es um die Fragen der Energieversorgung, der Nahrungsmittelproduktion, den Austausch von Hightech-Produkten geht. Dies darf nicht zu Lasten der anderen Regionen der Welt gehen, es darf keine Vormachtstellung aufgebaut werden. Wir haben viele kritische Stimmen in den 27 Mitgliedstaaten der EU und auch in den USA gegenüber einem solchen Kurs.

Selbst wenn der US-Präsident gegen eine solche Ausrichtung wäre – Barack Obama musste in der Vergangenheit wegen des innenpolitischen Kräfteverhältnisses wiederholt von seinen Versprechungen abweichen.

Scholz: Obama muss ständig Anpassungen seines politischen Kurses an die machtpolitischen Gegebenheiten in den USA vornehmen. Und auch die EU befindet sich mit ihren 27 Mitgliedstaaten in einer sehr grundsätzlichen, auch machtpolitischen Diskussion über ihr Wie und Weiter. Verhindert werden muss ein einseitig auf den jeweiligen Wirtschaftsraum bezogenes Agieren. Wohin solche Egoismen führen können, sehen wir doch gerade gegenwärtig auch innerhalb der EU sehr deutlich. Wir brauchen keine Handelskriege, keine Wirtschaftskriege, keinen Finanzkriege, weder zwischen den USA und der EU noch zwischen dem beabsichtigten transatlantischen Markt gegenüber dem Rest der Welt. Aber natürlich bringt ein solches Abkommen zwischen einem Nationalstaat

und einem Staatenbündnis wie der EU Probleme mit sich: Verändert sich mit einem breiten Freihandelsabkommen die bestehende Rechtsordnung in Europa? Wir haben einen ausgeprägten Binnenmarkt mit gültigen, in jeweiliges nationales Recht umgesetzten Regeln, Mechanismen und Standards, die zwischen den 27 Mitgliedstaaten entwickelt wurden.

Bleiben diese unangetastet oder zwingen die USA uns mit ihrem internen Binnenmarktgefüge nun andere Regeln auf? Die Art und Weise der Regeln setzenden Strukturen ist ja völlig anders: In der EU sind es die Gesetzgeber auf den jeweiligen Ebenen, in den USA sind es »unabhängige«, vom Gesetzgeber nicht abhängige Agenturen.

Gelingt es uns Standards, wie wir sie in Europa gemeinschaftlich entwickelt und vereinbart haben zu verteidigen und sie vielleicht sogar weiterzuentwickeln, oder werden sie weiter abgebaut, unter Bezugnahme auf solche alten beliebten Formeln wie internationale Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz usw. usf. ? Dazu zähle ich auch die Anwendung der ILO-Kernarbeitsnormen, von denen in den USA bisher nur zwei Geltung erlangt haben. Auch Lohnfragen, Tarife und gewerkschaftliche Rechte wie die Vereinigungsfreiheit könnten Gegenstand der Verhandlungen werden. Übrigens: Die amerikanischen Gewerkschaften hoffen hier auf eine positive Wirkung der europäischen Seite. Sie haben auch bereits mit dem EGB eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Begleitung der TTIP-Verhandlungen gebildet.

»Wir brauchen keine Wirtschafts-NATO«

Dazu müsste die EU selbstbewusst in die Gespräche gehen. Wie schätzen Sie die Verhandlungsposition der EU-Kommission ein ?

Scholz: Laut Aussagen des zuständigen Handelskommissars De Gucht handelt es sich um das ambitionierteste, tiefgreifendste und größte Handelsabkommen, das die EU jemals mit einem anderen Partner abgeschlossen hat oder abschließen will. Wenn wir uns die Dimensionen der Märkte und der beabsichtigten Inhalte anschauen, stimmt das. De Gucht behauptet, es handele sich um ein »reines« Handels- und Investitionsabkommen und es gehe also nicht um eine, auch von Abgeordneten bereits befürchtete Veränderung des bestehenden Rechtsrahmens der EU; vielmehr könne jeder Partner an seinen internen Regelungen und Gesetzen festhalten. Ziel sei die gegenseitige Anerkennung, wie zum Beispiel bei den Sicherheitsstandards für Autos. Gleichzeitig spricht er aber auch vom Ziel der »legislativen Annäherung«. Es wäre naiv zu glauben, dass die Verhandlungen nicht auch

genutzt werden sollen und in gewissem Maße ja dann auch notgedrungen werden müssen, um »Kompromisse« zwischen den unterschiedlichen Rechtsordnungen und Regelungen in beiden Märkten durchzusetzen oder weitergehende »regulatorische Anpassungen« vorzunehmen. Ein Beispiel wäre, ob die Kennzeichnungspflicht in der EU für genmanipulierte Nahrungsmittel oder die bekannte REACH-Richtlinie, die ja auch in der EU selbst noch immer Angriffen aus unternehmerischen Kreisen unterliegt, erhalten bleiben. Inwieweit die europäische Seite also ihre eigenen Kriterien und Prinzipien in den Gesprächen durchsetzen kann, muss sich zeigen.

»EU-Abgeordneten können TTIP zustimmen oder im Ganzen Ablehnen, nicht einzelne Teile des Abkommens verändern«

Hier setzen ja auch viele unserer Kritiken am Verhandlungsmandat an, zum Beispiel hinsichtlich der Verteidigungsmöglichkeit und -bereitschaft der Kommission, die kulturelle Vielfalt der EU zu bewahren und deshalb den audio-visuellen Sektor konsequent aus den Verhandlungen herauszuhalten. Erst der Handelsausschuss des EU-Parlaments – mehrheitlich gegen die Stimmen der EVP und ECR und teilweise der liberalen Fraktionen –, jetzt das ganze Parlament und im EU-Rat allein der französische Präsident haben hier erfolgreich eine wichtige, mögliche »rote Linie« aufgezeigt. Ob Kanzlerin Merkel diese Position im Juni aufgreift und sich bei der endgültigen Mandatsformulierung anschließt, hängt eben auch vom gesellschaftlichen Druck ab.

Können die Europaabgeordneten eine solche Entwicklung befördern?

Scholz: Vor der Aufnahme der Verhandlungen kann der Handelsausschuss dem Rat lediglich Empfehlungen geben, was dieser in das Verhandlungsmandat für die Kommission hineinschreiben soll. 20 Mitgliedstaaten hatten hier bereits unterschiedliche Vorbehalte geäußert. Nach dem Abschluss der Verhandlungen wird das Abkommen dann dem Europäischen Parlament entsprechend dem Lissabon Vertrag zur Entscheidung vorgelegt. Wir Abgeordneten können zustimmen, oder es im Ganzen ablehnen. Aber wir können nicht einzelne Teile des Abkommens direkt verändern.

Seit wir ACTA abgelehnt haben, werden wir von der Kommission allerdings spürbar mehr gefürchtet und erheblich besser mit Informationen aus den Verhandlungen versorgt. Aber ganz klar: Die Linke im Europäischen Parlament wird sich, in ständiger Zusammenarbeit beispielsweise mit den

Gewerkschaften, der alternativen Globalisierungsbewegung und Nichtregierungsorganisationen, für maximale Transparenz der Verhandlungen einsetzen, diese sehr kritisch begleiten und dabei stets die von uns definierten roten Linien einbringen.

Das haben Sie zumindest zum Teil bereits geschafft.

Scholz: Wir konnten als kleinen Teilerfolg einen Antrag durchbringen, der die Herausnahme der Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien aus dem Verhandlungsmandat fordert. Zahlreiche Kunst- und Filmschaffende sowie Medien aus Europa befürchten, dass im Zuge einer mit dem Abkommen angestrebten Liberalisierung Möglichkeiten wegfallen könnten, Filme und andere Kulturgüter ihres Sprachraums öffentlich zu subventionieren. Nun liegt es an der Bundesregierung und ihren Partnern im Europäischen Rat, dieser Forderung zu entsprechen. Viele weitere berechnete Anliegen der Bevölkerungen wie zum Beispiel Schutz vor Genmanipulation in der Landwirtschaft, vor dem Ausverkauf des Datenschutzes, der Verringerung des Verbraucherschutzes oder vor Zulassung von Fracking durch US-Konzerne oder künftig auch europäischer Unternehmen, wie es Kommissar Oettinger will, wurden von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen ignoriert. Als Linke fordern wir, der Kommission im Verhandlungsmandat »rote Linien« zu setzen. Die Qualität der Arbeitsbedingungen, der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, eine Landwirtschaft frei von Genmanipulation, Hormonfleisch oder dem Klonen von Tieren, der Vorrang von Umweltschutz vor Investoreninteressen, hohe Verbraucherschutzstandards und der Schutz von persönlichen Daten vor Datenhändlern wie Google oder Facebook dürfen nicht zur Verhandlungsmasse werden.

»Der Kommission im Verhandlungsmandat rote Linien setzen«

Daran werden wir jegliches Verhandlungsergebnis zwischen EU und USA messen.

Die Bedenken der europäischen Bürgerinnen und Bürger – und sicher auch großer Teile der US-Bevölkerung – sind verständlich und berechtigt. Aber selbst wenn diese Sorgen berücksichtigt würden: Unterm Strich bleibt das Anliegen, die EU-Handelspolitik immer aggressiver zu gestalten und sie den Interessen der europäischen Wirtschaft unterzuordnen.

Scholz: Das ist richtig, und dieser Kurs muss bekämpft werden. Nur ein Beispiel aus den vergangenen Wochen: Das ers-

te Interimsabkommen zu einer »Wirtschaftspartnerschaft«, das im südöstlichen Afrika zur Anwendung kommen soll, wird von der EU-Kommission als ein »major achievement in relations between Africa and the EU« gefeiert. Tatsächlich haben aber die meisten afrikanischen Regierungen die Forderungen der EU-Kommission in den Verhandlungen nicht akzeptiert. Und das hat seinen Grund. Denn es geht um eine komplette Markttöffnung der Staaten, die die afrikanischen Staaten praktisch schutzlos der europäischen Konkurrenz aussetzt.

Partnerschaftsabkommen mit Afrika: »Es verdient seinen Namen nicht«

EPA – »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen«

Seit 2006 verhandelt die EU mit Staaten in Afrika, Asien und im pazifischen Raum über den Abschluss von EPA. Obgleich diese Vereinbarungen die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer fördern und helfen sollen, Menschen aus der Armut zu befreien, geht es der EU um weitreichende Freihandelsabkommen, von denen vor allem europäische Exporteure profitieren würden.

Dieses Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verdient seinen Namen nicht. Es dient vielmehr den Außenhandelsinteressen der EU zu Lasten der entwicklungspolitischen Zielstellungen. Zudem gefährdet dieses EPA die regionale Integration im südlichen und östlichen Afrika. Es schließt die beteiligten Länder faktisch vom Beitritt zu einer künftigen Zollunion mit anderen afrikanischen Ländern aus und zementiert die Rolle der EU als wichtigem Exportziel für agrarische Rohstoffe.

Das klingt sehr abstrakt.

Scholz: Machen wir es konkret, am Beispiel von Mauritius, Madagaskar, den Seychellen und Simbabwe. Die wegfallenden Zolleinnahmen werden große Löcher in die öffentlichen Haushalte dieser afrikanischen »Partnerländer« reißen. 14 Millionen Dollar für Madagaskar, vier Millionen für Mauritius, 141 Millionen für die Seychellen und sieben Millionen für Simbabwe. Geld, das für Bildung und Gesundheit fehlen wird. Und wir zahlen dafür nicht einmal eine Kompensation, sondern kürzen sogar die Entwicklungshilfe.

Trotzdem sieht das eine Mehrheit auch im Europäischen Parlament anders. Ende Mai hat eine Parlamentsmehrheit eine Rückweisung des Kommissionsvorschlags abgelehnt, der im Oktober 2014 ein Ende des privilegierte Zugang für Waren aus verschiedenen afrikanischen Staa-

ten vorsieht, sollten diese Länder bis dahin keine »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« mit der EU ratifizieren.

Scholz: Das stimmt. Diese Entscheidung betraf den Marktzugang für Waren aus Kenia, Namibia und anderen Ländern. Mit dieser Entscheidung wurde die Erpressungspolitik der EU gegenüber den betroffenen Staaten faktisch bestätigt.

Dass der notwendigen Abstimmung innerhalb der ostafrikanischen Gemeinschaft nun der Boden entzogen und die »Liberalisierung« der Volkswirtschaften über die EPA erzwungen wird, kann der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie der regionalen Zusammenarbeit schweren Schaden zufügen. Nicht zuletzt hat sich die EU mit diesem Vorgehen als fairer Verhandlungspartner diskreditiert. Nun könnten auch für den europäischen Verbraucher Waren wie Blumen, Tee, Kaffee und Fisch teurer werden, da auf diese Güter beispielsweise aus Kenia in der EU dann bis zu 16 Prozent Einfuhrzölle erhoben werden. Gemeinsam mit zahlreichen Entwicklungshilfeorganisationen hatte ich mich für eine längere Übergangsregelung bis Anfang 2019 eingesetzt. Aber natürlich existiert das Europäische Parlament nicht als »Raumschiff« losgelöst von Zeit und Raum. Es gibt ein Kräfteverhältnis, das von konservativen und sozialdemokratischen Parteien beherrscht wird.

»Ein guter Tag für die Demokratie in Europa: ACTA ad acta«

Wir als relativ kleine Linksfraktion können unsere Forderungen zwar vorbringen, oftmals jedoch nicht oder nur im Zusammengehen mit Abgeordneten anderer Fraktionen durchsetzen. Das hindert uns jedoch keinesfalls, immer wieder praktikable Vorschläge für ein besseres, soziales, demokratisches und friedliches Europa, das sich für eine gerechte Welt und Weltwirtschaftsordnung einsetzt, vorzubringen.

Im Falle des »Antiproduktpiraterie-Abkommens« ACTA stand das Parlament gegen Kommission und Rat – und hat sich bei der Abstimmung im Sommer 2012 durchgesetzt.

Scholz: Das war ein guter Tag für die Demokratie in Europa. Tausende Bürgerinnen und Bürger haben sich erfolgreich gegen ACTA engagiert. Trotzdem hatten bis zuletzt konservative Abgeordnete versucht, die Abstimmung zu verschieben. Die sozialdemokratische und die liberale Fraktion waren lange gespalten, sahen sich aber erheblichem Druck durch linke und grüne Abgeordnete ausgesetzt. In namentlicher Abstimmung mussten dann alle Abgeordneten zum Abkommen

selbst Farbe bekennen. Am Ende erhielt ACTA nur noch 39 Ja-Stimmen. 478 Abgeordnete lehnten das Abkommen ab und 165 enthielten sich. Das Engagement der Anti-ACTA-Bewegung wurde nicht enttäuscht. Dieser Erfolg war eine klare Niederlage der Kommission, insbesondere des Handelskommissars De Gucht, aber auch der Regierungen der Mitgliedstaaten, die ACTA einstimmig durchgewunken hatten.

ACTA – Anti-Counterfeiting Trade Agreement

Das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen ist ein geplantes multilaterales Handelsabkommen auf völkerrechtlicher Ebene. Die teilnehmenden Nationen beziehungsweise Staatenbünde wollen mit ACTA internationale Standards gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen etablieren. Die EU wollte mit einer Gruppe von Industriestaaten ein Abkommen schließen, das die Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten bestimmen sollte. Internetanbieter wären für Inhalte und Aktivitäten ihrer Kunden haftbar geworden und hätten bei Verstößen die Kundendaten auch an Konzerne in anderen Ländern liefern müssen. Filesharing wäre in den Grenzbereich der Kriminalität gerückt worden. Preiswerte Medikamente aus Indien liefen Gefahr, beim Transport in Entwicklungsländer beschlagnahmt zu werden. Die Vertrags-handlungen waren lange geheim geführt worden, bis Europaabgeordnete nach internationalen Protesten eine Offenlegung der Dokumente durchsetzten.

»Beim Recht der Staaten auf den Schutz ihrer Bauern, Nahrungsmittelsicherheit und Bodenschätze und ist mir die Parlamentsmehrheit gefolgt«

Was ist denn an einem Abkommen gegen Produktpiraterie so schlecht?

Scholz: Zweifellos müssen diese Fragen geregelt werden, nehmen doch beispielsweise Aspekte des Urheberrechts, des geistigen Eigentums, des Zugangs zu digitalen Inhalten oder natürlich auch des Daten- und Persönlichkeitsschutz im Zeitalter des Internets immer weiter an Bedeutung zu. Die Europäische Kommission allerdings wollte Profitinteressen großer Konzerne über den Schutz von Bürgerrechten stellen. Es war ein falscher Ansatz, die Themen Markenschutz, Sicherheit von Medikamenten und Generikahandel sowie Internet und Urheberrecht in einem einzigen Abkommen zu vermengen.

Es war ein falscher Ansatz, nicht gemeinsam mit China, Indien und den Entwicklungsländern multilateral zu arbeiten, sondern im Kreise weniger Industrienationen ein Abkommen

auszudealen als Korsett für alle. Es war ein falscher Ansatz, das Profitinteresse von Konzernen zu schützen, anstatt die Rechte und Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern und Kreativen im Internet zu verbinden. Die Sorge um den Verlust von Freiheit und Bürgerrechten im Internet ist für Europas Bürgerinnen und Bürger das zentrale Thema. Mit ACTA wären Internetprovider zur Netzpolizei gemacht worden. Es ging auch um die Kontrolle des Verhaltens im Internet und die Weitergabe persönlicher Daten. Für mich ist die digitale Freiheit Bestandteil der Grundrechte.

»Werden EU-Standards weiterentwickelt oder abgebaut?«

Auch bei einem anderen Thema Ihrer Arbeit geht es um Grund- und Menschenrechte. Sie haben die Aushandlung der Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien intensiv begleitet und diese Vereinbarungen scharf kritisiert.

Scholz: Ja, denn dieses Abkommen, das auch von der Parlamentsmehrheit gebilligt wurde, stellt die Weichen der europäischen Handelspolitik mit Drittstaaten in die falsche Richtung. Diese Partnerländer der EU sind in einem komplizierten Übergangsprozess und die Vereinbarungen nehmen viel zu früh den Druck von Politik und Wirtschaft, dauerhaft und rechtlich überprüfbar die notwendige tiefgehende Demokratisierung der Gesellschaften und einen sozial wie ökologisch nachhaltigen Alltag für alle Menschen in den Vertragsstaaten zu gewährleisten. Die Aufarbeitung der massiven Menschenrechtsverletzungen in den beiden lateinamerikanischen Staaten und entsprechende juristische Schritte verbleibt vage und die weitere Verarmung, insbesondere von Kleinbauern und ohnehin schon benachteiligter Bevölkerungsschichten, wird akzeptiert.

Freihandelsabkommen EU – Kolumbien / Peru

Das Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru stellt die wirtschaftlichen Interessen der EU vor den Schutz von Menschenrechten. Viele Nicht-Regierungsorganisationen kritisieren gemeinsam mit Parlamentariern insbesondere der Linken, dass die radikale Liberalisierung im Handel, beim geistigen Eigentum und im Finanzsektor die Partnerstaaten in Südamerika schädigen. Die Regeln zum Schutz von Menschenrechten sind zudem viel zu schwach ausgelegt.

In Ihrem vom Europäischen Parlament angenommenen Lateinamerika-Bericht sprechen Sie sich für »wechselseitigen Nutzen« statt neokolonialer Ausbeutung aus.

Scholz: Ja, denn es geht um partnerschaftlichen Umgang und Anerkennung selbstbestimmter Entwicklungswege. Handelspolitik pur kann und darf es nicht mehr geben. Menschenrechte, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte müssen Bestandteile aller künftigen Abkommen sein. Notwendig ist zudem die Finanzierung ergänzender Maßnahmen, die unsere Partner beim Aufbau ihrer Potenziale für den internationalen Handel unterstützen. Die herkömmliche Sprache der Kommission und der EU-Mitgliedsstaaten, in der es primär um die Durchsetzung von Marktzugang für europäische Unternehmen und die Beseitigung vorhandener Schutzmechanismen ging, ersetzt das Parlament mit meinem Bericht nunmehr durch die Sprache der partnerschaftlichen Kooperation. Praktisch haben zwei Drittel der Abgeordneten am Beispiel des Handels mit Lateinamerika die Kommission aufgefordert, ihre Handelspolitik gerade gegenüber ärmeren Ländern und Weltregionen stärker an den Interessen der Partner auszurichten.

Der Bericht betont die Wichtigkeit der Kohärenz der Handelspolitik mit entwicklungspolitischen Zielstellungen. Auch beim Recht der Staaten auf den Schutz ihrer Bauern und ihrer Nahrungsmittelsicherheit und beim Selbstverwaltungsrecht über Bodenschätze und andere Ressourcen ist mir die Parlamentsmehrheit gefolgt. Das ist ein wichtiges Signal für die Ausgestaltung der künftigen Handelspolitik der EU.

»Handelspolitik pur darf es nicht mehr geben. Menschenrechte, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte müssen Bestandteile aller Abkommen sein«

Zwar liegt China in einem anderen Teil der Welt. Aber im Verhältnis der EU zum »Reich der Mitte« scheint ein kooperativer Ansatz sogar einem Handelskrieg zu weichen. Sie sind Ständiger Berichterstatter für die Handelsbeziehungen EU-China: Sehen Sie die Gefahr eines solchen Handelskriegs?

Scholz: Der Begriff wurde für den Konflikt um die von der EU-Kommission bei chinesischen Solar-Paneelen gesehenen Dumpingpreisen verwendet. Um es klar zu sagen: Ich sehe in den verfügbaren Strafzöllen auf Solarpaneele aus China eine Behinderung der Bemühungen in Europa, die Energiegewinnung auf erneuerbare Ressourcen umzustellen. Zugleich werden die Maßnahme negative Auswirkungen auf europäische Unternehmen haben. Selbst wenn dauerhafte Sanktionen, über die der Rat entscheiden muss, unwahrscheinlich seien, wird der jetzige Schritt von der chinesischen Staats-

führung sicher als Bedrohung wahrgenommen. Gerade angesichts des beiderseitigen Wunschs nach Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und vor dem Hintergrund der Verhandlungen über ein Investitionsabkommen muss die europäische Seite in die bilateralen Beziehungen mehr Verantwortungsbewusstsein und Weisheit einbringen.

Wird die langfristige Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel mit dem Schritt der EU-Kommission gefährdet?

Scholz: Ich hoffe, dass insbesondere auf europäischer Seite wieder mehr Vernunft und Verantwortungsbewusstsein einzieht. Angesichts der Notwendigkeit, die komplexen gemeinsamen Herausforderungen zu meistern, muss das bilaterale Verhältnis neu gestaltet werden. Die wirtschaftliche Modernisierung Chinas und die gelenkte Öffnung des chinesischen Marktes für europäische Unternehmen sind für die EU und ihre Mitgliedstaaten wahrscheinlich nicht nur die bedeutendste Exportoption, sondern zugleich zwingende Aufgabe, gemeinsame Linien für die soziale und ökologische nachhaltige Umgestaltung von Produktion und Arbeitsmarkt vorzunehmen.

»Die EU muss ihre eurozentristische Sicht und marktliberale Dogmen aufgeben«

Vor dem Hintergrund der sich rasant entwickelnden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und der gewaltigen Herausforderungen, vor denen sowohl beide Seiten als auch China und Europa gemeinsam stehen, würde ein simples Weiter-so letztlich Stillstand bedeuten. Die Komplexität heutiger Wirtschaftspolitik und die bereits gegenwärtig starken ökonomischen Verflechtungen zwischen beiden Seiten erfordern nicht zuletzt angesichts der tiefen Finanz-, Wirtschafts- und Strukturkrise oder der Herausforderungen des Klimawandels eine grundlegende Veränderung heutiger Produktions- und Wachstumslogiken – und deshalb eine neue Herangehensweise in den bilateralen Beziehungen. Auf der Tagesordnung steht eine neue Qualität der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit, die nicht Rivalität sondern Integration und gemeinsame Standards und Lösungsstrategien erfordert. Dazu müssten die nach wie vor in der EU dominierende euro-zentristische Sicht und das Beharren auf marktliberalen Dogmen aufgegeben werden. China will, darf und wird nicht mehr nur Rohstofflieferant sein; das Land hat Interesse an Investitionen in die hochtechnologische Produktion und an Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf gleicher Augenhöhe zum gegenseitigen Nutzen. Eine moderne Rohstoffpolitik muss von einer modernen po-

litischen Partnerschaft begleitet sein, wie sie auch gemeinsame Lösungsansätze angesichts einer rasanten und widersprüchlichen demografischen Entwicklung in China, in der EU sowie im globalen Maßstab heute und in Zukunft ebenso aufgreift wie kulturelle, wissenschafts- und bildungspolitische Aspekte, soziale und bürgerschaftliche rechte und demokratische Teilhabemöglichkeiten an der Ausgestaltung der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung. Das gilt um so mehr in der gegenwärtigen politischen und finanziellen Krise in der EU und global.

Das klingt insgesamt alles so, als gäbe es in der Außenhandelspolitik noch eine große Zahl von »Baustellen«.

Scholz: Es kann heute nicht mehr darum gehen, EU-Interessen durchzusetzen, statt Partnerschaften aufzubauen. Eine Fortsetzung einer solchen Strategie schadet am Ende auch Europa. Die Zukunft der EU liegt in einer intelligenten Handelspolitik, die den Partner stärken will und die in den Beziehungen zur sogenannten Drittel Welt erkennt, dass die Überwindung der Armut Voraussetzung für das eigene Überleben ist.

China: »Gemeinsam soziale und ökologisch nachhaltige Umgestaltung von Produktion und Arbeitsmarkt vornehmen«

Recht auf Nahrung: Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und der weltweite Hunger

Gabriele Zimmer über die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf das weltweite Hungern und ihre Forderung nach Ernährungssicherheit und Nahrungssouveränität für Entwicklungsländer. Beitrag zur Konferenz Gemeinsame Europäische Agrarpolitik am 25. Juni 2011 in Schwerin



Jürgen Klute und Gabi Zimmer bei einer Demonstration in Brüssel gegen Finanzspekulationen auf Nahrungsmittel. Foto: Linke im EP

Das Europäische Parlament entscheidet diese Woche über seine Position zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Angesichts einer Milliarde hungernder Menschen weltweit müssen auch die Auswirkungen der GAP auf die weltweite Ernährungssicherheit gesehen werden. Hier spielt das Menschenrecht auf angemessene Nahrung eine zentrale Rolle. Zunächst aber kurz ein paar Zahlen und Fakten zur GAP: Die EU ist der weltweit größte Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten, mit einem Weltmarktanteil von 17 Prozent. Der Anteil von landwirtschaftlichen Produkten und Nah-

rungsmitteln an den Gesamtexporten der EU beläuft sich dabei auf circa sieben Prozent. Gleichzeitig nimmt die EU auch den ersten Platz ein, wenn es um Importe landwirtschaftlicher Waren geht. Ungefähr 20 Prozent der weltweiten Agrarimporte finden ihren Weg in die EU.

Was wäre zu tun, um dem weltweiten Hunger Einhalt zu gebieten und das Recht auf Nahrung umzusetzen? Der UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, geht davon aus, dass jedes Individuum, alleine oder in Kooperation mit anderen, entweder über die Mittel

verfügen muss, um für sich genug Essen herzustellen, oder genug Geld haben muss, um sich ausreichend Nahrung zu kaufen. Nur so lässt sich das Menschenrecht auf Nahrung umsetzen. Die Europäische Kommission und der Rat gehen davon aus, dass sich mit Erhöhung der Produktion von Nahrungsmitteln der weltweite Hunger beheben lässt. Ich denke, dass dies viel zu kurz greift: Es geht nicht nur darum, wie viel produziert wird, sondern ebenso darum, wer für wen produziert, zu welchem Preis und wie die Gewinne innerhalb der Versorgungskette vom Produzenten bis zum Endverbraucher verteilt werden.

»Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität umsetzen«

Die negativen Auswirkungen der GAP auf die weltweite Ernährungssicherheit müssen im Auge behalten werden, die Reform muss im Rahmen der verpflichtenden Politikkohärenz für Entwicklung durchgeführt werden und darf nicht auf monokausalen Ansätzen basieren. Anstatt einfach auf eine gesteigerte Produktion zu setzen, sollte man darüber nachdenken, dass jährlich schätzungsweise ein Drittel der weltweit produzierten Nahrungsmittel weggeworfen wird und verderbt. Außerdem wird fast die Hälfte der weltweiten Getreideproduktion zur Fütterung von Tieren verwendet, um Fleisch zu produzieren. Tendenz steigend. Man könnte darüber sprechen, ob wir nicht besser unsere Ernährungsgewohnheiten ein wenig ändern sollten.

Seit den 80er Jahren bis Mitte 2000 wurden die Weltmärkte durch hochsubventionierte Agrarprodukte der Industrieländer überschwemmt und die Weltmarktpreise stürzten ab. Die Entwicklungsländer konnten nicht konkurrieren und gerieten in eine Abhängigkeit von billigen Nahrungsmitteln, um ihre Bevölkerungen zu ernähren. Die meisten importieren heute mehr Nahrungsmittel als sie selbst produzieren. Gleichzeitig ist es aber langfristig nötig, eigene landwirtschaftliche Produktionskapazitäten aufzubauen, um Arbeit und Einkommen für die ländliche Bevölkerung zu schaffen und nicht von schwankenden Weltmarktpreisen abhängig zu sein.

Deshalb müsste verstärkt in die Landwirtschaft dieser Länder investiert werden. Infrastrukturen, wie Lagerungs- und Weiterverarbeitungskapazitäten, werden gebraucht, um insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern an lokale Märkte anzubinden. Stattdessen werden Billigprodukte auf afrikanische Märkte »gedumpt« und die einheimische Produktion zerstört. Aus diesem Grund müssen jegliche Exportsubventionen für europäische Agrarprodukte abgeschafft werden. Außerdem müssen Entwicklungsländer zumindest

zeitweise Importzölle auf EU-Agrarprodukte erheben dürfen, um ihre Produzenten besser zu schützen und Mittel für weitere Investitionen in die eigene Landwirtschaft zu erhalten. Die von der EU vorangetriebene Handelsliberalisierung für landwirtschaftliche Produkte steht dazu im krassen Gegensatz.

Auch die Auslagerung der Agrarproduktion in Drittländer, also die Rolle der EU als Importeur von landwirtschaftlichen Produkten, hat negative Auswirkungen. Große Handelsunternehmen und internationale Agrarunternehmen können so die Konkurrenzsituation zwischen europäischen Produzenten und Produzenten aus Drittstaaten ausnutzen, um ihre Gewinne zu maximieren. Zusätzlich wird die Konkurrenz um natürliche Ressourcen in Entwicklungsländern verstärkt. Denn Kleinbäuerinnen und Kleinbauern streiten nun mit Großbauern, die für den Weltmarkt produzieren, um Wasser und fruchtbares Land. Die Gewinner stehen meist vorher fest. Schließlich werden Entwicklungsländer darin bestärkt, nicht weiterverarbeitete Agrarprodukte für den Weltmarkt herzustellen. Davon profitiert aber nicht die Masse der Landbevölkerung.

Ein gutes Beispiel für die Problematik ist die europäische Abhängigkeit von Proteinfutterimporten, speziell von Soja. Die europäische Milch- und Fleischproduktion braucht das energiereiche Sojafutter, das hauptsächlich in Brasilien und Argentinien angebaut wird. 2008 wurden 45 Millionen Tonnen davon in die EU eingeführt. Berechnungen ergeben, dass circa 20 Millionen Hektar Land außerhalb der EU dafür nötig ist. Diese Fläche entspricht ungefähr zehn Prozent des gesamten fruchtbaren Landes in der EU. Die niedrigen Zölle halten europäische Bauern davon ab, selbst »Proteinpflanzen« herzustellen. Diese Politik fördert aber Probleme, wie die Trennung von Vieh und Weideland und die daraus folgenden negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Genauso entstehen durch Monokulturen Umweltprobleme in den Produzentenländern, von den durch Transport verursachten Umweltschäden ganz zu schweigen.

»Exportsubventionen für Agrarprodukte müssen abgeschafft werden«

Ebenso steht die steigende Produktion von Biokraftstoffen, von der EU subventioniert, der Beseitigung von Armut und Hunger entgegen. Die EU-Energiestrategie verfolgt das Ziel, bis zu 20 Prozent der im Verkehrssektor genutzten Kraftstoffe aus Agrarrohstoffen herzustellen. Die Folge dieser Politik: Die weltweiten Nutzflächen werden nun für Lebensmittel und Biosprit gebraucht. Die Konkurrenz um die Nutzflächen lässt die Preise steigen, die Ärmsten verlieren wieder. Zusätzlich kommt es zu großangelegten Landaneignungen in

Entwicklungsländern. Große Agrarflächen werden von transnationalen Unternehmen gekauft oder gepachtet. Kleinbauern verlieren ihre Existenzgrundlage.

Als Berichterstatterin des EP für Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern fordere ich für die Reform der GAP, dass das Ziel der Politikkohärenz für Entwicklung an oberster Stelle stehen muss.

Dafür müssen die Auswirkungen der GAP auf Entwicklungsländer einer ständigen Überprüfung unterliegen und die Handelspolitik der EU muss mit Politiken in Einklang gebracht werden, die das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität umsetzen wollen.

»Es geht nicht nur darum, wie viel produziert wird, sondern ebenso, wer für wen zu welchem Preis«

Solange die bestehenden Subventionsstrukturen aufrecht erhalten werden, wird nur die Macht der großen internationalen Agrarunternehmen verstärkt. Der Hunger wird dann bleiben.

Zuerst erschienen auf www.dielinke-europa.eu

Neoliberalismus als Dominoeffekt

Die WTO, die EU und der Partner Lateinamerika

Helmut Scholz im Interview über die parlamentarische Versammlung bei der WTO und die Handelsbeziehungen zu Lateinamerika



Helmut Scholz debattiert beim Alter Summit über Strategien gegen Neo-Faschisten in Griechenland und anderen Mitgliedsstaaten der EU. Foto: GUE/NGL

Herr Scholz, Sie engagieren sich als Linker in der Steuerungsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der Welthandelsorganisation (WTO). Viele Mitglieder der Linken sehen in der WTO jedoch eine neoliberale Organisation, die abgeschafft werden sollte. Wie passt das zusammen?

Scholz: Die kategorische Ablehnung der WTO stammt aus einer anderen Zeit. Damals kritisierten wir vor allem, dass Entwicklungsländer zur Mitgliedschaft in der WTO gezwungen werden sollten und ihren Handel liberalisieren mussten, statt ihre Produzenten durch Zölle schützen zu können.

Heute müssen wir akzeptieren, dass es inzwischen vor allem die Entwicklungsländer sind, die sich für den Erhalt der WTO einsetzen und ihr die Rolle geben wollen, auf die Einhaltung eines vereinbarten Regelwerkes im Welthandel zu achten.

Wie kommt dieser Sinneswandel zustande?

Scholz: In der WTO hat jeder Mitgliedstaat eine Stimme, unabhängig von der Größe oder der Wirtschaftskraft. Im Internationalen Währungsfonds ist das zum Beispiel anders, dort entscheidet der Reichtum eines Staates über seinen Einfluss. In der WTO müssen alle Entscheidungen im Konsens

getroffen werden. Dadurch sind bereits viele Versuche gescheitert, die Entwicklungsländer zu weiteren Liberalisierungen zu zwingen, zu denen sie heute nicht bereit sind. Das betrifft zum Beispiel den Dienstleistungsbereich, aber auch den Markt für öffentliche Aufträge oder die Finanzmärkte. In der WTO haben Entwicklungsländer heute eine stärkere Stellung als in anderen internationalen Strukturen.

Dann ist in der WTO heute also alles in Ordnung?

Scholz: Leider nicht. Die Kräfte, die zunächst innerhalb der WTO für eine Ausweitung des Freihandels sorgen wollten, beklagen den Widerstand dagegen als Stillstand und suchen nach anderen Wegen, um ihre Interessen durchzusetzen. In der Praxis bedeutet das, dass aus dem Kreis aller verhandelnden Länder, der multilateralen Ebene, herausgetreten wird, um stattdessen direkte Verhandlungen mit anderen Ländern auf der bilateralen Ebene zu führen. Davon erhofft man sich einen Domino-Effekt.

Scholz-Bericht: »Eng mit linken Parteien und Regierungen aus Lateinamerika zusammengearbeitet«

Gelingt ein weitreichendes Abkommen mit dem einen Land, mag sich die Regierung des Nachbarlandes gezwungen sehen, ein ähnliches Abkommen abzuschließen, um wirtschaftlich nicht ins Hintertreffen zu geraten. Ein Beispiel ist das Abkommen zwischen der EU und Südkorea. Kurz nachdem dieses Abkommen abgeschlossen war, bat auch Japan um Verhandlungen. Inzwischen entsteht ein ganz neues Netz von bilateralen Abkommen, das den Planeten umzieht und zu großer Unübersichtlichkeit der Regeln und Bedingungen führt. Welche Auswirkungen addieren sich zum Beispiel für die Bauern aus der Vielzahl von Einzelabkommen, in denen immer neue Quoten für Agrargüter für den EU-Zugang beschlossen werden? Ich plädiere daher entschieden für Fortführung der Gespräche auf der multilateralen Ebene, um am Ende ein Regelwerk zu haben, das allen Interessen gerecht wird und übersichtlich bleibt.

Aber spielen Parlamentarier denn dabei überhaupt eine Rolle?

Scholz: Die Verhandlungen in der WTO werden von Regierungen geführt. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union führt die Europäische Kommission sämtliche Verhandlungen.

Zu Recht wird von Nicht-Regierungsorganisationen kritisiert, dass diese Verhandlungen nicht transparent genug geführt werden. Bei der Einforderung und Durchsetzung von Transparenz können Parlamentarier eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere als Europaabgeordnete haben wir inzwischen mehr Bedeutung, denn wir entscheiden darüber, ob Beschlüsse in der WTO durch die EU ratifiziert werden. Zudem haben wir die Aufgabe, Sorgen und Bedürfnisse der Menschen, die uns gewählt haben, beständig an die Unterhändler heranzutragen und Ergebnisse daran zu messen. Als Europäisches Parlament organisieren wir gemeinsam mit der Interparlamentarischen Union regelmäßige Treffen von Delegierten aus den Parlamenten der Mitgliedstaaten: die parlamentarische Versammlung bei der WTO. Es macht in diesen Versammlungen einen Unterschied, wenn ein linker Abgeordneter aus Europa die Positionen der Abgeordneten aus den Entwicklungsländern teilt, oder in der Lage ist, auch mit den Delegierten aus Russland und China gemeinsame Positionen zu entwickeln. So sind in diesem kleinen »Weltparlament« die Neoliberalen am Ende meist in der Minderheit.

Herr Scholz, Sie hatten in dieser Legislatur die Verantwortung für die Entschließung des Europäischen Parlaments, in der es seine Ansprüche an die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika festlegte. Ist das Ergebnis ein Erfolg?

Scholz: Diese Frage kann ich klar mit Ja beantworten. Europa hat über lange Jahrzehnte Lateinamerika nicht als Partnerregion gesehen, sondern eher als spanische Erbländer, die Hand in Hand mit Diktatoren ausgeplündert werden sollten. Mein Bericht benennt klar das souveräne Recht lateinamerikanischer Staaten, souverän über ihre Rohstoffreserven zu entscheiden. Eine Sprache der Partnerschaftlichkeit und der gemeinsamen Interessen zieht sich konsequent durch alle Absätze.

»In der WTO hat jeder Mitgliedstaat eine Stimme, unabhängig von der Größe oder der Wirtschaftskraft«

Aber wurde der Bericht nicht auch von einigen Linken kritisiert?

Scholz: Doch, durchaus. Und ich kann das sogar verstehen, denn er enthält einige Kompromissformulierungen, die wir in einem parteiinternen Dokument so sicher nicht verwendet hätten. Aber man muss auch verstehen, dass es bei einer Entschließung des gesamten Europäischen Parlaments, in dem die Linksfraktion keine fünf Prozent der Abgeordne-

ten stellt, nicht möglich ist, unsere Positionen eins zu eins umzusetzen. Dieser Text hat einen stärkeren linken Akzent als jedes andere Dokument, das vom Parlament zuvor zu den Beziehungen mit Lateinamerika angenommen wurde. Vergessen Sie nicht, dass die Erfolge linker Parteien in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern von den Regierungsparteien in Europa mit großem Argwohn betrachtet wurden.

»Es macht einen Unterschied, wenn ein linker EU-Abgeordneter Positionen der Abgeordneten aus Entwicklungsländern teilt«

Bei der Erstellung des Textes habe ich eng mit linken Parteien und Regierungen aus Lateinamerika zusammengearbeitet und für das Ergebnis von unseren Partnern zu meiner Freude viel Zustimmung erhalten. Die haben halt die Erfahrungen aus ganz anderen Gesprächen mit den Europäern und können den Bericht daher mit viel Realismus bewerten.

Der Parlamentsbeschluss war aber doch für die Kommission nicht bindend, oder?

Scholz: Das war er nicht. Aber er ist zu einem wichtigen Referenzdokument geworden. Gerade die lateinamerikanischen Partner konnten sich in den Folgejahren auf diese Position des Europäischen Parlaments beziehen und die EU Kommission konnte nicht mehr einfach behaupten, für harte Forderungen in Verhandlungen auch eine parlamentarische Mehrheit hinter sich zu haben.

Dennoch kam es zu zwei weiteren Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika sowie Peru und Kolumbien.

Scholz: Ja, wir haben als Linke zwar beide Abkommen abgelehnt, hatten jedoch bei Weitem nicht die Mehrheit. Dafür müsste sich bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament noch sehr viel bewegen.

Sicherheitslücken: Der Markt für Rüstungs- und Überwachungstechnologie in der EU

Helmut Scholz über den Rüstungsbinnenmarkt, den Einsatz von Drohnen und den europäischen Export von Waffen- und Überwachungstechnologie anstelle von Demokratie und Arbeitnehmerrechten



Helmut Scholz bei Protesten gegen die EU-Flüchtlingspolitik vor dem EU-Parlament in Straßburg. Foto: LINKE im EP

In wenigen Wochen ist es wieder so weit. Auf der internationalen Luft- und Raumfahrtmesse in Berlin-Schönefeld werden sich die zivilen - und militärischen! - Akteure und Hersteller der Branche ein Stelldichein geben. Einer der Schwerpunkte in diesem Jahr: die Entwicklung und der Einsatz »unbemannter Flugsysteme«. Mit diesen fliegenden Robotern lassen sich beispielsweise Verkehrsströme kontrollieren, sie können bei der Katastrophenabwehr, bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität und beim Umweltschutz eingesetzt werden. Oder aber zur Grenzüberwachung, zur Erstellung von Bewegungsprofilen und zum militärischen Ein-

satz als Aufklärungs- und Kampfdrohnen. Letzteres scheint derzeit von größerer Bedeutung zu sein. Erst am Mittwoch wurde bekannt, dass das Bundesforschungsministerium der Rüstungsindustrie in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 279 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat – und auch in den kommenden Jahren jeweils 60 Millionen Euro an die Konzerne fließen sollen. Unter anderem an den Rüstungsriesen EADS, der zurzeit Drohnen entwickelt. Solche Nachrichten dürften in diesen Tagen einen Herrn in Brüssel ganz besonders freuen: EU-Industriekommissar Antonio Tajani. Nichts weniger als einen »echten Binnen-

markt« für die Sicherheitstechnik soll nach dem Willen des rechtskonservativen italienischen Politikers in EU-Europa entstehen. Die Kommission sieht die Zukunft der Branche rosig. Im Jahrzehnt bis 2011 ist der Markt um fast das Zehnfache gewachsen und heute etwa 100 Milliarden Euro schwer; der EU-Anteil liege bei 36 Milliarden Euro. Etwa 180.000 Europäern bietet der Wirtschaftszweig schon Arbeitsplätze.

Um diesen Sektor zu stärken, will Tajani im kommenden Jahr dem Europäischen Parlament und den Regierungen der Mitgliedstaaten einen Vorschlag für eine EU-Rahmengesetzgebung vorlegen, wie er am Montag bekannt gab. Dass es dabei keineswegs »nur« um die Förderung einer Wirtschaftsbranche wie jeder anderen geht, macht das Kleingedruckte in seinem Plan deutlich. So ist die »bessere Nutzung von Synergien zwischen (ziviler) sicherheits- und verteidigungsbezogener Forschung« ein erklärtes Ziel – also die verstärkte Vermischung ziviler und militärischer Aspekte, die von der Linken seit Langem kritisiert wird.

»Der Begriff Europa könnte künftig weltweit mit Überwachungstechnologie verbunden werden«

Und auch aus dem, wofür die Ergebnisse genutzt werden sollen, macht Tajani keinen Hehl: Als einer der Einsatzbereiche »mit den besten Erfolgsaussichten« wird die »Grenzsicherheit« genannt.

Ziel sei die Schaffung einer »EU-Marke mit hohem Wiedererkennungswert«. Dies sei vor allem deshalb wichtig, weil »die Zukunftsmärkte für Sicherheitstechnologien nicht in Europa, sondern in den aufstrebenden Ländern sein werden«. Der Begriff »Europa« könnte so künftig weltweit eher mit Überwachungstechnologie verbunden werden als mit dem Export von hohen Normen beim Schutz von Menschen- und Arbeitnehmerrechten.

Die EU ist bereits auf dem besten Weg dahin. Es besteht kein Zweifel daran, dass etwa das neue Grenzüberwachungssystem EUROSUR allen voran der immer schärferen Abschottung gegen unerwünschte Migranten und Flüchtlinge dient.

»Technologien zur Verletzung von Menschenrechten sollten wir Europäer nicht exportieren«

Teure satellitengestützte Überwachung der Territorien soll dabei schon vor den Grenzen der EU zum Einsatz kommen. Auch eine nahezu lückenlose Überwachung der Bürger wird

technisch möglich, gepaart mit einer Tendenz zur Privatisierung von bisher der Polizei vorbehaltenen Aufgaben.

In diesem Wirtschaftszweig will ich Wachstum weder sehen noch solches öffentlich gefördert wissen. Und Technologien zur Verletzung und Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten sollten wir Europäer ganz bestimmt nicht auch noch exportieren.

Zuerst erschienen in der Tageszeitung Neues Deutschland, Brüsseler Spitzen, 3. August 2012

Gesucht: Partnerschaft Über die gemeinsame Sicherheit der EU und Russlands

Helmut Scholz über den Dialog zwischen Russland und der EU und der
Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik jenseits alter Denkmuster



Geschichte verstehen, um eine solidarische Zukunft zu gestalten: Helmut Scholz bei der Eröffnung einer Ausstellung über Opfer stalinistischen Terrors. Foto: LINKEimEP

Zwischen der Russischen Föderation und der EU floriert der Handel, vielfältige Beziehungen in Forschung und Entwicklung, im Wissenschaftlertausch, ergänzen diese. Das ist auch natürlich, denn die EU will und kann nicht auf die russischen Rohstoffe verzichten und ebenso ungebrochen ist die Nachfrage auf dem russischen Markt nach europäischen Fertigprodukten, Dienstleistungen und Know-how, gerade auch weil viele Industriezweige sich nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch unter Jelzin und seinen neoli-

beralen Stichwortgebern noch nicht wieder erholt haben. Und ohne eine weitergehende Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung wird dies auch künftig schwer bleiben – mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen auch für Arbeitsplätze und sozial-wirtschaftlichen Aufschwung. Nicht von ungefähr führte der Kurs einer politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der letzten Jahre zwangsläufig zur Frage nach strategischen Partnern bei der weiteren Modernisierung. Bei meinen jüngsten Gesprächen

in Moskau betonten alle Gesprächspartner von der Regierung bis zur linken Opposition übereinstimmend: Russland wird den Weg der Modernisierung des Landes weiter gehen und auf diesem mit jedem verantwortungsbewusst kooperieren, der Augenhöhe und Interessenausgleich garantiert. Und genau hier scheint im Verhältnis zur EU das Problem zu liegen.

Sehr schnell war mit der »Partnerschaft für Modernisierung« eine gemeinsame Formel für die Weiterentwicklung der Beziehungen gefunden. Aber trotz fast vier Jahre dauernder Verhandlungen kommt deren Umsetzung nicht voran. Ein Grund dafür ist, dass nicht gemeinsame Interessen im Vordergrund der praktischen Politik stehen, sondern zuerst Vorleistungen und Bedingungen, zu denen auch die Unterordnung unter EU-Vorgaben gehört. Schaut man sich entsprechende EU-Dokumente an, so folgen sie immer dieser Logik. Auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments zum jüngsten EU-Russland-Gipfel heißt es unverblümt, dass »die künftige Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Russland davon abhängen wird, ob sich Russland um die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bemüht«.

»Die gemeinsame Sicherheit muss endlich konstruktiv angegangen werden«

Es ist richtig und wichtig, die mit der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention eingegangene Selbstverpflichtung Russlands zur Demokratieentwicklung in Verhandlungen nachdrücklich anzusprechen. Auch darin stimmten die Gesprächspartner in Moskau überein. Sie wiesen aber zugleich darauf, dass sich die Rolle eines Schulmeisters weit vor einer Partnerschaft erschöpft. Sehr deutlich gaben sie zu verstehen: Aus russischer Sicht strotzen Vertreter der EU in den Gesprächen mit Moskau vor Stärke, vergessen dabei aber, dass man in der russischen Gesellschaft sehr aufmerksam verfolgt, wie dieselben Vertreter die Probleme zu Hause nicht im Interesse der Bürger gelöst bekommen. Nur der Dialog ist ein geeignetes Mittel auch in dieser sensiblen Frage, denn konkret bleiben die Gesprächspartner Antworten auf die Fragen nach dem Wie, Was und Wann anstehender Veränderungen weitgehend schuldig.

Die Zeit für einen Richtungswechsel in der Russland-Politik der EU drängt; nicht zuletzt, weil die Herausforderungen wachsen, vor denen beide gemeinsam stehen. Vor allem muss endlich auch das Thema der gemeinsamen Sicherheit konstruktiv angegangen werden. Die Münchener Sicherheitskonferenz vor 14 Tagen hat erneut belegt, dass Moskau trotz

aller Angebote auch in diesem Bereich offensichtlich immer noch als »Gegner aus dem Kalten Krieg« betrachtet wird.

Es ist nicht zu verstehen, warum gemeinsame Sicherheit nicht gemeinsam aufgebaut wird. Das Fehlen einer Lösung hinsichtlich der US-Raketenabwehr in Europa kann zu einer schweren Belastungsprobe im europäisch-russischen Verhältnis werden und gefährdet akut die bisherigen Schritte bei Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Bleiben die Beziehungen der EU zu Russland alten Denkmustern verhaftet, sollte es nicht wundern, wenn Russland als Konsequenz auch danach strebt, seine »europäische Abhängigkeit« zu lockern.

Zuerst erschienen in der Tageszeitung Neues Deutschland, Brüsseler Spitzen,
17. Februar 2012

»Moskau wird immer noch als Gegner aus dem Kalten Krieg betrachtet«